

das

UM BAU Z A R T

**Argumente gegen die
Wiedervereinigung**

[DDR]

Rotbuch

Rainer Land (Hg.)
Das Umbaupapier (DDR)
Rotbuch Taschenbuch 20

RAINER LAND (Hg.)
Das Umbaupapier (DDR)

Argumente gegen die
Wiedervereinigung

Rotbuch Verlag Berlin

Vorbemerkung des Verlags

7

RAINER LAND

Offene Grenze - offene Lage

13

*MICHAEL BRIE / RAINER LAND / HANNELORE PEISCH /
DIETER SEGERT / Rosr WILL*

Das Umbaupapier

Studie zur Gesellschaftsstrategie

37

*ANDRE BRIE/ MICHAEL BRIE/ WILFRIED EITL /
DIETER SEGERT*

Elf Thesen zur Krise von DDR und SED

147

ANDRE BRIE / WOLFRAM WALLRAF

Überlegungen zur außenpolitischen Interessenlage der DDR

157

RAINER LAND

Vertane Chancen?

179

Anmerkungen

Zu den Autoren

185

189

© 1990 Rotbuch Verlag Berlin

© 1989 Rainer Land

Umschlaggestaltung: Gabriele Götz

Gesamtherstellung: Wagner GmbH, Nördlingen

Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3 88022 030 1

Vorbemerkung des Verlags

Im Osten war der Staat alles, die zivile Gesellschaft steckte in ihren Anfängen, und ihre Konturen waren fließend. Im Westen herrschte zwischen Staat und ziviler Gesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis und, erzitterte der Staat, entdeckte man sofort die kräftige Struktur der zivilen Gesellschaft.

Antonio Gramsci

Quaderni del Carcere, Heft VIII

Auch wir haben auf der Mauer getanzt. Wir haben am 10. November 1989 die Firma Rotbuch Verlag geschlossen, sind zum Potsdamer Platz und zum Brandenburger Tor gezogen und waren dabei, als die Citoyens die Bastille des Kalten Krieges gewaltlos stürmten. «Die Revolution eines geistreichen Volkes, die wir in unseren Tagen haben vor sich gehen sehen, mag gelingen oder scheitern... diese Revolution (sagt Immanuel Kant), findet doch in den Gemüthern aller Zuschauer, die nicht selbst in diesem Spiele verwickelt sind, eine Theilnahme dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt, ... die also keine andere als die moralische Anlage im Menschengeschlecht zur Ursache haben kann» (*Der Streit der Facultäten*).

Wenn wir hier Forschungsergebnisse und Diskussionsbeiträge einer Arbeitsgruppe der Humboldt-Universität veröffentlichen, die von Mitgliedern der SED/PDS (wie die Ex-Staatspartei zum Zeitpunkt der Drucklegung heißt) verfaßt wurden, so verbindet ein antiautoritärer Verlag damit natürlich keinerlei parteipolitische Absichten. Schon gar nicht die, nunmehr zum «Organ» des SED-Reformflügels, der «Vordenker Modrows» (*taz*), der Ghostwriter Gysis oder der «Plattform WF» (= Grundorganisation Werk für Fernsehelektronik, die entschiedensten Reformer unter den Delegierten des außerordentlichen SED-Parteitags im Dezember 1989) zu werden. Unsere Sympathie brauchen wir deshalb nicht zu verhehlen, vom «Enthusiasm» sind auch die Wissenschaftler des «Sozialismusprojekts» mittlerweile angesichts der ökonomisch prekären Lage und der Gefahr eines überstürzten nationalistischen «Ausverkaufs» des zweiten deutschen Staates selbst weit entfernt.

Die Geschwindigkeit historischer Entwicklungen läßt sich –

auch stilistisch – an den in diesem Buch veröffentlichten Papieren aus den «Katakomben des Wissenschaftsbetriebs». (*Frankfurter Rundschau*) studieren. Die ersten Stellungnahmen des seit Ende 1988 arbeitenden «Sozialismusprojekts» müssen im Juli und Oktober 1989 noch in marxistisch-leninistischer Sklavensprache mit umfänglichen Systemtheoretischen Begründungen dafür aufwarten, daß an Honeckers Tafelrunde überhaupt über politische und ökonomische Reformen (selbstverständlich unter Führung der Staatspartei!) geredet werden darf. Doch auch wenn heute ein Großteil ihrer konkreten Schlußfolgerungen bereits durch den Galopp der Geschichte überholt worden ist, so veröffentlichen wir diesen bisher ausführlichsten Diskussionsbeitrag zur Selbstbestimmung des Volks der DDR aus drei Gründen:

1. wegen der Prägnanz der politischen Diagnose,
2. wegen der Originalität seiner oft impliziten theoretischen Bezugspunkte und
3. wegen seines Angebots auch an uns, produktiv über Systemgrenzen hinwegzudenken (statt sie durch nationale Rhetorik wegzudefinieren).

1.

Was kommt nach dem Totalitarismus? Die DDR-Volksbewegung hat – bei günstiger geopolitischer Großwetterlage – allein über die Herstellung radikaldemokratischer Öffentlichkeit das Monopol der Staatspartei de facto hinweggefegt (und die Volkskammer zog die jure nach). Und dann?

Wer vertritt den Dritten Stand? Analogien zur französischen Revolution drängen sich auf: Nach der Stunde der Priester und Propheten – des SED-Klerus, der Pfarrer der Bürgerbewegung – kommt die Stunde der Konkursverwalter (Modrow), der Juristen allerorten – Henrich (Neues Forum), Schnur (Demokratischer Aufbruch), de Maizière (CDU) und Gysi (SED) ...

Aber auch die Stunde der Demagogen. Der passe-partout Slogan «Wiedervereinigung», der mittlerweile auch drüber im Unterschied zur ersten Phase der Revolution immer lauter zu hören ist, entspricht dem Fehlen gestaltender Kräfte innerhalb der Volksbewegung selbst (Rainer Land). Deren hohen ideellen Ansprüchen auf Demokratisierung und materiellen Bedürfnissen nach baldigem Ausgleich des Wohlstandsgefülles zum reichen westlichen Bruder stehen bisher keine Strukturen und Institutionen zur Verfügung, in denen der Umbau einer sich öffnenden DDR-Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zum Gegenstand von Interessenartikulation und Verhandlung werden könnte.

Die horizontale Institutionalisierung von Interessenartikulation – der zivile Konflikt als Voraussetzung für politische Konsensbildung – war eine der Forderungen der *Studie für Gesellschaftsstrategie* (4.2.); und horizontale Demokratie setzt die Institutionalisierung ziviler Grundrechte (4.3.) ebenso voraus wie den politischen Pluralismus: die Anerkennung des politischen Gegners nicht als «Feind, der vernichtet werden muß, sondern (als) Opponent, der morgen schon meinen Platz einnehmen kann» (Norberto Bobbio, *Die Zukunft der Demokratie*).

So kommen die Autoren des «Sozialismusprojekts» zu Schlußfolgerungen, die auch in der ungarischen neuen Linken (Bence/Kis) oder der französischen libertären Totalitarismusdiskussion (Lefort, Castoriadis) diskutiert werden: Durch das Fehlen autonomer gesellschaftlicher Organisationen im «staatlich administrativen Sozialismus» läuft die DDR-Gesellschaft, wenn sie nicht mehr von einer Mauer zusammengehalten wird, Gefahr, zu zerfallen... und vom Westen aufgekauft zu werden.

«Die Ursache dafür liegt darin, daß die auf dem Pol der Basissubjekte erfolgende Enteignung von allen entscheidenden Subjektfunktionen dazu führt, daß damit das eigentliche Entwicklungsferment moderner Gesellschaftsentwicklung – Eigeninteresse, Selbstverantwortung, Selbstgestaltung – zerstört wird. Die «zivile Gesellschaft», die Existenz einer vom Staat relativ unabhängigen Wirkungssphäre der Bürger, wird aufgelöst» (Michael Brie).

2.

Mit ihrer ausdrücklich «zivilen» Auffassung von Sozialismus, Drittem Weg, solidarischer Gesellschaft... (Nomenklaturfragen interessieren uns hier nicht weiter) fallen – und auch das gehört zu den deutsch-deutschen Paradoxien – diese Denkanstöße von Mitgliedern der SED (Michael Brie ist seit dem 9. Dezember 1989 sogar Mitglied des neuen SED-Parteivorstandes) somit deutlich libertärer aus als manche grüne, sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Utopien vom Zukunftsstaat hierzulande. Die Arbeit an den «Grundlagen einer Theorie des modernen Sozialismus» führte die Forschergruppe praktisch zu einem Paradigmenwechsel, den manche Linke im Westen noch vor sich haben.

Theoretisch läßt sich nämlich in den Forschungen des Projekts an der Humboldt-Universität ein Abschied von traditionellen Sozialismusvorstellungen ausmachen, der untergrundige Verwandtschaften aufweist etwa zu:

- Theorien der Moderne, die etwa in den Arbeiten Niklas

Luhmanns die funktionale Differenzierung der sozialen (Sub)Systeme Wirtschaft, Recht, Politik, Kultur als eine nur um den Preis von totalitärer Regression aufzuhebende Rahmenbedingung sozialer Evolution komplexer Industriegesellschaften ansehen: «Der Unmittelbarkeitskommunismus ist in den Lagern des Stalinismus entlarvt und widerlegt.» (Rainer Land)

– Theorien der Emanzipation, die wie Jürgen Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns in der Institutionalisierung horizontaler Demokratie die entscheidende Gegenmacht zur Kolonialisierung der Lebenswelt durch systemische «Sachzwänge» erblicken.

– Sozialismuskonzeptionen, die das «Sozialprinzip» als normatives Gestaltungsprinzip zur Steuerung und Begrenzung ökonomischer Rationalität ansehen, nicht jedoch als Auferkraftsetzung ökonomischer Effektivität durch den staatlichen Plan: Versteht man «unter «Sozialismus» die Unterordnung der ökonomischen Rationalität unter gesellschaftliche Ziele» – so der antiautoritäre Sozialist André Gorz –, «dann war seine Aktualität niemals so groß wie heute».

3.

Das Plädoyer der Ostberliner Wissenschaftler für eine offene, multikulturelle DDR-Gesellschaft, die ihre ökonomische Internationalisierung weder passiv erleidet noch subaltern an die BRD delegiert, sondern aktiv als Chance zur Innovation – und als Verpflichtung zur Gestaltung einer supranationalen ökologischen und sozialen Verantwortung im Rahmen der europäischen Staatengemeinschaft – begreift, läuft derzeit gegen den Strom der nationalen Wallungen von Leipzig bis Bonn.

Dennoch wenden sich die Autoren in einem Beitrag zur Programmdiskussion der SED («Für eine sozialistische Partei der DDR», *Neues Deutschland*, 12. Dezember 1989) dagegen, «daß jede Äußerung des Gefühls der nationalen Zusammengehörigkeit von vornehmerein als *revanchistisch* ausgegrenzt wird. Eine solche Ausgrenzung würde den nationalistischen, revanchistischen und chauvinistischen Mißbrauch nationaler Gefühle fördern. Die nationale Identifikation fällt jedoch nicht zwangsläufig mit dem Wunsch zusammen, aus den beiden existierenden deutschen Staaten einen neuen deutschen Gesamtstaat zu bilden... Hingegen wenden wir uns gegen alle Versuche, die deutsche Frage deutsch-national zu lösen, gegen alle Modelle deutscher Einheit, die nicht auf Vereinigung, Demokratisierung und Entmilitarisierung Europas oder gar gegen die Völker Osteuropas gerichtet

sind... Die europäischen Völker haben die deutsche Frage in Form von zwei Weltkriegen und des Faschismus erlebt. Sie haben das Recht, wir haben die Pflicht, das nicht zu vergessen.»

National-neutralistische Wendehälse gibt es auch in der westdeutschen Linken – oft sind es sogar dieselben, die vor wenigen Monaten angesichts der ersten Wahlerfolge der neuen Rechten als erste «Nazis raus!» brüllten. Andere verweisen feinsinniger auf die «Unwägbarkeiten der Volksseele» (Brigitte Seebacher-Brandt)... Die Volksseele mag keine Polen.

In den letzten beiden Monaten hat sich mit dem Fall des großen Conducators Rumäniens der Wettkauf der Ostblockländer beim Ausstieg aus dem Sozialismus noch beschleunigt. Gleichzeitig setzt allenthalben – auch mangels glaubwürdiger Alternativen – eine *Renationalisierung der Politik* ein: Der offizielle Politik, aber auch der oppositionellen Bewegungen von den sowjetischen Baltenstaaten über die Volksguerilla zwischen Armenien und Aserbeidschan bis zu den Anti-Türkenpogromen in Bulgarien («Perestrojka ja – Türken raus»).

Das Doppel-Wahljahr 1990 steht in beiden Deutschen Ländern im Zeichen des nationalen Themas: die Westparteien streiten sich um die Urheberrechte (hat Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan nun von Willy Brandt oder von Franz Schönhuber abgeschrieben?) und bauen ihre Filialen im Osten auf, die SPD hat die Nase vorn. Nur noch «vaterlandslose Gesellen» mögen hierzulande von einer «sanften Zweistaatlichkeit» träumen – denn drüber reicht die Verteidigung einer DDR-Rest-Staatsraison immer noch nach Stasi und Ancient Regime. Rainer Lands Frage (12. 1. 1990) *Ist die SED/PDS zur Demokratie fähig?* ist keine rhetorische: «Der Usurpation der Macht durch die Parteiideologen ist geschwind die Usurpation durch die Technokraten gefolgt.»

Längst haben sich in der DDR Volksbewegung und die (alten wie neuen) politischen Eliten auseinanderentwickelt: «Der Diskurs der Experten und der auf der Straße finden in verschiedenen Welten statt» heißt es Mitte Januar 1990 im bisher letzten Diskussionspapier des Ostberliner-Sozialismustheorie-Projekts. Um beide Welten wieder kommunizieren zu lassen, fordern die Autoren *Gesellschaftsgestaltung durch Verfassungsdiskussion*. Doch idealistische Papiere aus der verstaubten Denkfabrik der Humboldt-Uni können gegenüber dem Umrechnungskurs von Mark zu Mark wenig ausrichten. Bestimmt das Wohlstandsgefälle das Bewußtsein? «Deutschland - einig Vaterland» scheint da nicht nur in Leipzig vielen der kürzeste Weg zu Demokratie und Wohlstand.

Gegenfrage: Wäre ein europäischer Einigungsprozeß, an dem die DDR – etwa als assoziiertes EG-Mitglied, wie Wissenschaftler der Humboldt-Universität vorschlagen – eigenständigen Anteil hat, ohne ihren Eigensinn zu verlieren, nicht sehr viel spannender als ein wieder-(Willy Brandt: «neu»-)aufgekochter deutscher Eintopf? Mit voller Reise- und Bewegungsfreiheit, mit freier Wahl des Wohnsitzes natürlich (irgendwozu müssen die «konföderativen Strukturen» ja gut sein). Ein Europa, in dem man nicht nur die Landesgrenzen überschreiten, sondern auch das Gesellschaftssystem zeitweilig wechseln könnte. Deutsche brauchten sogar nicht mal Fremdsprachen zu lernen – sie würden dafür soziale Neugier lernen müssen. Zwei, drei, viele Staaten, die immer mehr von ihrer machtstaatlichen Souveränität abgeben müßten, könnten keine Falkland-Kriege führen. Die Bürger hätten den Kopf frei für viele joint ventures an soziologischer Phantasie. Dieses Europa gilt es noch zu entdecken. Encore un effort . . .

*Rotbuch Verlag Berlin
im Januar 1990*

RAINER LAND

Offene Grenze – offene Lage

Durch den Zerfall der administrativ-bürokratischen Leistungsstrukturen der DDR, besonders der SED-Führung und ihrer Rolle im Staatsapparat, ist ein Freiraum für die Neugestaltung der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Subsysteme der DDR entstanden, ein *noch offener Raum*. Wir erleben eine geschichtsbildende Situation, in der echte und umfassende Alternativen bestehen und nicht nur kleine Veränderungen, sondern große Strukturumbrüche möglich sind. Wer in dieser Situation kleine Schritte machen will, wird von allen anderen überrannt. Wer große, weite Schritte mit einem umfassenden konzeptionellen Blick, mit neuen Paradigmen macht, hat die Chance, diesen noch offenen Raum für Geschichtsgestaltung auszufüllen. Wer jetzt – gewohnt, in engen, stark determinierten Räumen zu trappeln – nach dem Geländer für das Bewegen sucht und sich ständig umsieht, ob auch alle anderen mitkommen, der wird überrannt werden.

Diese geschichtsbildende Lage wird vielleicht 5 bis 10 Wochen, vielleicht länger dauern, aber nicht sehr lange, bis sie wieder geschlossen wird, bis wieder strenger durch die Lage bestimmt sein wird, was man machen kann, was man lassen muß. In der jetzt noch kurze Zeit bestehenden wirklich offenen Situation fallen die Grundentscheidungen für die nächste längere Geschichtsepisode in der DDR und z. T. in Europa. Alle alten und neuen politischen Kräfte ringen darum, Einfluß auf diese Entscheidungen zu bekommen. Das sind sowohl die verschiedenen politischen Strömungen in der DDR als auch die in der BRD.

Die Großmächte halten sich noch aus den konkreten Entscheidungsprozessen heraus, solange grundlegende Prämissen nicht angetastet werden, die die Kräftekonstellation und militärstrategische Stabilität in Mitteleuropa betreffen, und sie sind beide – wenigstens in einem breiten Spektrum ihrer internen politischen Kräfte – an Veränderungen in Mitteleuropa interessiert, nicht primär solchen, die dem anderen schaden, sondern

solchen, die den Handlungsräum für eine Neugestaltung der Weltordnung in Richtung Entspannung, Abrüstung und Lösung der globalen Krisenprozesse erweitern, neues Denken Wirklichkeit werden lassen. Daran sind nicht alle, aber doch viele Kräfte sowohl in der UdSSR als auch in den USA interessiert: Sie wollen, daß der Prozeß eines Umbaus der Weltordnung weitergeht, weil ein Zurück zu der alten Weltordnung oder gar zum kalten Krieg verhängnisvoll für beide wäre und weil beide mit der Umgestaltung der Weltlage Hoffnungen für die eigene Zukunft verbinden, Hoffnungen, die nicht mehr so dominant auf Machtverlust und Untergang des anderen zielen, sondern auf Gewinn von Handlungsfreiraumen für beide durch Kooperation.

Insofern könnten beide Großmächte über das Aufbrechen einer stagnierenden Situation in Mitteleuropa und der DDR eher erleichtert sein – es eröffnet wieder gestaltbare Räume für eine neue Politik in Europa, wenn auch beide dabei bestimmte Gefahren und Probleme sehen werden, den Großmächten also nicht gleichgültig ist, wie diese freigewordenen Politikräume ausgestaltet werden.

Auch die Kräfte in der DDR – am wenigsten die SED bzw. ihre Führung – haben begriffen, daß nur schnelles, konzeptionell begründetes und praktisch greifendes Handeln und nur weite und kühne Konzepte geeignet sind, Einfluß in dieser Lage zu gewinnen und sie also mitgestalten zu können. Daher geht ein fast hektischer Kampf um Ideen, Konzepte und Einfluß auf Ideenproduzenten, wie die Wissenschaftler unseres Forschungsprojektes am eigenen Leibe erfahren. Alle wollen an dem jetzt möglichen geschichtsgestaltenden Prozeß teilnehmen und wissen, wie wichtig dabei Ideen sind.

Marxisten und Sozialisten, zu denen ich mich zähle, wissen das auch. Und wenigstens ein großer Teil hat verstanden, daß es dabei keine festgeschriebenen, historisch oder politisch oder theoretisch oder ideologisch begründbaren Führungsansprüche gibt: Marxisten, Sozialisten und Kommunisten, die meinen, sie hätten a priori dabei mehr zu sagen als andere, werden noch in der Phase der Entrüstung von der Volksbewegung hinweggefegt. Sie haben soviel zu sagen, wie sie durch gute und wissenschaftlich fundierte Konzepte und eine kluge, auch ehrliche Art ihrer Verbreitung an Einfluß auf die Öffentlichkeit mobilisieren und in freien Wahlen einfahren können.

Für eine Reformation des Sozialismus

Sozialismus ist nicht Es fällt überall leicht, lange, lange Listen aufzustellen, was Sozialismus *nicht* sein soll: nicht Staatsbürokratie, nicht Staatseigentum, nicht administratives Kommandosystem, nicht führende Rolle der SED, nicht – all das, was Menschen bedrückt und ihnen den Raum zum Leben genommen hat. Aber was ist er dann?

Ich habe seit etwa einem Jahr wieder eine halbwegs bestimmte Antwort für mich gefunden, die allerdings nicht neu ist. Neu für mich war in den letzten Jahren, in denen diese Antwort entstand, die befreiende Wirkung, die sie hatte, weil sie Vorurteile und Verzerrungen in der Wahrnehmung der Wirklichkeit – der westlichen kapitalistischen Industrieländer wie auch der sogenannten realexistierenden sozialistischen Gesellschaften – Stück für Stück abbaute und das Denken entideologisierte.

Sozialismus ist für mich eine Gesellschaft, deren Entwicklungsrichtungen im materiell-gegenständlichen Bereich, in der Arbeit, der Lebensumwelt, dem Konsum, Raum für die Entwicklung der Individuen erzeugen. In der also die wirtschaftlichen und politischen Mächte, ohne die moderne Gesellschaften nicht bestehen können, nicht dominant ihre Selbstentwicklung betreiben, Wirtschaft sich nicht dominant so entwickelt, wie es für die Wirtschaft optimal ist, und Politik nicht dominant so, wie es für die Macht optimal ist, sondern so, daß Raum für die Individuen entsteht, den sie *autonom* für ihre Selbstentwicklung zur Verfügung haben. Für eine Entwicklung, bei der nicht die Entwicklung eines Subjekts gegen und auf Kosten anderer Subjekte geht.

Das schließt die notwendige Erhaltung von wirtschaftlicher Reproduktionsfähigkeit und Rentabilität ein, schließt aber deren Dominanz gegenüber den lebensweltlichen Bedürfnissen und Interessen der Individuen aus. Es schließt nicht politische Macht aus, aber Macht über das Leben der Individuen, die diese zu bloßen Funktionsträgern der Macht werden läßt.

Wie jedes sozioökonomische System muß auch ein sozialistisches Ressourcen reproduzieren, Fonds, Produktionsmittel, Arbeitskraft, Natur erhalten, Verbrauchtes ersetzen und kann dies nur, wenn *rentabel* produziert und Überschüsse, Gewinne, erzeugt werden. Gewinne sind disponible Handlungsreserven, ohne die die Reproduktionsfähigkeit bei jedem Strukturwandel zusammenbrechen würde.

Bindung der Wirtschaftsentwicklung an die Entwicklung der Individuen bedeutet daher, Rentabilität, Gewinne mit sozial und ökologisch progressiven Mitteln zu erreichen – an Stelle der klassischen Mittel der Profitproduktion durch Unterordnen und Funktionieren der Natur und des arbeitenden Menschen unter entfremdete Kapitalmacht. Wer sagt, daß Gewinne mit Lebensbedürfnissen und Entwicklungsräumen für Individuen nicht vereinbar sind, der muß die Konsequenz ziehen: Es gibt dann keine Zukunft, denn die globale Krise zeigt, daß sich Unterordnungsstrukturen weltweit erschöpft haben. Auf dem Weltmarkt, in den entwickelten Industrieländern – überall erzeugen sie eine Entwicklungslogik, bei der Tempo vor Selektivität geht und ökologische und soziale Katastrophen vorprogrammiert sind.

Nein, es geht nicht um «Rentabilität – ja oder nein?», es geht auch nicht um «Rentabilität vor oder nach sozialer und ökologischer Progressivität?» – beides ist m. E. falsch gefragt. Es geht um das *Rentabilitätskalkül*, das den bestimmten Inhalt der Rentabilität bildet, die formal – und historisch invariant – im Überschuß der erzeugten gegen die verbrauchten Ressourcen besteht. Dieser *Inhalt* hat sich zu ändern, die bestimmten *Selektionskriterien* des Rentabilitätskalküls: nicht mehr Unterordnung der Individuen in der Arbeit, nicht mehr Ausplünderung der Natur, nicht mehr eng und streng determinierte Lebensräume und Konsumtionsweisen zur Reproduktion bloßer Arbeitsfähigkeit, nicht mehr individuelle Lebensweisen, die strenge Funktionalität als Träger von Charaktermasken auszeichnen. Alles dies wären keine bereichernden Inhalte sozialökonomischer Entwicklung – sondern die klassisch privateigentümliche, ursprünglich kapitalistische Gestalt des Überschusses als Profit. Entwicklung der Qualität der Arbeit und der in ihr realisierbaren autonomen Entwicklungsräume arbeitender Individuen durch Kompetenz, gestaltbare Kommunikation und Kooperation in der Arbeit, Minimierung des Ressourcenaufwandes, Erhaltung der Naturkreisläufe, Schaffung progressiver Räume für andere Produzenten statt Unterordnungskonkurrenz, Entwicklung einer mannigfaltige Subkulturen ermöglichen, reichen, aber nur wenige Ressourcen verbrauchenden Lebens- und Konsumtionsweise mit entsprechenden autonomen Räumen individuellen Lebens – das sind die entstehenden Werte eines neuen Rationalitätsverständnisses.

Dieses Kalkül kann aber nicht durch eine höhere Macht, nicht durch Gott, Kaiser oder Politbüro angewiesen werden, auch keine Regierung hat dafür die Macht und darf sie auch nicht haben. Es wird wirklich, wenn die Strategiebildung und die Ent-

scheidungsfindung in allen Wirtschaftssubjekten, d. h. den selbständigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben, Kombinaten, Genossenschaften, Eigenbetrieben usw.), den Kommunen und den zentralen Wirtschaftsorganen (Staatsbank, Haushaltsgremien, Wirtschafts- und Finanzministerium, Zentrale Plankommission z. B.) starke Rückkopplungen an die lebensweltlichen Bedürfnisse und Interessen der Individuen haben, Rückkopplungen an den Individuen selbst in basisdemokratischen Initiativen und Organisationen artikulierten Interessen. Solche Rückkopplungen gibt es aber nur, wenn die in Basisassoziationen formierten Interessen auch in *institutionalisierte demokratische Entscheidungsgremie* der Wirtschaft und Politik eingebracht werden, in zwar bürokratisch-rational organisierte, aber keine Nicht-Basis-Mächte.

Wirken der Bürgerinitiative bloß in der Öffentlichkeit reicht nicht als Struktur zur Realisierung neuer Selektionsrichtungen und eines neuen Rationalitätskalküls in den Entwicklungsrichtungen der Wirtschafts- und Lebensweise der Gesellschaft, reicht nicht für einen sozialistischen *Gestaltungszusammenhang*.

Sozial-progressive Tendenzen bedürfen einer spezifischen Struktur kommunikativ gestalteter Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung: einer eigenen Kombination basisdemokratischer Assoziationen der Individuen (Gewerkschaften, Verbraucher-, Ökologie- und ähnliche Bürgerbewegungen) mit selbständigen und systemar organisierten, im Weberschen Sinne bürokratisierten Entscheidungsgremien in Wirtschaft und Politik.

Die bloße Unmittelbarkeit ohne Geld, Staat, Recht, Politik, Gewinn – ursprünglicher und somit auch roher kommunistischer Gesellschaftsansatz – hat sich in der Unmittelbarkeit stalinistischer Machtausübung ad absurdum geführt: Wer die Unmittelbarkeit pur will, der erntet die unkontrollierte, demokratische Bindungen entbogene, von den Individuen gänzlich abgekoppelte und diese total sich unterordnende Einheit von Politik-, Wirtschafts- und Kulturmacht – ausgegeben als Macht des Volkes, in Wirklichkeit Macht gegen das Volk.

Der Unmittelbarkeitskommunismus ist in den Lagern des Stalinismus entlarvt und widerlegt. An die Stelle der «Zerschlagung der Staatsmaschinerie und der Wirtschaftsmacht» tritt die Reformation dieser Mächte zu Mitteln gesellschaftlicher Evolution, die gebunden bleiben an die an der Basis sich assoziierenden Individuen. Dieser Prozeß des Herausziehens der Politikmächte aus den geheimen Kronräten in die öffentlichen Parlamente und der Kontrolle der Partei- und Staatsbürokratien durch Bürgerini-

tiative ist seit 100 oder mehr Jahren im Gange, nicht ohne Rückschläge, noch ohne Abschluß. Heute geht es um denselben Prozeß in der Wirtschaft, um die Bindung der Wirtschaft an die lebensweltlichen Interessen der Menschen, nicht um die Beseitigung der Wirtschaft als Macht, sondern um ihre Reformation.

Dies beides ist nicht das spezifische Problem der DDR, sondern der Welt, Europas, aber unsere Reformation sollte keine sein, die Wegen aus der Not der Welt entgegenläuft.

Dieses alte – neue Verständnis sozialistischer Bewegung schließt ein, daß Gesellschaftsentwicklung gestaltbar sein soll, nicht im Selbstlauf erfolgt und hat von daher auch ein bleibendes sozialkritisches Potential liberalistischen Marktwirtschaftskonzeptionen gegenüber zu bewahren. Nach dem Gesagten ist aber auch klar: die Subsumtion der Menschen unter eine zentrale Planungsmacht ist keine sozialistische Planung, sondern gehört zu einer Gesellschaft, in der Macht Selbstzweck ist.

Eine sozialistische Wirtschaft ist eine, die durch ein öffentlich-demokratisches Kommunikationssystem reguliert und gestaltet wird, in das individuelle Interessenartikulation und von unabhängiger Wissenschaft erzeugte Abbilder der Realität ebenso wie antizipierte Felder möglicher Entwicklung ideell eingehen, das dadurch Diskurse um mögliche Entscheidungen vermittelt, in deren Verlauf Interessen qualifiziert, Bedürfnisse entwickelt und in je bestimmten Entscheidungen mündende Interessenübereinstimmungen auf Zeit erreicht werden können.¹

Seit ich in dieser Richtung suche, entdecke ich auch, wo im heutigen modernen Kapitalismus diese «sozialistischen» Tendenzen hervorschauen, und auch, an welchen Stellen diese Gesellschaft ihre kapitalistischen Züge bewahrt hat.

Und ich sehe besser, wo der Weg der sozialistischen Staaten verkommen ist und sich ins Gegenteil verkehrt hat. Die öffentlich-demokratische Reorganisation der wirtschaftlichen Strategie- und Entscheidungsprozesse ist heute ein internationales wie nationales und europäisches Problem. Demokratisierungsprozesse sind heute der zentrale Punkt, um zu einer ökologischen und sozialen, die Entwicklung der Individuen verwirklichenden Gesellschaft zu kommen. Die Suche nach einem sozialistischen Weg in der DDR im europäischen Kontext und nach einer sozial-progressiven Richtung der Lösung der globalen Probleme ist die Suche nach einer demokratisch-öffentlichen Gestaltung wirtschaftlicher Evolutionsprozesse und politischer Entscheidungs-

prozesse. Diese Suche muß auch hinausgehen über die unbedarfenden Fortschritte, die der moderne Kapitalismus in diesem Jahrhundert gemacht hat. Sie allein kann die Basis für Kooperation und Gemeinsamkeit sein, die beiden Gesellschaftssystemen Entwicklungschancen einräumt.

Politik der offenen Tür

Die Öffnung der Grenze zur BRD und Westberlin ist die erste substantielle Entscheidung nach dem 7. bis 9. Oktober, die die praktische Lage verändert hat. Vorher sind alte Machtstrukturen zerrüttet worden, wurden Personen gewechselt und Phrasen ausgetauscht. Das war schon viel, das war die Voraussetzung für die zweite Phase des Umbruchs, die mit dem Rücktritt der Regierung eingeleitet wurde und die den entstandenen Freiraum nunmehr mit bestimmten Inhalten erfüllen wird. Diese jetzt begonnene zweite Phase wird solange dauern, bis die Grundrichtungen der weiteren Entwicklung der DDR entschieden sind. Die erste Entscheidung, die durch die Volksbewegung erzwungen, in praktisches Recht umgewandelt worden ist – ein Recht, das der Staat und die Führung nur nachträglich sanktionieren und legitimieren kann – ist die volle Öffnung der Grenze ohne staatliche Möglichkeit zur administrativen Kontrolle oder Beeinflussung dieser Bewegung. Die Isolation ist durchbrochen: Alle weitere Gestaltung des Raumes für Zukunft kann erst mal nur in Richtungen gehen, die ein offenes Haus Europa und eine offene Tür der DDR zu diesem Haus einschließen. Alle anderen Prozesse sind zunächst ausgeschlossen oder nur durch ein gewaltsames Niederschlagen der Volksbewegung möglich, was zur Zeit kaum wahrscheinlich ist.

Die künftige Politik hat mit einer offenen Tür zu arbeiten, sie braucht darüber weder zu lamentieren noch sollte sie versuchen, die Tür auch nur stückweise wieder zu schließen. Richtig und chancenvoll ist, sie zu nutzen: Eine Politik, die aus dieser offenen Tür was macht, hat eine Chance, in dem entstandenen Raum Inhalte zu etablieren. Jede Politik, die diese offene Tür nur als ungünstige Rahmenbedingung begreift, deren Einfluß zu mindern wäre, die sie nur als Gegenstand des Mißfallens betrachtet und sie bloß hinnimmt, wird scheitern. Es bleibt nur, diese offene Tür selbst als Drehpunkt einer sozialistischen Gestaltung der Zu-

kunft der DDR zu begreifen und zu nutzen. Wenn dafür das Selbstbewußtsein fehlt, weil man weiß, wieviel Druck die BRD ausüben kann, dann ist man verloren. Denn die BRD hat sehr viel weniger Chancen als zur Zeit die DDR, ihren Gestaltungsfreiraum politikbildend einzusetzen: Die BRD-Politiker haben keine Volksbewegung im Rücken oder zur Seite.

Wenn wir diese offene Tür annehmen, sie wollen, mit ihr arbeiten, sie zu unserer offenen Tür machen, dann haben wir durch Politik gestaltbare Chancen, dann können wir der BRD Konditionen abringen, die beiden helfen, die beiden Entwicklungsmöglichkeiten einräumen, aber eben deshalb auch keinen subordinieren und auch uns gestatten, eine eigene sozialistische und staatliche Identität und Souveränität zu wahren. Dann können wir Bedingungen für eine sozial-progressive und ökologische Gesellschaft schaffen, die über den bloßen Nachvollzug der Entwicklungen in der BRD hinausgehen und die etwas einbringen, das sowohl für das gemeinsame Haus Europa als auch für die BRD progressive Entwicklungsrichtungen befördert und befestigt. Das Umgekehrte tritt ein, wenn wir uns wehren und Kräfte den Gestaltungsraum ausfüllen, die auf die Etablierung elitärer Machtstrukturen aus sind, weil sie darin die besseren Chancen für ihre Variante zur Umgestaltung der Weltwirtschafts- und Europaordnung sehen. Sozialistische Identität wahren kann nicht heißen, in der gegenwärtigen Lage Sicherheiten in diese offene Tür einzubauen, die zu Stolpersteinen für die Menschen werden. Es heißt, solche inneren Bedingungen in der DDR zu schaffen und gemeinsam mit den anderen Partnern in Europa um solche Konditionen zu ringen, durch die gerade diese offene Tür zur Stärkung sozialistischer Tendenzen beiträgt.

Das ist der schöpferische Akt, den Politik heute zu leisten hat, die Quadratur des Kreises, die Marxisten heute sich vornehmen müssen, wenn sie in der geschichtsbildenden Lage von heute Geschichte machen wollen, indem sie die Volksbewegung mit den eigenen Beweggründen der Volksbewegung annehmen und zu deren Qualifizierung beitragen wollen. Jedes Lamentieren über die von einer Volksbewegung erzwungenen Tatsachen stellt die Realität auf den Kopf. Führen von Volksbewegungen kann nie bedeuten, diese zu verführen, sondern deren Bewegung anzunehmen und die Bedingungen ihrer Verwirklichung zu zeigen. Die Bewegung hat eine offene Grenze erzeugt, und wie immer dies gelaufen ist – und wie sehr zu Recht die Unfähigkeit der Regierung zu kritisieren ist, weil sie so chaotisch und so wenig gestaltend agiert hat in diesem Moment –, die Resultate von Volksbe-

wegungen sind nicht krittelnd zu werten, sondern als Tatsachen anzunehmen. Wir haben zu überlegen, was wir damit machen und nicht, wie wir diese Resultate durch Stolpersteine relativieren und vielleicht am Ende doch wieder auszuhebeln hätten.

Schließlich hat sich ja gezeigt – das ist knallhart festzustellen –, daß ein sich abschottender Sozialismus keiner ist. Entweder sind sozialistische Antriebe stark genug, auch in einer weltoffenen, multikulturellen Gesellschaft – und die Weltgeschichte zeigt, daß sie es sein können – oder sie sind falsch.

Spielregeln und Freiräume – keine Stauräume!

Die Grenze ist offen. Waren, Geld und Arbeitskräfte werden sich über diese Grenze bewegen und die inneren Reproduktionskreisläufe der DDR-Wirtschaft tiefgehend beeinflussen. Diese Gegenstände ökonomischer Art sind in ihrem Verkehr über die Grenze nicht mit bürokratischen Mitteln oder administrativ aufzuhalten oder umzufunktionieren. Alle Versuche, den Verkehr von Waren, Geld und Arbeit in den «Griff» zu bekommen, wie immer dieser Griff aussehen könnte, werden scheitern und hätten nur das Ende einer eigenständigen und damit auch einer sozialistischen Politik zur Folge, wenn es Griffe sind, die einer *Internationaleisierung der DDR-Wirtschaft* entgegenwirken sollen.

Wir haben nur die Chance, diesen internationalen Verkehr ökonomischer Gegenstände anzunehmen, zu überlegen, was damit und daraus zu machen ist, wie die Bedingungen für eine positive Wirkung dieser internationalen Ströme aussehen könnten. Wir können versuchen, gestaltend in diese Ströme einzugreifen, indem wir deren innere Bedingungen verstehend, Räume dafür, nicht dagegen schaffen. Wir brauchen nicht erst versuchen, diese Ströme zu unterbinden, zu kanalisieren oder hinterrücks die offene Grenze in ihr Gegenteil zu verwandeln: in eine *ökonomische Mauer*, die nichts durchläßt, als die bloße außer-ökonomische, außerweltliche Körperlichkeit der Individuen. Zoll und Bürokratie sind kein Mittel primärer Gestaltung ökonomischer Verkehrsbedingungen, sie wirken nur auf der Grundlage gegebener und ökonomisch gestalteter Räume des internationalen Waren-, Geld- und Arbeitskräfteverkehrs, als Mittel gegen *diesen* Verkehr sind sie nicht nur unverhältnismäßig teuer, sie sind letztlich auch wirkungslos.

Gelingt es nicht, diese Ströme zu gestalten, gestalten sie sich selbst in Form von Schwarzmarkt, Schwindelkurs, Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft. Die Folge wären eskalierende Interessen-gegensätze, soziale Ungerechtigkeit in Potenz mit der Folge des «Aussteigens» größerer Teile der Bevölkerung aus dem normalen ökonomischen Reproduktionskreislauf: Streikwelle, Inflation, leergefegte Märkte, Flüchtlingswellen. Ein Szenarium des Schreckens, wenn sich diese Ströme ungestalt ihre Bahn brechen und dabei nicht nur die Reformfähigkeit unseres ökonomischen Systems untergraben, sondern menschliches Leben überrollen. Und das wird passieren – angesichts der tiefen und noch latenten Wirtschaftsdisproportionen, Geldüberhänge usw. –, wenn Politik auch weiterhin bloß im nachhinein reagiert, statt zu agieren. Politik ist nun gefordert, um schnellstens die Debatte für eine konstruktive Lösung zu organisieren und zugleich eine Reihe von Maßnahmen und Vereinbarungen zu treffen, die die Eskalation der Lage verhindern – z. B. das baldige Zurückströmen des Geldes aus der BRD in die DDR zu fördern, z. B. um den Verbrauchermarkt zu stabilisieren, z. B. um den Betrieben Raum zur Sicherung der Produktion zu geben, z. B. um den Außenhandel zu entlasten und um evtl. ein Moratorium im Schuldendienst wenigstens kurzfristig zu organisieren.

Politik soll für die erforderliche grundlegende Reform nicht selbst schon die Lösung wissen wollen: *die an den Menschen vorbei gefundene und praktizierte Lösung wäre immer die falsche*, denn die Volksbewegung nimmt nur an, was sie selbst entschieden hat. Politik muß die Suche nach der Lösung in Gang bringen. Aber das muß schnell gehen, sehr sehr schnell.

Dies braucht ein politisches Klima des Wissens um die ungeheure Gefahr, in einer schweren wirtschaftlichen Krisenlage – bei unvorstellbaren ökonomischen Ungleichgewichten im Preis- und Einkommensgefüge zwischen BRD und DDR, in den Angebots- und Nachfragerelationen, in den Geldmengen und Wechselkurskonditionen usw. – in einer solchen Lage die Grenze zu öffnen.

Diese Situation muß offen dargestellt werden, es muß gesagt werden, daß wir dazu eine Lösung finden müssen, eine Lösung, die der Lage entspricht, es muß gesagt werden, daß eine solche Lösung findbar ist und daß wir sie im Diskurs erarbeiten werden. Und es muß offen gesagt werden, daß wir dazu einen Minimalkonsens brauchen – bei allen Gegensätzen und allem Streit: keine Bevölkerungsgruppe sollte die heute gegebene Chance zu einer neuen, anderen Gesellschaft – sozialistisch oder

nicht – vertun, indem sie versucht, sich auf Kosten der anderen Teile der Bevölkerung zu sanieren, bevor wir gemeinsam die Sicherungen eingebaut haben, die ein Durchbrennen unserer Wirtschaft verhindern. Keiner darf die noch ungeklärte ökonomische Lage mißbrauchen, um eigene Vorteile herauszuschinden, bevor wir gemeinsam neue, *minimale Spielregeln* für das Funktionieren unserer Gesellschaft und Wirtschaft gefunden haben.

Manche meinen, das aufzuschreiben sei schon ein Fehler, ein Aufruf, genau dies zu tun, was im Moment zum offenen Ausbruch der noch latenten Krise führen könnte. Aber politisches Klima und Psychologie sind wichtig, erst recht, wenn ökonomische Regeln und rechtliche Formen für den Verkehr von Arbeit, Geld und Waren über die Grenze erst noch zu schaffen sind und der geschaffene Freiraum noch nicht gestaltet ist. Jedenfalls gibt es bisher keinen Grund, an der Vernunft dieser Volksbewegung zu zweifeln, an der Fähigkeit, eine öffentliche Meinung zu erzeugen, die das Aufbrechen der Krise wenigstens eine Weile aufhält. Bisher war die Volksbewegung immer viel vernünftiger als die Machtapparate.

Mit der offenen Grenze ist jede Politik des nur schrittweisen Abbaus der nur punktuell und bürokratisch kontrolliert durchbrochenen binnengewirtschaftlichen Isolierung der DDR-Wirtschaft zum Scheitern verurteilt. Wenn die Politik einer bewußten Gestaltung von Öffnung und Internationalisierung unserer Wirtschaft langsamer ist als die durch die praktischen Ströme vor sich gehende Anpassung, wenn die Reform langsamer ist, als sich die Menschen bewegen, dann werden sich die Ströme von Waren, Geld und Arbeit statt in den geschaffenen und gestalteten Räumen auf Schwarzmärkten und in Schattenkanälen bewegen. Sie werden sich bewegen, das steht fest, unsere Chance ist, mit ganz großen Schritten Räume dafür zu schaffen. Räume, die die Progressivität dieser Ströme sichern. Das geht nicht durch den Versuch, sie zu kanalisiern oder zu begrenzen, um erst mal sich Luft zu verschaffen, das geht nur, wenn die zu schaffenden Räume weit sind, wenn es *Freiräume und keine Stauräume* sind, wenn sie weiter sind, als das, was sowieso von selbst erzwungen würde. Nur wenn der Raum hier frei und weit ist, hat man auch die Chance, dort eine Grenze zu ziehen, einen Damm zu errichten, der nicht bricht.

Kooperative Reform – die Alternative zum «Anschluß»

Die derzeitige latente Wirtschaftskrise bei offener Grenze kann nur in einem *offenen europäischen Wirtschaftsraum* gemeinsam mit den Partnern im RGW und mit Hilfe der EG, besonders auch der BRD, überwunden und zu einer *kooperativen Gestaltung von Wirtschaftsreformen* bei Wahrung der eigenen Identität der DDR weitergeführt werden. Daran muß besonders die BRD ein großes Interesse haben, weil eine eskalierende und schwere, zum Zusammenbruch tendierende Wirtschaftskrise in der DDR zu einem sprunghaften Ansteigen der Flüchtlingswelle, zu daraus folgenden inneren sozialen Konflikten in der BRD führen würde. Entweder würde dies die BRD selbst wirtschaftlich und sozial schwer schädigen, oder die Bundesregierung müßte die Grenze zur DDR schließen, was sie politisch nicht überstehen würde – vermutlich.

Allerdings gehen die Lösungsvorstellungen verschiedener politischer Kräfte in der BRD durchaus in differenzierte Richtungen. Einige nationalistische Kräfte streben tatsächlich ein wiedervereinigtes Deutschland als *Alternative* zum europäischen Einigungsprozeß an, andere wollen wenigstens die sozialistische Identität der DDR dabei noch fallen sehen – und ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft und dem politischen System der BRD. Andere verstehen schon, daß vieles, was die Volksbewegungen und einige gewichtige neue politische Kräfte in der DDR anstreben und wonach sie – oft noch nicht sehr zielbewußt – suchen, in vieler Hinsicht *weiter* geht als das, was in der BRD vorhanden ist. Weiter sicher nicht in der Wirtschaftskraft und dem Konsumniveau, weiter aber in der Demokratie von unten, weiter in der Forderung nach einer demokratisierten Wirtschaft, nach Verhinderung kapitalistischer Aneignung der DDR-Wirtschaft. Noch dominieren nicht partikularistische Interessen, noch dominiert die – allerdings harte und unnachgiebige – Suche nach einem neuen gemeinschaftlichen Inhalt gesellschaftlicher Entwicklung in der DDR – oder, wie Klaus Hartung in der *taz* m. E. richtig beobachtet: «Die oppositionellen Massen in der DDR reden jedenfalls so selbstverständlich in gesamtgesellschaftlichen Kategorien, wie wir in Machtbegriffen denken. Der gescheiterte Realsozialismus hat nicht das Nichts hinterlassen. Die Herrschaft muß nicht umgestürzt werden, es genügt, die Herrschaften wegzujagen. Die Menschen sind nicht durch Kapitalbesitz voneinander getrennt, sondern nur durch Pri-

vilegien und Unterdrückung» (*taz* v. 6. 11. 89, S. 8) Ob er recht hat, wird sich zeigen, in freien Wahlen.

Ich denke, wenn keine eskalierende Wirtschaftskrise ausbricht, dann wird eine Mehrheit in der DDR einen eigenständigen, an sozial und ökologisch progressiven Inhalten und einer vollen Demokratisierung auch der Wirtschaft orientierten Weg gehen wollen, nicht den der Wiedervereinigung.

Die westliche Konsumgesellschaft und die formale Demokratie, die durch die praktische Dominanz der Wirtschafts- und Politikmächte, die Monopolisierung wirtschaftlicher Entscheidungsgewalt und die Kommerzialisierung der Informationseinflüsse dem einzelnen praktisch kaum autonome Gestaltungsräume verschafft, sind hier nur bei einem Teil der Bevölkerung das Vorbild eigenen Lebens. Ein ziemlich großer Teil gerade der jungen Leute und der Intellektuellen, der Kopf der Volksbewegung, ist in dieser Hinsicht sehr kritisch und geht lieber einen eigenen und neuen Weg, als einen schon ausgetretenen.

Es gibt eine reale Chance für eine eigene Identität der DDR in Europa und im Verhältnis zur BRD. Wenn dies legitimierbar ist, wenn dies in Wahlen und in den kommenden praktischen Umgestaltungsprozessen aktivierbar ist, dann werden die BRD-Regierung und auch weite Teile des BRD-Kapitals sagen: es ist zwar nicht unser Traum, aber wir werden auch einer solchen DDR helfen, wenn dabei unsere eigenen Interessen auch Raum haben. *Wiedervereinigung ist nicht die einzige Strategie, die die BRD mittragen würde, wenn andere politisch legitimierbar und praktisch gestaltbar werden.*

Kooperation, ja sogar eine besondere deutsch-deutsche Zusammenarbeit in einem offenen Europa ist für einen eigenständigen Weg der DDR annehmbar und akzeptabel, wenn dabei autonome Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die DDR-Bürger gegeben sind, also eigene Kräfte und eigene Kompetenz in das Verhältnis zur BRD eingebracht werden können, nicht, wenn es um Klein-Taiwan gleich nebenan geht, nicht, wenn die DDR zur gut gehaltenen Drehscheibe der Ost-Politik der BRD werden soll.

Auch vom Standpunkt der progressiven, eine soziale und ökologische Gesellschaft anstrebenden Kräfte der BRD ist ein eigenständiger sozialistischer Weg der DDR in Kooperation mit der BRD die bessere Lösung, sie erweitert auch für sie den Raum für soziale und ökologisch positive Wandlungen, verhindert, daß die DDR-Bürger den erkämpften sozialen Standard in der BRD drücken, drängt kapitalistische Dominanzen eher zurück, bietet

aber auch der BRD-Wirtschaft und ihrer Politik Raum, grenzt auch das Kapital nicht aus, sondern zeigt Wege für die Verbindung von Wirtschafts- und Profitinteressen mit den sozialen und ökologischen Interessen der Menschen.

Die Internationalisierung bewußt gestalten

Ursprünglich gingen wir² davon aus, daß der Umbau der Gesellschaftsstrukturen in unserem Land mit grundlegenden *politischen Reformen*, vor allem der Entstaatlichung der SED, ihrer Trennung vom Staatsapparat und der Möglichkeit administrativer Lenkung desselben, dann mit der Herstellung voller Souveränität der Volkskammer und der anderen Volksvertretungen gegenüber den administrativen Machtapparaten und schließlich mit freien Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht zu beginnen hätte. In dieser Phase sollten zugleich *Wirtschaftsreformen* stattfinden, die auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage, die Entrümpelung des Wirtschaftsmechanismus und das Gewinnen von Spielraum gerichtet sind. Erst dann sollte in einer zweiten Phase ein grundlegender Umbau des Wirtschafts- und Sozialsystems erfolgen – erst, wenn politische Legitimität, Konsolidierung des neuen politischen Systems und wirtschaftliche Stabilität erreicht wären.

Der Sinn dieser Überlegungen ist nicht hinfällig und nach wie vor müssen politische Reformen das Prinzip haben, wenn auch vielleicht nicht mehr als zeitliches Vorangehen, so doch als inhaltliches. Man kann aber nicht mehr, wie gedacht, innere Wirtschaftsreformen schrittweise machen und diese dann mit einem Öffnen der Wirtschaft Stück für Stück nach außen verbinden: die DDR ist nach außen offen und die DDR-Wirtschaft ist es auch, wird es im Moment praktisch durch die offene Grenze. Der Zusammenhang von Stabilisierung, innerer Umgestaltung und Internationalisierung der DDR-Wirtschaft hat sich durch die offene Grenze umgekehrt. Der Internationalisierungsprozeß unserer Wirtschaft, die Integration in den europäischen Wirtschaftsraum und darüber in den Weltmarkt muß nun der treibende Prozeß der gesamten Wirtschaftsreform werden, denn er wird selbst getrieben durch die praktischen Prozesse, die internationalen Verkehrsströme von Waren, Geld und Arbeit, die durch die offene Grenze entstanden sind.

Es geht gar nicht mehr darum, ob die Staatsmacht eine volle internationale Integration der DDR-Wirtschaft will oder nicht, ob sie diese jetzt oder später will. Die Frage lautet nur noch, ob sie den praktisch vor sich gehenden Prozeß mitgestalten will, oder ob sie ihn der spontanen Selbstgestaltung – mit den oben skizzierten Wirkungen – überlassen will. Der Gestaltungsprozeß, der durch die Installation ökonomischer Regulative und rechtlicher Vorschriften zu erfolgen hätte, muß wenigstens so schnell erfolgen wie der spontan und praktisch durch die Bewegung der Menschen vor sich gehende Prozeß der Integration unserer Wirtschaft – ist er langsamer, siegt die spontane Selbstgestaltung. Erst wenn gestaltende Maßnahmen schneller sind als die spontane Bewegung, erst und nur dann kann Wirtschaftspolitik gestaltend in Wirtschaftspraxis hineinwirken, ihr Räume schaffen und auch Sperren errichten. Wenn der Schmuggel erst etabliert ist, hat der Zoll schon verloren. Wenn die Schwarzarbeit erst Gewohnheit und von der öffentlichen Meinung als normal angenommen ist, dann kommen alle gestaltenden Maßnahmen zu spät.

Kann ein politisches System schneller lernen als die Menschen, die sich in weniger Wochen in der neuen Lage eingerichtet haben werden? Da sind starke Zweifel angebracht.

Aber dies wäre die Chance: eine offizielle und gemeinsam mit den Partnern in Ost und West, auch und besonders mit der BRD, vorangetriebene Internationalisierung der DDR-Wirtschaft in Gang zu setzen – um zu stabilisieren, eine eskalierende Krise zu vermeiden und um zugleich den Umbau zu beginnen – denn die Öffnung nach außen ist ein Teil des Umbaus. Das könnte eine ökonomische Katastrophe hindern, könnte uns – zusammen mit anderen Schritten – eine eigene, sozial und ökologisch progressive Ausrichtung unserer zukünftigen Entwicklung in einem offenen Europa sichern.

Welche Internationalisierungsprozesse wären zu bewältigen? Ich denke, wenn man eine funktionierende Integration will, wenn das Konzept eines mehr oder weniger isolierten Wirtschaftsraums mit nur streng kontrollierten und regulierten partiellen Öffnungen nun wirklich fallen soll, dann muß man weitgehend, tief und vollständig, rückhaltlos internationalisieren. Dies ist nicht als Rücknahme an sich schon erreichter sozialistischer Inhalte zu sehen, nicht als Ausverkauf, sondern als das Einbringen eigener Kräfte in einen internationalen Zusammenhang. Dann aber muß sowohl der Warenverkehr – was traditionell akzeptiert wird – und ebenso der Arbeitskräfte- und der Kapitalverkehr, d. h. der

Geld- und Kreditverkehr internationalisiert werden. Man kann nicht – wie die Praxis zeigt – eine teilweise Integration beherrschen, sie entgleitet ständig.

Natürlich heißt rückhaltlose nicht ungestaltete Internationalisierung. Es geht gerade darum, *geregelte Räume* zu schaffen, aber nicht enge, bürokratische Kanälchen.

Erforderlich ist dazu eine Rahmenregelung für die Arbeit von DDR-Bürgern im Ausland und Ausländern bei uns, die dann mit entsprechenden Verträgen auszustalten wäre. Dabei hat der Staat nicht zu genehmigen oder zu verbieten, aber er hat die Möglichkeiten zu organisieren und die Konditionen zu klären. Z. B. die steuerlichen Aspekte, z. B. Fragen der Alters- und Gesundheitsversicherung und u. U. auch eines bestimmten Einkommensausgleichs. Dazu wäre ein *multinationales Arbeitsamt* denkbar, das über einen eigenen entsprechenden Fonds verfügt. Für viele Berufsgruppen – und letztlich für alle – wäre die Chance, andere Kulturen und andere Ökonomien kennenzulernen, eine enorme Bereicherung der eigenen Individualität der Menschen, auch ihrer Produktivität und Kreativität. Schafft man solche geregelten Räume und Instrumente, dann kann man sich auch über die internationale, kollektive Bekämpfung von Schwarzarbeit einigen, an der sicher auch Gewerkschaften und Unternehmerverbände, auch die Regierung der BRD ein gewisses Interesse haben.

Erforderlich wäre auch eine entsprechende Neuregelung des Handels und der Zollbestimmungen und -verfahren. Es stellt sich ja heute heraus, daß diese gewaltigen Menschenmengen nicht durch Zoll kontrolliert und am illegalen Warenhandel gehindert werden können, also müssen grundlegende ökonomische Bedingungen so verändert werden, daß das Interesse am Schmuggel nur gering ist.

Schwieriger ist die Internationalisierung des Geld- und Kreditverkehrs – oder, im westlichen Sprachgebrauch, des Kapitalverkehrs und seiner Formen. Damit direkt verbunden ist die Frage nach einer *konvertierbaren Währung*. Letztlich gibt es dazu auch schon mittelfristig keine Alternative: so viele Menschen, wie die Grenze passieren und Geld hin und her tragen, bedingen praktisch bereits eine Konvertierbarkeit unserer Währung – die Frage ist auch hier nur, ob wir eine offizielle und gestaltbare haben wollen, oder eine illegale und spontane.

Die Erfahrungen zeigen nun aber, daß eine Konvertierbarkeit durch den Außenhandel allein nicht gesichert werden kann:

entweder wird auch der *Kapital- bzw. Kreditverkehr* weitgehend internationalisiert, oder es geht nichts mit der Währung. Erforderlich ist also eine Regelung, die die Konditionen und Räume für die Etablierung von internationalem Kapital in der DDR und die von DDR-Kapital im Ausland festlegt, die Konditionen bestimmt, aber dabei weite Räume schafft.

Damit im Zusammenhang sollte die DDR-Mark in einigen großen und schnellen Schritten konvertierbar gemacht werden, und zwar mit einer festen Bindung an die europäische EG-Währung oder die DM. Das schließt dann ein entsprechendes Abkommen zwischen den Banken der DDR und der EG über die Verfahrensweise bei der Intervention und der Kurskorrektur ein und auch darüber, wie man in einigen wenigen Jahren, in denen es noch Begrenzungen und Sicherheit geben muß, die DDR-Währung gemeinsam saniert und wie dies zu finanzieren wäre. Dabei halte ich eine rüde Währungsreform für ein Unding: man kann Wirtschaftsreformen nicht mit Mitteln betreiben, die Menschen haufenweise ausgrenzen. Über eine *gemeinsame Bank* usw. wäre dabei nachzudenken.

Zu dieser Internationalisierung gehört, daß sich internationales Kapital in die DDR-Wirtschaft einkauft – und auch umgekehrt. Ich meine, daß auch das nicht zwangsläufig eine Aufgabe sozialistischer Identität zur Folge haben muß. Natürlich wird BRD- oder internationales Kapital keine Konditionen akzeptieren, bei denen auch auf lange Sicht nur rote Zahlen herauskommen. Aber auch eine sozialistische Wirtschaft kann nicht rote Zahlen schreiben, will sie überleben. Gewinne sind für uns ebenso unverzichtbar wie für das Kapital, es geht um Aufteilung zwischen den beteiligten BRD-Unternehmen und DDR-Wirtschaftssubjekten. Der aber eigentlich zu suchende Interessenkonsens ist der zwischen Rentabilität, an der beide interessiert sind, und sozialer und ökologischer Progressivität, für deren Durchsetzung wir die internen Strukturen und Voraussetzungen zu schaffen hätten.

Gefahren einer Deregulierung der DDR-Volkswirtschaft

Faßt man Sozialismus im eingangs skizzierten Sinne auf, so ist nicht die Subsumtion aller unter eine zentrale Staats- und Wirtschaftsmacht, sondern die Bindung der Wirtschaft an die Indivi-

duen, die Bindung der Betriebe und Kombinate, der Kommunen und auch der zentralen Wirtschaftsmächte an die Individuen und ihre Interessen entscheidend. Sozialismus ist dann nur denkbar als eine Wirtschaft, die zwar durchaus differenzierte Besitzformen kennen kann, in der ein vielfältiges und verflochtenes System großer und kleiner Wirtschaftseinheiten existiert, in der aber eine *öffentliche* und *demokratische* Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung auf allen Ebenen, in allen Einheiten, in allen strategischen Fragen wirtschaftlicher Arbeit besteht. Geht man so an die Frage einer sozial und ökologisch progressiven Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung heran, dann ist zu fragen, welche Strukturen die DDR intern entwickeln muß, um bei weitgehender internationaler Öffnung ihrer Wirtschaft eine eigenständige, selbstbestimmte sozialistische Entwicklungsrichtung einzuschlagen.

Hier nun stellt sich heraus, was das eigentlich prekäre an unseren derzeitigen Reformprozessen und vielen Reformkonzepten ist: Wenn die Wirtschaft nun vom zentralen administrativen Würgegriff in die «Freiheit» entlassen wird, wenn nun – ob Staatsbetriebe oder nicht – die Zentrale gar nicht mehr ihre Richtungsentscheidungen in die praktische Wirtschaftstätigkeit hineindrücken kann – was passiert dann? Wie ist dann überhaupt eine Bindung der entstaatlichten Betriebe an die Gesellschaft zu gewährleisten? Man könnte zunächst antworten: durch zentral zu setzende Rahmenbedingungen, durch Steuer-, Geldmengen- und Zinspolitik, durch Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionsförderung, durch Strukturpolitik und sofort ist eine inhaltliche Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung auf soziale Progressivität zu realisieren. Ich habe da meine Zweifel. Nicht, daß dies unwichtig wäre. Aber die Entwicklungsrichtung von vielen Millionen Einzelstrategien verschiedener Wirtschaftssubjekte kann allein durch eine demokratische Kontrolle und Bindung zentraler Wirtschaftspolitik nicht erreicht werden. Die aus der zentralen Zwangsjacke befreite Wirtschaft wird das machen, was jede Wirtschaft macht: Strategien zur Optimierung der Wirtschaftsentwicklung entwickeln. Sobald die Wirtschaft und ihre Manager in der DDR gelernt haben, den entstandenen Freiraum zu nutzen, werden sie das machen, was jede freie Wirtschaft macht: die Entwicklung der Wirtschaft als Selbstzweck vorantreiben und dabei alles andere funktionalisieren, vor allem individuelle Leistungstätigkeit. Kommerzialisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens wäre die Folge. Anstelle autonomer Räume für individuelles Leben entstehen die vorprogrammierten Lebensweisen der

modernen kapitalistischen Industriegesellschaft, in denen sich zwar der eine oder andere autonome Räume schaffen kann, aber eben nur wenige. Nun können sich die Betriebe vielleicht gegen das Untergeordnet-Werden wehren – und wenn das nicht gelingt, dient es womöglich nur der gesamtwirtschaftlichen Rentabilität. Also wird die Wirtschaft als Ganzes – wenn auch nicht jeder einzelne Betrieb – ihre Selbstentwicklung mit Macht vorantreiben. Na bestens, na endlich. Schnelles Wachstum, hohe Effektivität, maximales Innovationstempo und volle Läden mit hochwertigen Konsumgütern. Ausreichend Material im Betrieb, Ersatzteile vorhanden, moderne Technik im Anmarsch. Wirtschaftsentwicklung als Selbstzweck, mit den dabei entstehenden funktionalistisch vorprogrammierten Verhaltensmustern einer kommerzialisierten modernen kapitalistischen Gesellschaft scheint mir aber derzeit nicht der Traum der Volksbewegungen der DDR zu sein.

Das eigentlich Verrückte ist, daß die DDR-Wirtschaft, wenn sie entstaatlicht, aus der administrativen Zange entlassen wird, kaum echte und starke Bindungen an die Individuen und ihre Bedürfnisse hat, weniger jedenfalls als die kapitalistische BRD. Dort nämlich existieren starke Gewerkschaften, aber inzwischen auch Ökoorganisationen, Verbraucher- und Konsumenteninitiativen, unabhängige Institute und Wissenschaftler, Bürgerbewegungen u. ä., die mehr oder weniger erfolgreich solche Bindungen herstellen und die Selbstentwicklung der Wirtschaft um der Wirtschaft willen wenigstens partiell umlenken in eine Richtung, bei der die Wirtschaftsentwicklung verbunden werden muß mit der Entwicklung der Individuen, mit der Entstehung sozial und ökologisch progressiv ausgestaltbarer Entwicklungsmöglichkeiten in der Arbeit, beim Arbeitszeitverhalten, in der Lebensumwelt und z. T. auch schon im Konsumverhalten.

Im Unterschied zur BRD, wo solche Bindungen durch Gemächte zum Kapital erkämpft worden sind, bestehen diese in der DDR in viel geringerem Maße. Wenn die DDR-Wirtschaft aus der Unterordnung unter die staatliche Zentrale entlassen wird und der Kapitalverkehr internationalisiert wird, dann ist die DDR das optimale Feld kapitalistischer Wirtschaftsstrategien: niedriges Einkommensniveau, niedriger sozialer Standard, geringe wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte, geschwächte und unerfahrene Gewerkschaften, was den Kampf gegen die Betriebsleitung betrifft, wenig öffentlicher Druck auf Wirtschafts- und Kapitalinteressen und kaum vorhandene öffentliche Kontrolle der Wirtschaft. Das Traumland des Kapitals.

Reform der Entscheidungsstrukturen und demokratische Kontrolle

Genau da müssen unsere internen Wirtschaftsreformen ansetzen. Und sie können da ansetzen, wo für kurze Zeit aus der Rücknahme staatlicher Führung ein gestaltbarer Freiraum entstanden ist, den aber bald entweder das eigene Wirtschaftsmanagement oder das internationale Kapital – vermutlich beide gemeinsam – ausfüllen werden. Schnell, sehr schnell, ebenso schnell, wie die Internationalisierung vorangetrieben werden muß, sollte eine weitgehende Demokratisierung und öffentliche Kontrolle der wirtschaftlichen Entscheidungs- und Strategiebildungsprozesse auf allen Ebenen (Betrieb, Kombinat, Kommune, Zentrale) errichtet werden. Es geht um Strukturen, die die Strategie der Wirtschaftssubjekte – und im Zentrum müssen die Innovationsstrategien stehen, die Entwicklungs-Richtungs-Entscheidungen – an die Gesellschaft, an die Assoziation der Individuen binden. (Dies schließt auch Investitions- und Marktstrategien als von Innovationsstrategien bestimmte ein.)

Diese Demokratisierung sollte weiter gehen als die in diesem Jahrhundert im modernen Kapitalismus entstandene: es sollte eine Demokratisierung sein, die alle Interessen in die Entscheidung einbindet – Arbeiter-, Konsumenten-, ökologische, territoriale usw. mit Wirtschaftsinteressen verschiedener Art verbindet – eine Demokratisierung der Wirtschaft also, die nicht nur Kapital und Gewerkschaft umfaßt. Und es sollte ein *öffentlicher Raum* sein, in dem die Interessendiskurse und Entscheidungsprozesse stattfinden. Mit einer solchen Vorstellung könnte die Volksbewegung der DDR sich mit einem eigenen und progressiven Beitrag in die Kämpfe um die Demokratisierung Europas und der Weltwirtschaft einbringen. Mit einem Reformkonzept in diese Richtung könnte die DDR aber auch bei voller Internationalisierung der Arbeitskräfte-, der Waren- und vor allem der Geld- und Kreditbewegungen und des Kapitalverkehrs eine sozialistische Entwicklungsrichtung beibehalten.

Ich halte das in unserer Forschungsgruppe entwickelte Modell³ für ein *System von Wirtschafts- und Sozialräten* bei allen Betrieben und Kombinaten ab bestimmter Größe (als sozialistisch reformierte Variante der Aufsichtsräte kapitalistischer Prägung) und bei allen staatlichen Wirtschaftsorganen (als Teil der Volksvertretungen) der Kommunen und der Zentrale für einen geeigneten Ansatz, andere wären denkbar.

Etabliert man solche Räte und stattet sie mit entsprechenden Vollmachten aus, dann ist es möglich, die Staatsbetriebe in Aktien- oder ähnliche Gesellschaften zu verwandeln und die Beteiligungen bzw. Aktien nach festzulegenden Konditionen auf dem internationalen und einem noch zu bildenden nationalen Wertpapier- bzw. Kreditmarkt zu handeln. Die Art und Weise der Bindung und nicht primär der Anteil staatlicher Beteiligung gewährleistet dann, daß diese Betriebe in Wirklichkeit gesellschaftliche sind, auch wenn der Anteil ausländischen Kapitals über 50% liegt. Es geht um starke Bindungen und entsprechend starken Druck der Basis auf die Entscheidungsfindung der Wirtschaftssubjekte in den geschaffenen demokratischen Strukturen. Erforderlich dazu wäre eine Rahmengesetzgebung über Wirtschaftstätigkeit auf dem Territorium der DDR, das den Rechtsstatus der so zu bildenden *sozialistischen Aktiengesellschaft* bestimmt, die Konditionen der Beteiligungen festlegt, vor allem aber die Kompetenzen der Aktionärsvertretung und des Wirtschafts- und Sozialrats gegenüber und gegenüber der Betriebsleitung fixiert. Natürlich wären auch Wahlverfahren für diese Gremien festzulegen. Die Betriebsleitung sollte dann gewählt werden von den Vertretern der Aktionäre und vom Wirtschafts- und Sozialrat, wobei dieser *alle* von der Wirtschaftstätigkeit tangierten Interessen (Produzenten und Konsumenten, ökologische und territoriale Interessen usw.) repräsentieren sollte.

Ich bin dafür, der so gebildeten *Betriebsleitung* die volle Verantwortung für die operative Tätigkeit zu lassen, auch die volle Entscheidungsbefugnis. Der *Wirtschafts- und Sozialrat* sollte in abgewogener Weise mit der Aktionärsvertretung auf die Strategiebildung Einfluß ausüben und dazu mit starken Kontrollrechten gegenüber der Betriebsleitung ausgestattet werden, damit jederzeit die Übereinstimmung der operativen Tätigkeit mit der beschlossenen Strategie geprüft und gegebenenfalls die Abwahl der Betriebsleitung durch den Rat erfolgen kann. Es sollten mittlere Interventionsrechte – z. B. zwecks Ablehnung einer von der Betriebsleitung eingebrachten Innovations- oder Investitions- oder Rationalisierungskonzeption – bestehen, dagegen nur schwache Entscheidungsrechte. Der Rat sollte nicht die Möglichkeit haben, der Betriebsleitung gegen deren Willen bestimmte Strategien oder Entscheidungen aufzuzwingen. Arbeiter-, Konsumenten-, Ökologie-, Territoriums- und verschiedene Wirtschaftsinteressen sollten im Rat vertreten sein.

Entsprechende Räte wären bei den Volksvertretungen – evtl. als zweite Kammer mit gesondertem Rekrutierungsverfahren – zu bilden, die die Wirtschaftstätigkeit der entsprechenden Staatsorgane binden und Aufsichtsfunktionen gegenüber Wirtschaftseinheiten ohne eigenen Rat haben – etwa Kleinbetrieben.

Genossenschaften sollten ihren Mitgliedervertreten stärkere Rechte gegenüber den Vorständen geben.

Demokratisierung der Wirtschaft erfordert auch entsprechende Formen in den Bereichen des Dienstleistungssektors. Berufsvereinigungen u. ä. wären hier in spezifische Aufsichtsorgane der Leitungen zu integrieren.

Das Gesamt von Wirtschafts- und Sozialräten sollte durch ein nicht hierarchisiertes und nicht auf Entscheidungen bezogenes Kommunikationsnetz zu einem System verbunden werden.

Ist ein solches System gegeben, dann bleibt die Gesamtwirtschaft Eigentum der assoziierten Individuen auch dann, wenn die verschiedenen Besitzformen – Staatsbesitz, Aktiengesellschaft, individueller oder genossenschaftlicher Besitz – nebeneinander bestehen.

Für die weitere Entwicklung einer funktionsfähigen Wirtschaft, die in den europäischen- und Weltmarkt integriert ist, muß eine Umstrukturierung erfolgen: eine Reihe unrentabler Produktionen müssen aufgegeben, die Betriebe umgebaut oder saniert oder geschlossen werden. Dafür muß ein gewaltiger Aufbau im Bereich innovationsfreudiger Klein- und Mittelbetriebe und im Dienstleistungsbereich erfolgen. Ein Teil der Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen der zu gründenden Aktiengesellschaften – den ehemaligen Staatsbetrieben – sollte für einen Fonds zur Förderung dieses Vorhabens bereitstehen. Dafür wäre auch eine Kooperation mit der EG, der BRD oder anderen Partnern erstrebenswert.

Ein zweiter Teil des Erlöses aus der Umwandlung in Aktiengesellschaften sollte verwendet werden, um die Auslandsschulden drastisch zu reduzieren, also den größeren Teil der Schulden in Vermögensbeteiligungen an der DDR-Wirtschaft umzuwandeln.

Ein dritter Teil sollte der Sanierung der DDR-Währung zu kommen, evtl. in einer gemeinsamen Bank dazu dienen, die DDR-Mark in der Übergangszeit zu stützen, vor allem aber, Geldüberhänge abzubauen und das Staatshaushaltsdefizit zu reduzieren.

Ein vierter Teil wäre dazu da, daß sich die DDR-Kombinate und Betriebe, die einen guten Platz auf dem Weltmarkt

haben oder erreichen können, in internationale Wirtschaftsstrukturen einkaufen, d. h. Anteile oder Filialen im Ausland erwerben können, da auf dem Weltmarkt operationsfähige Kombinate nicht ohne eine internationale Produktionsstruktur und entsprechende Handels- und Servicebetriebe im Ausland auskommen.

Es wäre zu klären, wieviel Vermögensbeteiligungen erforderlich sind, um diese Mittel aufzubringen und in welchem Zeitraum dementsprechende Internationalisierungen von Staatsbetrieben erfolgen können.

Der eigentliche ideologische Punkt ist: Die DDR-Bevölkerung muß sich von der Denkweise befreien, daß Internationalisierung einer Wirtschaftsstruktur Ausverkauf von Volkswertmögen sei. Es geht umgekehrt darum, sich in eine offene Welt einzugliedern, sonst ist keine offene Grenze auf Dauer möglich. Das aber ist schon keine Alternative mehr: die Grenze ist offen. Die Alternative lautet: Internationalisierung mit undemokratischen Wirtschaftsstrukturen oder mit demokratischen; kapitalistisch oder sozialistisch.

Lebensqualität statt Schwarzmarkt

Ein kompliziertes Thema ist die für die Internationalisierung erforderliche Kompatibilität der Preis- und Einkommensverhältnisse. Diese ist nur durch einen fundamentalen Umbau der Steuer- und Subventionspolitik zu realisieren.

Wie immer dieser Umbau vor sich geht, sein eigentliches Problem sind die Lernprozesse der Bevölkerung. Diese sind das eigentlich durch den Umbau der Preis- und Einkommensverhältnisse zu reorganisierende. Daher müssen m. E. alle Konzepte ausgeschlossen werden, die den Umbau zu Lasten der Bevölkerung versuchen wollen. Ein massenhafter Ausstieg der Individuen aus den ökonomischen Regulativen und ein Ausbrechen in Schwarzmarkt und Schattenwirtschaft – ein allzu bekanntes Szenarium – macht jede Wirtschaftsreform unmöglich und diskreditiert ihre Schöpfer.

Daher muß der Umbau zugleich sozialen Fortschritt bringen, mit der Freisetzung von Reserven – vor allem für den qualitativen positiven Wandel der Lebenssituation – verbunden sein.

Reduzierung der Arbeitszeit statt größerer Einkommenszuwächse durch Abbau der ungenutzten Zeiten, qualitativ hochwertige Arbeit überall, wo investiert und rationalisiert wird, gesellschaftliche Selbstverwaltung der Wohnungen und Sanierung der Häuser und Wohngebiete in die eigene Hand der Mieter – bei voller Kompetenz auch für die Mietgestaltung und Verwandlung der Mietsubventionen in Sanierungszuschüsse, die durch kompetente, unabhängig von staatlichen Exekutivorganen gewählte Kommissionen vergeben werden, Auflösung der KWF und der Abteilungen Wohnungspolitik und Rückgabe der Kompetenz in die von den Bürgern gewählten Wohngebietesausschüsse usw. – all dies sind Maßnahmen, die wesentlich mehr Freiraum für die Bürger schaffen und ihnen die Möglichkeit geben, Ressourcenverschwendungen abzubauen, Vernunft zu erlernen und sich kompetent in die Umgestaltung etwa der Mietsubventionen und der Sozialpolitik selbst einzumischen.

Auch an die Bildung entsprechender Förder- und Unterstützungsstiftungen, an die Verwandlung der staatlichen Sozialversicherung in eine von den Bürgern selbst und öffentlich verwaltete, durch einen von ihnen gewählten Wirtschafts- und Sozialrat kontrollierte wirkliche unabhängige Versicherung – all dies sind Schritte, die den Eindruck einer bloßen Abwälzung der Kosten der Preis-Einkommensreform auf den Bürger vermeiden, weil sie wirkliche und praktisch erlebbare Demokratie schaffen und mit den Zielen der Volksbewegung übereinstimmen.

November 1989

MICHAEL BRIE / RAINER LAND / HANNELORE
PETSCH / DIETER SEGERT / ROSI WILL
Das Umbaupapier

Studie zur Gesellschaftsstrategie
Zweite Fassung

Vorwort

1. Die globale Umbruchssituation und die sozialistische Perspektive
 - 1.1. Sozialer Fortschritt zur Bewältigung der globalen Probleme
 - 1.2. Tiefgreifende Wandlungen der sozialistischen Gesellschaft
 2. Zur Entwicklung der Wirtschaftsreformen in europäischen RGW-Ländern
 - 2.1. Zum Grundanliegen der Wirtschaftsreformen
 - 2.2. Zum Rang sozialer Ziele in den Wirtschaftsreformen
 - 2.3. Zum neuen Wirtschaftsmechanismus
 3. Die Strategie der SED in den siebziger und achtziger Jahren
 4. Mögliche wissenschaftliche Orientierungen für die weitere Strategiediskussion
 - 4.1. Überlegungen zur Weiterentwicklung der Sozialpolitik
 - 4.2. Bewußte gesellschaftliche Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung
 - 4.2.1. Grundlagen
 - 4.2.2. Überlegungen zur Gestaltung der Leitung, Planung und Regulierung der Wirtschaftsentwicklung
 - 4.3. Überlegungen zur Um- bzw. Neugestaltung des politischen Systems
 5. Probleme des Übergangs
- Anhänge
- I: Tabellen; II: Fakten zur globalen ökologischen Situation; III: Fakten zum globalen Problem der Unterentwicklung

Vorwort

Als die erste Fassung der Studie¹ im Juni und Juli 1989 erarbeitet wurde, waren wirtschaftliche und politische Krisenprozesse zwar angelegt, inzwischen brachen sie aber aus: weit über 100 000 Menschen verließen die DDR, es gibt Massendemonstrationen, neue politische Bewegungen entstehen und der Kampf um eine Umgruppierung der politischen Kräfte und Mächte ist im Gang. Schon wird von einer Wende geredet, aber die Suche nach einer neuen Richtung gesellschaftlicher Entwicklung hat erst angefangen.

Die Autoren der Studie stehen für eine *sozialistische* Perspektive des einzuleitenden Wandels, aber die Suche hat erst begonnen und der Ausgang ist offen. Ohne wirklich tiefgreifende *strukturelle* Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialentwicklung, des politischen Systems und der SED wird es keinen Weg aus der Krise geben. Der Einstieg in solche strukturellen Veränderungen aber ist noch nicht erfolgt. Insofern stehen viele Fragen auf der Tagesordnung, die in der Studie noch nicht diskutiert werden konnten. Besonders der Abschnitt 5. ist unter den nun entstandenen Voraussetzungen nur noch eingeschränkt gültig. Er geht davon aus, daß der Reformprozeß durch die Partei insgesamt eingeleitet würde. Inzwischen ist er durch Massenaktionen der Bürger und durch den Druck der Parteibasis gegen den anfänglichen Widerstand der Parteiführung erzwungen worden.

Zu den inzwischen entstandenen aktuellen Tagesproblemen – neue politische Bewegungen, Neues Forum, Einstieg in die Reform des politischen Systems, der Partei, des Staates und des Rechts, Lösung der Reise- und Ausreiseproblematik, Umgestaltung der Medien, Verhinderung einer offenen Wirtschaftskrise – haben die Wissenschaftler des Forschungsprojekts Sozialismustheorie (Kooperationspartner eingeschlossen) gearbeitet und schnell erste wissenschaftlich begründete Positionen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Studie behält ihren Wert als Beitrag zur Suche und Diskussion einer Langzeitstrategie – für eine neue, sozial und ökologisch progressive Lebensweise, die weniger extensiv Ressourcen bean-

spricht und die mehr wirklichen Raum für freie und universelle Entwicklung der Individuen schafft. Die Studie bleibt wertvoll, weil sie die Erneuerung des Sozialismus in der DDR in den Kontext der *Reorganisation aller sozialökonomischen Systeme der Erde* – in entwickelten kapitalistischen, anderen sozialistischen Ländern ebenso wie in den unterentwickelten Ländern – stellt, unsere Erneuerung als Moment einer globalen Suche nach einer neuen Entwicklungslogik der menschlichen Gesellschaft zu begreifen sucht. Es geht um eine Entwicklungslogik, bei der Richtung, Tempo, Gestalt und Selektivität wissenschaftlich-technischer, ökonomischer und kultureller Evolution nicht mehr darauf gerichtet sind, die eigene Entwicklung gegen die anderer Subjekte durchzusetzen.

Es geht um eine neue Art gesellschaftlichen Fortschritts im Sinne kooperativer Gestaltung gemeinsamer Evolutionsbedingungen, um Fortschritt zu Gesellschaften, die keine Feindbilder mehr brauchen und in denen die Menschen so leben, arbeiten und wirtschaften, daß ihre Tätigkeit Entwicklungsbedingungen für andere nicht zerstört, sondern schafft. Überall auf der Welt geht es um Reformen, die *allen* Entwicklungsräume öffnen und den Enkeln nicht die Luft zum Atmen, das Wasser zum Trinken, das Brot zum Essen und die Erde zum Wandern nehmen.

Wenn wir einen erneuerten Sozialismus, eine andere Gesellschaft bei uns schaffen wollen, dann muß sie diesen menschheitlichen Notwendigkeiten entsprechen. Dazu gibt es denkbare Wege, wie die Studie zeigen soll. Diese Wege sind aber keine schnellen, und keine Heilslehre wird uns mit einem Schlag aus der Krise in eine lichte Zukunft reißen. Wir selbst müssen uns herausziehen und wir sollten dies mit Bescheidenheit und Demut tun, indem wir aus unseren Fehlern lernen, nach Schuld fragen, auch nach der eigenen, und Verantwortung nicht von uns weisen.

Ein Weg zu einer neuen Lebens- und Wirtschaftsweise ist nur durch Diskussion und Auseinandersetzung um Bedürfnisse, Interessen und deren Wandel zu finden. Diese Studie soll keine Lösung vorgeben, nach der sich wieder alle anderen zu richten hätten. Sie soll ein Angebot machen, durch dessen Diskussion vielleicht alte Bedürfnisse, Ansprüche und Interessen auf neue Weise gesehen, bedacht, relativiert, vielleicht im Sinne der zu suchenden neuen Entwicklungslogik verändert, aufgehoben werden. Wenn dann etwas ganz anderes herauskommt, als in der Studie an Überlegungen zu einer neuen Verbindung von Sozial-

und Wirtschaftsentwicklung vorgetragen wird, so liegt das ganz in der Intention der Autoren: Wissenschaft soll nicht anstelle der Subjekte Entscheidungen fällen, aber sie kann den Individuen, den politischen Kräften, Bewegungen, Organisationen *Mittel* geben, durch die sie ihre Entscheidungen qualifizieren und im Diskurs zu *progressiven Lösungen* ihrer Konflikte kommen können. Die Studie ist daher kein letztes Wort der Autoren, sie wird – hoffentlich – einer der Ausgangspunkte einer Debatte, durch die wir lernen, wie neue Antworten auf die Fragen aussehen können:

- Was wollen wir, wie wollen wir zukünftig leben?
- Wie wollen wir mit unseren knapper werdenden Ressourcen umgehen, was damit machen und was künftig lassen?
- Wie wollen wir unsere Interessenkonflikte austragen, so daß alle Entwicklungsmöglichkeiten haben?

Weil die Studie kein letztes Wort sein soll, wurde trotz vieler Wünsche, Vorschläge und Kritiken auf eine Überarbeitung weitestgehend verzichtet. Das ist keine Ignoranz, aber es ist zu früh, um die Debatte schon zu einem entwickelteren Standpunkt zusammenfassen zu können. Das zeigt sich auch an den durchaus divergenten Änderungsvorschlägen:

Der ganze erste Abschnitt hätte mit der DDR kaum zu tun, er sollte gestrichen werden / Der erste Abschnitt sei besonders wertvoll, weil er einen neuen Zugang und Kontext für die Sicht auf unsere eigene Entwicklung schaffe.

Die Aussagen zum Kapitalismus seien so nicht wissenschaftlich haltbar und zudem überflüssig / Die Aussagen zum Kapitalismus seien besonders produktiv und auszubauen, weil sie für ein differenzierteres Verständnis der Rahmenbedingungen unserer eigenen Entwicklung und mögliche kooperative Entwicklungsstrategien unbedingt erforderlich sind.

Die starke Betonung der Ökologie sei übertrieben, eine ökologisch orientierte Reorganisation der Sozialentwicklung zudem überhaupt nicht konsensfähig, weil die Ansprüche der DDR-Bevölkerung an Konsumweiterung sehr dominant seien. Erst, wenn da eine Sättigung erreicht sei, könne Ökologie breitere Akzeptanz finden. Eine Strategie könne nicht einfach gegen die vorhandenen Bedürfnisse und Ansprüche der Bevölkerung formuliert werden / Die Ökologiefrage sollte noch mehr betont werden, gerade damit sie ins Bewußtsein der Bevölkerung gelangt und eine breite Akzeptanz für eine Veränderung der Bedürfnisstrukturen und Interessenlagen entstehen kann.

Die Erfolge der bisherigen Entwicklung des Sozialismus kommen noch zu kurz / Nein, es sind ja gerade diese Erfolge, die heute in ihr Gegenteil umschlagen, die Studie würde durch einen Dualismus von «so-wohl Problemen als auch Erfolgen» nur verlieren.

Ein Abschnitt über die Werte des Sozialismus, das, was wir unbedingt zu bewahren haben, sei dringend geboten / Nein, die ganze Wertediskussion hat nichts gebracht, man kann keine Werte des Sozialismus als unveränderliche Konstanten neben dem Prozeß gesellschaftlicher Entwicklung herausdestillieren.

Berechtigte Kritik gibt es am Abschnitt 4.2.2. Das theoretisch neue Herangehen in 4.2.1. ist in den praktischen Vorschlägen noch nicht hinreichend erkennbar.

Diese und andere Kontroversen sollten m. E. erst mal bestehen bleiben. Es wäre nicht gut, sich wieder zu schnell auf leichte Weise zu einigen. Daher habe ich mich nach Überdenken aller Diskussionen und nochmaligem Lesen des Textes entschlossen, fast alles so zu lassen, wie es ist, auch da, wo ich selbst unsicher bin. Statt Änderungen steht das Angebot, die Debatte selbst zu dokumentieren, die Kontroverse öffentlich nachvollziehbar zu machen und so jedem die Chance zu geben, die weitere Entwicklung des in der Studie enthaltenen Standpunkts mitzuvolleihen. Ich bitte daher alle, Kritik, Zustimmung, Verriß wie Lob, Alternativen etc. an uns zu schicken, wir werden diese Standpunkte in unseren Materialien öffentlich zugänglich machen.

Die Wissenschaftler unseres Forschungsprojekts haben in den letzten Tagen sehr intensiv darüber debattiert, wie der Einstieg in eine Reorganisation des Sozial- und Wirtschaftssystems in unserer Gesellschaft aussehen könnte. Wir glauben, daß es Zeit braucht, einen breit akzeptierten Weg zu finden, der für die verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen unserer Gesellschaft und die Individuen neue Entwicklungsräume öffnet. Und es braucht auch Zeit, wissenschaftlich begründete und allgemein akzeptierte Konzepte für die Schrittfolge beim Umbau unserer Lebens- und Produktionsweise zu finden, die den Zusammenbruch des Wirtschaftssystems ausschließen: denn auch während dieser Zeit wollen und müssen alle leben, konsumieren, arbeiten.

Eine Wirtschafts- und Sozialreform kann daher nicht sofort beginnen, erst müssen neue politische Strukturen, Kräfte- und Machtverhältnisse konsolidiert werden, muß ein neues, lernfähiges und von einer breiten Mehrheit getragenes politisches System geschaffen sein. Wirtschaftsreformen ohne konsolidierten Umbau des politischen Systems, des Staates und der Parteien führen in eine offene eskalierende Wirtschaftskrise, wie Beispiele zeigen. Im Kampf um eine neue politische Kräftekonstellation

und um neue Formen der Machtausübung würden viele die Wirtschaftsreform blockieren, weil sie Entscheidungsrechte und -mächte nicht abgeben oder weil sie solche erlangen wollen.

Wir sind daher der Meinung, daß ein grundlegender Umbau des Wirtschafts- und Sozialsystems in einer durch breite gesellschaftliche Diskussion erst noch herauszufindenden Richtung und mit erst noch herauszufindenden Schrittfolgen erst in einer zweiten Etappe der Erneuerung des Sozialismus in der DDR erfolgen kann. In einer ersten Etappe muß eine grundlegende Reform des politischen Systems, eine Reorganisation der SED, der anderen Parteien und der alten und neuen politischen Organisationen und Bewegungen, eine Reform des Staates und des Rechts erfolgen. Dabei müssen Strukturen entstehen, die die politische Interessenartikulation und -auseinandersetzung der Subjekte so organisieren, daß Konsensbildung, Lernfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten für die verschiedenen gesellschaftlichen Subjekte gegeben sind. Vorstellungen dazu sind im Abschnitt 4.3. dargestellt. Während dieser ersten Phase sollte der Grundbestand des derzeitigen Wirtschaftssystems, (Planungsmodell, grundlegende Kennziffern, Bilanzierung, Preisbildung, Fondsreproduktion, Abführungsmodalitäten, Kreditmechanismus) beibehalten werden. Es wäre nur zu entrümpeln, von all dem zu befreien, was sein Funktionieren nicht wirklich tangiert: wucherndes Berichtswesen, Maßnahmenaktionismus, Plankorrekturverfahren auf dem Papier, bürokratische und administrative Eingriffe außerhalb der geregelten Verfahren usw.

Das System ist auf seinen wirklichen Grundbestand zurückzuführen, wodurch schon erheblich mehr Spielraum für die Wirtschaftseinheiten entsteht und eine Konzentration auf Abbau der Verschwendungsressourcen an die Stelle der Erzeugung von falschem Schein für die Zentrale treten kann. Durch ein schnell zu erarbeitendes Bündel von Maßnahmen zur Produktion, zum Binnenmarkt, zum Außenhandel und zum Geldumlauf und Kreditsystem muß erstens verhindert werden, daß die latente Wirtschaftskrise zu einer offenen und eskalierenden wird, mit leergefegten Binnenmärkten, Streikwellen, Schwarzmarkt, Inflation, Warenhortungen, Panikkäufen und Zusammenbruch der Liquidität im Außenhandel. Dafür ist ein politisches Klima zu schaffen und eine Art der Lösung von Interessenkonflikten zu finden, durch die ein Umschlagen der Vertrauenskrise in offene Konfrontation und Blockade der Wirtschaft vermieden werden. Zweitens muß in dieser Phase das Wirtschaftssystem reformfähig ge-

macht werden: durch Abbau von Verschwendungsressourcen und Bildung von Reserven für den Umbau.

Diese erste Phase – grundlegende Reform des politischen Systems, Konsolidierung der neuen politischen Kräfte, Diskussion einer neuen Strategie für unsere Lebens- und Wirtschaftsweise – kann nicht bis zum XII. Parteitag abgeschlossen werden, der Übergang zur zweiten Phase ist bestenfalls zwischen dem XII. und XIII. Parteitag möglich. Er könnte z. B. durch eine Volksausprache und eine Parteikonferenz 1991 oder 1992 eingeleitet werden.

Ein eilig und mit der heißen Nadel genähstes Wirtschaftsreformpaket binnen eines halben Jahres zu erstellen bedeutet den sicheren Weg in eine tiefe Wirtschaftskrise, ebenso wie das konzeptionslose Herumfuchtern einiger Politiker, die schnell irgendwelchen Wünschen und Ansprüchen nachgeben wollen. Wirklich nötig wäre sofort ein klares Bild und ein offenes Darlegen der Probleme, damit der Dialog über Mögliches und Unmögliches sachlich und verantwortungsbewußt geführt werden kann.

Die Autoren betrachten vorliegende Studie also nicht als ein Konzept, das umgehend und unmittelbar in die Realität umgesetzt werden kann. Die Voraussetzungen dazu sind erst zu schaffen und die längerfristige Strategie im Diskurs zu erarbeiten. Die Studie ist ein Beitrag zur Diskussion, kein fertiges Rezept.

Allen Förderern unseres Forschungsprojekts, besonders Prof. Dr. Dieter Klein, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität, für die Ermutigung und Unterstützung unserer Arbeit herzlichen Dank.

Rainer Land
Berlin, 29. Oktober 1989

1. Die globale Umbruchsituation und die sozialistische Perspektive

1.1. Sozialer Fortschritt zur Bewältigung der globalen Probleme

Mit der globalen Umbruchsituation seit Mitte der siebziger Jahre stehen alle Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme der Erde, auch die der sozialistischen Staaten, vor der Herausforderung tiefgreifender ökonomischer, politischer, sozialer, kultureller und geistiger Wandlungen, von denen ihre künftige Stabilität und Entwicklungsfähigkeit abhängen.

Dies äußert sich zunächst darin, daß eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums in der bisherigen Gestalt und auf der Basis der gegebenen sozialökonomischen Strukturen und wirtschaftspolitischen Regulationssysteme der Weltwirtschaft und der kapitalistischen wie sozialistischen nationalen Wirtschaften an Grenzen geraten ist. Dabei werden nicht nur die Wachstumsquellen, sondern die Existenzgrundlagen der Menschheit zunehmend untergraben: eskalierende globale Probleme insbesondere in der Ökologie und bei der Zerstörung der sozialökonomischen und kulturellen Systeme der Entwicklungsländer sind die Folge. Zugleich zeigen sich diese Grenzen auch in sinkenden Wachstumsraten und damit in der Unmöglichkeit, soziale Stabilität in der bisherigen Weise herzustellen. Auch in den entwickelten Ländern nehmen soziale Differenzierungen, Auseinandersetzungen und Instabilitäten zu.

Diese Umbruchsituation resultiert aus einer wachsenden Diskrepanz zwischen dem sich herausbildenden neuen globalen System der Produktivkräfte und den nach wie vor überwiegend bornierten sozialökonomischen Determinanten seiner Entwicklung, den sozialen Verhältnissen, Triebkräften und Zielen, die Richtung und Gestalt wissenschaftlich-technischer Entwicklung bestimmen.

Einerseits entstehen Produktivkräfte *universeller* Entwicklungspotenz: industrielle Naturprozesse beruhen auf der technischen Rekombination von Naturprozessen, unabhängig von den körperlich-technischen Funktionen des Menschen. Damit sind im Prinzip alle nach Naturgesetzen möglichen technischen Systeme

produktiv anwendbar. Die Integration von Wissenschaft und Produktion ermöglicht die Entwicklung und Konstruktion solcher industrieller Naturprozesse. Die Entwicklung hängt zunehmend von den schöpferischen Fähigkeiten wissenschaftlicher Arbeit und ihrer weltweiten Kooperation und Kombination ab.

Zum anderen zeigt sich, daß die Entwicklung und Nutzung dieses Produktivkrafttyps die Fähigkeit zu seiner bewußten und verantwortlichen Gestaltung erforderlich macht, wenn «industrielle Naturprozesse» nicht zum Selbstmord der Menschheit z. B. durch Kernwaffen, Klimakatastrophe, sozialen Kollaps durch Verhungerte und Verelendete in den unterentwickelten Ländern oder ähnliches führen sollen.

Die Ursache für diese wachsende Bedrohung ist die sozialökonomisch bedingte Ausrichtung und Struktur des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Welt von heute. Die kapitalistische Gesellschaft war die erste, die ein entwicklungsfähiges Wirtschaftssystem hervorbrachte, das regelmäßig und systematisch technischen Fortschritt hervorbrachte und wirtschaftliches Wachstum vorantrieb. In der Konkurrenz der Kapitale und dem Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital konnte nur überleben, wer die eigenen Produktionsbedingungen stetig revolutionierte. Dabei fungierte der technische Fortschritt und das ökonomische Wachstum als Mittel gegenseitiger Unterordnung und Konkurrenz. Die industrielle Revolution führte zur Unterordnung der Lohnarbeit unter die vom Kapital entwickelte Maschinerie und Arbeitsteilung, zu Dequalifikation und Abhängigkeit der Lohnarbeit. Technischer Fortschritt entwickelte sich als Mittel des Kampfes gegen den Konkurrenten um Zeitgewinn bei Innovationen, um Ressourcen, Märkte und Kapitalanlagen. Später kam der Kampf um die Begrenzung sozialistischer Entwicklung und um die Bindung der Dritten Welt an das Kapital als sozialökonomische Determinanten der Produktivkraftentwicklung hinzu, besonders im Rüstungsbereich und bei der Entwicklung exklusiver Hochtechnologien.

Technischer Fortschritt und ökonomisches Wachstum waren so schon ursprünglich als *Mittel der Ausbeutung* entstanden, als Mittel, die eigene Entwicklung eines Subjekts gegen die Entwicklung anderer Subjekte durchzusetzen, die Entwicklung einer Klasse durch Unterordnung und auf Kosten anderer zu betreiben bzw. als Mittel, dem Untergordnetwerden zu entgehen. Daraus resultieren bis heute die bestimmende Art und Weise und die Ausrichtung von technischen und ökonomischen Innovationsprozessen, die dominierenden Trends, Strukturen, Proportionen

und Tempi des Wandels und Wachstums der Wirtschaft und des materiellen Arbeits- und Lebensprozesses der Subjekte.

Im klassischen Kapitalismus auf der Basis der noch begrenzten Potentiale der industriellen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts resultierte daraus ein zwiespältiger Charakter technischer und ökonomischer Entwicklung: der Fortschritt bestimmter sozialer Subjekte war stets mit Rückschritt für andere verbunden: Unterordnung der Lohnarbeiter, Kolonialisierung der Dritten Welt, Bedrohung des Konkurrenten etc.

Die heute entstehenden universell entwicklungsähigen Produktivkräfte der wissenschaftlich-technischen Revolution, erzeugt, gestaltet und benutzt als Mittel der Entwicklung gegeneinander, bringen die Perversions *universeller Mittel gegenseitiger Unterordnung* hervor. Universelle Mittel der Unterordnung des anderen aber münden in dessen Zerstörung. Mehr noch: Die Zerstörung des anderen vernichtet auch die eigenen Lebensgrundlagen und so die der gesamten Menschheit.

Aus der Sicherheit gegeneinander durch Militär und Rüstung wurde so die Drohung mit der Vernichtung der ganzen Menschheit durch die in der wissenschaftlich-technischen Revolution geschaffene universelle Militärtechnik und Technologie, insbesondere die Kernwaffen. Die militärischen Innovationen dominieren nach wie vor die Grundrichtungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, wie sich z. B. an dem immer noch gültigen SDI-Programm als Motor der umfassendsten Innovationsforderung in den USA zeigt.³

Aus der Unterordnung der Lohnarbeit unter die vom Kapital geschaffene Maschinerie wurde die Schreckensvision massenhafter Vernichtung und Entleerung menschlicher Arbeit. In der kapitalistischen Rationalisierungsstrategie dominiert nach wie vor der Trend einer Reduktion der lebendigen Arbeit – trotz 35 Millionen Arbeitslosen in den OECD-Ländern und ungefähr 400 Millionen Unterbeschäftigten und Arbeitslosen in den unterentwickelten Ländern – anstelle eines Konzepts zur Nutzung und Entwicklung der menschlichen Arbeit und ihrer qualitativen Möglichkeiten.

Aus der Nutzung der Natur als Mittel der Produktion des Menschen wurde die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen des Menschen. Im Kampf um Tempo und Produktivität gegen den Konkurrenten entwickeln sich Verarbeitungstechnologien bei Zurückbleiben der Technologien zur Ressourcenbewirtschaftung, wird die Erhaltung der Naturkreisläufe privatwirtschaftlicher Rationalität geopfert bzw. der Allgemeinheit oder kommenden Generationen aufgebürdet.

«Mögen die Bilanzen unserer Generationen auch noch Gewinne zeigen, aber unsere Kinder werden die Verluste erben. Wir leihen ohne Absicht und Aussicht auf Rückzahlung von künftigen Generationen Umweltkapital. Und die nach uns Kommenden können uns wegen unserer Verschwendungen verdammen, aber unsere Schulden werden sie nie zurückerstattet bekommen... Die Ergebnisse unserer Ausschweifung verringern die Alternativen für künftige Generationen dramatisch.»⁴

Wir können davon ausgehen, daß eine Fortsetzung der heutigen Trends zur irreversiblen Zerstörung der Erde in absehbarer Zeit führt. Das heißt, schon die heute geborenen Kinder werden das Sterben der Erde, der Menschheit, miterleiden, wenn nicht die nächsten 20 bis 30 Jahre für eine radikale Wende genutzt werden. (Vgl. Anhang II.)

Aus der Nutzung der Ressourcen der Dritten Welt für die Entwicklung des Kapitalismus wurde die Zerstörung der traditionellen sozialen, ökonomischen und kulturellen Lebensgrundlagen durch deren Verwandlung in Exklaven der entwickelten Wirtschaftssysteme, durch die Übernahme ökologisch, ökonomisch und kulturell fremder Industrie und Landwirtschaft, durch daraus folgende technische Abhängigkeit und Ressourcentransfer. Die so auf der Strecke gebliebenen verarmten, verelndeten und verhungerten Menschen in den ärmsten Regionen der Erde versuchen, durch rücksichtslose Ausplünderung der Natur dem Untergang zu entgehen. So treibt die heutige Art industrieller Entwicklung in doppelter Weise auf eine globale ökologische Katastrophe hin. (Vgl. Anhang III.)

Die Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Mittel, die eigene Entwicklung gegen und auf Kosten der Entwicklung der anderen Subjekte durchzusetzen, hat ein *hohes Tempo* und eine *geringe Selektivität* von Innovationen und wirtschaftlichem Wachstum zur Folge: schneller sein als der andere, technischer Fortschritt als Selbstzweck bestimmen die Innovationsstrategien aller Wirtschaftssubjekte im Kampf um Selbsterhaltung, Profite und Macht. Dem wird die Selektivität von Innovationen hinsichtlich der möglichen, erreichbaren, wünschenswerten bzw. der zu vermeidenden ökologischen und sozialen Wirkungen auf die Menschen untergeordnet. Auch da, wo negative Langzeitfolgen erkannt und bekannt sind, werden verheerende Tendenzen fortgesetzt, denn wer zuerst aufhört, unterliegt der Konkurrenz, und wer zuerst andere Wege sucht, trägt das

größte Risiko: wirtschaftliche Verluste, Profitminimierung, Pleite, Machtverlust, wirtschaftlicher und sozialer Abstieg.⁵

Der Ausweg kann nur in einer grundlegenden Veränderung der *Entwicklungslogik der menschlichen Zivilisation* bestehen, weil nur dann die Ursache für die zerstörerischen Trends der Technik-, Ökonomie- und Ökologieentwicklung aufgehoben wird: War die Fähigkeit zu technischem Fortschritt und Wachstum zunächst entstanden als Fähigkeit zur Entwicklung gegeneinander, so geht es heute um die Verwandlung dieser in ein Mittel *gemeinsamer Entwicklung aller Subjekte*. Statt der Maxime «die eigene Entwicklung gegen die anderer Subjekte und auf deren Kosten durchzusetzen» muß in Zukunft gelten: «die eigene Entwicklung durch und mit der Entwicklung der anderen Subjekte zu verwirklichen». Folgte aus der alten Logik, daß die beste Entwicklung der eigenen Position die Schwächung des anderen ist, so muß heute die Stärkung der gemeinsamen Positionen und damit auch die Entwicklung des anderen bei der Lösung globaler Menschheitsprobleme als Moment eigener Entwicklung verstanden werden. Dann können eine *hohe Selektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts* und die Bindung der *Richtungen, Strukturen, Proportionen und Tempi technischer und ökonomischer Entwicklung* an die möglichen und gewollten sozialen Fortschritte aller Subjekte der Weltwirtschaft durchgesetzt werden. Dann wäre technischer und ökonomischer Fortschritt zugleich auch sozialer.

Diese Transformation muß heute in Gang gesetzt werden und wird einen längeren historischen Prozeß bestimmen. Diese Wende von der Logik der Entwicklung gegeneinander zur gemeinsamen Entwicklung aller Subjekte und die dazu notwendige Gestaltbarkeit der wissenschaftlich-technischen Revolution sind aber Voraussetzungen für die Lösung der globalen Menschheitsprobleme und das Weiterbestehen der menschlichen Zivilisation.

Die Notwendigkeit eines derartigen Umbruchs besteht für die gesamte Menschheit, für alle ihre heutigen Gesellschaftssysteme und ihren wechselseitigen Zusammenhang. Vom Standpunkt der verschiedenen sozialen Subjekte und Gesellschaftsordnungen der heutigen Menschheit sind damit aber gemeinsame und spezifische, unterschiedene Bestimmungen *sozialen Fortschritts* abzuleiten.

Für alle Subjekte der Menschheit muß gelten:

1. Fortschritt muß die Unterordnung eines Subjekts unter

andere ausschließen, progressiv sind nur solche Veränderungen des materiellen oder geistigen Lebensprozesses der Gesellschaft, die den Spielraum für die Entwicklung aller betroffenen Subjekte erhöhen, wenigstens nicht vermindern. Entwicklung auf Kosten anderer zerstört heute die Lebensgrundlagen aller, ist kein Fortschritt.

2. Fortschreitende Erweiterung des Entwicklungsräumes der Subjekte hat die Entwicklung der Produktivkräfte, Steigerung der Effektivität und Produktivität des materiellen Reproduktionsprozesses, Erhöhung der Rentabilität eingesetzter Ressourcen und die Erzeugung disponibler Überschüsse und freier Zeit zur Voraussetzung. Effektivitätssteigerung und wirtschaftliches Wachstum sind Kriterien gesellschaftlichen Fortschritts, aber nur dann, wenn sie Raum für die Entwicklung der Subjekte schaffen, der nicht auf Unterordnung beruht und die Entwicklung anderer Subjekte nicht untergräßt.

3. Für die derzeitige globale Situation der Menschheit besteht der soziale Fortschritt *erstens* in der Lösung der globalen Menschheitsprobleme, also der Erhaltung der Menschheit und ihrer Evolutionsfähigkeit selbst. Er besteht *zweitens* in der Schaffung der Mittel dafür, also in der *Reorganisation* der internationalen und nationalen politischen und Wirtschaftssysteme entsprechend der erforderlichen *Logik gemeinsamer und gestalteter Entwicklung*. Es geht dabei um eine neue demokratische Weltwirtschaftsordnung, politische und militärische Ordnung, die Unterordnung und Entwicklung gegeneinander und auf Kosten anderer schrittweise einschränkt und ausschließt und Raum für gemeinsame militärische, politische und wirtschaftliche Sicherheit, Existenz und Entwicklung schafft. Dann kann Entwicklungskooperation bei der Lösung der globalen Menschheitsprobleme – Frieden und Abrüstung, Ökologie, Unterentwicklung und Arbeit – die erforderliche Gestaltbarkeit der wissenschaftlich-technischen Revolution und des wirtschaftlichen Wachstums im Interesse des sozialen Fortschritts ermöglichen.

Sozialer Fortschritt heute ist die Verwandlung der Wissenschaft, der sachlichen Reichtumsproduktion, der Kultur und Kommunikation in Mittel der gemeinsamen Entwicklung aller Subjekte der Menschheit. Dieser Inhalt sozialen Fortschritts heute ist auf eine Demokratisierung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reproduktionssysteme gerichtet, weil Demokratie, soziale und politische Menschenrechte für alle heute existentiell für den Fortbestand der Zivilisation sind.

Dieser globale Inhalt sozialen Fortschritts wird sich in Abhängigkeit von der konkret-historischen regionalen und sozialen Lage der verschiedenen Völker und sozialen Gruppen in differenzierten besonderen Fortschrittsinhalten äußern. Für alle sind Frieden und Erhaltung bzw. Wiederherstellung funktionsfähiger Ökosysteme die Grundvoraussetzung.

Für die Mehrzahl der Menschen in den unterentwickelten Ländern geht es um minimale Existenzbedingungen: eine menschenwürdige Arbeit und Einkommen, Ernährung, Bekleidung, Behausung, Heizung und um die Chance, durch eigene Arbeit die eigene Entwicklung gestalten zu können, die Vorzüge der Weltgemeinschaft und der Weltwirtschaft für die Entwicklung der eigenen traditionellen Produktions- und Lebensweisen und Kulturen nutzen zu können.

Differenziert sind auch die heutigen Fortschrittsinhalte vom Standpunkt verschiedener sozialer Gruppen in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Für die Verlierer der heutigen sozialen Differenzierungsprozesse geht es um die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung einer akzeptierten sozialen Existenz und um Bedingungen, die eigene Entwicklung wieder in Gang setzen zu können: um Arbeitsplätze, Umschulung, Bildung, Resozialisierung, Mitbestimmung.

Für die sozial sicher gestellten Gewinner, die über qualifizierte Arbeit und ausreichende bis gute Einkommen verfügen, geht es darum, qualifizierte Arbeit und hohes Konsumniveau in wirkliche Individualitätsentwicklung umsetzen zu können. Dafür ist kompetente und verantwortliche Gestaltung des eigenen Lebensprozesses – in Gemeinschaft mit den Interessen aller anderen Subjekte – erforderlich. Durch Demokratisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse, durch mehr und wirksamere Mitbestimmung in Betrieb, Staat und Gesellschaft, müssen die kreativen Fähigkeiten moderner, qualifizierter Arbeiter und Angestellten zur kompetenten, verantwortungsvollen Umgestaltung der Gesellschaft in ökologischer und sozialer Hinsicht nutzbar werden. Nur dann kann auch für diese sozialen Gruppen eine Entwicklung der eigenen Bedürfnisse und Interessen akzeptabel und progressiv werden, die in Einklang mit den Lebensinteressen anderer nicht auf stetig wachsenden Konsum gerichtet ist, sondern auf eine hohe Lebensqualität bei minimaler Belastung von Ressourcen und Umwelt.

Eine sozial progressive Reorganisation der modernen Ge-

sellschaften muß auch zu mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit für verschiedene soziale Klassen und Gruppen führen, Rassen-, Geschlechter- und Generationsungleichheit überwinden helfen, soziale und politische Rechte von Minderheiten besser schützen.

Sozialer Fortschritt erfordert für die Wirtschaftssubjekte, Kapitalverwertung, ökonomische Rentabilität und wirtschaftliche Macht nicht weiter als alleinige oder entscheidende Kriterien gelten zu lassen, sondern mit den Entwicklungsinteressen anderer Subjekte – der Lohnarbeiter, der Konsumenten bzw. Anwender der Produkte, der unterentwickelten Länder – und mit ökologischen u. a. Interessen zu verbinden. Nicht die Verwertung für sich, sondern die jeweils konkret herzustellende Interessenübereinstimmung muß Kriterium progressiver Gestaltung der Wirtschaftstätigkeit werden. Diese Veränderung der Selektionsrichtung erfordert eine tiefgreifende Reformation der Weltwirtschaft und der wirtschaftlichen und politischen Regulationssysteme aller Länder.

Für eine derartige Entwicklung innerhalb des Kapitalismus bestehen einerseits bestimmte Voraussetzungen, die in der bisherigen Entwicklung des Monopolkapitals bereits sichtbar sind und sich teilweise im Wandel der wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Regulationssysteme befestigt haben. Bereits heute beruht die Entwicklung des Kapitals in wichtigen Feldern nicht mehr allein auf der Subsumtion der Lohnarbeiter und anderer sozialer Gruppen unter das Kapital, sondern auch schon auf der Suche nach Herstellung gemeinsamer und übereinstimmender Entwicklungsfelder und -interessen. Damit ging auch eine Demokratisierung der ökonomischen und politischen Entscheidungsprozesse im modernen Kapitalismus einher.

Diese sozial progressiven Tendenzen sind aber keine Resultate kapitalimmanenter Antriebe, sondern gehen aus den Kämpfen der Arbeiter- und anderer progressiver Massenbewegungen hervor. Sie werden noch begrenzt und oft dominiert durch die traditionelle Logik der Unterordnung: Zwei-Drittel-Gesellschaft, Lösung der eigenen Entwicklungsprobleme durch Expansion auf dem Weltmarkt – auf Kosten anderer –, Verschuldung der unterentwickelten Länder, Ein-Drittel-Welt u. a. Stichworte skizzieren, in welchem Maße bornierte Formen der Kapitalverwertung und Machtpolitik progressive Ansätze noch dominieren. Allerdings treffen die existenziellen Bedrohungen der globalen Probleme auch das Kapital, und auch Kapital kann künftig nur verwertet werden, wenn es sich den existenzerhaltenden Erfordernissen un-

terordnet. Damit gibt es die *reelle Chance*, durch progressive soziale Bewegungen – wie Friedens-, Arbeiter-, Ökologie- und Demokratiebewegungen und Bürgerinitiativen – Kräfteverhältnisse zwischen aggressiven, konfrontativen, sozialkonservativen Kräften einerseits und reformorientierten, kooperativen oder progressiven Bewegungen andererseits wesentlich zu verändern. So könnte eine Situation geschaffen werden, in der Kapitalverwertung nur in Übereinstimmung mit den grundlegenden Interessen anderer sozialer Gruppen möglich wird und in der daher eine demokratische Reorganisation der wirtschaftlichen Entscheidungs- und Regulierungssysteme vorankommt.

Vom Standpunkt der *sozialistischen Gesellschaften* geht es um eine Umgestaltung der Weltwirtschaft und der eigenen Wirtschafts-, Politik- und Gesellschaftssysteme, durch die die sozialen und solidarischen Merkmale und Vorzüge sozialistischer Gesellschaftsordnung in praktische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Individuenentwicklung umgesetzt werden können. Es geht um die Chance und die Fähigkeit, Ideale sozialistischer Bewegungen in einer sozial beherrschten und progressiv gestalteten wissenschaftlich-technischen Revolution praktisch umsetzen zu können. Dieser vielschichtige und komplizierte Prozeß, der selbst wieder in eine Vielzahl besonderer Fortschrittsmomente zu differenzieren ist, soll in den folgenden Abschnitten untersucht werden.

Dabei wird die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftssysteme stets als wichtiger Teil des skizzierten *globalen Umbruchs* verstanden, eingebettet in die Herausbildung einer neuen Entwicklungslogik der Menschheit insgesamt.

1.2. Tiefgreifende Wandlungen der sozialistischen Gesellschaft

Für die sozialistischen Länder geht es in dieser globalen Umbruchssituation um die sozial progressive Lösung dreier eng zusammenhängender Fragen:

Erstens: Durch den Übergang zur *intensiv erweiterten Reproduktion und ihrer sozialprogressiven Ausrichtung* sollen entwicklungsfähige Wirtschaften entstehen, die zur kontinuierlichen und breiten Realisierung von Innovationsprozessen, darauf gegründetem Effektivitätsfortschritt und dauerhaftem qualitativen und quantitativen Wirtschaftswachstum fähig sind. Effekti-

vitäts- und Wirtschaftswachstum sind inhaltlich als Momente der *Entwicklung der Subjekte*, insbesondere der Individuen, zu gestalten, müssen deren Arbeits- und Lebensprozesse in progressiver Richtung verändert reproduzieren.

Diese Aufgabe steht notwendig mit Abschluß der Übergangsperiode an, d. h. nach der gewaltsamen Aufhebung kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. In der Übergangsperiode dominierte zunächst die Erhaltung und Festigung der politischen Macht. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Vielzahl individueller und kollektiver Subjekte wurde dem untergeordnet. Zentrale Verfügbarkeit aller Ressourcen, schnelles extensives Wachstum durch Industrialisierung und Bindung der Volksmassen an die politische Macht durch wachsende Befriedigung gegebener Bedürfnisse und Interessen standen im Mittelpunkt. In dem Maße, wie die Übergangsperiode abgeschlossen wurde, entstand die Aufgabe, gewonnene politische und wirtschaftliche Macht in sozial progressive *Entwicklung* der Gesellschaft einzubringen, eine Umwälzung der Produktions- und Lebensprozesse in Gang zu setzen und neue politische bzw. wirtschaftsregulierende Kommunikations- und Leitungssysteme herauszubilden, die die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung demokratisch gestaltbar machen. Der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion umfaßt daher eine Gesamtheit tiefgreifender Veränderungen in Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie der sozialistischen Gesellschaft. Er muß mit einer Demokratisierung des politischen Systems verbunden sein, die Macht zum Mittel der Entwicklung der Subjekte machen und die ökonomische, politische und kulturelle Stellung des Individuums in der Gesellschaft verändern.

Diese Wandlungen begannen in der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten etwa ab Mitte der fünfziger Jahre. Staatliche Vertretungsorgane der Werktätigen bekamen gesicherte Rechte, die Position der Gewerkschaft wurde ausgebaut, die innerparteiliche Demokratie erfuhr einen Aufschwung, Formen der politischen Öffentlichkeit bildeten sich heraus, die Rechte der Bürger wurden erweitert, die Tätigkeit der Machtorgane wurde rechtlich geregelt und in bestimmtem Maße der Kontrolle der Volksvertretungen und der Öffentlichkeit zugänglich. Die übermäßige staatliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens begann sich zurückzubilden, neben dem Staat als einem wichtigen politischen Subjekt zeichneten sich die Konturen einer vielfältigen politischen Gesellschaft ab. Mit dieser Periode ist ein insgesamt erfolgreicher Kampf des Sozialismus um seine Existenz, um

terordnet. Damit gibt es die *reelle Chance*, durch progressive soziale Bewegungen – wie Friedens-, Arbeiter-, Ökologie- und Demokratiebewegungen und Bürgerinitiativen – Kräfteverhältnisse zwischen aggressiven, konfrontativen, sozialkonservativen Kräften einerseits und reformorientierten, kooperativen oder progressiven Bewegungen andererseits wesentlich zu verändern. So könnte eine Situation geschaffen werden, in der Kapitalverwertung nur in Übereinstimmung mit den grundlegenden Interessen anderer sozialer Gruppen möglich wird und in der daher eine demokratische Reorganisation der wirtschaftlichen Entscheidungs- und Regulierungssysteme vorankommt.

Vom Standpunkt der *sozialistischen Gesellschaften* geht es um eine Umgestaltung der Weltwirtschaft und der eigenen Wirtschafts-, Politik- und Gesellschaftssysteme, durch die die sozialen und solidarischen Merkmale und Vorzüge sozialistischer Gesellschaftsordnung in praktische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Individuenentwicklung umgesetzt werden können. Es geht um die Chance und die Fähigkeit, Ideale sozialistischer Bewegungen in einer sozial beherrschten und progressiv gestalteten wissenschaftlich-technischen Revolution praktisch umsetzen zu können. Dieser vielschichtige und komplizierte Prozeß, der selbst wieder in eine Vielzahl besonderer Fortschrittsmomente zu differenzieren ist, soll in den folgenden Abschnitten untersucht werden.

Dabei wird die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftssysteme stets als wichtiger Teil des skizzierten *globalen Umbruchs* verstanden, eingebettet in die Herausbildung einer neuen Entwicklungslogik der Menschheit insgesamt.

1.2. Tiefgreifende Wandlungen der sozialistischen Gesellschaft

Für die sozialistischen Länder geht es in dieser globalen Umbruchsituation um die sozial progressive Lösung dreier eng zusammenhängender Fragen:

Erstens: Durch den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion und ihrer sozialprogressiven Ausrichtung sollen entwicklungsfähige Wirtschaften entstehen, die zur kontinuierlichen und breiten Realisierung von Innovationsprozessen, darauf gegründetem Effektivitätsfortschritt und dauerhaftem qualitativen und quantitativen Wirtschaftswachstum fähig sind. Effektiv-

itäts- und Wirtschaftswachstum sind inhaltlich als Momente der *Entwicklung der Subjekte*, insbesondere der Individuen, zu gestalten, müssen deren Arbeits- und Lebensprozesse in progressiver Richtung verändert reproduzieren.

Diese Aufgabe steht notwendig mit Abschluß der Übergangsperiode an, d. h. nach der gewaltsamen Aufhebung kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. In der Übergangsperiode dominierte zunächst die Erhaltung und Festigung der politischen Macht. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Vielzahl individueller und kollektiver Subjekte wurde dem untergeordnet. Zentrale Verfügbarkeit aller Ressourcen, schnelles extensives Wachstum durch Industrialisierung und Bindung der Volksmassen an die politische Macht durch wachsende Befriedigung gegebener Bedürfnisse und Interessen standen im Mittelpunkt. In dem Maße, wie die Übergangsperiode abgeschlossen wurde, entstand die Aufgabe, gewonnene politische und wirtschaftliche Macht in sozial progressive *Entwicklung* der Gesellschaft einzubringen, eine Umwälzung der Produktions- und Lebensprozesse in Gang zu setzen und neue politische bzw. wirtschaftsregulierende Kommunikations- und Leitungssysteme herauszubilden, die die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung demokratisch gestaltbar machen. Der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion umfaßt daher eine Gesamtheit tiefgreifender Veränderungen in Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie der sozialistischen Gesellschaft. Er muß mit einer Demokratisierung des politischen Systems verbunden sein, die Macht zum Mittel der Entwicklung der Subjekte machen und die ökonomische, politische und kulturelle Stellung des Individuums in der Gesellschaft verändern.

Diese Wandlungen begannen in der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten etwa ab Mitte der fünfziger Jahre. Staatliche Vertretungsorgane der Werktätigen bekamen gesicherte Rechte, die Position der Gewerkschaft wurde ausgebaut, die innerparteiliche Demokratie erfuhr einen Aufschwung, Formen der politischen Öffentlichkeit bildeten sich heraus, die Rechte der Bürger wurden erweitert, die Tätigkeit der Machtorgane wurde rechtlich geregelt und in bestimmtem Maße der Kontrolle der Volksvertretungen und der Öffentlichkeit zugänglich. Die übermäßige staatliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens begann sich zurückzubilden, neben dem Staat als einem wichtigen politischen Subjekt zeichneten sich die Konturen einer vielfältigen politischen Gesellschaft ab. Mit dieser Periode ist ein insgesamt erfolgreicher Kampf des Sozialismus um seine Existenz, um

die Verhinderung weiterer Weltkriege und um eine bedeutende Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt für sozialen Fortschritt und nationale Befreiung verbunden. Der Sozialismus konnte in dieser Zeit erheblich an internationalem Ansehen gewinnen.

Allerdings vollzog sich dieser Prozeß mit unterschiedlichem Tempo, ging auf einigen Gebieten nur schleppend voran und war mit Inkonsistenzen behaftet. Begünstigt durch äußere Bedrohung, Kalten Krieg, Rückständigkeit und mangelnde Einsichten und Erfahrungen wurden Wandlungen verlangsamt und verzögert, schleppten sich Deformationen des politischen Systems des Sozialismus, die ihre Wurzeln in den Formen des Machtmißbrauchs in der UdSSR der dreißiger und vierziger Jahre hatten, bis in die achtziger Jahre hinein.

Dies hatte immense Konsequenzen: einerseits die Herausbildung von machtdominierten Strukturen, wie etwa dem Stalinismus, bei dem sich dem Sozialismus entgegenwirkende soziale und politische Formen durchsetzten. Zum anderen stagnative Tendenzen – mangelnde Fähigkeit zur sozial progressiven und effektiven Gestaltung innovativer Wirtschaftsentwicklung, hohe Auslandsverschuldung, Verschlechterung der sozialen Situation der Bevölkerung in einer Reihe sozialistischer Länder auf wichtigen Gebieten. Diese Verzögerung hat dazu geführt, daß der Sozialismus als internationales Ganzes von der globalen Depression seit 1975 mehr oder weniger schwer getroffen wurde, ökonomisch größte Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser Lage hat und konzeptionell zu wenig darauf vorbereitet ist. Bei der Suche nach einem progressiven Weg zur Bewältigung der globalen Umbruchssituation können die sozialistischen Staaten daher ökonomisch keine führende Rolle spielen, was ihren politischen und ideologischen Einfluß auf die Lösung der globalen Probleme mindert.

Setzt man den Beginn der heute ablaufenden Wirtschaftsreformen mit Anfang/Mitte der 80er Jahre an (in der UVR wird allerdings bis auf das Jahr 1968 zurückgegangen), so läßt sich die wirtschaftspolitische Ausgangssituation des internationalen Sozialismus als Ganzem im wesentlichen durch zwei Faktorengruppen kennzeichnen:

a) Stagnations-, Vorkrisen- oder Krisenerscheinungen in einer Reihe sozialistischer Länder, die insbesondere aus verspäteten, inkonsistenten oder disproportionalen Schritten zur Bewältigung des Übergangs zur intensiven Entwicklung der Volkswirt-

schaft und der Unterschätzung der Dynamik und Tiefe der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie der damit verbundenen notwendigen Strukturwandlungen resultieren. Obwohl die Parteitage aller Bruderländer die Intensivierungsstrategie beschlossen, wurde der «Wirtschaftsmechanismus» zunächst nicht entsprechend konsequent und schrittweise umgestellt. Über diese Situation ist bereits viel geschrieben worden; es darf aber nicht übersehen werden, daß die Situation in Bulgarien, Polen, Ungarn und der UdSSR zu Beginn der Reformen anders war als in der CSSR und DDR. Ein noch gesondert zu untersuchender «Fall» ist Rumänien, über dessen Wirtschaftssystem noch zu wenig Informationen vorliegen. (Zur Charakteristik der Situation vgl. Tabelle 1 und 2 im Anhang.)

b) Durch unterschiedliche Ursachen entstandene Auslandsverschuldung, durch die der innere Entscheidungsspielraum bei den anstehenden Strukturveränderungen stark eingeschränkt war und der Schuldendienst z. T. auf Kosten des Lebensniveaus der Bevölkerung abgeleistet werden mußte, sofern es nicht gelang, durch gezielte Stärkung der Exportkraft die Außenverpflichtungen zu erfüllen bzw. abzubauen (z. B. CSSR). Für die UdSSR wirkte dieser Faktor erst nach Mitte der 80er Jahre mit dem Sinken der Erdölpreise erschwerend auf die ökonomische Situation – vorher wirkten die Erdölexporte wegen ihres hohen Anteils an der Exportstruktur wie ein «Konjunkturfaktor», der die reale Wirtschaftslage überdeckte.

Nach neuesten Angaben zeigt sich folgendes Bild⁶ der Bruttoverschuldung (in Mrd. US-Dollar):

UdSSR	= 30,0	VRB	= 6,9
VRP	= 38,7	CSSR	= 5,3
DDR	= 19,1	SRR	= 3,1
UVR	= 17,0		

Im Folgenden werden für die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe RGW durchgängig folgende Abkürzungen verwandt: Sowjetunion: UdSSR; Volksrepublik Polen: VRP; Deutsche Demokratische Republik: DDR; Ungarische Volksrepublik: UVR; Volksrepublik Bulgarien: VRB; Tschechoslowakische Sozialistische Republik: CSSR; Sozialistische Republik Rumänien: SRR.

Bemerkenswert ist dabei, daß die Bankaktiva und Devisenreserven dieser Länder insgesamt 30 Mrd. Dollar betragen, wovon auf

die UdSSR 14,2 Mrd. Dollar und die DDR 9,2 Mrd. Dollar entfallen. Wenn man die Höhe der Verbindlichkeiten relativiert, ergibt sich für die VRP die kritischste Situation: die Auslandsschulden der VRP entsprechen dem Wert der Exporte von 4,35 Jahren, für die UVR sind es 2,88 Jahre, die DDR 11,5 Monate, die CSSR 8 Monate und die UdSSR 5 Monate.

Zweitens: Der Übergang zum intensiven Reproduktionstyp und die Umgestaltung zu einem entwicklungsfähigen wirtschaftlichen politischen System fällt zusammen mit einer neuen Etappe der *wissenschaftlich-technischen Revolution*, mit dem weltweiten Übergang zu einer Phase wirtschaftlicher Entwicklung, die durch die Ausbreitung einiger grundlegender Basisinnovationen (Mikroelektronik) und eine breite Welle von Folgeinnovationen charakterisiert ist, durch Dominanz von Rationalisierungsprozessen gegenüber der Erweiterung, durch Umwälzung der gesamten Produktions-, Konsumtions-, Verkehrs- und Kommunikationsbasis und eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses von Wissenschaft und Produktion und eine Globalisierung entscheidender Reproduktionskreisläufe und Entwicklungspotentiale.

Für die sozialistischen Industriestaaten ist es eine Existenzfrage, ob es gelingt, an dieser wissenschaftlich-technischen Revolution teilzunehmen und dabei sozialprogressive Gestaltungstendenzen, sozialistische Konzepte ihrer Bewältigung einzubringen. Bei der Reorganisation der sozialistischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft geht es also nicht bloß um den Übergang zu intensiv erweiterter Reproduktion schlechthin, sondern um den Übergang zu diesem Reproduktionstyp auf der Grundlage und durch die progressive Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Tabelle 3 im Anhang zeigt, daß der Abstand der sozialistischen Länder zu den kapitalistischen Ländern in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität nicht geringer geworden ist.

Drittens: Konzepte der Sozialismusentwicklung können nur in dem Maße bestehen, wie sie nicht auf exklusiven Lösungen beruhen, nicht den eigenen Fortschritt gegen oder auf Kosten anderer erreichen. Stets müssen national eingeleitete Prozesse daher auch positiv auf globalen Tendenzen wirken, zu deren Lösung beitragen, dürfen globale Probleme wenigstens nicht verschärfen, die Lage anderer Völker nicht verschlechtern oder bedrohen. Insofern ist der Maßstab nicht nur die sozialprogressive Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution in nationalem Maßstab, sondern die Übereinstimmung nationaler Lösungen mit glo-

balen, menschheitlichen Erfordernissen. Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion durch sozialprogressive Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution muß zugleich auch ein Beitrag zu Tendenzen weltwirtschaftlicher Entwicklung sein, die auf die Lösung der globalen Probleme gerichtet sind. Auch für die Realisierung dieses Anspruchs von sozialistischer Entwicklung heute bestehen problematische Voraussetzungen.

Einerseits zeigen die KPdSU und die Bruderparteien insbesondere in der Friedensfrage eine starke menschheitliche Verantwortung des Sozialismus, wie die Politik der Koalition der Vernunft der SED und die seit dem XXVII. Parteitag der KPdSU eingeleitete neue Etappe sozialistischer Friedenspolitik zeigen. Dies hatte außerordentlich positive Wirkungen auf die politische Lage und das geistige Klima in der Welt und erbrachte erste Erfolge bei der Wende zur Entspannung, der politischen Lösung regionaler Konflikte und dem Beginn von Abrüstung.

Zum anderen zwingen existentielle wirtschaftliche Probleme, politische Bewegungen nationalistischer oder bornierter sozialer oder auch antisozialistischer Richtung – oft unterstützt von der Machtpolitik konfrontativer Kreise in den USA, der NATO u. a. – nicht selten dazu, Tagesprobleme auf eine Weise zu lösen, die langfristig nicht progressiv ist. Es gibt heute auch in den sozialistischen Ländern die Meinung, angesichts des Rückstands bei der Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Arbeitsproduktivität und der Versorgung mit Konsumgütern und angesichts der großen innenpolitischen Auseinandersetzungen in einzelnen sozialistischen Ländern sei der Sozialismus als historisch gescheitert zu betrachten, als ein «intellektueller Irrtum» (Hajek). Sie sehen in einem sozial abgefederter, modernen Kapitalismus die besseren Potenzen für die Bewältigung der globalen Menschheitsprobleme, wenn es gelingt, progressive Tendenzen durch starke politisch organisierte Massenbewegungen zu beschleunigen und den Reformprozeß der kapitalistischen Wirtschaft voranzutreiben.

Die Position der SED wie der KPdSU ist, daß die aktive Wirkung des Sozialismus für die *sozial progressive* Bewältigung der Menschheitsprobleme und der wissenschaftlich-technischen Revolution unverzichtbar ist. Dabei ist der Sinn sozialistischer Gesellschaftsentwicklung nicht nur in einer längerfristigen Perspektive zu sehen, sondern ebenso in seinem Beitrag zu einer Wende in der Menschheitsgeschichte heute:

Mit dem sozialistischen Prinzip, alle technische und ökonomische Entwicklung bewußt so zu gestalten, daß positive soziale Effekte für die Menschen, insbesondere für die Arbeitenden und sozial Unterprivilegierten, erreicht werden, hat die revolutionäre sozialistische Bewegung eine grundlegende Innovation in die Menschheitsgeschichte eingebracht. In den sozialistischen Revolutionen und bei der Errichtung sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme wurde um die praktische Verwirklichung dieses Ziels gerungen. Auch wenn heute erkannt ist, daß es sich hier um erste, in vielem noch unzureichende Schritte gehandelt hat, wurde doch erstmals eine andere Art des gesellschaftlichen Fortschritts antizipiert, eine Art des Fortschritts, der nicht zu Lasten der Mehrheit der Individuen geht, sondern ihnen Entwicklungsräume schafft. Dabei wurden viele wichtige und unverzichtbare Erfahrungen über erfolgreiche und nicht erfolgreiche Wege und Formen sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung gesammelt, so z. B. über Industrialisierungswege, Umgestaltung der Landwirtschaft, sozialistische Gestaltung des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, über Planung und Leitung der Wirtschaft und das politische System.

Das Sozialprinzip ist auch heute noch die positive Alternative zum Kapitalprinzip, zur Unterordnung aller unter die Verwertung des Kapitals. Die Verwandlung des sachlichen Reichtums, des technischen Fortschritts und der Akkumulation aus Mitteln der Kapitalverwertung in Mittel der Entwicklung der Subjekte wird in Zukunft immer wichtiger, ist unverzichtbar, um globale Menschheitsprobleme zu lösen. Wenn dieses Sozialprinzip heute auch in Reformen innerhalb staatsmonopolistisch regulierter kapitalistischer Wirtschaftssysteme wirksam wird, wenn Stabilisierung und Fortschritt in kapitalistischen Gesellschaften nur möglich werden, wenn und weil die Dominanz von Kapitalverwertung zurückgedrängt und nach Ausgleich von Kapital- und Sozialprinzip gesucht werden muß, dann spricht dies nicht gegen, sondern für die Prinzipien, die Ziele und den Kampf sozialistischer Bewegungen. Statt diese Chance für die Kooperation von Kapitalismus und Sozialismus zu ergreifen, verkündet der amerikanische Präsident erneut seine Doktrin, nach der der Sozialismus von der Tagesordnung gestrichen sei. Er holt die Ideale der freien Marktwirtschaft und des Liberalismus hervor unter Bedingungen, wo kein entwickeltes kapitalistisches Land ohne zentrale Planung, ohne Langzeitprogramme für Innovationen und Investitionen, ohne planmäßige Regulierung der Wirtschaft durch Staatshaushalt, Zentralbanken, Kredit- und Geldemission und

vor allem nicht ohne geregelte und hochinstitutionalisierte Formen der Interessenauseinandersetzung und -vermittlung auch nur einen Monat stabil bleiben würde.

Die sich heute im Ansatz hoffnungsvoll entwickelnde Friedens- und Reformfähigkeit des Kapitalismus ist keine zwangsläufige Folge kapitalimmanenter Antriebe, und sie ist heute noch nicht unumkehrbar. Neben progressiven Arbeiter- und Massenbewegungen ist diese Friedens- und Reformfähigkeit zu einem erheblichen Teil auf die sozialistischen Revolutionen, die Herausbildung sozialistischer Staaten und der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihre Stabilisierung unter den komplizierten Bedingungen des Kalten Krieges zurückzuführen. Unter anderem dadurch wurde einem Teil der Wirtschaftsführer und Politiker kapitalistischer Staaten deutlich, daß nur eine Friedens- und Reformstrategie langfristige Chancen für Existenz und Kapitalverwertung schafft. Dem stehen aber nach wie vor starke konfrontative Kräfte gegenüber, und der Wandel zu aggressionsunfähigen und stabildemokratischen Militär-, Wirtschafts- und Politiksystemen ist nicht abgeschlossen, hat kaum begonnen. Eine Rücknahme des Sozialismus würde eine starke militärische, politische und z. T. auch ökonomische Gegenmacht zum Kapital beseitigen. Damit wäre die große Gefahr einer Destabilisierung der internationalen und der nationalen Kräftekonstellation verbunden, die Gefahr einer Stärkung der konfrontativen Kräfte, die erneut hoffen könnten, ihre alten Interessen auf dem Weg der Aggression, der Unterdrückung und der sozialen Revanche durchzusetzen. Die Aufgabe des Sozialismus wäre ein erheblicher Rückschlag für den Frieden und den sozialen Fortschritt in der Welt überhaupt.

Schließlich dürfte es ein Aberglaube sein, daß die Rückkehr sozialistischer Staaten zu kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen in absehbarer Zeit aus Krisenprozessen heraus zu wirtschaftlichem Aufstieg führen würde. Die Gestaltung eines entwicklungs- und funktionsfähigen modernen, sozial abgedeckten, effizient regulierten kapitalistischen Wirtschafts- und Politiksystems ist ein komplizierter und historisch langwieriger Prozeß, für den kein sozialistisches Land heute die erforderlichen Voraussetzungen, Traditionen und Erfahrungen hat. Die Herausforderung an den Sozialismus besteht vielmehr darin, die vorhandenen sozialistischen Ansätze weiterzuentwickeln, (zumal sie mit Tendenzen der Reorganisation der Weltwirtschaft in vielem übereinstimmen), die eigene sozialistische Wirtschaftsentwick-

lung in eine gemischte Weltwirtschaft einzubringen und dabei auch die Kooperation mit dem Kapitalismus zu nutzen, aber bei Erhaltung der eigenen sozialistischen Orientierung. Der Weg zu einer sozial entwickelten Form des Kapitalismus scheint eher länger zu sein als der zu einem sich entwickelnden, innovationsfähigen Sozialismus. Die sich heute zeigenden Defizite sozialistischer Wirtschaften sollten nicht dem Prinzip sozialistischer Gesellschaft angelastet werden, dessen Möglichkeiten zur sozialprogressiven Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung noch gar nicht entfaltet werden konnten. Die gegenwärtig erst beginnende Gestaltung entwicklungsorientierter und demokratischer wirtschaftlicher und politischer Systeme des Sozialismus braucht auch Zeit, Geduld und politische Stabilität, um wirksam zu werden. Die sozialistischen Länder brauchen nicht mehr Kapitalismus, sondern ein Mehr an wirklichem Sozialismus. Deshalb ist eine der Hauptaufgaben heute, Vertrauen in diesen Weg herzustellen und ihm eine Massenbasis in den sozialistischen Ländern zu schaffen.

Vor einer komplizierten globalen und nationalen Problemlage vollziehen sich in den sozialistischen Ländern Reformprozesse, deren Ziel es ist, die Lösung der globalen Menschheitsprobleme, die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Verwirklichung sozial progressiver Gesellschaftsentwicklung im Sozialismus zu verbinden. Dafür gibt es keine Erfahrungen und keine erprobten Konzeptionen. Die Suche nach möglichen Wegen, das Sammeln eigener Erfahrungen und das Auswerten der Erfahrungen anderer sozialistischer oder auch kapitalistischer Staaten bestimmen notwendigerweise die heutige Strategienbildung sozialistischer Staaten.

2. Zur Entwicklung der Wirtschaftsreformen in europäischen RGW-Ländern

2.1. Zum Grundanliegen der Wirtschaftsreformen

Trotz aller Verschiedenheit in der Anlage und ihrem konkreten Verlauf sind die Wirtschaftsreformen der VRB, der UVR, der VRP, der CSSR und der UdSSR (wie auch der DDR) mit einem einheitlichen, objektiven Grundprozeß verbunden: dem *Übergang der Volkswirtschaften zum intensiven Reproduktionstyp*, der über tiefgreifende strukturelle Wandlungen, insbesondere durch die Verbindung der Vorzüge des Sozialismus mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu einem effektiveren, attraktiveren Sozialismus führt, der im Wettstreit der Systeme seine Konkurrenzfähigkeit beweist. Bei der Schaffung von Bedingungen für die Realisierung dieser Aufgabe durch «radikale Wirtschaftsreformen» sind in den verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Nuancen zwei Grundkonzepte erkennbar.

a) Ausschöpfung der Triebkraftpotenzen einer dynamisch und flexibel verstandenen sozialistischen Planwirtschaft (mit in sie integrierter entfalteter Warenproduktion, Ware-Geld-Beziehungen und Nutzung der Wertkategorie für die Interessenmobilisierung).

b) Setzen auf die Triebkraftwirkung des Marktmechanismus, Schaffung einer sozialistischen Marktwirtschaft mit Zügen der einfachen Warenproduktion oder des Kapitalismus der freien Konkurrenz, an die sich m. E. utopische Hoffnungen im Sinne eines «Marktromantismus» (Lenin) knüpfen. Zumindest in den Konzeptionen der VRB, der UVR und der VRP wird die Frage «sozialistische Planwirtschaft oder sozialistische Marktwirtschaft» zugunsten der letzteren beantwortet. Das ist jedoch eine widersprüchliche Antwort, denn als Hauptprozeß, der den Wirtschaftsreformen zugrunde liegt, wird die Vergesellschaftung der Produktion in der Einheit von Produktivkräften- und Produktionsverhältnissen-Entwicklung verkündet.⁷

Die Reformkonzeptionen in den einzelnen Ländern sind objektiv (allerdings dann unausgewogen subjektiv widergespiegelt) durch

theoretische Aufarbeitung und praktischen Nachholbedarf bei einer ganzen Reihe grundlegender Fragen der Sozialismustheorie (bis hin zur Erarbeitung einer Gesellschaftskonzeption überhaupt, von der beim praktischen Handeln ausgegangen werden kann) geprägt. Das sind m. E. solche theoretischen Fragen, die auch in der DDR noch der tiefgreifenden politökonomischen Ausarbeitung bedürfen, wie:

Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse als Bedingung für die Entfaltung moderner Produktivkräfte. «Die lebendige Dialektik der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse» stets zu sehen, nennt Michael S. Gorbatschow als Punkt 4 der Schlußfolgerungen zur Gestaltung der Agrarpolitik.⁸ Daraus kann m. E. ein verallgemeinernder Schluß gezogen werden: die Überwindung einseitiger Auffassungen vom sozialistischen Eigentum (Unterbewertung der genossenschaftlichen Form) verlangt begründet die Anerkennung der berechtigten und soziökonomisch förderlichen Existenz verschiedener Eigentumsformen.

Gleichzeitig kommt es zu bedeutenden Veränderungen in der inneren Struktur des staatlichen Eigentums. Die Zielstellung war es, die Betriebe als selbständige sozialistische Warenproduzenten agieren zu lassen. Dafür mußten die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Mit einer neuen Generation von Betriebsgesetzen (UVR, VRP, UdSSR, VRB, CSSR) begann sich in den betreffenden Ländern die Rechtslage qualitativ zu verändern. Die Betriebe wurden als ein relativ eigenständiges Subjekt innerhalb einer komplizierten Subjektstruktur des staatlichen Eigentums (in der sich Staatsorgane, Betriebe, Werktaeige aufeinander beziehen) anerkannt. Die Entscheidungskompetenzen über das staatliche Eigentum wurden aufgeteilt, um die Selbständigkeit der Betriebe bei der wirtschaftlichen Nutzung der ihnen vom Staat übergebenen ökonomischen Fonds zu sichern. In der DDR wird auf der Grundlage der Kombinats-Verordnung das Kombinat als Fondsinhaber, nicht aber als ein besonderes Eigentumssubjekt rechtlich qualifiziert.

Über die genannten Veränderungen hinaus werden in einigen Ländern weitere Formen zur Stimulierung einer effektiven Bewirtschaftung des staatlichen Eigentums erprobt. Die breite Anwendung von Pachtverträgen zeichnet sich als eine spezifisch sowjetische Variante der strukturellen Veränderung der Eigentumsverhältnisse ab (welche sich teilweise auf chinesische Reformerfahrungen stützt). In anderen Ländern (UVR, VRB, SRR)

soll eine effektivere Bewirtschaftung des betrieblichen Vermögens durch eine Verknüpfung des persönlichen Eigentums mit dem betrieblichen Gewinn auf der Basis von Aktienanteilen und Belegschaftsobligationen erreicht werden.

In den meisten sozialistischen Ländern (mit Ausnahme Jugoslawiens, das eine historisch verwurzelte Sonderposition in dieser Frage vertritt), wird davon ausgegangen, daß das staatliche Eigentum das Rückgrat des Wirtschaftssystems in den betreffenden Ländern bleibt. Neben der vorwiegenden, politisch wirksamen Position existieren auch extreme Auffassungen wie die These, Volkseigentum könne nur in der Konkurrenz mit anderen Eigentumsformen effektiv sein. In diesem Zusammenhang wird die unbegrenzte Zulassung ausländischen und einheimischen Privatkapitals angestrebt. Die andere Seite der Unausgeglichenheit der Reformprogramme bezieht sich auf das nur vage ausgearbeitete Produktivkraftkonzept (ausgenommen die CSSR und UdSSR, wo konkrete Prognosen, Programme und ähnliches zur Strukturerentwicklung der Volkswirtschaft vorliegen). Hierbei wird offenbar im Prinzip davon ausgegangen, daß der Markt die effektivsten Zweige, die den Anschluß an die Weltwirtschaft und die Strukturwandlungen bringen, «herausfiltern» wird (siehe UVR).

Die generell notwendige Entfaltung der sozialistischen Warenproduktion, der Ware-Geld-Beziehungen, des Wertgesetzes bilden einerseits den Kern der Reformkonzepte, die auf sozialistische Marktwirtschaft hinauslaufen. Dahinter steht die Erwartung, daß wesentliche Veränderungen der Wirtschaftssituation primär und schnell über Maßnahmen in der Zirkulationssphäre erreichbar sind, da Produktion und Distribution sich schnell und effektiv dem Markt anpassen. Im Zusammenhang mit der vollen (auch juristischen) Gleichberechtigung aller Eigentumsformen wird der «freie Fluß aller Produktionsfaktoren» in Richtung der effektivsten Produktionssphären angestrebt und durch entsprechende juristische Regelungen abgesichert (s. Gesellschaftsgesetz in der UVR, nur staatliche Registrierung – nicht besondere Prüfung – jeglicher Wirtschaftstätigkeit in der VRP, Firmengründung in der VRB). Das alles soll der Entfaltung eines kompletten Marktes (über den bisher «reglementierten Warenmarkt» hinaus), d. h. eines Waren-, Geld- bzw. Kapital- und Arbeitsmarktes dienen. Laut ungarischem Konzept hat der Staat dabei vor allem Marktbedingungen zu schaffen, womit zugleich auch die Rolle des Planes als nur indikatives Instrument gesetzt ist. Als wichtiges Instrument in diesem Mechanismus wird weiterhin die «ge-

lenkte» (mit einem «Optimum» von 3- bis 4% jährlich) Inflation angesehen. Die Handhabung der gelenkten Inflation ist offenbar äußerst kompliziert, denn in den Ländern (insbesondere VRP, UVR), die den größten Teil der Preise «freigegeben» haben, übersteigen die jährlichen Inflationsraten stets das «geplante» Maß. Obwohl in der UdSSR ein im Prinzip fertiges Preiskonzept vorliegt, wird dort (übrigens ähnlich wie in der CSSR) die notwendige Preisreform nur schrittweise durchgeführt, z. B. ab 1990 neue Agrarpreise und frühestens in 2 bis 3 Jahren die Reform der Endverbraucherpreise. Zu dieser Entscheidung haben m. E. sowohl die eigenen Erfahrungen mit den Preisen der Kooperativen als auch die Inflationsprozesse in der VRP und UVR geführt.

Ein weiteres zentrales Problem in allen Ländern bildet der Komplex *Interessen*, verbunden mit der Weckung von Leistungsbereitschaft, wirtschaftlich rationalem Handeln von Kollektiven und Individuen u. a. Global geht es dabei um die *Triebkraftwirkung des Leistungsprinzips*, das persönliche und gesellschaftliche Interessen stimulierend miteinander verbindet.

Hinsichtlich der praktischen Formen kann von einem allgemeinen «großen Suchen» gesprochen werden. Als ein Hauptweg zeichnet sich das ab, was in der DDR mit Eigenerwirtschaftung bezeichnet wird. Sie setzt jedoch reproduktionsfähige Wirtschaftseinheiten voraus, die die «3 S», d. h. Selbstverwaltung, Selbsterwirtschaftung, Selbstfinanzierung, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der direkten Konfrontation mit dem Weltmarkt auch realisieren können. Reine Gewinnorientierung bei gleichzeitig vorhandenen großen Warendefiziten bringt nicht die erwartete Lösung (s. UdSSR, VRP, UVR), es sind hier offenbar weitere Stimulierungsformen und auch direkte staatliche Regulationsmaßnahmen (s. Staatsaufträge) notwendig.

Große Unsicherheiten gibt es in allen Ländern bei Fragen der persönlichen materiellen Interessiertheit, der Lohn- und Tarifpolitik, der Einheitlichkeit und Differenziertheit in der Entlohnung für gleiche Leistung bei ungleichen ökonomischen Ergebnissen der Betriebe, bei der Rolle der Gewerkschaften überhaupt und ihrer Beziehung zur Betriebsleitung (gewählter Direktor, Rat der Werktätigen) oder zum Staat.

In allen Ländern, in denen Wirtschaftsreformen in Gang gesetzt oder beschleunigt wurden, zeigt sich ein *enges Wechselverhältnis von ökonomischem und politischem System*. Die Wirksamkeit

der Wirtschaftsleitung wird von der Funktionsweise des politischen Systems stark beeinflußt. Deshalb haben die meisten Parteien gerade in den letzten beiden Jahren auf die Einheit von ökonomischer und politischer Reform, auf die Intensivierung der Wechselwirkung beider Prozesse orientiert.

Diese Grundtendenz vollzieht sich in den einzelnen Ländern auf unterschiedliche Weise. Es sind Modifizierungen in der Gewichtung beider Komponenten erkennbar, insbesondere die zeitweilige Dominanz der einen Seite. Es gibt an Hand der praktischen Erfahrungen aber auch einen Erkenntnisfortschritt darüber, daß es keinen Automatismus des gegenseitigen Vorantreibens von ökonomischer und politischer Reform gibt, daß die Felder des Ineinandergreifens beider Prozesse genau bestimmt werden müssen und daß die politische Reform auch eigenständige Bedeutung hat, also nicht auf ökonomische Wirksamkeit reduziert werden kann.

In den meisten Ländern wurde mit der ökonomischen Reform begonnen. In einigen Ländern wird gegenwärtig aus unterschiedlichen Gründen eine Beschleunigung der politischen Reform für erforderlich gehalten (UdSSR, UVR, VRP, Jugoslawien). In der UdSSR z. B. soll die begonnene politische Reform, die mehrere Etappen umfaßt, als Garant und Motor für den Erfolg der Umgestaltung auch auf wirtschaftlichem Gebiet wirken, während in der UVR die Veränderungen des politischen Systems auch als eine Konsequenz der neuen wirtschaftlichen Strukturen gesehen wird. In der VRP war die begonnene ökonomische Reform zunächst eine Reaktion auf die politische Destabilisierung, die aber, wie die jüngste Entwicklung gezeigt hat, nicht ohne politische Konsolidierung in Gestalt eines Kompromisses – wodurch mehr politische Stabilität garantiert und die konstruktive Opposition in die Mitverantwortung genommen werden soll – zur Wirksamkeit gelangen kann. In der CSSR und in der VR China hat gegenwärtig die wirtschaftliche Umgestaltung Priorität. In der SRR schließlich haben die schon seit längerer Zeit ablaufenden, vielen einzelnen Reformen am Kern des bestehenden wirtschaftlichen und politischen Systems nicht Wesentliches verändert.

Die insgesamt erkennbare Aufwertung des Stellenwertes der politischen Reform im Erneuerungsprozeß des Sozialismus kann keine kurzfristigen ökonomischen Wirkungen haben. Ökonomisch notwendige Maßnahmen, etwa die Struktur- und Technologiepolitik des Staates, können dadurch nicht ersetzt werden. Der Zusammenhang ist nicht linear, sondern außerordentlich komplex vermittelt. Zu den Wirkungen, die von der politischen

Reform ausgehen müssen, gehört als unverzichtbare Rahmenbedingung ökonomischer Dynamik vor allem die politische Stabilität. In den sozialistischen Ländern soll aber mittels der politischen Reform auch die Selbständigkeit der ökonomischen Subjekte – der Territorien, der Betriebe in den unterschiedlichen Eigentumsformen – garantiert werden. Durch die Entwicklung von Demokratie und Öffentlichkeit entstehen günstige politische Bedingungen, um die notwendige soziale Differenzierung durchzusetzen, Tendenzen der Gleichmacherei zu überwinden und ein den ökonomischen Erfordernissen entsprechendes Verhältnis von sozialer Gleichheit und Gewährleistung des Leistungsprinzips herauszubilden. In einigen Ländern mußte und muß eine stark ausgeprägte politische Apathie überwunden werden, um die Menschen für den Erneuerungsprozess zu motivieren.

Diese Problemkreise stehen auch im Mittelpunkt der internationalen Diskussionen. Im Sinne des Austauschs der Erfahrungen sollten hier die theoretischen Erkenntnisse und praktischen Resultate der DDR offensiv eingebracht und zugleich sorgfältig die Ergebnisse der Reformen in den Bruderländern studiert werden. Wichtig ist dabei zu beachten, von welcher wirtschaftspolitischen Ausgangssituation die Reformprojekte ausgehen und welche realen Fortschritte durch die Reformen bereits erreicht wurden.

2.2. Zum Rang sozialer Ziele in den Wirtschaftsreformen

Der in allen untersuchten Reformkonzepten und -maßnahmen betonte notwendige Strukturwandel in der Produktionsphäre ist zweifellos auch mit distributiven Veränderungen und sozialen Folgen (positiv wie negativ) verbunden. Ein Kriterium für das Sozialismusbild, das hinter den Wirtschaftsreformen steht, ist der offiziell verkündete Rang, den soziale Ziele hierbei einnehmen. Die Frage lautet: Sind die Reformen so angelegt, daß die sozialen Kosten oder Verluste auf einem für den Werktätigen erträglichen Niveau gehalten werden? Die Beantwortung dieser Frage müßte nicht nur das materielle Lebensniveau, die sozialen Lebensbedingungen einschließen, sondern bis zur Beibehaltung oder Aufgabe von Grundwerten des Sozialismus gehen. Hier soll jedoch eingegrenzt vorgegangen werden: nur materielles Lebensniveau und soziale Sicherheit laut offiziellem Reformkonzept sind einzuschätzen. Unter diesem Kriterium zeichnen sich deutlich zwei Ländergruppen ab:

a) für die UdSSR ist die «beschleunigte sozialökonomische Entwicklung» die Grundlage der Strategie und der kurz- und mittelfristigen Realisierungsschritte.

«Wir brauchen eine starke Sozialpolitik», «Alles muß zum Wohle des Menschen geschehen» sind jüngste Aussagen von M.S. Gorbatschow. Sie lassen sich mit zahlreichen praktischen Maßnahmen belegen (Agrarreform zur Lösung des Lebensmittelproblems, Einsatz von Kapazitäten der Verteidigungsindustrie für die Konsumgüterproduktion, Bekämpfung der Preistreiberei und Aufschub der EVP-Reform, zusätzliche Maßnahmen im Gesundheitswesen usw.). Diese Linie durchzuhalten und spürbare Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Menschen zu erreichen, ist m. E. die z. Z. dringendste und schwierigste Aufgabe in der UdSSR, zumal zugleich und als Grundlage das Leistungsprinzip auf neue Art durchzusetzen ist.

Die CSSR verfolgt (allerdings mit ungleich günstigerer Ausgangsbasis als die UdSSR) eine ähnliche Strategie, formuliert als «beschleunigte sozialökonomische Entwicklung», «Beschleunigung des Wachstumstempos der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität und allseitige Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse». Auch dazu lassen sich entsprechende Fakten anführen.

b) die Länder, die das Konzept sozialistischer Marktwirtschaft verfolgen, stellen sozialistisches Leistungsprinzip und Konkurrenzprinzip in etwa gleich, fassen eine «bewußt dosierte soziale Unsicherheit» (VRB) als Voraussetzung und Bestandteil des neuen Wirtschaftsmechanismus auf.

Alle Regierungsprogramme der UVR enthalten in den letzten Jahren als erstrangige Aufgaben Anschluß an die Weltwirtschaft, Strukturwandlungen, Gewährleistung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts, Abbau des Haushaltsdefizits usw.; und immer mit dem Zusatz, daß bei der Verteilung des Nationaleneinkommens mit einer Verminderung der Konsumtion der Bevölkerung (einschließlich Realeinkommen) zu rechnen ist. Das ist mit einer zunehmenden sozialen Differenzierung und längerer Arbeitslosigkeit einer bedeutenden Zahl von arbeitsfähigen Bürgern verbunden. Das Entstehen von Arbeitslosigkeit wird dabei mit der notwendigen höheren Effizienz der Betriebe begründet, die der Staat bisher durch seine Eingriffe und die dadurch entstandene Überbeschäftigung verhindert habe.

In der VRP wurde als zentrales Problem der II. Etappe der Wirtschaftsreform, die bekanntlich mit dem Referendum 1987 vom Volk abgelehnt wurde, «die Wiederherstellung des ökono-

mischen Gleichgewichts auf dem Konsumgüter-, Produktionsgüter- und Investgütermarkt» angesehen, was durch eine radikale Veränderung des Verhältnisses von Preisen und Einkommen erreicht werden sollte, bei der die Beibehaltung des erreichten Real-einkommens nur *eine* mögliche Variante war. Die Regierung Rakowski (seit 14. 10. 1988) verfolgte in ihrem Konsolidierungsplan im Prinzip die gleiche Linie, allerdings wird die «Gleichgewichtspolitik» offenbar differenzierter gehandhabt (z. B. präzise Adressierung sozialer Leistungen, staatliche Preise für Lebensmittel des Grundbedarfs), dennoch sind die sozialen Spannungen unübersehbar.

Das neue Sozialismusmodell für Bulgarien vom Juli 1987 bzw. von Januar 1988 (Nationale Parteikonferenz) stellt als unmittelbares Ziel der Umgestaltung «die Hebung des Volkswohlstandes, die Schaffung immer besserer materieller und geistiger Lebensbedingungen» heraus, jedoch bei den Realisierungsrichtungen steht unter Punkt 1 «die Verwandlung der Gesellschaft in eine sich selbst verwaltende» und erst Punkt 4 fordert «die Durchführung einer aktiven und wirksamen Sozialpolitik». Auf ökonomischem Gebiet (d. h. bei der Wirtschaftsreform) ist der erwartete Durchbruch nicht erreicht worden, sodaß das Plenum des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei im Dezember 1988 neue strategische Beschlüsse faßte, die ab Januar 1989 bereits praktisch wirksam werden sollen, aber offenbar den Konkurrenzgedanken weiter vertiefen werden.

2.3. Zum neuen Wirtschaftsmechanismus

Im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen wurde der Begriff «neuer Wirtschaftsmechanismus» geprägt; in diesen lassen sich vom Prinzip her die in der DDR üblichen drei Hauptelemente *Leitung, Planung und wirtschaftliche Rechnungsführung* einordnen. Daher folgt – auch im Gegensatz zur Reduzierung des «Wirtschaftsmechanismus» auf eine reine Nutzung der Wertformen, also im Verständnis der Wirtschaftsreform als Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft – eine Kurzbeschreibung der genannten drei Hauptelemente.

Zur Leitung: In der allgemeinen Tendenz zur Vereinfachung des Leitungssystems zeichnen sich in allen Ländern zwei Hauptrichtungen ab:

a) die Reduzierung der Anzahl von Institutionen und der Abbau von Leitungsebenen;

b) die Erhöhung der Selbständigkeit bzw. Eigenverantwortung der Wirtschaftseinheiten.

Trotz des allgemeinen Bestrebens, die sozialistische Selbstverwaltung zu entwickeln, wird insbesondere in der UdSSR, der CSSR, aber auch der VRB betont, daß eine «starke Zentrale» die entscheidenden sozialen und ökonomischen Prozesse lenken und kontrollieren müsse. Die konkreten Formen variieren stark: in der VRP und VRB wird vor allem die Zusammenlegung zentraler Organe und die Auflösung von Zwischenleitungen praktiziert (Beispiel: das bulgarische Ministerium für Wirtschaft und Planung mit ca. 590 Mitarbeitern übernahm die Funktionen von Staatlicher Plankommission, Ministerium der Finanzen, Ministerium für Wissenschaft und Technik bis zur Zollverwaltung mit etwa 3500 Mitarbeitern). In der Zweigleitung wird dabei in der VRB, UVR, VRP von der administrativen Unterstellung der Betriebe abgegangen, d. h. die Linie verfolgt, mit ökonomischen Methoden zu leiten und nicht in operative Tätigkeit einzutreten. In der UdSSR werden auf zentraler Ebene als neue Form Komitees beim Ministerrat für wichtige Volkswirtschaftskomplexe (Maschinenbau, Außenwirtschaft) gebildet, allerdings bleibt eine große Zahl von Ministerien und anderen zentralen Institutionen bestehen, sodass eine echte Vereinfachung des Apparats noch nicht deutlich erkennbar ist. Zu erwarten sind gravierende Veränderungen bei der Verwirklichung des Gesetzes über die Beziehungen Union – Republiken. Die vom Agrarplenum (März 1989) empfohlene Veränderung in der Leitung der Landwirtschaft sieht vorerst konkret nur die Bildung der Staatlichen Kommission für Lebensmittel und Aufkauf als ständiges Organ des Ministerrates der UdSSR vor, für die unteren Ebenen werden gewählte Organe in Form von Räten, Assoziationen, Vereinigungen u. a. vorgesehen (vielleicht mit unserem Rat für Landwirtschaft und Nahrungsgütergemeinschaft vergleichbar). In der CSSR wurde auf dem letzten ZK-Plenum die schnellere Realisierung der beschlossenen Reorganisation der zentralen Organe gefordert. Es wird also insgesamt in allen Ländern viel Kraft auf die Veränderungen der Leitungsstrukturen (alle Ebenen betreffend) aufgewandt, ohne daß die Vorteile schon deutlich sichtbar sind.

In der zweiten Hauptrichtung wird allgemein nach der zweckmäßigsten Form der Grundeinheit der Wirtschaft gesucht, wobei die DDR-Erfahrungen mit den Kombinaten von höchstem Interesse sind (bezüglich Struktur, Außenwirtschaftsfunktionen, Verbindung von Wissenschaft und Produktion u. a.). Vor allem in der CSSR und UdSSR ist deutlich das Bestreben sichtbar, re-

produktionsfähige und leitbare Wirtschaftseinheiten ohne schematisches Herangehen zu schaffen (s. a. Betriebsgesetz der UdSSR für Betriebe und Vereinigungen). In der VRB ist der Suchprozeß am auffälligsten (er berührt sowohl die Produktions- als auch die Territorialeinheiten): die neueste Variante ist die «Firma», in der sich alle Eigentumsformen (einschließlich ausländisches Kapital) organisieren können. Im März 1989 waren 220 Firmen registriert, davon nur 16 staatliche (11 im Bereich Biotechnologie, 5 in der Elektronik). Es wird betont, daß eine optimale Verbindung großer, mittlerer und kleiner Firmen dem Produzentenmonopolismus entgegenwirken und die sozialistische Konkurrenz fördern wird. Es ist auch vorgesehen, daß die Firmenleitung (eine Art Aufsichtsrat) ausländische Manager einstellen kann, die weitgehend operative Vollmachten besitzen. Damit entsteht aber ein Widerspruch zur verkündeten Wahlbarkeit der Direktoren im Rahmen der Produktionsdemokratie. Um dieses zunächst euphorisch verkündete Prinzip ist es in letzter Zeit ruhiger geworden, da offenbar die Erfordernisse der Produktion in Form der straffen Einzelleitung (bei Vorhandensein von gewählten Arbeiterräten u. ä.) zwingender sind. Allerdings ist im Prinzip in allen Ländern ohnehin eine Bestätigung gewählter Direktoren durch übergeordnete Organe (in der UVR auch weitgehende Sondermaßnahmen bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines Betriebes) und/oder das Prinzip der Einzelleitung in den Betriebsgesetzen (CSSR, UdSSR) vorgesehen. Praktiziert wird verbreitet das Ausschreibungsverfahren für Leitungsfunktionen. Dabei wird jedoch ein genereller Mangel an kompetenten, qualifizierten Kadern sichtbar, die wirklich in der Lage sind, die mit den Reformbeschlüssen beabsichtigten Schritte zu realisieren (z. B. gibt die Außenhandelsbank der UdSSR an, daß sie nur 15 bis 20 echte Experten für internationale Bankgeschäfte hat, die zudem schlecht bezahlt und Abwerbungsversuchen von starken Wirtschaftsvereinigungen ausgesetzt sind; ähnlich ist es mit dem massenhaften Übergang von Spezialisten aus Staatsbetrieben in Kooperativen).

Generell ist im Zusammenhang mit weiteren politischen Reformen mit neuen Schritten in Richtung auf Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung zu rechnen. Die juristische Gleichstellung (einschließlich Besteuerung) aller Eigentumsformen in der VRB, UVR, VRP wird m. E. zu einer Art Gründerjahren in diesen Ländern (wie in der UdSSR bei den Kooperativen) führen, was danach folgt, ist historisch auch bekannt und deutet sich in der UVR bereits an.

Die Planung ist in den meisten Reformkonzepten regelrechten Attacken ausgesetzt, d. h. in der VRB, UVR und VRP wird der Markt als Alternative zum Plan gesetzt, während die Wirtschaftsreformen in der CSSR und UdSSR offiziell auf die Verbindung von Plan und Markt abzielen. Dementsprechend ist das Spektrum der Maßnahmen zur Vervollkommenung/Modernisierung/Umgestaltung der Planung sehr weit gespannt und reicht von Schritten, die objektiven Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung und der Vervollkommenung der Produktionsverhältnisse geschuldet sind, bis zur Negation der Verwirklichung der Planmäßigkeit (als Grundzug des Sozialismus) über Planung und verbindliche Planaufgaben. Beim Versuch, eine verallgemeinernde Einschätzung zu geben, ist daher stets dieser «Sprung» von der Vervollkommenung der Planung zu ihrer Unterordnung unter die Regulierung des Marktes zu beachten. Das zeigt sich deutlich auf den folgenden Gebieten:

- die Reduzierung der Zahl der verbindlichen Plankennziffern bzw. Planteile besonders in der Jahresplanung wird bis zur Ablehnung jeglicher Direktivplanung (verbindlich, adressiert) und der Anerkennung nur der indikativen Planung über «ökonomische Regulatoren» (VRB) geführt. Nach dem UVR-Konzept bedeutet das, daß sich die 4 wichtigsten ökonomischen Hebel (Preise, Einkommen, Haushalt, Kredit) in der Marktsphäre und nicht im staatlichen Plan formieren. Dementsprechend ändert sich der Inhalt des Volkswirtschaftsplans in Richtung auf einen indikativen Plan;

- die Verstärkung und Ausprägung der strategischen Elemente in der zentralen Planung entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution; die Erhöhung der Qualität und Stabilität des Fünfjahresplanes sind Elemente des Konzepts der CSSR und UdSSR, woraus verbindliche Staatsaufträge und stabile langfristige ökonomische Normative abzuleiten sind. In der UVR und VRP bedeutet das «Minimum an staatlichen Eingriffen» in die Wirtschaft, daß der Plan praktisch auf Strukturplanung, Infrastruktur, strategische Außenhandelslinien und Schaffung der allgemeinen Bedingungen für das Funktionieren des Marktes reduziert wird. Der zentrale Plan (VRP) trägt nur noch den Charakter einer Information, die «echte» Planung erfolgt in den Wirtschaftseinheiten im Rahmen der staatlichen Regulatoren und auf der Basis der Marktsituation (einschließlich Außenhandel);

- der notwendige Abbau direkter naturaler bzw. materieller Planung und die Aufwertung monetärer/finanzieller Planung

wird in allen Ländern versucht. Es zeigt sich jedoch auch die Tendenz, die Wirtschaft nur noch über die Wertformen zu regulieren, d. h. Geldmengensteuerung, Kredit- und Zinspolitik (auf der Basis selbständiger, nur nach dem Gewinnprinzip wirtschaftender Geschäftsbanken unterschiedlichster Eigentumsformen) sowie «gelenkte» Inflation werden als Hauptinstrumente eingesetzt, um die Proportionalität der Volkswirtschaft bzw. das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen und zu sichern (UVR, VRP). Es wird jedoch immer wieder betont, daß der z. Z. vorhandene riesige Geldmengenüberschuß (VRP: 1500 mrd. Zloty bei der Bevölkerung) ein solches Vorgehen ohne äußere Eingriffe äußerst erschwert, zumal die praktischen Methoden der Geldmengensteuerung für die sozialistische Wirtschaft kaum bzw. unzureichend wissenschaftlich ausgearbeitet sind. Zur Behebung einer ähnlichen, aber nicht ganz so dramatischen Situation in der UdSSR werden neuerdings Forderungen nach stärkeren staatlichen Eingriffen zur Sicherung materieller Proportionen als Basis für die schnelle Erhöhung des Konsumgüterangebots erhoben. Auch wenn die «Staats- oder Regierungsaufträge» allgemein als ein Überbleibsel oder ein Kompromiß mit dem alten Planungssystem betrachtet werden, dienen sie jedoch der Sicherung gesamtgesellschaftlicher materieller Erfordernisse und werden praktisch angewandt. Insgesamt ergibt sich für die Ausgestaltung der Planung ein höchst differenziertes Bild bezüglich des Konzepts; aber auch die praktischen Erfahrungen sind sehr unterschiedlich, wie die folgenden Beispiele illustrieren sollen:

– Der langfristig angelegte iterative Planungsprozeß wird in der CSSR und UdSSR konsequent praktiziert (basierend auf langfristigen Prognosen und Programmen), um zu einem stabilen Fünfjahrplan 1991-1995 zu gelangen, der eine solide Grundlage für langfristige ökonomische Normative sein kann.

– Interessant sind die Versuche der VRB, bereits für 1986-1990 mit «Bilanzen der technologischen Verflechtungen» die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bedingten Strukturveränderungen auch quantitativ nachzuweisen und für ihre Umsetzung gezielt Staatsaufträge und ökonomischen Regulatoren einzusetzen.

– Die Idee, die Jahresvolkswirtschafts- und Staatshaushaltspläne über eigenverantwortlich ausgearbeitete Pläne von unten nach oben und ohne verbindliche Vorgaben (außer Staatsaufträgen und bestimmten Limiten) abzudecken, ist bisher praktisch nirgends gelungen (in der CSSR müßte z. B. laut Fünfjahrplan das Nationaleinkommen 1989 um 2,2% steigen, die Zusammen-

fassung der Betriebspläne ergibt bisher nur 1,6%). Allerdings zeigen die Ergebnisse 1988, daß die Betriebe (insbesondere in der UdSSR) zunächst wenig Risiko beim Abschluß von Wirtschaftsverträgen eingehen, im Plan ihre Kapazitäten nicht voll auslasten und dann ihren eigenen Plan übererfüllen, zumal sie dabei in der Stimulierung weder gewinnen noch verlieren.

– Insbesondere für die Lösung dringlicher sozialer Aufgaben gewinnt die Verbindung von Zweig- und Territorialplanung (vor allem auf der Ebene der Kommunen) zunehmend an Bedeutung. Sie wird durch vielfältige Maßnahmen unterstützt, wie z. B. Unterstellung von Betrieben unter die örtlichen Räte, Neuregelungen der Zuführung von Steuern zum zentralen oder örtlichen Haushalt, Erweiterung der Rechte und Pflichten der Volksvertretungen. Besonders weitreichende Veränderungen sind in der UdSSR unter der Überschrift «Beseitigung der Deformationen in der territorialen Leitung» in bezug auf die regionale Wirtschaftliche Rechnungsführung (WRF) zu erwarten, wozu die Volksdiskussion noch im Gange ist.

– Bei der Nutzung der Wertformen in einer koordinierten Haushalts- und Kreditpolitik für die zentrale Lenkung der Volkswirtschaft liegen nur für die UVR mehrjährige Erfahrungen eines konsequenteren Herangehens vor. Sie bedürfen einer detaillierten Auswertung, da sich die anderen Länder daran orientieren und bei denen z. Z. nur Konzepte oder theoretische Ausarbeitungen vorhanden sind.

Zusammenfassende Aussagen zur *Wirtschaftlichen Rechnungsführung* (WRF) – in unserem Verständnis als Kategorie und Methode der Leitung sozialistischer Betriebe, in der Einheit von Plan und WRF – in bezug auf alle untersuchten Länder sind nicht möglich, da auf diesem Gebiet (zumindest vom Konzept her) die Unterscheidung in Planwirtschaft und Marktwirtschaft am weitesten fortgeschritten ist. Während noch vor 2 bis 3 Jahren die Diskussion um die «3 S» und die «volle WRF» in allen Ländern um den sozialistischen Betrieb geführt wurde, sind die eingeleiteten praktischen Maßnahmen inzwischen so weit gediehen, daß festgestellt werden kann:

– Nur in der CSSR und der UdSSR ist der sozialistische Betrieb (einschließlich der verschiedenen genossenschaftlichen Eigentumsformen) als Grundeinheit der Wirtschaft auch gesetzlich anerkannt und verwirklicht seine Funktionen nach den Prinzipien der WRF (s. die entsprechenden Betriebsgesetze oder Gesetze über die Genossenschaften).

– In der UVR, der VRB und der VRP sind die Wirtschaftseinheiten sich selbstverwaltende Einheiten, die voll nach den Marktgesetzen funktionieren sollen. Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der VRP, I. Sekula, formulierte die Grundprinzipien für die Volkswirtschaft der VRP kürzlich mit «Freiheit – Gleichheit – Konkurrenz».

Da diese Strategie der gegenwärtigen Regierung der VRP viele Analogien zur VRB und zur UVR hat, soll sie hier beispielhaft erläutert werden. «Freiheit» bedeutet, daß jeder Bürger (im Prinzip auch Ausländer) das Recht hat, seinen eigenen Betrieb zu gründen (innerhalb von 14 Tagen ist die Registrierung vorzunehmen und die Erlaubnis zu erteilen). Das Prinzip «Gleichheit» bedeutet, daß alle Wirtschaftssektoren gleichberechtigten Zugang zu allen Ressourcen haben. Über Kredite entscheidet allein die Bank auf Basis ihrer Informationen, allerdings werden besonders wichtige Gebiete wie der Wohnungsbau oder der Lebensmittelkomplex mit niedrigen Zinssätzen kreditiert. Gleiche Prinzipien gelten auch für die Besteuerung der Wirtschaftssektoren, so ist beabsichtigt, eine einheitliche Einkommenssteuer für alle Eigentumsformen einzuführen. «Konkurrenz» soll die Anlage von Mitteln in die rentabelsten Wirtschaftszweige fördern. Wirtschaftlich schwache Betriebe müssen sich entweder finanziell sanieren oder bankrott gehen. Oberstes Prinzip für die Wirtschaft ist Rentabilität – es gibt keine staatlichen Subventionen mehr, es sei denn, der Ministerrat in seiner Gesamtheit stimmt einer Ausnahme zu. Die Bank übt die volle Kontrolle über die Tätigkeit aller Wirtschaftseinheiten aus – bis zur Konsequenz des Bankrotts (im übrigen werden unter diesen Bedingungen bestreikte Betriebe nicht kreditiert). Dieses System schließt auch den Devisen- und Kapitalmarkt ein, der bereits funktioniert. Das alles wird ohne Zeitverzug gesetzlich geregelt – seit Anfang 1989 sind bis jetzt 19 wichtige Gesetze vom Sejm verabschiedet worden.

Um die Entwicklung allseitig einschätzen zu können, sollten die gesetzlichen Grundlagen für die wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe der VRB, der UVR und der VRP weiter im Detail analysiert werden, um u. a. rationelle Elemente der Verbindung von Plan und Wirtschaftlicher Rechnungsführung (WRF) aufzufinden. Allgemein erkennbar ist dabei, daß alle Länder (auch CSSR und UdSSR) in immer stärkerem Maße die Form der Steuer als Instrument zur Gestaltung der Beziehungen Betrieb – Staat nutzen. Dabei gibt es z. B. in der UdSSR große Unsicherheiten in der Besteuerung der neuen Kooperativen (erst kürzlich fand eine er-

neute Diskussion darüber im Politbüro des ZK der KPdSU statt) und der Pächter (dazu sind bis jetzt nur allgemeine Prinzipien veröffentlicht). Ähnliches gilt für die Erwartungen, die in der UVR in die Wirkung der Mehrwertsteuer gesetzt wurden (z. B. hinsichtlich des schnellen Abbaus des Haushaltsdefizits und des effektiveren Wirtschaftens).

Als allgemeine Aussage kann hier bereits festgestellt werden: die mangelnde Erfahrung und fehlende wissenschaftliche Grundlage für den Umgang mit Geld- und Finanzinstrumenten bringen einerseits Unsicherheiten bei ihrer Ausgestaltung (es herrscht die Versuch-Irrtum-Methode vor) und andererseits utopische Erwartungen in bezug auf ihre volkswirtschaftliche Wirkung mit sich. Die praktische Anwendung der neuen Modelle der WRF in den sozialistischen (staatlichen) Betrieben der CSSR und der UdSSR hat bereits nach kurzer Zeit wichtige Erfahrungen erbracht:

– Die Wirksamkeit der neuen Formen der WRF hängt wesentlich von den äußeren Bedingungen, insbesondere der Gestaltung der Vertragsbeziehungen und der Begründung ökonomischer Normative ab.

– Immer dann, wenn die staatlichen Vorgaben und die Leistungsbewertung am «erreichten Niveau» gemessen werden, wird die Initiative der schon bisher gut wirtschaftenden Betriebe gehemmt (SU: nach wie vor Gewinnumverteilung von «guten» zu «schlechten» Betrieben).

– Die Anstrengungen der Betriebe sind noch nicht auf die Erwirtschaftung von Gewinn durch hohe bedarfsgerechte Produktion (im Sinne echter Erwirtschaftung), sondern mehr auf Verteilung zu ihren Gunsten und auf die Produktion teurer Erzeugnisse gerichtet.

– Das Nebeneinander von alten und neuen Formen der WRF (bzw. Wirtschaftsleitung überhaupt) läßt die neuen Elemente schwer zur Wirkung gelangen. Besonders trifft das in der UdSSR auf das System der materiell-technischen Versorgung zu, das nach wie vor übermäßig zentralisiert ist (so spielt der Produktionsmittel-Handel in der DDR eine weitaus größere Rolle als in der UdSSR).

– Die Übertragung von Außenhandelsfunktionen in der UdSSR an faktisch alle Wirtschaftseinheiten bringt nicht die erwarteten Effekte, da offensichtlich eine Überforderung vorliegt – sowohl hinsichtlich der Exportfähigkeit der Erzeugnisse als auch der Kenntnis internationaler Geschäftsgepflogenheiten. Das betrifft auch das Funktionieren gemeinsamer Betriebe.

– Für die UdSSR ist die Zulässigkeit der zwei Modelle der WRF laut Betriebsgesetz problematisch geworden, da sich zeigt, daß die Fondsbildung und Stimulierung in Abhängigkeit vom Gewinn vor allem die individuelle materielle Interessiertheit ungenügend weckt (der Lohn ist als Kostenbestandteil nach wie vor garantiert). Der Übergang zum 2. Modell (normative Verteilung in Abhängigkeit vom sog. Einkommen des Kollektivs aus WRF, d. h. Lohn plus Gewinn) wird nur zögernd vorgenommen, da hierbei eine starke Differenzierung der Löhne eintreten würde, die nicht nur von den betrieblichen Bedingungen, sondern z. B. auch von den Zulieferern abhängen würde. Befürchtet werden auch zunehmende soziale Spannungen. Allerdings wird das 2. Modell als das perspektivreichere angesehen. Mit der Entwicklung der Pachtbeziehungen auch im staatlichen Sektor wird das Problem teilweise auf andere Weise gelöst, denn die Einkommen der Pächter hängen dann vom tatsächlichen Endergebnis und dessen Verteilung laut Pachtvertrag ab. Der gesamte Komplex der Pachtbeziehungen muß jedoch noch weiter analysiert werden.

Im Zusammenhang mit der Einführung der vollen WRF bzw. Eigenfinanzierung wäre insbesondere in der UdSSR eine stärkere Wirkung des Kredits zu erwarten. Das ist bis jetzt nicht eingetreten. Statt dessen entstehen auf der Basis freier Mittel von Betrieben und sogar örtlichen Staatsorganen die unterschiedlichsten Unternehmungen (Kooperativen, Aktiengesellschaften u. a.) in Produktion, im Handel, Dienstleistungs- und Bankbereich, während der «Geld-Druck» auf wirtschaftlich schwache Betriebe offensichtlich noch fehlt. So wird in Publikationen immer wieder darauf hingewiesen, daß «harte» Kreditverträge noch nicht die gängige Praxis sind.

Ohne zu dramatisieren oder zuzuspitzen, lässt sich insgesamt zu den Wirtschaftsreformen der VRB, UVR, VRP, UdSSR und CSSR die eingangs vorgenommene Bewertung mit zahlreichen Fakten belegen. Es geht dabei nicht darum, die Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen und des Marktes abzuwehren, sondern sich bei einer kritischen Analyse an Grundwerten des Sozialismus zu orientieren, positive und negative Erfahrungen zu erkennen und Schlußfolgerungen für die weitere Vervollkommnung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR zu ziehen, sowie überzeugende Argumente für die internationale Diskussion um den attraktiven und effektiven Sozialismus zu erarbeiten.

3. Die Strategie der SED in den siebziger und achtziger Jahren

Die Suche nach einer Strategie zur progressiven Entwicklung des Sozialismus begann in der DDR bereits in den sechziger Jahren:

«Die Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (1963) und vor allem die Konferenz zu Problemen der sozialistischen Rationalisierung und Standardisierung (1966) waren bereits auf den Übergang zu einer intensiven Reproduktion gerichtet. Aber auf dem VIII. Parteitag mußte Erich Honecker feststellen, daß diese Linie nicht mit aller Konsequenz verfolgt worden ist.»⁹

Der VIII. Parteitag «entwickelte die Notwendigkeit des Übergangs zu einem intensiven Reproduktionstyp in Zusammenhang mit einem klaren gesellschaftlichen Gesamtkonzept: dem Konzept der entwickelten sozialistischen Gesellschaft». ¹⁰

Das Konzept der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zielte sozialökonomisch darauf, einen *direkten Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Wirtschaft und der Entwicklung der sozialen Lage*¹¹ der Produzenten herzustellen. Dadurch sollten die für die weitere Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft erforderlichen sozialen Interessen der Werktätigen ausgebildet, in Leistungsverhalten verwandelt und eine stabile Entwicklung der Wirtschaft gewährleistet werden.

Als wichtige politische Bedingung für den Erfolg dieser Strategie sah die SED die Stabilität der sozialistischen Staatsmacht an, deren Hauptentwicklungsrichtung im Parteiprogramm von 1976 mit «Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie»¹² angegeben wurde. 1983 bezeichnete Kurt Hager die Mitarbeit der Werktätigen am politischen Entscheidungsprozeß als Kern der Demokratie und wichtigstes Mittel des Kampfes gegen den Bürokratismus.¹³ Praktische Fortschritte wurden in der demokratischen Mitwirkung des Einzelnen in der Arbeit der Betriebsgewerkschaftsorganisationen, in bestimmten beruflichen Interessenorganisationen (z. B. Schriftstellerverband u. ä.) sowie auf kommunalem Gebiet erreicht. In den 70er und 80er Jahren bildeten sich Fähigkeiten und Bedürfnisse zur demokratischen Mitwirkung weiter aus.

Die auf dem VIII. Parteitag der SED erarbeitete und an den folgenden Parteitagen präzisierte Strategie der entwickelten sozialistischen Gesellschaft drückt sich ökonomisch aus in

- der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik,
- der wirtschaftspolitischen Hauptaufgabe (Entwicklung von Leistungsprinzip, Leistungsbewertung und Leistungsorientierung) und
- dem Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion.

1. *Intensiv erweiterte Reproduktion* bedeutet zum einen Ersatz verbrauchter Produktionsressourcen (Grundfonds, Material, Arbeitskräfte) auf technisch bzw. qualifikatorisch höherem Niveau, wodurch Produktivitätssteigerung möglich wird, zum anderen Erweiterung dieser Fonds durch Akkumulation. Dadurch wird Wachstum des Produktionsergebnisses bei gleichbleibendem oder sinkendem spezifischem Aufwand an Material, Produktionsmitteln und/oder Arbeitskraft ermöglicht. Intensiv erweiterte Reproduktion setzt ein auf Produktivitätssteigerung und hohe Innovationsraten zielendes Leistungsverhalten der Wirtschaftssubjekte voraus. Insofern die intensiv erweiterte Reproduktion den schnellen qualitativen Wandel der Produktionsbedingungen (besonders der Produktionsmittel) zur Voraussetzung und den schnellen Wandel der Produkte (der produzierten Produktions- und Konsumtionsmittel) zum Resultat hat, ist sie eine notwendige (nicht hinreichende) allgemeine Voraussetzung für die qualitative Veränderung der sozialen Reproduktionsprozesse der Wirtschaftssubjekte und der Individuen.

2. Veränderung allein ist noch keine Entwicklung. Innovationen führen dann zur *Entwicklung der Subjekte*, wenn sie deren Reproduktionsprozeß in einer *sozial bestimmten Richtung* fortschreitend umwälzen. Diese Richtung wird objektiv durch die Produktionsverhältnisse determiniert und realisiert sich über Selektionsprozesse nach Effektivitäts- und Zielkriterien der Produktionsweise.

Das Prinzip der *Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik* orientiert auf eine sozial progressive Richtung dieser Umwälzung der Arbeits- und Lebensweise aller Subjekte der sozialistischen Gesellschaft. Mit der intensiv erweiterten Reproduktion sollen sich Interessen für und Bindungen an die sozialistische Gesellschaft entfalten.

3. Die Entwicklung eines auf dem Leistungsprinzip beruhenden Wirtschaftsmechanismus und eines entsprechenden Systems der Leistungsbewertung, der Kennziffern und der Planung

zielt auf eine *leistungsorientierte Bindung der Individuen an den Produktionsprozeß* durch Lohn, Prämie und andere Distributionsformen. Die Bildung der Kombinate und die Herstellung eines leistungsabhängigen Zusammenhangs zwischen den Ergebnissen und den Entwicklungsbedingungen der Wirtschaftseinheiten gehört ebenso zu diesem Konzept.

Die Grundidee dieser Konzeption war, eine stabile sozialökonomische Rückkopplung zwischen dem Leistungsverhalten der verschiedenen Subjekte im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und ihren Entwicklungsbedingungen, d. h. ihrer sozialen Lage, herzustellen. So sollte einerseits eine progressive, auf die Entwicklung der Subjekte, insbesondere der Individuen, gerichtete Wirtschaftsentwicklung vorangetrieben und andererseits das Verhalten der Subjekte zur kooperativen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der anderen Subjekte formiert werden.

Welche Resultate wurden mit dieser Konzeption erreicht? Einerseits gelang es, einen Reproduktionsprozeß zu installieren, der einige Merkmale intensiver Reproduktion aufweist und der die Entwicklung der Wirtschaft der DDR bis in die 80er Jahre hinein gewährleistete. Die Quelle dafür war die *effektivere Nutzung der vorhandenen Potentiale*, die Freisetzung von Reserven. Es gelang jedoch nicht, die wissenschaftlich-technische Revolution zur Grundlage der Wirtschaftsentwicklung zu machen, einen auf Innovationen beruhenden Typ intensiv erweiterter Reproduktion durchzusetzen. Die Rückstände im wissenschaftlich-technischen Niveau der Produktion und beim Effektivitätszuwachs gegenüber dem Kapitalismus wurden größer, es gelang nicht, die Strukturen und Triebkräfte für innovatives Verhalten der Subjekte zu schaffen. Das schließt wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen im einzelnen nicht aus. Nur: Sie werden nicht ausreichend zur Quelle für Effektivitätsgewinne, nicht zur Grundlage qualitativen wirtschaftlichen Wachstums. Innovationsraten, Effektivitätszuwachs, Wirtschaftswachstum und soziale Lage der Subjekte bilden noch keinen praktisch funktionsfähigen Entwicklungszusammenhang.

In dem Maße, in dem Reserven des ersten Zugriffs erschöpft wurden, rückte der wissenschaftlich-technische Fortschritt als Quelle wirtschaftlichen Wachstums in den Mittelpunkt strategischer Konzeptionen. Auf dem XI. Parteitag der SED wurde die breite Entwicklung und Anwendung der Schlüsseltechnologien in den Mittelpunkt der Intensivierung gestellt.

«Die ökonomische Strategie unserer Partei mit dem Blick auf das Jahr 2000 ist darauf gerichtet, die Vorzüge des Sozialismus noch wirksamer mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden, die selbst in eine neue Etappe eingetreten ist. Mikroelektronik, moderne Rechentechnik und rechnergestützte Konstruktion, Projektierung und Steuerung der Produktion bestimmen mehr und mehr das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft. In enger Wechselwirkung damit breiten sich andere Schlüsseltechnologien aus, wie flexible automatische Fertigungssysteme, neue Bearbeitungsverfahren und Werkstoffe, die Biotechnologie, die Kernenergie und die Lasertechnik. Das sind gewaltige Herausforderungen und zugleich Chancen, die Produktion rasch zu erneuern, ihre Qualität zu erhöhen und den Aufwand in einem Maße zu senken, wie das bisher nicht möglich war.»¹⁴

Die bisherigen Ergebnisse bei der Realisierung dieses Herangehens zeigen aber, daß die Hochtechnologien bisher nicht den erwarteten Effektivitätszuwachs brachten.¹⁵

«Als Hauptproblem erweist sich die ungenügende Entwicklung der Effektivität, der Produktivität und der Qualitätsproduktion... Im Ergebnis dessen sowie im Hinblick auf die Tatsache, daß an der Umsetzung des sozialpolitischen Programms der Partei keine Abstriche zugelassen wurden, verstärkten sich insbesondere in den achtziger Jahren die Spannungen im Verhältnis von Produktion, Konsumtion und Akkumulation, zwischen Warenfonds und Kauffonds.»

So konnte das Anwachsen des Produktionsverbrauchs am gesellschaftlichen Gesamtprodukt von 0,607 (1970) auf 0,677 (1985) zwar gestoppt werden auf 0,669 (1987). «Betrachtet man dagegen die Entwicklung der Reproduktionskraft der Volkswirtschaft... werden negative Prozesse deutlich. Die Ursachen liegen vor allem in der Begrenzung der Akkumulation sowie in der Grundfondsrentabilität.» (Vgl. Tabelle 5)

Die Probleme der Effektivitätsentwicklung hängen zusammen mit dem Sinken des ökonomischen Nutzeffektes der für Wissenschaft und Technik aufgewendeten Mittel. 1971 betrug der Zuwachs am produzierten Nationaleinkommen pro Mark Aufwand für Wissenschaft und Technik 1,58, er sank auf 1,07 (1985) bzw. 0,77 (1987).

«Die Orientierung, der sinkenden Akkumulationsrate durch einen schnellen Anstieg der Effektivität bei Investitionen entgegenzuwirken, konnte in der Praxis nur teilweise durchgesetzt

werden...» Zwar stieg das Verhältnis des produzierten Nationaleinkommens pro 1000 Mark Investitionen zunächst von 1 (1971-1975) auf 248 (1986), ging dann aber wieder auf 124 (1987) zurück. Die Effekte aus Investitionen werden geringer, die Schlüsseltechnologien zeigen noch keine spürbare Auswirkung auf die volkswirtschaftliche Effektivität, die den Weltwirtschaftsanforderungen entspräche.

Daraus erklärt sich wesentlich der negative Trend wichtiger volkswirtschaftlicher Kennziffern (Tabelle 6).

«Vergleicht man die ökonomischen Kennziffern des Gesamtwirtschafts über den Fünfjahrplan mit den Zielstellungen der Jahrespläne und der Abrechnung ihrer Ergebnisse, so wird deutlich, daß einerseits in der Produktion die Jahresziele stets unterhalb der Kennziffern des Fünfjahrplanes lagen und dennoch nicht erfüllt werden konnten, während andererseits die Kennziffern der gemäßigten Verteilung und Verwendung des Nationaleinkommens für die Bevölkerung nicht nur erfüllt, sondern z. T. überschritten werden.»

«Die Herausbildung eines in Relation zu den materiellen Prozessen und Proportionen ständig wachsenden Geldüberhangs war und ist unausweichlich mit einer Vielzahl äußerst negativer Konsequenzen verbunden... Ungleichgewicht zwischen Waren- und Kauffonds, Beeinträchtigung des... Leistungsprinzipien, Druck auf Kosten und Preiserhöhung, Schwarzmarkt auf dem Gebiet defizitärer Konsumgüter und Dienstleistungen mit statischen von den staatlichen Preisen abweichenden Vereinbarungssätzen...»

Diese Disproportionen haben auch zu «einer Reduzierung des Geldwertes und der Kaufkraft der Mark der DDR geführt. Einschätzungen von Wirtschaftswissenschaftlern zufolge ist den letzten 20 Jahren das Niveau der Preise für Produktionsmittel im Jahresschnitt um etwa 4% und das der Konsumpreise um etwa 1,5 bis 2% gestiegen...»

Der Staatshaushalt wächst seit längerem «im Vergleich zu Nationaleinkommen überproportional... Entscheidende Ursachen ist die tendenziell steigende Abführung der volkseigenen Wirtschaft, um den Staatshaushalt ausgleichen zu können». So stiegen die Einnahmen des Staatshaushalts 1989 auf 184% gegenüber 100% im Jahre 1980, während die Fonds der Betriebe in gleichem Zeitraum nur auf 136% wuchsen. «Der aus dieser Situation resultierende zunehmende Finanzbedarf der Wirtschaft wurde über Kredit befriedigt, was zu einer steigenden Kreditbelastung der Wirtschaft einerseits und zu beträchtlichen Geldüber-

hängen vor allem im Bereich der Bevölkerung geführt hat. Im Kreditsystem sind weder für die volkswirtschaftliche noch für die betriebliche Ebene ausreichende Hindernisse in Form staatlich verbindlicher Zielkriterien und Begrenzungen eingebaut, die eine unzulässige Kredit- und damit Geldemission behindern oder gar unmöglich machen.»

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt wird nicht in der angestrebten Entwicklung der Effektivität und Rentabilität der Gesamtwirtschaft wirksam. Welche Ursachen sind dafür erkennbar? Mit den Schlüsseltechnologien werden eine Reihe von *Basisinnovationen* in die Wirtschaft eingeführt, die zur technischen Erneuerung vieler Produktionsprozesse und Produkte, Produktions- und Konsumtionsmittel führen können (z. B. die wissenschaftliche Entwicklung eines neuen chemischen Wirkprinzips und seine anschließende Umsetzung in Chemieanlagen und chemischen Verfahren oder die Entwicklung einer qualitativ neuen Generation von Mikrochips). Mit der Anwendung der durch die Basisinnovationen geschaffenen neuen Technik bzw. Technologie in anderen Produktionsprozessen entsteht eine Welle von *Folgeinnovationen*, die in diesen Anwendungsweisen Rationalisierungseffekte hervorrufen können (z. B. die Anwendung der mit dem neuen chemischen Wirkprinzip erzeugten Werkstoffe in verarbeitenden Industriezweigen oder die Anwendung der mit den neuen Chips gebauten Computern für Automatisierung, Verwaltung, Forschung etc.). Während die Basisinnovationen selbst einen hohen volkswirtschaftlichen Investitionsaufwand verursachen, können durch Folgeinnovationen Produktivitäts- und Effektivitätsgewinne in vielen einzelnen Anwendungsfällen entstehen. Ihre Summe soll den Aufwand nach und nach decken und schließlich übersteigen.¹⁶ Die durch eine Basisinnovation ermöglichte Welle von Folgeinnovationen ist es, die den eigentlichen ökonomischen Effekt bringt, der sich als Steigerung des National-einkommens auswirkt.

Dieser Zusammenhang von Basis- und Folgeinnovationen funktioniert in unserer Wirtschaft in zu geringem Maße. Die Realisierung wichtiger Basisinnovationen gelingt, die Welle von Folgeinnovationen ist zu schwach und viele Anwendungsfälle bringen nicht den projektierten Effektivitätszuwachs. Die Kosten entstehen, die erwarteten Gewinne bleiben aus.

Dieses Problem kann geklärt werden: Es ist möglich, für die relativ wenigen großen Basisinnovationen zentral die Leistungsbedingungen zu schaffen und den Fortgang zu kontrollieren.

Die vielen Folgeinnovationen können aber weder administrativ angeordnet werden, noch kann man zentral im Einzelfall für effektive Anwendungslösungen sorgen. Die vielen einzelnen, aber den ökonomischen Effekt bringenden Folgeinnovationen werden nur verwirklicht, wenn es im Reproduktionsprozeß Subjekte gibt, die an deren Realisierung *selbst* interessiert sind, weil sie eigene Entwicklungsinteressen mit diesen Innovationen verbinden können. Und positive ökonomische Effekte treten nur ein, wenn mit den neuen technischen Prozessen Veränderungen in den Verhaltensweisen der Produzenten bzw. Konsumenten erfolgen, die wiederum von deren eigenen Entwicklungsinteressen abhängen. Die praktischen Erfahrungen zeigen, daß bei administrativ durchgesetzten Folgeinnovationen nur ein geringer Anteil der Einsatzfälle die erwarteten ökonomischen Effekte brachte. Ein Beispiel ist der Einsatz von Industrierobotern.

Immense gesellschaftliche Aufwendungen für die Durchsetzung von Schlüsseltechnologien einerseits, ein äußerst zäher Prozeß der Verbreitung dieser Technologien in den Anwenderzweigen, eine unter den Erwartungen bleibende Effektivitätsentwicklung und daher ein Zurückbleiben der Erträge hinter den Kosten andererseits charakterisieren die Schwierigkeiten beim Übergang zu einer innovationsorientierten, intensiv erweiterten Reproduktion.

Effekte aus Innovationen treten nur ein, wenn sie mit einem innovativen Wandel der Reproduktionsprozesse aller Subjekte einhergehen. Dazu gehört der Wandel der Bedürfnisstrukturen, der Arbeits- und Lebensprozesse, der politischen und kulturellen Verhältnisse, des geistigen Klimas, auch der Interessenlagen aller Subjekte der sozialistischen Gesellschaft. Weil dieser qualitative Wandel nicht hinreichend funktioniert, entstehen die gesellschaftlichen Strukturen nicht, die eine Umsetzung von Wissenschaft und Technik in sozial progressive und rentable Wirtschaftsentwicklung vermitteln könnten.

Betrachten wir das oben skizzierte sozialökonomische Konzept unter diesem Gesichtspunkt: Der Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsentwicklung und der Entwicklung der sozialen Lage der Subjekte (zwischen Leistung und eigenen Entwicklungsbedingungen) bezog sich auf die *quantitative* Seite der Wirtschaftsentwicklung. Wachstumsraten der Produktion bzw. Produktivität sind gekoppelt mit Wachstumsraten der Einkommen bzw. der Sozialleistungen. Qualitativ beruhen die damit formierten Leistungsmotivationen immer auf der gegebenen Bedürfnisstruktur,

den gegebenen Verhaltensweisen und den gegebenen sozialen Interessenlagen der Subjekte, zielen auf deren effektive Nutzung bzw. bessere Befriedigung. Mit dieser Art der Rückkoppelung konnte die intensivere Nutzung vorhandener Potentiale für die bessere Befriedigung gegebener Bedürfnisse erreicht werden – also Wachstum von Potentialen und Bedürfnissen in gegebener Struktur und Qualität. Sie schließt hingegen qualitativen Wandel der Bedürfnisse und strukturelle Veränderung der Interessenlagen aus.

Innovationen geraten unter dieser Voraussetzung immer in Diskrepanz mit den gegebenen Bedürfnisstrukturen und Interessenlagen. Die mit Innovationen eintretenden Veränderungen – Umlernen im Beruf, Einführung neuer Formen der Arbeitsteilung bzw. Kooperation im Betrieb, Auseinandersetzung mit neuer Technik, Veränderung der Lebensweise, Veränderung des Sortiments oder der Produktionsstruktur des Betriebes, Veränderung des Zeitverhaltens der Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen usw. usf. – werden verglichen mit der eigentlichen Erwartung: Wachstum und Verbesserung innerhalb der gegebenen Strukturen und erscheinen von diesem Standpunkt als unbefriedigend, als Verschlechterung. Der skizzierte sozialökonomische Zusammenhang gewährleistet eben nicht, daß die Innovationen über das eventuell erreichte Einkommenswachstum hinaus auch ihrem Inhalt nach eine progressive Veränderung der sozialen Lage bringen. Und auch wo das objektiv so ist, werden Interessen an diesem inhaltlichen Wandel der sozialen Lage nicht formiert. Das Interesse an Innovationen erschlafft daher und muß durch administrativen Druck ersetzt werden.

Es reicht nicht, die Subjekte an mit Innovationen verbundenem Wachstum (Einkommen, Gewinn) zu interessieren, sie müssen an dem mit den Innovationen verbundenen qualitativen Wandel der Produktions- bzw. Konsumtionsprozesse selbst interessiert sein. Uns fehlt aber noch die Einsicht, daß durch Innovationen Arbeits- und Lebensprozesse qualitativ neuer Art entstehen können, alte zugleich verschwinden, also der *Inhalt menschlicher Lebenstätigkeit* wie auch Inhalte der Reproduktionsprozesse kollektiver Subjekte sich wandeln und alles Interesse am Wachstum nichts nutzt, wenn dem ein Nichtinteresse am inhaltlichen Wandel der eigenen Reproduktionsprozesse entgegensteht.

Auf Innovationen gerichtetes Verhalten entsteht nicht einfach aus den gegebenen Interessenlagen. Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Systems, das vorhandene Bedürfnisse nicht

einfach wachsend befriedigt, sondern die *Veränderung der Bedürfnisse* – in sozial progressiver Richtung – zur Voraussetzung ihrer Befriedigung macht.

Damit steht aber die grundlegende Frage nach der Art und Weise, wie in der sozialistischen Produktionsweise Entwicklung und auf Entwicklung gerichtetes Verhalten zustande kommen. Eine gültige und wissenschaftlich abgesicherte Antwort darauf gibt es noch nicht. Die Reformen des Wirtschaftssystems in den verschiedenen sozialistischen Staaten zielen auf die Lösung dieses Problems. Dabei sind unterschiedliche Ansätze und Erfahrungen festzustellen, die unter 2. im Überblick skizziert wurden. Der folgende Abschnitt wendet sich den möglichen Perspektiven unserer Strategieentwicklung in der DDR zu.

4. Mögliche wissenschaftliche Orientierungen für die weitere Strategiediskussion

Im Sinne der in 1.2. skizzierten Ausgangspunkte muß es bei der Weiterentwicklung der Gesellschaftskonzeptionen um die Lösung dreier zusammenhängender Fragen gehen: 1. Innovativität und *intensiv erweiterte Reproduktion* der sozialistischen Volkswirtschaft als Raum für die Entwicklung der Subjekte der sozialistischen Gesellschaft, 2. *Sozial progressive Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution* und 3. Integration in die Weltwirtschaft bei gleichzeitiger demokratischer und gerechter Umgestaltung dieser in ein Instrument gemeinsamer Entwicklung aller Weltwirtschaftssubjekte zur *Lösung der globalen Menschheitsprobleme*.

Diese Zielstellung vorausgesetzt, kann es nicht um eine auch nur teilweise Rücknahme der sozialen Orientierung sozialistischer Wirtschaftsentwicklung gehen. Das wäre aber die Folge, wenn man Reformkonzepte folgt, die eine einseitig marktwirtschaftliche Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus für die Lösung halten. Die Rücknahme des Anspruchs, Wirtschaftsentwicklung bewußt und sozialprogressiv gestalten zu können, die Propagierung automatischer Wirtschaftsregulatoren ohne eine starke gesellschaftliche Planung und Kontrolle ist nicht tragfähig:

1. Sie beruht m. E. auf einem Unverständnis des heutigen Kapitalismus, setzt ihn dem Kapitalismus der freien Konkurrenz gleich, begreift daher nicht, daß die Fähigkeit des heutigen Kapitalismus zu hoher Innovativität bei der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution und zu teilweise sozial progressiven Lösungen eben nicht auf dem freien Privateigentum und der freien Konkurrenz beruht, sondern auf dem assoziierten Gesellschaftskapital, dem gemeinschaftlich regulierten Markt und den politischen Formen des Interessenkampfes und der Konsensbildung, die die ursprünglich spontanen Marktmechanismen z. T. ersetzen, ergänzen und jedenfalls weitgehend beherrschbar gemacht haben.¹⁷

Der heutige Kapitalismus hat ein entwickeltes gesellschaftliches System der Regulierung des Reproduktionsprozesses ge-

schaften, das sowohl von konservativen als auch von reformerischen Kräften gesellschaftsgestaltend eingesetzt wird, natürlich mit jeweils anderen Zielen und Strategien. Der heutige Kapitalismus funktioniert nicht, weil er eine Gesellschaft zügeloser Privateigentümer ist, sondern eine Gesellschaft, die durch staatsmonopolistische Konsensbildung fähig ist, Strategien der Gesellschaftsentwicklung zu bilden, die die Existenz und in bestimmten Maße die Entwicklung aller Subjekte, nicht bloß die des Monopolkapitals, sicherstellen.¹⁸ Er ist durch die Herausbildung eines funktionsfähigen Systems der Wirtschaftsregulierung in der Lage, die Bedingungen für die Wirtschaftssubjekte und die Wirkung des Marktes so zu steuern, daß die im Interessenkampf ermittelten konsensfähigen Strategien annähernd verwirklicht werden und so eine zeitweilige Interessenübereinstimmung der verschiedenen sozialen Klassen, Schichten und Gruppen aufrechterhalten werden kann.

Der heutige Kapitalismus hat im Interesse seiner Erhaltung die alten Antriebe bloßer Unterordnung, Unsicherheit, Konkurrenz, die «reinen» Marktkräfte überwinden müssen. Dies alles bewegt sich im Konflikt mit den auch noch vorhandenen, zum Teil dominierenden und bedrohlichen Triebkräften gewaltssamer Unterordnung.

Der Versuch, gerade die überlebten Triebkräfte und Mechanismen des alten Kapitalismus der freien Konkurrenz partiell in den Sozialismus zu implantieren, muß scheitern, weil damit keine progressive Gestaltung der heutigen Produktivkräfte möglich ist; statt dessen sollte untersucht werden, welche neuen Verhältnisse, Mechanismen und Triebkräfte den Kapitalismus der wissenschaftlich-technischen Revolution lebens- und entwicklungsfähig halten und wieweit sie schon Tendenzen hin zu einer höheren Produktionsweise zeigen. Kritische Aneignung verdient das, was Ausdruck progressiver Anpassungen des Kapitalismus ist.

2. International steht ein großer Schritt zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf der Tagesordnung, die den entstehenden globalen Reproduktionsprozeß regulierbar und steuerbar machen soll, um ihn zwecks Lösung der globalen Menschheitsprobleme international gestalten und kontrollieren zu können. Es geht darum, die Entwicklungsrichtungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Konsens aller Subjekte des internationalen Wirtschaftssystems so zu bestimmen, daß zukunftsweisender Entwicklungsspielraum für alle erreicht wird. Es wäre paradox,

dieses für die Menschheit lebenswichtige internationale Kampfziel durch Propagierung spontaner lebensregulierender Wirtschaftssysteme zu behindern (Vgl. oben Abschnitt 1.1.).

3. Die Erfahrungen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsreformen zeigen: wo versucht wird, durch zügellose Konkurrenz und bloßen Existenzdruck Antriebe zu schaffen, überall dort verschwinden wirkliche Selbstverwaltung, wirkliche bewußte Interessenauseinandersetzung, wirkliche gesellschaftliche Strategiebildung, weichen die Inhalte sozial progressiver Wirtschaftsentwicklung dem bloßen Kampf ums Tempo des technischen Fortschritts, verdrängt der Kampf ums Eigene die Suche nach gemeinsamem Fortschritt für alle. Letztlich geht dabei Zukunft verloren.

Trotzdem enthalten diese Vorstellungen einen rationalen Kern. Die gesellschaftliche Planung und Leitung sowie der dabei zentral vermittelte Ausgleich unterschiedlicher Reproduktionsbedingungen der Wirtschaftseinheiten dürfen nicht dazu führen, daß die für die Volkswirtschaft bestehenden Notwendigkeiten des Strukturwandels und der Effektivitätserhöhung nicht auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte «durchwirken». Die Situation des Ganzen muß jedem einzelnen Subjekt erkennbar und spürbar werden, existentielle Nöte der Gesellschaft müssen auch in der Lage aller ihrer Subjekte zum Ausdruck kommen. Ein auf Konkurrenz und Existenzdruck beruhender Wirtschaftsmechanismus würde dies gewährleisten. Nur würden dabei keine solidarischen, gemeinsamen Lösungen gefördert, sondern privategoistische. Nach unserer Überzeugung kann dies zwar zunächst das Tempo des technischen Fortschritts beschleunigen, aber eine sozial progressive Entwicklungsrichtung wird verhindert, existentielle Bedrohungen wären die Folge.

Reformen des Wirtschaftsmechanismus sind ein notwendiges Moment, nicht aber das einzige und auch nicht der Schlüssel zur Überwindung der Hemmnisse innovativer Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Nicht Umgestaltung einzelner ökonomischer «Hebel» oder «Hebelsysteme», sondern ein komplexes Verständnis der Entwicklung von Interessen scheint geboten.

Das 7. Plenum des ZK der SED im Dezember 1988 hat den XII. Parteitag für 1990 einberufen und damit die Diskussion zu den Aufgaben und Anforderungen eröffnet, «die in dieser Periode mit dem Blick auf das Jahr 2000 zu realisieren sind». ¹⁹ Dabei werden die Einheit Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der Grundlage

der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Schlüsseltechnologien, Planmäßigkeit und Entwicklung der sozialistischen Warenproduktion und Geldzirkulation als bewährte und bewahrenswerte Elemente der Entwicklung des Sozialismus in der DDR hervorgehoben. Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung und die Gestaltung der sozialistischen Demokratie in den Betrieben und der Gesellschaft sollen weiter ausgebaut werden.²⁰

Die folgenden Abschnitte sind der Versuch, Überlegungen für die weitere wissenschaftliche Diskussion unserer künftigen Strategie zu unterbreiten. Dafür gibt es keine einfachen Rezepte, die schnelle oder gar problemlose Erfolge versprechen. Es muß vielmehr darum gehen, folgende Aufgaben in einem engen inhaltlichen Zusammenhang miteinander zu lösen:

1. Beibehaltung der *sozialen Orientierung sozialistischer Wirtschaftsentwicklung*, ja sogar Verstärkung dieses Anspruchs in nationaler und globaler Hinsicht bei *Wandlung seines Inhalts* von vorwiegend quantitativem Wachstum zu sozial und ökologisch progressivem *qualitativen Wandel* der sozialen Lage der Individuen.

2. *Demokratisierung des politischen Systems* so, daß es die organisierte Auseinandersetzung (betrieblich und institutionell, regional und gesamtgesellschaftlich) um die Entwicklungsrichtungen der Arbeits- und Lebensprozesse der Subjekte der sozialistischen Gesellschaft, ausgehend von dem gesamten Spektrum unterschiedlicher Interessen ermöglicht, damit dieses System Interessen für einen sozial progressiven Wandel der Arbeits- und Lebensprozesse und politische Bewegungen für deren Durchsetzung formiert und entsprechende Strategien formulierbar macht.

3. Entwicklung eines *Wirtschaftsmechanismus, der Selbständigkeit, Eigenverantwortung und Eigenfinanzierung* der Wirtschaftseinheiten bei der Realisierung intensiv erweiterter Reproduktionsprozesse nach Rentabilitätsgesichtspunkten verbindet mit der *Gestaltbarkeit der Wirtschaftsentwicklung* durch die Gesellschaft und ihre Subjekte, entsprechend der politisch formierten Strategie, und der eine starke gesellschaftliche Kontrolle über Wirtschaftseinheiten und staatliche Organe einschließt.

4. Kern gesellschaftlicher Planung und Leitung muß die bewußte Gestaltung inhaltlicher *Entwicklungsrichtungen* des materiellen Lebens- und Reproduktionsprozesses sein. Daher ist die

Fähigkeit zu planmäßiger Entwicklung des Produktivkräfte-Systems, die Fähigkeit zur Führung und Kontrolle von *Innovationsprozessen* und ihren sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen ein besonderer Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus.

4.1. Überlegungen zur Weiterentwicklung der Sozialpolitik

Die *Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik* ist ein programmatisches Ziel der SED, das dem Wesen sozialistischer Gesellschaftsentwicklung entspricht und das nicht aufgegeben werden darf. Sie zielt darauf, die Entwicklung der Wirtschaft, also Produktivität und wirtschaftliches Wachstum, progressiv mit der Entwicklung der sozialen Lage der Subjekte der sozialistischen Gesellschaft zu verbinden.

Dabei muß sich die inhaltliche Ausrichtung der Sozialpolitik jeweils in Abhängigkeit vom erreichten Entwicklungsstand, von den anstehenden Schritten in der Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Individuen, sowie von internationalen Trends verändern. *Heute ist der Übergang vom extensiven zum intensiven Reproduktionstyp der Wirtschaft auch bestimmend für die Veränderungen in den Entwicklungsrichtungen der sozialen Lage der Individuen:* Von einer vorwiegend quantitativen Erweiterung qualitativ gegebener Lebensprozesse, gegebener Konsumtions- und Bedürfnisstrukturen muß zu deren progressiver Veränderung übergegangen werden. Es verändern sich sowohl die einzelnen Komponenten als auch die Gesamtstruktur der sozialökonomischen Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung.

Bei stark extensiver Reproduktion werden soziale Ziele vor allem verwirklicht, indem die aus den Leistungen der Wirtschaftssubjekte erzielten Ergebnisse für die Realisierung sozialer Aufgaben, z. B. Wohnungsbau, Einkommenspolitik, Subventionen, finanzielle Unterstützung kinderreicher Familien, Rentner, Behindter, für Bildung etc. ausgegeben werden.

Bei mehr intensiver Reproduktion findet durch Innovationen ein permanenter *qualitativer Wandel der sachlichen Grundlagen der Arbeits- und Lebensprozesse* statt, der qualitative Wandel bestimmt den quantitativen Zuwachs. Für die Entwicklung der sozialen Lage ist es entscheidend, diesen aus technischem Fortschritt resultierenden Wandel bewußt zu gestalten, bewußt zu verhindern, daß sich spontan negative Wirkungen einstellen, vor allem aber diesen Wandel zu nutzen, um sozial progressive,

qualitative Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und -tätigkeiten durchzusetzen. Soziale Entwicklung wird primär ein dem technischen Fortschritt und dem Wirtschaftswachstum *immanenter Prozeß*.

Bei stark extensiver Reproduktion wird Sozialpolitik vor allem durch die Verteilung des quantitativen ökonomischen Wachstums realisiert. Bei vorwiegend intensiver Reproduktion wird die Determination der Richtungen des qualitativen Wandels der Reproduktionsprozesse, damit der Arbeits- und Lebenstätigkeiten der Menschen, entscheidendes Gestaltungsmittel der Sozialpolitik. Wachstum der Einnahmen und Ausgaben für soziale Zwecke sind dem nachgeordnet – bei Beibehaltung und Ausbau der Solidarität der Gemeinschaft für sozial Schwache, z. B. durch Erhöhung noch ungerechtfertigt niedriger Rentenleistungen für Altersrentner und Behinderte.

Die mit den Innovationsprozessen zu realisierenden Veränderungen der Produktion und der Produkte – damit der Konsumtion – müssen *sozial progressiv* für Produzenten und Anwender (resp. Konsumenten) sein, Raum für die Entwicklung ihrer individuellen Subjektivität schaffen und zugleich *ökonomisch effektivitätssteigernd* wirken. Nur dann kann langfristig mit den Innovationen auch das Interesse am innovativen Wandel der Lebensprozesse und damit die Triebkraft für entsprechendes Leistungsverhalten entwickelt werden. Das Leistungsprinzip kann nicht zugunsten des Sozialprinzips vernachlässigt werden, ohne dem gesellschaftlichen Fortschritt und dem verantwortungsvollen Verhalten aller Subjekte Schaden zuzufügen.

Bei primär an Sozialausgaben gebundener Sozialpolitik war es möglich, eindeutige Prioritäten aufzustellen, eine Rangfolge der für die einzelnen Zwecke auszugebenden Finanzmittel aufzustellen: Wohnungsbau, Preissubventionen für Grundbedarf, Einkommen, Kinderreiche etc. Bei einer intensiven Reproduktion und der Realisierung sozialer Wirkungen über innovativen Wandel der Reproduktionsprozesse selbst, können derartig eindeutige Prioritäten nicht gelten. Wird eine Innovation realisiert, so muß eine Lösung gesucht werden, die ökonomisch effizient und für die daran arbeitenden Menschen progressiv ist, die ökologische Verbesserungen und für den Anwender nützliche Produkte bringt usw. Ist einer dieser Aspekte nicht gegeben, wird eine Innovation fraglich, noch dazu, weil es durch Investition von Wissenschaft und geistigem Potential möglich ist, derartige Lösungen zu finden, ohne daß wesentlich mehr Kosten entstehen. Erst eine nach-

trägliche Umrüstung vorhandener Anlagen zwecks Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder der ökologischen Parameter oder eine nachträgliche Beseitigung negativer Wirkungen verursacht immense zusätzliche Kosten. Prioritäten müssen aufgestellt werden, wo es um Ausgaben für soziale Zwecke geht. Soziale Wirkungen durch innovativen Wandel dagegen müssen auf eine Optimierung aller verschiedenen sozialen Wirkungen zielen.

Beim Übergang zu einem auf Innovationen beruhenden Typ intensiver Reproduktion muß die soziale Orientierung sozialistischer Wirtschaftseinwicklung insgesamt verstärkt und auf die qualitative Seite orientiert werden.

Die sozialen Ziele müssen ein noch größeres Gewicht bei der Bestimmung der Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft (im produzierenden und nichtproduzierenden Bereich) erhalten und die Art und Weise ihrer Durchsetzung sowie die gesellschaftliche Kontrolle über die sozialen Wirkungen eingeleiteter Entwicklungen müssen wirksamer gemacht werden. Das ist notwendig, weil in der wissenschaftlich-technischen Revolution und den daraus folgenden Weltmarkttendenzen in unserer Volkswirtschaft wachsende Gestaltungsspielräume und -ansprüche für die Entwicklung der Arbeits- und Lebensprozesse, der Produktion und der gesellschaftlichen und individuellen Konsumtion, der Bedürfnisse und der Lebensweise auszufüllen sind. Es geht um die vielen einzelnen Veränderungen der Produkte, damit der Produktions- und Konsumtionsmittel, der Produktions- und Konsumtionsprozesse, die mit wissenschaftlich-technischen Innovationen zwangsläufig eintreten, um die Beherrschung der Richtungen, in die diese Veränderungen gehen, ihre bewußte Gestaltung.

Es besteht die Gefahr, daß dieses Erfordernis, ein flexibel gestaltbares Entwicklungspotential wie die wissenschaftlich-technische Revolution bewußt progressiv auszufüllen, nicht hinreichend erkannt wird. Die Konsequenz wäre, daß sich mehr oder weniger automatisch und unkontrolliert diejenigen sozialen Tendenzen durchsetzen, die direkt aus den nächstliegenden technischen Prämissen oder aus Weltmarkttendenzen folgen. Damit ist aber eine Unterordnung der technischen und ökonomischen Entwicklung unter gewollte soziale Ziele nicht herstellbar. Die sozialen und ökologischen Folgen wären bedrohlich.

Die soziale Bestimmung dieser aus einer Vielzahl von Innovationen resultierenden sozialen Tendenzen kann nicht mehr durch wenige zentrale Grundsatzentscheidungen geleistet werden. Die sachkompetente Selektion verschiedener Varianten, das Fällen abgewogener Entscheidungen und deren kontrollierte Um-

setzung in einer Vielzahl von einzelnen Innovationsprozessen erfordern – bei einer Verstärkung des Gewichts ökologischer und sozialer Komponenten in den Entscheidungsprozessen – ein viel differenzierteres System sozialpolitischer und ökonomischer Gestaltung und Beherrschung von Gesellschaftsentwicklung.

In den *Richtungen der Entwicklung der sozialen Lage* sind Veränderungen sowohl der Prioritäten als auch des Inhalts der einzelnen Bereiche zu erwarten. Bisher waren die Prioritäten: Wohnungsbauprogramm, Preissubventionen für Grundbedarf zwecks Vermeidung starker sozialer Differenzierungen, Einkommenspolitik, Förderung junger Familien mit Kindern, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Förderung der Jugend und Frauen. Perspektivisch werden die grundlegende Verbesserung der ökologischen Situation, der sozialprogressive Wandel der menschlichen Arbeitstätigkeit und des Arbeitszeitregimes, die qualitative Wandlung der Wohn- und Lebensbedingungen, die qualitative Umgestaltung der individuellen und gesellschaftlichen Konsumtion wichtige Komponenten der Sozialpolitik werden müssen.

Angesichts der eskalierenden ökologischen Gefahren, der sehr geringen Zeit, sie global und regional abzuwenden, und der international und europäisch sich bildenden Prioritäten muß die ökologische Reorganisation der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Städte, Gemeinden, Wohngebiete, Haushalte und Konsumtionsweisen an erster Stelle der Sozialpolitik stehen. Eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Zielstellung ist nur erreichbar, wenn es gelingt, diese ökologische Reorganisation mit einer spürbaren Entwicklung der Arbeits- und Lebensqualität zu verbinden. Dies sollte neben spürbarer Abwendung ökologischer und gesundheitlicher Gefahren auch den progressiven qualitativen Wandel der Arbeitsprozesse, der Konsumgüter, der Wohnbedingungen und ähnliches einschließen. Wichtig ist weiterhin, daß alle Programme neben Großprojekten, die von besonderen Betrieben realisiert und von besonderen Organen geführt werden müssen, auch Raum, Unterstützung und Orientierung für eine Vielzahl kleiner, von den Bürgern, Arbeitskollektiven, Hausgemeinschaften, Initiativgruppen selbst realisierbare Projekte einschließt.

Nur so kann massenhaft eine Veränderung des Verhaltens des einzelnen erreicht werden, was positive Wirkungen auf ökologische und ökonomische Belastungen und den Ressourcenverbrauch hätte. Damit können eine aktive Veränderung der Einstellung zur Ökologie und eine breite Akzeptanz evtl. mit hohen

Kosten und Abstrichen in anderen Bereichen verbundener ökologischer Sanierungsvorhaben erreicht werden.

Ein Programm der ökologischen Reorganisation unserer Wirtschaft sollte nicht nur die Sanierung der vorhandenen Belastungen einschließen, sondern auch die Herausbildung gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen, die in Zukunft sichern, daß alle Innovations- und Investitionsvorhaben sowie alle Veränderungen urbaner Strukturen nach dem Stand der Wissenschaft auch langfristig keine ökologischen Gefahren bringen und die Funktionsfähigkeit unserer Ökosysteme erhalten oder unterstützen. Das Programm muß umfassen: ökologische Forschung, Recht und Rechtsprechung, Überwachung, Begutachtung und Zulassung ökologisch relevanter Vorhaben in Wirtschaft, Konsumtion u. a. Bereichen.

In den vorangegangenen vier Fünfjahrplänen war das *Wohnungsbauprogramm* Kern der Sozialpolitik der SED. Dieses Programm wird dem Umfang nach in den kommenden Jahren erfüllt. Dann steht nicht mehr die Erhöhung des Wohnungsbestandes, sondern dessen Reproduktion auf qualitativ höherem Niveau an erster Stelle. Das bedeutet zunächst ökonomisch, daß über die Reproduktion des gegebenen Wohnungsstocks (einschließlich Infrastruktur) dessen qualitative Entwicklung durch Rekonstruktion von Wohnungen, Gebäuden, Wohngebieten und Infrastruktur erfolgt. Das erfordert zunächst, die ökonomischen Instrumentarien der Regulierung der Wohnungswirtschaft und des Wohnungsbaus (einschließlich Rekonstruktion und Reparatur), die Planungs-, Leitungs- und Distributionsprozesse, die Gestaltung der Mieten und Preise und die Struktur der wirtschaftlichen Ressourcen in diesem Bereich umzubilden. Die qualitative Veränderung des Wohnungsstocks und der Infrastruktur muß durch wissenschaftlich-technische Innovationen erfolgen. Daher ist der Aufbau eines wissenschaftlichen Potentials für technisch-technologische, ökologische und soziale Aspekte der Entwicklung der raum-gegenständlichen Lebensbedingungen eine Voraussetzung des Übergangs zur intensiv erweiterten Reproduktion des Wohnungsstocks und der Infrastruktur. In den nächsten Jahren steht ein gesellschaftlicher Entscheidungsprozeß an, der die Richtungen zu bestimmen hat. Dabei ist ein breites Spektrum möglicher Veränderungen der ökologischen Bedingungen, der Verkehrsstrukturen, der Erholungs- und Freizeitgestaltung, der Bildungsmöglichkeiten und anderer Bereiche denkbar.

Hinsichtlich der Gestaltung des *Konsumtionsbereiches* und der sozialen Differenzierungen durch *Einkommenspolitik* und *Preis-Subventionen* stehen ebenfalls Umorientierungen an. Eine Fortschreibung derzeitiger Tendenzen der Einkommensentwicklung (Nettogeldeinnahmen, Einzelhandelsumsatz, Struktur des Warenstroms) würde Wachstumsraten des Nationaleinkommens erfordern, die weder erreichbar noch ökologisch, gesundheitlich und ökonomisch sinnvoll wären, weil sie durch extreme qualitative Verschlechterungen der Lebensbedingungen erkauft werden müßten. Eine Verstärkung sozialprogressiver Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen muß zugleich einhergehen mit einer Verlangsamung quantitativer Zuwächse. Unverzichtbar ist die Durchsetzung des Leistungsprinzips in der Einkommenspolitik, einschließlich negativer Einkommensanktionen bei nichterbrachter Leistung. Eine ausreichend oder gar betont leistungsorientierte Lohngestaltung konnte noch nicht erreicht werden, auch nicht durch die Produktivlöhne.

Bei der Gestaltung der Einkommen und der Konsumtion ist zu differenzieren zwischen den Zuwachsgraten der Durchschnittslöhne bzw. Gehälter verschiedener sozialer Gruppen, dem Zuwachs des Einzelhandelsumsatzes und dem Umsatz einzelner Warengruppen.

1. Eine Steigerung der Nettogeldeinnahmen gemäß den gegenwärtigen Erwartungen (jährlich 4% real) ist nicht realisierbar. Varianten eines Wachstums der Nettogeldeinnahmen unter 3% sind nur unter der Voraussetzung einer restriktiven Einkommenspolitik denkbar. Als Kompensation für geminderte Einkommenszuwächse ist eine über bisherige Maßstäbe hinausgehende Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit denkbar. Diese kann, bei entsprechender Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Organisation und des Arbeitszeitregimes sowie der Lohnformen positive Effekte auf die Arbeitsintensität haben, die evtl. die Verluste dieser Verkürzung weitgehend kompensiert. Zu überlegen wäre auch, wieweit neben Verkürzungen der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit eine differenzierte Veränderung der Lebensarbeitszeit und dabei die schrittweise Aufhebung der Geschlechterungleichheit in Frage kommen. Dabei müssen Akzeptanz und voraussichtliche soziale und ökonomische Wirkungen derartiger Maßnahmen im einzelnen wissenschaftlich untersucht werden. So gibt es Hinweise dafür, daß z. B. in Forschungs- und Entwicklungsbereichen die eigenverantwortliche Organisation des Arbeitszeitregimes einen noch höheren Stellenwert für die Beschäftigten hat und leistungsstimulierend wirken könnte.

2. Es gibt bekanntlich eine bedeutende Differenz zwischen den Nettogeldeinnahmen und dem Warenumsatz, die zu bedeutenden Spareinlagen (Tabelle 6) geführt hat und die die Wirksamkeit der Entlohnung nach der Leistung auch auf längere Sicht erheblich mindern wird. Um diese Differenz zu vermindern und um einen sozial (insbesondere gesundheitlich und ökologisch) wünschenswerten Spielraum für die Veränderung der Struktur der Konsumtion und damit der Käuferpräferenzen und die Wirkung leistungsstimulierender Entlohnung zu bekommen, müssen die Umsätze beim Einzelhandel und den Dienstleistungen schneller steigen als die Nettogeldeinnahmen, muß innerhalb des Einzelhandelsumsatzes der Anteil hochwertiger industrieller Konsumgüter und der Dienstleistungen zunehmen, während Nahrungs- und Genußmittel relativ – und möglichst auch absolut – sinken sollten. Dazu gehört auch, die wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Voraussetzungen für einen Strukturwandel innerhalb der Ernährung zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein *Konsumgüterprogramm* erforderlich, das verbunden werden sollte mit der *ökologischen Reorganisation der Konsumgüterproduktion* und der progressiven Entwicklung der Arbeit in diesem Bereich der Volkswirtschaft.

3. Dieser Strukturwandel im Konsumtionsbereich muß einhergehen mit der Veränderung ökonomischer Regulative, insbesondere der Preis- und Subventionsstruktur. Wesentlich ist, daß Veränderungen der Preise und Subventionen nur im Kontext einer Gesamtstrategie der Entwicklung des Konsumtionsbereiches sinnvoll und positiv sind, nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Eine Reduktion der Subventionen ohne Strategie zur Entwicklung der Konsumtion ist ebenso sinnlos wie der Versuch, qualitative Veränderungen in diesem Bereich ohne Veränderung der Verhaltensregulatoren erreichen zu wollen. Bei der Veränderung der Subventionen und Einzelhandelspreise muß von einer *Umverteilung von Subventionen in Einkommen ausgegangen werden, die dem Realeinkommen zugute kommt*, weil nur dies – und auch nur nach entsprechender Vorbereitung – akzeptabel sein dürfte. Dadurch wäre es möglich, den derzeit leistungsunabhängigen Teil indirekter Einkommen aus den gesellschaftlichen Fonds von rund 33%, der bei Fortschreibung der bisherigen Tendenzen bis zum Jahr 2000 auf knapp 50% ansteigen würde, zugunsten direkter Einkommen zu verringern. Damit würde erstmals die Wirksamkeit des Leistungsprinzips erhöht, und zweitens würde der durch die Individuen selbst zu entscheidende Teil ihrer Ausgaben wachsen, also der Raum für die verantwortliche

Selbstgestaltung der eigenen Entwicklung größer werden. Zugleich wäre auch bei einer realeinkommensneutralen Umgestaltung ein positiver ökonomischer Effekt zu erwarten, weil erhebliche Verschwendungs potentielle abgebaut werden könnten. Berechnungen geben Größenordnungen von mehreren Milliarden Mark an. Dabei ist auch an ökonomische Formen zu denken, die das Sparen für gesellschaftlich und individuell nützliche Ziele fördern, z. B. an Umweltinvestfonds u. ähnliches.

Die Einkommenspolitik und die Gestaltung der Strategien für die Entwicklung der Konsumtion einschließlich der Konsumgüterproduktion und deren Preisgestaltung muß zunehmend Teil einer *komplexen Strategie der Entwicklung der Lebensweise* werden. Auch dabei sind Entwicklungsrichtungen, Prioritäten und Inhalte in einem gesellschaftlichen Auseinandersetzungsprozeß zu bestimmen. Wesentlich für den Bereich der individuellen Konsumtion ist auch hier, den Einfluß der Gesellschaft und ihrer Individuen auf die durch Innovationen in der Konsumgüterindustrie bestimmten Entwicklungsrichtungen zu sichern, die intensiv erweiterte Reproduktion der individuellen Konsumtion somit gesellschaftlich gestaltbarer zu machen. Langfristig kann nur so das Interesse der Individuen an der eigenen Konsumtion in Interesse an der Entwicklung der Wirtschaft und der eigenen Leistung verwandelt werden, kann sich Engagement für die Gestaltung des Sozialismus entwickeln.

Von perspektivisch erheblichem Gewicht für die soziale Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung ist die *progressive Gestaltung der menschlichen Arbeit*, und zwar auch im internationalen Maßstab. Arbeitswissenschaftler weisen nach, daß Interesse an der Arbeit, Kompetenz, Gestaltungsmöglichkeiten, Kooperation und Kommunikation in der Arbeit ganz entscheidende Bedürfnisse sind. Sie werden von einem bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsniveau an ebenso wichtig für die Arbeitszufriedenheit und das Leistungsverhalten wie der Lohn. Mit der Verbreitung wissenschaftlich-technischer Innovationsprozesse in unserer Wirtschaft treten Wandlungen in einer Vielzahl von Produktionsprozessen ein, die die menschliche Arbeitstätigkeit, die Arbeitsinhalte, die Qualifikationsanforderungen, die Kooperation und Kommunikation, die Leitungs- und Unterstellungsstrukturen, das Arbeitszeitregime u. a. zwangsläufig verändern, auch dann, wenn dies nicht bewußt gestaltet wird. Die sich im Selbstlauf einstellenden Folgen – so zeigen die Erfahrungen – sind aber

~~einer negativ. Intensiv erweiterte Reproduktion erfordert die be-~~
~~schaffung von Nutzung und sozialprogressive Gestaltung der sich mit der~~
~~ausbildung von Innovationen ergebenden Möglichkeiten zum~~
~~ausbau gesundheitsschädigender, schwerer, monotoner und ein-~~
~~seitiger Arbeit und die Gestaltung beanspruchungsoptimaler,~~
~~ganzheitlicher Arbeitstätigkeiten, die Felder für die schöpferische~~
~~Mitgestaltung der eigenen Arbeit bieten und so die Entwicklung~~
~~des Interesses an der eigenen Arbeit ermöglichen.~~

Dieses Feld lohnt sich auch ökonomisch. Untersuchungen zeigen, daß durch Leistungszurückhaltung und Nichtauslastung der Arbeitszeit rund 30% der Arbeitsleistungen verloren gehen. Diesen erheblichen Anteil könnte man sukzessive vermindern, wenn es gelänge, durch Gestaltungsraum für die Arbeitenden das Interesse an der Arbeit und der eigenen Leistung zu erhöhen. Dort, wo Innovationen und Investitionen realisiert werden, kann dies ohne wesentliche zusätzliche Arbeitskräfte und Ressourcen mittels Einsatz arbeitswissenschaftlicher und ähnlicher Mittel in Kooperation mit den Beschäftigten geschehen. Arbeitswissenschaftliche Begutachtung und ggf. Gestaltung sollte in diesen Fällen gesetzlich vorgeschriebene Pflicht sein. In Fällen, wo keine technische Erneuerung ansteht, kann oft durch Veränderung der Arbeitsteilung und der Organisation Gestaltungsspielraum für die Arbeiter geschaffen werden. Auch dies erfordert keine Großinvestitionen, bringt ökonomischen Leistungszuwachs und soziale Fortschritt.

Für die Umgestaltung der menschlichen Arbeit und neue Produktions- und Rationalisierungskonzepte müssen in den kommenden Jahren betriebliche und volkswirtschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden, wenn die DDR nicht einen wichtigen internationalen Trend verpassen will. Ein arbeitswissenschaftliches Instrumentarium für die Gestaltung der Arbeit liegt in der DDR auf relativ hohem wissenschaftlichen Niveau vor (TU Dresden). Regelungen, Institutionen und Erfahrungen zur bewußten Gestaltung dieses Bereiches durch interessenbestimmte Auseinandersetzung um Innovationsvarianten und Rationalisierungskonzepte fehlen noch.

Jede Politik der Fortsetzung der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verlangt unter den qualitativ veränderten nationalen und internationalen Bedingungen die Schaffung eines breiten Interessenskonsenses für den notwendigen Wandlungsprozeß. Waren Anfang der siebziger Jahre das Programm rascher Steigerung der Konsumtion, das Wohnungsbaupro-

gramm, die Maßnahmen zur Förderung von Familien und Kindern u. a. die Bedingungen für eine stabile soziale Basis der damals vollzogenen Veränderungen, so bedarf es angesichts der neuen Bedingungen, Bedürfnisse und Werte einer Politik, die neue Interessenübereinstimmungen findet.

Dabei muß neben langfristigen strategischen Orientierungen auch immer eine Lösung für ganz elementare Alltagsfragen gefunden werden. Bereits angesprochen sind die Defizite und Marktlücken im Konsumgütersektor und die damit verbundenen Ärgernisse des Schwarzmarktes. Daneben gibt es aber weitere gravierende Probleme, die nicht unmittelbar zur Sozialpolitik gehören, aber ebenfalls erhebliche Bedeutung für die Akzeptanz der Politik und das Engagement der Bürger für den Sozialismus haben.

Ein solches Problem sind die Reisemöglichkeiten. Den erweiterten Möglichkeiten der Westreisen zu Verwandten stehen die sich teilweise deutlich verschlechternden Bedingungen von Reisen in das sozialistische Ausland gegenüber. Als besonders unangenehm wird das Problem der Valuta empfunden. DDR-Bürger erfahren sich als Touristen 3. Klasse bzw. verfügen bei Westreisen faktisch über kein eigenes Geld. Die Frage einer teilweisen Konvertibilität unserer Währung erhält auch dadurch Gewicht, daß sich ein Prozeß der realen Abwertung der DDR-Mark selbst im Inland vollzieht.

Das hohe Bildungs- und Kulturniveau vieler DDR-Bürger und die ihnen vermittelten sozialistischen Ideale, sowie die oft in verschiedener Weise verzerrten Eindrücke aus westlichen und östlichen Ländern haben zu einer sprunghaften Entwicklung des Informationsbedürfnisses geführt. Es muß ernsthaft konstatiert werden, daß inzwischen wohl die Mehrheit der DDR-Bürger die Berichte unserer Massenmedien nicht als ausreichend wahrheitsgemäße Information über die reale internationale und nationale Problemlage empfindet. Die Konzentration auf die Propagierung von Erfolgen und positiven Beispielen wird weitgehend abgelehnt. Es ist durchaus das Bild eines undemokratischen, wahrhaften und offenen Informationen ausweichenden Sozialismus in der DDR verbreitet, auch bei denen, die sich prinzipiell und aktiv für die sozialistische Gestaltung unserer Gesellschaft einsetzen.

Notwendig scheint – mit Blick auf die Erfahrungen mit Desstabilisierungsprozessen im Verlauf gewandelter Medienpolitik in anderen sozialistischen Ländern – Wege zu beschreiten, die die politisch verantwortungsvolle Ausweitung des öffentlichen Problembewußtseins mit der Festigung des politischen Systems des Sozialismus, mit der Sicherung sozialistischer Machtverhältnisse

und mit dem entsprechenden Tempo der Gangart verbinden. Jede **Weiterentwicklung** unserer Sozialpolitik muß diese und andere, die Menschen heftig bewegenden Alltagsprobleme berücksichtigen und eine überzeugende Perspektive ihrer Lösung formulieren.

4.2. Bewußte gesellschaftliche Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung

4.2.1. Grundlagen

In der sozialistischen Gesellschaft ist die Entwicklung des sachlichen Reichtums und der Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern Mittel der Entwicklung der Subjekte, letztlich der Individuen. Aus diesem Prinzip ergibt sich zwar die Grundrichtung des sozialen Fortschritts im Sozialismus als universelle Entwicklung frei assoziierter Individuen, die Bestimmung der dabei vom je Gegebenen zu machenden Fortschritte ist hingegen nicht durch dieses Ziel vorherbestimmt.

Anders als bei vorwiegend extensiven Prozessen, bei denen sich die einzuschlagenden Richtungen aus der Fortschreibung der gegebenen Struktur der Arbeits- und Lebensprozesse und der Sicherung dieses Wachstums ergeben, müssen Inhalte und Prioritäten der durch Innovationen zu gestaltenden sozialen Wandlungen im Arbeits- und Lebensprozeß im Rahmen objektiver Räume und Invarianzen durch die Subjekte selbst bestimmt werden. Sie hängen von der Interessen- und Bedürfnisveränderung ab und sind zyklisch für die jeweiligen Entwicklungsetappen neu zu entscheiden, zu kontrollieren und zu korrigieren.

Entwicklung findet statt als Selektion und Kombination auf einem Feld vieler Möglichkeiten. Die wirksame Gestaltung dieser Selektionsprozesse ist eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklungsfähigkeit eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Kriterium dafür ist *erstens die Sicherung der Entwicklungsfähigkeit selbst*. Die Realisierung von Innovationen muß die Erhaltung des produktiven materiellen, wissenschaftlichen und kulturellen Vermögens (bei möglicher qualitativer Umbildung) der Gesellschaft sichern, u. a. sind also Produktionsressourcen und natürliche Ökosysteme zu reproduzieren. Dabei ist gesamtgesellschaftlich die intensive Reproduktion dieser Fonds so zu gestalten, daß die Effektivität langfristig steigt. Hinter diesem Rentabilitätskrite-

rium steht die Notwendigkeit, den eigenen Entwicklungsspielraum zu vergrößern. Erhaltung der Fonds und Rentabilität sind vor allem durch die Gestaltung von Wertreproduktion, Fondsverwertung, Geld- und Kreditverhältnissen sowie durch darauf beruhender Rechnungsführung und entsprechende Wirtschaftsbeziehungen zu gewährleisten, wobei diese als Mittel bewußter Gestaltung der Reproduktionsprozesse, nicht als Selbstregulatoren fungieren. Innerhalb des Gesamtfeldes sich erhaltender und rentabler ökonomischer Entwicklung liegt der soziale Gestaltungsspielraum.

Zweitens ist bei der Gestaltung der Entwicklung innerhalb dieses Raums die *soziale Progressivität* vom Standpunkt aller betroffenen Subjekte der sozialistischen Gesellschaft – und im weiteren auch anderer Subjekte der Weltwirtschaft – zu sichern. Die eigene Entwicklung darf nicht gegen und auf Kosten anderer Subjekte verlaufen. Diese Bedingung ist heute existenziell für die Menschheit, es ist aber zugleich die, die aus gesellschaftlichem Eigentum folgt. Diese Bedingung ist durch die Bindung von Entscheidungen an die *Herstellung von Interessenübereinstimmung* zwischen den betroffenen Subjekten zu verwirklichen. Welchen Inhalt progressive Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen, der Ökologie, der Konsumtion und anderer Seiten der sozialen Lage der Subjekte haben werden, ist abhängig von der konkreten Situation und nicht eindeutig objektiv gegeben. Er kann letztlich erst durch den Diskurs zwischen den Subjekten um die Realisierung ihrer Interessen bestimmt werden, einen Diskurs, bei dem die Herstellung von Interessenübereinstimmung – bezüglich konkreter Entwicklungsschritte – auch die Neubestimmung dieser Interessen einschließen muß, also zu bewußter Entwicklung der Interessen und Bedürfnisse führen kann.

Die Bestimmung von durch Innovationen zu gestaltenden Entwicklungsrichtungen bei Sicherung von Produktivität und Progressivität der induzierten Entwicklungstrends ist eine Funktion, die durch die *Wechselwirkung von wirtschaftsregulierenden und politischen Systemen* verwirklicht werden muß. Erstere arbeiten nach dem Prinzip der Erhaltung und Erweiterung ökonomischer Ressourcen, letztere nach dem Prinzip der Realisierung und Entwicklung von sozialen Interessen der Subjekte mittels politischer Entscheidungsprozesse. Ihre Kombination erst macht Entwicklung gestaltbar und gesellschaftlich beherrschbar. Die Umgestaltung des politischen Systems und des Wirtschaftsmechanismus sowie die Abstimmung des Zusammenwirkens von ökonomi-

schen und politischen Reformen sind notwendige Bedingungen der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

Erstens müssen für alle Subjekte – Individuen wie Kollektive und Wirtschaftseinheiten – die Voraussetzungen der Reproduktion und des Wachstums ihrer gegebenen sozialen Lage erkennbar sein. Das ist primär die Funktion eines Wirtschaftsmechanismus, der adäquate Abbilder der tatsächlichen Lage erzeugt. Das bezieht sich auch auf die Grenzen der Erweiterung innerhalb der gegebenen Struktur und Qualität.

Zweitens ist die Erzeugung *potentieller* Innovationen erforderlich, um den möglichen Entwicklungsraum erkennbar zu machen und Varianten bzw. Alternativen zur Veränderung der gegebenen gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse aufzuzeigen. Das ist eine Funktion vor allem der Wissenschaften und kulturer K Kommunikationsformen überhaupt.

Drittens gehört ein gesellschaftlicher Prozeß der Selektion dieser Felder möglicher Entwicklung dazu. Diese Selektion muß einmal auf die Überwindung der Entwicklungsgrenzen der gegebenen Strukturen zielen. Sie hat zum anderen die sozial progressiven Alternativen herauszufinden, d. h. diejenigen, die für alle betroffenen Subjekte Fortschritt bedeuten, ihren Entwicklungsraum erweitern. Dies erfordert eine öffentliche Auseinandersetzung um die Veränderung der gegebenen Arbeits-, Lebens- bzw. Reproduktionsprozesse aller Subjekte. Dabei müssen die verschiedenen Interessenlagen zum Ausdruck kommen, und es müssen solche Veränderungen der Reproduktionsprozesse gesucht werden, die Interessenübereinstimmung ermöglichen und somit konsensfähig sind. Die Formierung des Interesses an der Veränderung des eigenen Reproduktionsprozesses kann nur durch die Auseinandersetzung der Subjekte selbst mit ihren eigenen Existenzbedingungen geschehen. *Es wäre eine Illusion zu meinen, daß Lösungen für den gesellschaftlichen Wandel unter Ausschluß der betroffenen Subjekte zu finden wären und Interesse daran äußerlich formiert werden könnte.* Auch objektive Interessenübereinstimmung an sich ist noch kein Konsens und wirkt nicht als Verhaltensmotiv.

Alle diese Prozesse erfordern entwickelte Kommunikationssysteme.

Kernfrage der Weiterentwicklung der Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft im Hinblick auf die sozial progressive Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolu-

tion ist derzeit die *Entwicklung des politischen Systems* zu einem System demokratischer Interessenauseinandersetzung und Interessenentwicklung der Subjekte der sozialistischen Gesellschaft.

Dazu gehört:

Erstens die politisch organisierte und öffentliche Artikulation der verschiedenen besonderen Interessen²¹;

Zweitens die Regelung der Art und Weise der demokratischen Auseinandersetzung und Konsenssuche sowie die Sicherung der sozialen Progressivität der Entscheidungen;

Drittens die Gestaltung eines wirtschaftsoptimierenden und -lenkenden Systems, das die Initiative der einzelnen Subjekte gestattet und herausfordert, zugleich die Entwicklung auf Kosten bzw. durch Unterordnung anderer Subjekte verhindert und die Einhaltung des gefundenen Konsenses bzw. der Regeln für seine Veränderung sichert.

Wird die Entwicklung nicht als die Durchsetzung eherner, vorherbestimmter Strukturen und Tendenzen begriffen, sondern als Resultat der Auseinandersetzung um jeweils die Fortschritte, die Interessenübereinstimmung aller Subjekte ermöglichen, dann muß auch die Rolle der *Gesellschaftswissenschaften* dabei neu bedacht werden. Offensichtlich wäre es falsch, von ihnen die Vorwegnahme der einzelnen Entwicklungsschritte zu fordern. Wenn Strategien der Gesellschaftsgestaltung durch Auseinandersetzung im politischen System entstehen, ergibt sich daraus für die *Gesellschaftswissenschaften* folgendes:

Erstens haben sie die Funktionsweise bzw. Grenzen und Probleme der je gegebenen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen zu erforschen.

Zweitens müssen sie das Feld objektiv möglicher Entwicklungen erkennbar machen, Varianten und Alternativen und ihre jeweiligen Wirkungen auf die soziale Lage der Subjekte verdeutlichen.

Drittens soll dies in einem öffentlichen Prozeß erfolgen. Gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse müssen allen Subjekten in der Auseinandersetzung zur Artikulation und Begründung von Interessen und Lösungsvarianten zur Verfügung stehen.

Die Rolle der *Gesellschaftswissenschaften* bei der progressiven Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution ist die

eines Mittels für die Kommunikation und Interessenfindung und -auseinandersetzung der Subjekte.

4.2.2. Überlegungen zur Gestaltung der Leitung, Planung und Regulierung der Wirtschaftsentwicklung

Die sozialistischen Kombinate müssen als Zentren der Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts weiterentwickelt werden, ergänzt durch effektive *Wirtschaftseinheiten* anderer Art (Genossenschaft, Handwerk), die für die Entwicklung einer differenzierteren Produktivkraftstruktur und vielseitigen Versorgung besonders im Dienstleistungssektor weitgehend zu fördern sind. Dabei müssen auch Bedingungen geschaffen werden, Forschungs- und Hochtechnologieleistungen spezialisierter Art (z. B. Softwareproduktion) in effektiv wirtschaftenden individuellen oder genossenschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben zu erbringen und in Kooperation mit den Kombinaten für die Entwicklung der Volkswirtschaft nutzbar zu machen.

Für alle *Wirtschaftseinheiten* (Kombinate, Betriebe, Genossenschaften, Handwerks- und andere vergleichbare individuelle Betriebe) sollen *Eigenverantwortung und Eigenerwirtschaftung* der Mittel ihrer Wirtschaftstätigkeit mit der *Gestaltung der Wirtschaftstätigkeit* entsprechend der zu erreichenden sozialen Ziele verbunden werden, d. h. Rentabilität, Leistungsprinzip und soziale Progressivität müssen in der Tätigkeit aller Wirtschaftseinheiten und Kommunen gesamtgesellschaftlich miteinander vermittelt und verbunden werden.

Instrument der Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung muß ein Prozeß der Erarbeitung und Koordination von Plänen der Wirtschaftseinheiten, der Kommunen und der Zentrale sein. Dabei erfordert eine Eigenverantwortung und Eigenfinanzierung auch entsprechende Verteilung der Mittel bzw. Instrumente der Wirtschaftstätigkeit und der Kompetenzen der Planung. Durch eine konzeptionell geschlossene Überarbeitung des entsprechenden Rechts müssen Rechtsstellung, Mittel der Wirtschaftstätigkeit und Entscheidungs- und Planungskompetenzen der einzelnen Wirtschaftssubjekte – Kombinate u. a. Wirtschaftseinheiten, Kommunen, Zentrale – ein aufeinander abgestimmtes System bilden, in dem die Mittel wechselseitiger Koordination und gesellschaftlicher Gestaltung und Kontrolle abgewogen und ausgeglichen sind.

Die Tätigkeit der *Wirtschaftseinheiten* soll auf der Basis der Eigenverantwortung und Eigenerwirtschaftung und der Vertragsbeziehungen zu anderen Wirtschaftssubjekten erfolgen. Aus der Wirtschaftstätigkeit sind die eigenen Fonds zu reproduzieren, Einkommen zu bilden und entsprechend normierte Steuern und Abführungen an den Staat – Zentrale und Kommunen – zu entrichten. Die Gestaltung der Preise zwischen den Wirtschaftseinheiten untereinander sowie mit dem Handel sollte weitgehend über Vereinbarungspreise erfolgen, für die eine staatliche Aufsicht einzurichten ist, die die Einhaltung der Gesetzesvorschriften prüft und unlautere Geschäftsmethoden verhindert.

Für den Außenhandel können Rechte der Wirtschaftssubjekte erweitert werden. Außenhandelsfirmen sollten als Makler im Auftrag der Wirtschaftseinheiten arbeiten. Dafür ist die Regelung der Bedingungen und der staatlichen Aufsicht über den Handel der Wirtschaftseinheiten mit Devisen erforderlich.

Die Finanzierung durch Kredite und die Arbeit der Banken mit den Wirtschaftseinheiten sind in Richtung der Eigenverantwortung und Eigenfinanzierung umzugestalten. Kreditfinanzierung sollte anstelle der Investitionen über den Staatshaushalt einen höheren Stellenwert bekommen, zugleich muß die Funktion der Banken bei der Sicherung rentabler Fondsreproduktion und der Steuerung der Investitionstätigkeit ausgebaut werden.

Die Wirtschaftstätigkeit der *Kommunen* zielt vor allem auf die Gestaltung der Städte und Gemeinden, der Infrastruktur, des Verkehrs, der Wohn- und Lebensbedingungen und der Industrie- und Landwirtschaftsstandorte, auf die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials und die Versorgung. Dafür sind einerseits durch die Wirtschaftseinheiten nach gesetzlichen Regelungen Steuern und Abgaben an die Kommunen zu entrichten, die diese für ihre Wirtschaftstätigkeit ausgeben. Beides bildet den Haushalt, das wichtigste Planungs- und Gestaltungsinstrument der wirtschaftsgestaltenden Tätigkeit der Kommunen. Auf der Basis des Haushalts werden Ausgaben getätigt und Wirtschaftsverträge mit Wirtschaftseinheiten entsprechend kommunaler Aufgaben und Zielen geschlossen.

Ein weiteres kommunales Gestaltungsmittel ist die gesetzlich geregelte Aufsicht, Kontrolle und Genehmigung wirtschaftlicher Tätigkeit unter kommunalen Gesichtspunkten (Sicherheit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Ökologie, Verkehr, Standortverteilung und Flächennutzung, Arbeitskräftepotentiale etc.). Derartige administrative Rechte und Pflichten der Kommunen

sind mit den entsprechenden zentralen Rechten und Pflichten so abzustimmen, daß ein funktionsfähiges Netz staatlicher Kontrolle und Aufsicht entsteht, das durch entsprechende Pflichten zur Öffentlichkeit, durch gerichtliche Einspruchsrechte, durch Prüfverfahren und durch Kontrollrechte der Volksvertretungen ergänzt wird. Das gesamte System ist so umzubauen, daß es zu effektiver gesellschaftlicher Kontrolle innovativer Wirtschaftsentwicklung fähig ist, ohne den Wirtschaftssubjekten die Eigenverantwortung zu entziehen. In diesem Netz ist insbesondere die Kontrolle, Beauftragung und Genehmigung ökologisch relevanter Wirtschaftstätigkeit ausbaudürftig.

Mittel *zentraler Wirtschaftstätigkeit* sind zunächst die Gestaltung gesetzlicher Bestimmungen für die Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten und Kommunen selbst. Diese betreffen die Rechtsstellung, die Mittel der Tätigkeit aller Wirtschaftssubjekte und gegebenenfalls die zentrale staatliche Aufsicht darüber, sowie die Rechte und Pflichten bei der Aufstellung und Koordinierung von Plänen der eigenen Wirtschaftstätigkeit (Vgl. die entsprechenden Punkte zu den Kommunen).

Die gesetzlich geregelte, verbindliche Festlegung von Steuern und Abgaben aller Wirtschaftssubjekte an den zentralen Haushalt und entsprechende Ausgaben sind Instrument zentraler Wirtschaftstätigkeit. Die Ausgaben des Staates sowie dazu geschlossene Wirtschaftsverträge sind das Gestaltungsmittel der haushaltsfinanzierten Bereiche wie Wissenschaft, Bildung, Verkehr, Gesundheits- und Sozialwesen, Verteidigung, Ordnung und Sicherheit. Diese zentrale Wirtschaftstätigkeit muß auf die ökologisch und sozial zielgerichtete Umgestaltung dieser Betriebe durch Innovationsprozesse orientiert werden.

Darüber hinaus sollten folgende Mittel direkter und indirekter wirtschaftsleitender Wirkung der Zentrale auf die Wirtschaftseinheiten angewendet und geregelt werden:

Die Förderung von *Forschung und Entwicklung (Innovationsförderung)* als Instrument direkter Wirtschaftssteuerung durch die Zentrale muß wesentlich ausgebaut werden. Mit diesem Instrument sind Hauptrichtungen sozial und ökologisch progressiver Gestaltung der Produktivkraftentwicklung zu steuern. In begrenztem Maße sollten solche Mittel auch den Kommunen für die wissenschaftliche Analyse und innovative Lösung kommunaler Entwicklung zur Verfügung stehen.

Dies ist zu verbinden mit der *Investitionssteuerung* durch

die Zentrale. Innovations- und Investitionssteuerung muß unterschieden werden in haushaltsfinanzierte Projekte, bei denen zentrale Staatsorgane als Initiatoren auftreten, die in einer gesetzlich zu regelnden Weise zur Gründung eines neuen Wirtschaftssubjekts führen können und in direkte (Zuschüsse) bzw. indirekte (Subventionen, insbesondere Kreditsubventionierung). Innovations- und Investitionsförderung, bei denen Wirtschaftseinheiten als Initiatoren auftreten und für die Beantragungs- und Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Erforderlich dürfte auch in Zukunft die *zentrale Bewirtschaftung strategischer Ressourcen* bleiben. Bilanzierung, Verteilung und Wirtschaftsverträge zur Reproduktion solcher Ressourcen, die Schlüsselpositionen der Wirtschaftsentwicklung betreffen, sollten perspektivisch auf das erforderliche Minimum begrenzt werden. *Indirekte Steuerungsinstrumentarien*, die die Rahmenbedingungen der Tätigkeit aller Wirtschaftssubjekte betreffen, insbesondere Kreditpolitik, Geldmengenregulierung und Wechselkursregulierung der Staatsbank in Einheit mit anderen zentralen wirtschaftsleitenden Organen, werden an Bedeutung gewinnen. Hier liegen bisher kaum hinreichende Erfahrungen vor, daher ist schneller Fortschritt in der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Problematik gefordert.

Die dargestellten Mittel der Wirtschaftstätigkeit der Wirtschaftseinheiten (Kombinate, Betriebe etc.), der Kommunen und der Zentrale müssen zu einer abgewogenen Verteilung der Kompetenzen führen, die Initiative, Eigenverantwortung und Gestaltungsspielraum auf jeder Ebene sichert. Sie müssen den Eingriff in die Kompetenz der anderen Ebene ausschließen, aber zugleich die Koordination der laufenden Wirtschaftstätigkeit ermöglichen und fordern.

Die *Planung* und Planungskompetenz muß sich auf die jeweils spezifischen Mittel der Wirtschaftstätigkeit jedes dieser Subjekte beziehen. Jedes Subjekt (Wirtschaftseinheit, Kommune und Zentrale) muß für seine Mittel auch die Planungskompetenz besitzen, die durch gesetzlich geregelte staatliche oder gesellschaftliche Aufsicht ergänzt werden kann, wenn die Art und Weise der Realisierung der Wirtschaftstätigkeit direkt grundlegende allgemeine Interessen tangiert. Die Koordinierung der Pläne kann nicht nach dem Prinzip der Synthesierung und Abstimmung aller Einzelheiten erfolgen – so daß alle Pläne als Teile eines riesigen Gesamtplanes und alle Wirtschaftseinheiten nur als Teile einer riesigen Wirtschaftseinheit zu denken wären.

Diese Vorstellung eines im Detail bilanzierten Gesamtplanes ist nur bei wenig komplexen Reproduktionsprozessen denkbar, wenn keine Innovationen und kein Strukturwandel zu antizipieren sind. Dies wäre aber unsinnig für eine moderne und innovative Wirtschaft, in der stochastische Zusammenhänge überwiegen. (Nur einfache Reproduktion läßt sich in eindeutigen Wechselwirkungen modellieren.) Hier würde der Planungsaufwand für eine Verflechtung der Bilanzen aller einzelnen Wirtschaftssubjekte untragbar ansteigen, und die innovative Wirtschaftstätigkeit müßte entweder verboten werden – oder die dadurch entstehenden Unschärfen und erforderlichen Korrekturen würden größer als die Planungsgrößen. Plannäßige Gestaltung von innovativer Wirtschaftsentwicklung funktioniert nur, wenn alle Subjekte über eine Reserve, freie Produktionskapazitäten und -ressourcen verfügen. Dabei kann man davon ausgehen, daß diese Reserven kleiner sind als die Verluste, die entstehen, wenn man innovative Wirtschaftsentwicklung im Detail bilanzieren will.

Pläne müssen eigenverantwortlich von allen Wirtschaftssubjekten (den Grundeinheiten, den Kommunen und der Zentrale) für die Anwendung ihrer spezifischen Mittel der Wirtschaftstätigkeit aufgestellt werden. Gleichzeitig muß ein Koordinierungsprozeß zwischen diesen Ebenen ablaufen, der die Grundrichtungen und jeweils wechselseitigen Bezüge umfaßt.

Kern der Gestaltung sozial progressiver Tendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des wirtschaftlichen Wachstums im Sozialismus ist die *bewußte gesellschaftliche Gestaltung der Innovationsprozesse*. Die Planung muß daher drei zusammenhängende und auseinander hervorgehende Strategiebildungsumfassen:

1. *Innovationsstrategien* (dabei eingeschlossen die Nutzung und Schaffung wissenschaftlicher Potentiale und die beabsichtigten bzw. induzierten qualitativen Veränderungen der Arbeits- und Lebensprozesse, der Ökologie, der Konsumtion u. ä.);

2. *Fondsreproduktions- und Investitionsstrategien* (eingeschlossen die induzierten Strukturveränderungen, Nutzung und Schaffung entsprechender Investitionsfonds, Ressourcen, Arbeitskräftepotentiale – inkl. Ausbildung, Umschulung, Weiterbildung – und territoriale Strukturveränderungen);

3. *Marktstrategien* – mit denen Innovations- und Investitionsentscheidungen erst Wirklichkeit werden (eingeschlossen die Analyse vorhandener Bedürfnisse und Strategien zur Verän-

derung der Bedürfnisse, Analyse der Warenbilanzen und der Möglichkeiten zur Entwicklung des Marktes).

Soziale und ökologische Wirkungen sind Resultate der praktischen Reproduktionsprozesse, entsprechende Ziele müssen daher im Prinzip den Innovations-, Fondsreproduktions- und Marktstrategien *immanent* sein. Besondere Pläne für soziale und ökologische Zielsetzungen können daher nur eine ergänzende Funktion haben.

Derartige Strategien müssen von allen wichtigen und an Innovationen mitwirkenden Wirtschaftseinheiten (Kombinate, Betriebe, landwirtschaftliche und handwerkliche Verbände und vergleichbare Einrichtungen) aufgestellt werden.

In die *Pläne der Wirtschaftseinheiten* gehen die jeweils gesamtgesellschaftlich beschlossenen Grundrichtungen, die von den Kommunen oder der Zentrale gesetzten Normative für Ablführungen und Steuerung, die bewilligte oder geplante Förderung aus zentralen oder kommunalen Fonds, die zentral gesetzten Rahmenbedingungen, sowie die in den Wirtschaftsverträgen geschlossenen Vereinbarungen ein. Sie bilden neben der indikativen Abstimmung von Grundrichtungen der Entwicklung den verbindlichen Teil der Koordinierung der Pläne der Zentrale, der Kommunen und der Wirtschaftseinheiten untereinander.

Die *Planung der Kommunen* umfaßt die indikative Planung der Grundrichtungen ihrer Bereiche, den verbindlichen Haushalt und die damit verbundenen verbindlichen Pläne der einzelnen Bereiche bzw. die dazu geschlossenen Wirtschaftsverträge.

Die *zentrale Planung* muß die *Grundrichtung* der Entwicklung der Produktivkräfte und des wirtschaftlichen Wachstums und der dabei jeweils zu erreichenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Effekte umfassen. Dabei muß die Planung inhaltlicher Grundrichtungen bestimmd gegenüber der Planung von Wachstumsraten oder Ressourcenbilanzen sein. Die Planung derartiger Grundrichtungen hat zunächst *indikativen Charakter*.

Verbindlich ist der mit dem Haushalt verbundene *Plan von zentral zu gründenden, zu finanziierenden oder zu fördernden Innovations- und Investitionsvorhaben* der Wirtschaftseinheiten oder staatlicher Einrichtungen.

Verbindlich ist ebenfalls die *Planung der Steuern und Ablführungen*. Bestimmte wirtschaftliche Rahmenbedingungen sollten verbindlich, andere indikativ geplant werden, um Handlungsspielraum für die Regulierung laufender Wirtschaftstätigkeit zu

haben. (Preise zentral bewirtschafteter Ressourcen, Zinsen für bestimmte Kreditarten, Geldumlauf, Wechselkurse.)

Neue Überlegungen sind für die Art und Weise der *Aufstellung der Pläne* und der *gesellschaftlichen Kontrolle* und Rechenschaftslegung anzustellen. Hierbei geht es nicht allein um die Koordinierungsleistung zwischen zentralen, kommunalen und einzelnen Wirtschaftssubjekten, sondern um ihr Verhältnis zu den sozialen Interessengruppen, um die Bindung der verschiedenen staatlichen, genossenschaftlichen und individuellen Wirtschaftseinheiten, der kommunalen und zentralen Wirtschaftssubjekte an die Gesellschaft und ihre Individuen. Wie diese Bindung funktionieren soll und wie man sie ausgestalten soll, ist eine der Hauptfragen zur Weiterentwicklung des politischen Systems und der Wirtschaftsgestaltung (vgl. oben Abschnitt 4.2.1.).

Nicht nur die gesamtgesellschaftlichen oder die Strategien der Kommunen, sondern auch die der Wirtschaftseinheiten, insbesondere der Kombinate und Betriebe, sollen keine bornierten Sonderinteressen ausdrücken, sondern Synthese einzelner sozialer Interessengruppen vom Standpunkt eines jeweils besonderen wirtschaftlichen und sozialen Organismus sein. Dies kann nicht allein durch die zentrale Planung vermittelt werden, dafür sind auch in den Wirtschaftseinheiten Strategiebildungsprozesse als Resultat der Auseinandersetzung und Konsensbildung verschiedener Interessenvertretungen erforderlich.

Für die Wirtschaftseinheiten und vergleichbare kollektive Subjekte sind dabei insbesondere die Interessen der Arbeiter (Gewerkschaft) und der Anwender (Betriebsvereinigungen, Handel, Konsumentenorganisationen), aber auch übergeordnete Interessen an der Reproduktion und Erweiterung gesellschaftlicher Fonds (Bank, Staat), an der Ökologie (gesellschaftliche Organisationen und staatliche Organe), an territorialen Belangen (kommunale Organe) bei der Strategiebildung zu synthetisieren und mit dem Erfordernis der Erhaltung und Entwicklung des Wirtschaftsorganismus selbst zu verbinden.

Für diese gesellschaftliche Interessenauseinandersetzung, Konsensbildung und Strategiebildung sind in den kommenden Jahren die institutionellen und rechtlichen Lösungen zu schaffen. Eine denkbare Variante ist, *gesellschaftliche Räte der Wirtschaftseinheiten* zu schaffen, in die alle von der Arbeit der Wirtschaftseinheit betroffenen Interessenvertretungen einbezogen sind. Diese Räte wären auf gesetzlich zu regelnde Weise in den staatlichen

Entscheidungsprozeß – insbesondere in die Strategieentscheidungen – einzubeziehen, mit entsprechenden Kontrollrechten auszustatten und hätten die staatliche Betriebsleitung zu beaufsichtigen. Sie könnten die erforderliche Interessenssynthese vermitteln. Dafür gibt es in verschiedenen Ländern Vorbilder, z. B. den Rat der Arbeitskollektive in der SU. Dabei wird der Interessendialog allerdings nur zwischen Betriebsleitung und Arbeitern bzw. deren Organisation geführt, andere wichtige Interessengruppen fehlen, z. B. Verbraucher, Anwender der Produkte, Kommune, Ökologieorganisation, Bank u. ä. Es ist zu überlegen, wie ein Strategiebildungs- und Aufsichtsorgan funktionieren könnte, in dem alle wichtigen Interessenbereiche vertreten sind. Dazu gehört auch, die Art und Weise der Arbeit dieses Rates, seinem rechtlichen Status, die Art und Weise seiner Bildung, sein Zusammenwirken mit der Betriebsleitung usw. zu bedenken und zu diskutieren.

Eine weitere Frage ist die Bildung entsprechender Organe auf kommunaler und zentraler Ebene. Eine denkbare Variante wäre, die vorhandenen Volksvertretungen als entsprechende Entscheidungsträger vorzusehen, wie es derzeit bei Planungsentwicklungen Recht ist. Die Austragung von Interessendialogen zwischen jeweils besonderen Interessenorganisationen direkt in den parlamentarischen Gremien hat aber auch Nachteile, u. a. weil es hier um die Konsensbildung zwischen verschiedenen Interessenorganisationen geht. Denkbar wäre auch das Modell von Wirtschafts- und Sozialräten bei den Volksvertretungen, die nach dem Prinzip von Räten verschiedener Interessenverbände zusammengesetzt sind. Auch hier sind rechtliche und institutionelle Voraussetzungen in den kommenden Jahren zu diskutieren und zu schaffen.

4.3. Überlegungen zur Um- bzw. Neugestaltung des politischen Systems

Insgesamt ist als Grundtendenz im Erneuerungsprozeß des Sozialismus eine deutliche Aufwertung des Stellenwertes der politischen Reformen zu konstatieren. Der Erfolg wirtschaftlicher Reformen, das wird immer offensichtlicher, hängt augenscheinlich von ihnen begleitenden politischen Reformen ab. Der Verweis auf die CSSR und die DDR, die sich bisher, verglichen mit der VRP, der UVR, der SU und Jugoslawien, in den 80er Jahren mit Reformen auf politischem Gebiet sehr zurückgehalten haben und zu-

gleich die wirtschaftlich erfolgreichsten Länder sind, soll meist das Gegenteil beweisen. Das läßt aber den historischen Vorsprung, den diese Länder hatten und damit die Möglichkeit, gesellschaftliche Krisen mit höheren Konsumraten zu vermeiden, außer acht. Genauso muß konstatiert werden, daß es keinen Automatismus des gegenseitigen Vorantreibens von ökonomischen und politischen Reformen gibt, daß politische Reformen auch eigenständige Bedeutung haben, die nicht auf die ökonomische Wirksamkeit reduziert werden kann. Die internationalen Entwicklungen belegen, daß radikale politische Reformen zum Modellwechsel des Sozialismus gehören.

Ausgelöst wird dies durch folgende Prozesse:

– Der gesellschaftliche Fortschritt in einer modernen Gesellschaft erfordert massenhafte Verhaltensänderungen, deren Tendenz darin liegt, die Selbständigkeit und die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen deutlich zu erweitern. Um die dazu nötigen Triebkräfte freizusetzen, ist es erforderlich, mit politisch-rechtlichen Mitteln die Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der gesellschaftlichen Subjekte zu erweitern und zu schützen. Die realen Möglichkeiten der Subjekte, den politischen Entscheidungsprozeß zu beeinflussen, sind dabei wesentlich für die Motivation und die Identifikation mit den gesellschaftlichen Zielstellungen. Neben der Erweiterung des realen Einflusses auf die Inhalte der für die ganze Gesellschaft verbindlichen Entscheidungen gehört zur Demokratieentwicklung aber auch im gleichen Maße die Erweiterung des autonomen Entscheidungs- und Handlungsspielraums der gesellschaftlichen Subjekte.

– Die Verlagerung der Schwerpunkte des Systemwettstreites – weg von der militärischen Stärke, hin zu wirtschaftlicher Leistungskraft und demokratischer Attraktivität des politischen Systems – zwingen die sozialistischen Länder, sich dem Systemwettstreit auch auf dem Gebiet der Entwicklung des politischen Überbaus zu stellen. Die Maßstäbe dieses Systemvergleichs werden dabei nicht aus der Logik des jeweiligen Systems gewonnen, sondern aus den demokratischen Bedürfnissen der Massen, die ihren Ausgangspunkt im Individuum und dessen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung haben.

– Im Massenbewußtsein wird der tatsächliche gesellschaftliche Fortschritt, vor allem die ökonomische Situation, als Beleg für die Leistungsfähigkeit des politischen Systems gewertet. Allmachts- und Ohnmachtvorstellungen darüber, wie Politik gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen kann, gehen dabei

Hand in Hand. Das wird unterstützt durch das von den Medien verbreitete Politikbild, was einerseits Erfolge oft direkt auf das Wirken der führenden Partei und ihrer Repräsentanten zurückführt und andererseits große und wichtige Politikbereiche tabuisiert. Die sich z. B. exemplarisch in der VRP entwickelnden tiefen Vertrauenskrisen zwischen Volk und politischer Führung zeigten, daß auch im Sozialismus auf Krisen mit politischen Forderungen von den Massen reagiert wird. Die dramatischen Abläufe der polnischen Ereignisse belegen, daß die von diesen Forderungen ausgehende Kraft sich im Krisenverlauf potenziert. Eine reale Chance zur Ausschöpfung der politischen Möglichkeiten zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme hatte dabei keine der widerstreitenden Seiten. Im traditionell konstruierten politischen System fehlten die Möglichkeiten der friedlichen, konstruktiven Konfliktbewältigung. Die dann schrittweise durchgeföhrten Veränderungen brachten keine entscheidende Wende bei der Herbeiführung eines gesellschaftlichen Konsenses, der die Opposition in die politische Mitverantwortung nahm.

Die Abläufe politischer Reformprozesse zeigen folgendes:

– Unabhängig davon, ob die politischen Reformen von oben (wie in der SU) eingeleitet wurden oder von unten als Reaktion auf Gesellschaftskrisen (wie in der VRP) begannen, entfalten sie sehr bald eine Eigendynamik. Ausgearbeitete politische Reformstrategien lagen bei Beginn der Umgestaltungsprozesse nicht vor bzw. konnten auch im Verlauf der Reformprozesse nicht komplett erarbeitet werden. Eine Begrenzung auf ausgewählte Teile des Überbaus erwies sich als unmöglich. Wegen des Systemcharakters des politischen Überbaus werden alle Bestandteile erfaßt, besonders stark die bisher dominierenden Teile Partei und Staat.

– Im Verlauf der Reformen wurde regelmäßig entdeckt, daß man die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie als Teil des zivilisatorischen Fortschritts bisher zu wenig geachtet hatte, und man begann die Diskussion um die inhaltlichen Veränderungen mit einer Neubewertung des Erbes und der gegenwärtigen Leistungen bürgerlich-demokratischer Institutionen. Typisch dafür ist die Aufnahme des Rechtsstaatsgedankens, einschließlich der darin einbegriffenen Gewaltenteilungslehre oder die Diskussion um den politischen Pluralismus. Die dabei nicht zuletzt in der SU zu beobachtende Euphorie läßt immer die Frage stellen, wie im Umgestaltungsprozeß die spezifisch sozialistische Qualität gewahrt werden kann.

– Alle Länder, die einen längeren Prozeß politischer Refor-

men durchlaufen haben, diskutieren die Deformationen des politischen Überbaus durch den Stalinismus. Die Suche nach den neuen Strukturen des politischen Überbaus wird verbunden mit den Bemühungen um die Überwindung der stalinistischen Deformationen. Durch die Reduzierung des politischen Systems auf ein «bürokratisch-administratives Weisungssystem» bzw. auf eine «Kommandowirtschaft» während des Stalinismus kreisen diese Diskussionen besonders stark um das Bürokratie- und Gesetzlichkeitsproblem. Es zeigt sich, daß durch die Logik des Modellwechsels gerade die politischen Grundpfeiler, wie die führende Rolle der Partei, der demokratische Zentralismus und das Bündnis der Arbeiterklasse mit allen Werktagen, der inhaltlichen Erneuerung bedürfen.

– Bisher waren alle politischen Reformprozesse mit politischer Destabilisierung verbunden. Die sich jahrzehntelang angesauten Probleme entladen sich meist eruptiv. Der Mangel an politischer Kultur und an Instrumentarien zur Konfliktbewältigung wirkt sich dabei aus. Die geringe Entwicklung der Wissenschaft von der Politik, einschließlich der politischen Soziologie tun ein übriges.

– Wegen der grundsätzlich nur als Kompromiß möglichen politischen Entscheidungen, die zwischen den bisherigen Vertretern der Macht und den die Reform vorantreibenden Kräften getroffen werden, bleiben die Reformschritte fast immer hinter den vorhandenen Reformkonzepten zurück bzw. kommen zu spät. Erst durch den Wechsel von Personen in Machtpositionen wurden radikalere Lösungen jeweils möglich. Verantwortlichkeiten für Bisheriges werden heftig diskutiert. Die Kultur von Wahl und Abwahl von Personen in Machtpositionen hat dabei sichtbar gewonnen. Erst in dem Moment, wo die Abwahl aus einer politischen Funktion zum Alltag gehört, ist anscheinend der Rubikon auf dem Weg zu einer modernen politischen Kultur überschritten.

– Bei den wechselvollen Abläufen politischer Reformprozesse gerieten die regierenden kommunistischen und Arbeiterparteien nicht nur unter den Druck im Inneren, sondern wegen der nichtgelösten ökonomischen Probleme konnten auch die kapitalistischen Weltmächte ihren Einfluß auf den Inhalt der politischen Reformen geltend machen. Die Beispiele der VRP und der UVR zeigen, wie der drohende Verlust der internationalen Zahlungsfähigkeit auch den politischen Entscheidungsspielraum verengte. Die in diesem Zusammenhang für die DDR denkbaren Probleme werden durch die Eigenart der Beziehungen zur BRD noch zusätzlich kompliziert.

Dies wissend und bedenkend, daß vieles davon unvermeidlich ist, muß man dennoch feststellen, daß es keine Alternative zu politischen Reformen gibt. Aufrufe, das bestehende politische Institutionsgefüge nur besser zu nutzen, erkennen, daß z. B. das bisherige Versagen von demokratischen Mitwirkungsformen Ursachen hat, die auch in der Konstruktion des politischen Gesamtgefüges liegen. Will man aus den bisherigen Abläufen politischer Reformprozesse in anderen Ländern lernen, ergibt sich u. a. folgendes:

– Zögernde und abwartende Haltungen öffnen spontanen, wenn nicht gar blutigen Auseinandersetzungen den Weg.

– Je grundsätzlicher die politischen Reformen angegangen werden, um so schneller ist man in der Lage, das Ausmaß des gesellschaftlichen Konfliktpotentials zu erkennen und Instrumentarien der Konfliktbewältigung zu schaffen.

Das Ziel des politischen Reformprozesses muß sein, einen gesellschaftlichen Konsens zur Lösung der Probleme im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu schaffen. Das kann nur durch die Mitverantwortung der Mehrheit geschehen. Diese aber stellt sich erst durch die politische Mitentscheidung her. Mehrheitsentscheidungen legitimieren Machtausübung. *Es muß ein selbstlernendes politisches System geschaffen werden, das in der Lage ist, die fortgeschrittenen menschlichen Erfahrungen und Erkenntnisse aufzunehmen und alle wesentlichen Gruppen der Gesellschaft zu integrieren.*

Für die DDR ist dazu auch die außenpolitische Absicherung ihrer vollen Souveränität gegenüber der BRD notwendig, weil nur so im Inneren der Streit bis zu Ende ausgetragen werden kann und jede Seite erst dann auf sich und die eigene Gesellschaft verwiesen ist. Die BRD-Politik der Obhutspflicht gegenüber DDR-Staatsbürgern ist eine völkerrechtswidrige Politik der Stärke. Dies kann nicht allein durch die DDR unterbunden werden. Der politische Reformprozeß ist deshalb stärker als in anderen Staaten von den Ergebnissen der internationalen Diskussionen zur europäischen Nachkriegsordnung und der Zukunft des gemeinsamen europäischen Hauses abhängig. Für den politischen Reformprozeß in der DDR bedeutet dies, auch erneut über die nationale Frage öffentlich nachzudenken und die Konsequenzen für die militärischen und wirtschaftlichen Bündnissysteme zu sehen.

Im folgenden wollen wir – ausgehend von den internationalen Erfahrungen – auf der Ebene des politischen Systems, des Staates und des Rechts, die uns am bedeutsamsten erscheinenden Reformen vorstellen.

Das politische System sozialistischer Gesellschaften wird gegenwärtig durch das Verhältnis der drei größten Organisationen – führende Partei, Staat und Gewerkschaften – geprägt. Will man das gegebene politische System demokratisieren, d. h. seine Fähigkeiten verbessern, die in der Gesellschaft vorhandenen Interessen aufzunehmen, ist es notwendig, die grundlegenden Strukturen dieses Systems zu verändern. Je radikaler und seriöser dieser Ansatz ist, desto mehr nähert er sich dem Zentrum des politischen Systems, vor allem dem *Verhältnis von Partei und Staat*. Alle Diskussionen um neue politische Organisationsformen setzen voraus, daß der bisherige Funktionsmechanismus des bestehenden politischen Mechanismus durchbrochen wird.

Die internationale Diskussion zeigt, daß man dazu das Verhältnis von Partei und Staat und damit die Praxis der Ausübung der führenden Rolle der Partei verändern muß. In der Stalin-Zeit sind in diesem Verhältnis tiefe Deformationen eingetreten. Diese bestehen in der Herausbildung eines durchgängig administrativen Weisungssystems, im Glauben an die universelle Effektivität straffer Zentralisierung und in der vorrangigen Methode des Verbots als Leitungsmittel. In der wissenschaftlichen Diskussion hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß jene Deformationen, wenn auch abgeschwächt und von Land zu Land unterschiedlich stark ausgeprägt, bis heute nachwirken. Die Gefahren, die von einem administrativen Weisungssystem ausgehen, sind für die Partei größer als für den Staat. Administration und Weisung sind in allen Gesellschaften Sache des Staates. Geht die Partei zu einem solchen System über, verstaatlicht sie bzw. wird sie, wie es die bulgarische Partei ausdrückt, zum Staat im Staate mit einer Superkompetenz. Sie nimmt zum einen den staatlichen Entscheidungsträgern die Verantwortung ab, zum anderen doubliert sie den Staatsapparat. Darüber geht ihre Spezifik als Partei verloren. Natürlich muß die Partei, will sie in der Gesellschaft führen, nicht zuletzt den staatlichen Entscheidungsprozeß beeinflussen. Diese Fähigkeit darf aber nicht durch ein Verschmelzen mit dem Staatsapparat, sondern muß durch aktiven Einfluß auf die Öffentlichkeit und den staatlichen Willensbildungsprozeß erworben werden. Es ist Sache der Partei, in einem offenen Dialog gleichberechtigter Partner um die Hegemonie des eigenen Programms und damit um die Mehrheit zu ringen. In der internationalen Debatte wird dies unter dem Stichwort Trennung von Partei und Staat bzw. Gewaltenteilung zwischen Partei und Staat diskutiert. Die UdSSR hat mit der Verfassungsänderung vom Dezember 1988 ein starkes Moment der Kontrolle der Partei durch den

Kongress der Volksdeputierten verankert. Die Partei ist durch diesen Mechanismus nunmehr mit ihren politischen Aktivitäten auf die Volksvertretung orientiert.

Erst wenn diese Schritte gegangen werden, bekommt die Diskussion um den «sozialistischen Pluralismus» ihren Sinn, weil nun das politische System wirklich aufnahemäßig wird für neue und andere Interessen und zugleich auch die Fähigkeit erwirbt, diese bei Entscheidungsprozessen zu verarbeiten. Dabei geht es generell um die Frage, wie die differenzierten und widersprüchlichen Interessen in der Gesellschaft im politischen System artikuliert werden, wie sie auf den staatlichen Entscheidungsprozeß einwirken und wie der für die politische Stabilität notwendige gesellschaftliche Konsens hergestellt wird. Neu ist, daß grundsätzlich über die Rechtsstellung der politischen Kräfte nachgedacht wird. In der UVR, der VRP und der UdSSR sind dazu neue gesetzliche Grundlagen für politische Vereinigungen geschaffen worden. Die UVR kündigt darüber hinaus ein Parteiengesetz an. Alle Länder versuchen praktisch, im Rechtsetzungsprozeß und darüber hinaus, stärker das Referendum zu nutzen. Besondere Bedeutung hat in diesem Kontext auch die Erweiterung bzw. Verbesserung des Durchsetzungsmechanismus der klassischen politischen Grundrechte (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Meinungs- und Gewissensfreiheit). Darüber hinaus gibt es in mehreren Ländern das Bemühen, Rechtsgrundlagen und Rechtsschutzmechanismen für die öffentliche Meinung zu schaffen. Konkrete Gesetzgebungsprojekte zur Regelung der Stellung der Massenmedien und der Wissenschaft werden im Moment jedoch nur in der UVR und der UdSSR diskutiert. Man kann deutlich einen Zusammenhang zwischen der Pluralisierung des politischen Systems und der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit konstatieren. Mit dem Auftreten neuer politischer Gruppierungen entsteht bereits bei der Zulassung jeweils die Frage nach den allgemeinen Rechtsgrundlagen politischer Organisationen. Verfassungsbinding und Verfassungsfeindlichkeit müssen rechtlich qualifiziert werden und in einem rechtlich geregelten Verfahren festgestellt werden können.

Mit der Schaffung von Rechtsgrundlagen für den politischen Prozeß entsteht die Situation, daß die Subjekte dieses Prozesses selbständig darüber entscheiden können, ob und wie sie ihre politischen Rechte wahrnehmen. Die Lebensfähigkeit von politischen Organisationen wird so durch die politische Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder entschieden. Die Gesellschaft und der Staat gewährleisten auf diese Weise ihre Autonomie und

unternehmen nicht den Versuch, per staatlichen Entscheid neue Organisationen zu konstituieren. Auf diese Weise trennt das Recht die politisch organisierte Gesellschaft vom Staat.

Der *Staat* ist in jeder interessendifferenzierten Gesellschaft der Träger der Souveränität im Inneren wie nach außen. Auch eine politisch sehr differenziert organisierte Gesellschaft muß, will sie handlungsfähig bleiben und sich nicht in widerstreitenden Interessen verzehren, die Macht des Staates, verbindliche Entscheidungen für alle Gesellschaftsmitglieder treffen zu können, gewährleisten. Verfassungs- und Gesetzgebungsverfahren sind dabei die wichtigsten Entscheidungsprozeduren des Staates. Auf ihrer Grundlage müssen Rechtssetzung, Rechtsverwirklichung und Rechtsanwendung basieren. Bei allen Versuchen, das Rechtssetzungsverfahren neu zu ordnen, geht es deshalb darum, Kriterien festzulegen, die diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen, die nur durch Gesetz geregelt werden können. Dahinter steht generell das Bemühen, die Rolle der *Volksvertretungen* zu erhöhen, sie tatsächlich zu den machtvollkommensten und obersten Staatsorganen, die sie auch nach der bisherigen Verfassungsordnung sein sollen, zu machen. Gegenwärtig leidet ihre Machtvollkommenheit unter der von der Partei praktizierten Machtausübung und der Dominanz der staatlichen Exekutivorgane gegenüber den Volksvertretungen. Die Erhöhung der Rolle der Volksvertretungen wird in allen Ländern angestrebt.

Folgende sehr unterschiedlich praktizierte Maßnahmen dienen diesem Ziel:

– Veränderungen im Wahlrecht, die den Einfluß der Wähler auf die personelle Auswahl der Kandidaten und ihre inhaltliche Ausrichtung erhöhen. In der UdSSR wurde im Prozeß der Wahlen zum Obersten Sowjet eine größere unmittelbare Einbeziehung der Wähler in den Prozeß der Aufstellung von Kandidaten (Aufstellen von alternativen Kandidaten, keine zentralen Vorgaben zur sozialen Zusammensetzung u. a.) erreicht. Bei einer sich vertiefenden Krise sind Wahlen für die Regierenden immer nur mit Stimmenverlusten zu überstehen. Zugleich aber bilden die Wahlen den eigentlichen Zugang zum staatlichen Entscheidungsprozeß. Die Einflußnahme politischer Organisationsformen auf den staatlichen Entscheidungsprozeß, ihre politische Legitimation, die Feststellung, ob sie mehrheitsfähig sind, kann nur über Wahlen erreicht werden. Das angestrebte Ziel, ein selbständig lernendes politisches System, ist eng mit der Installa-

tion funktionierender Wahlen verbunden. Die Aufnahme von Ideen, Meinungen, Widersprüchen durch das politische System von unten nach oben ist letztlich nur durch die Bindung der gewählten Funktionäre und Organe an den Willen der Mitglieder zu erreichen. Bis heute kennen wir keine anderen Mittel als Wahlen, Abberufung und Begrenzung der Dauer der Amtsperioden von Funktionsträgern, um dieses zu gewährleisten. Die Wahlen in Polen vom Juni 1989 haben nun zum ersten Mal eine kommunistische Partei abgewählt und in die Opposition gebracht. Ob damit in Polen der Sozialismus seine Perspektive verloren hat, wird die Geschichte zeigen. Erst dann kann man die Frage beantworten, ob Wahlen im Sozialismus einen Systemwechsel herbeiführen können. Die These, daß die Macht immer und unter allen Umständen zu halten ist, unabhängig von der Wahl der dazu nötigen Mittel, ist neu zu durchdenken angesichts der realen Abläufe politischer Krisen.

– Erweiterung der rechtlich geregelten ausschließlichen Kompetenzen der Volksvertretung, auch gegenüber den Exekutivorganen. Zu den wichtigsten ausschließlichen Kompetenzen gehört neben dem Verfassungs- und Gesetzgebungsverfahren das Budgetrecht. Seine Ausübung ist bisher kein souveräner Akt des Parlaments. Unter den Kompetenzen gegenüber den Exekutivorganen sind die bisher am meisten tabuisierten zweifellos die parlamentarischen Kontrollrechte gegenüber Polizei- und Sicherheitsorganen. Im Verhältnis von Legislative und Exekutive ist das wichtigste und zugleich am kompliziertesten zu gestaltende Problem, zu sichern, daß die Volksvertretung alle zur Entscheidungsfindung benötigten Informationen erhält. Die Exekutive kann durch die Monopolisierung von Informationen den Entscheidungsprozeß der Volksvertretung vorbestimmen. Damit ist den Abgeordneten die Möglichkeit genommen, wirklich zwischen Handlungsalternativen auszuwählen.

– Übergang zu einem Berufsparlament (SU, UVR, VRP). Das findet gegenwärtig seinen Ausdruck in einer Verlängerung der Sitzungsperioden; damit verbunden ist die Möglichkeit der längeren Freistellung von der Arbeit und der Beginn von Lohnausgleichszahlungen aus dem Staatshaushalt.

Die Rolle der *Volksvertretungen* wird auch erhöht, indem die *Verwaltungen* in ihrem Umfang abgebaut werden und die gesellschaftliche Bedeutung der *Justiz* gestärkt wird. In einigen Ländern kam es zu einer Neustrukturierung, teilweise einer bedeutenden Reduzierung des staatlichen Verwaltungsapparats. In der

UdSSR ist die Zahl seiner Angehörigen von 2,38 Millionen auf 1,83 Millionen (Ende 1988) gesunken. Überall gibt es Schritte, das Verwaltungshandeln auf einheitliche rechtliche Grundlagen zu stellen und damit die Rechtsstellung des Bürgers gegenüber den Verwaltungsorganen zu stärken, sowie das Verwaltungshandeln rechtlich zu legitimieren. In der DDR sind die Arbeiten an einer Verwaltungsverfahrensordnung im Gange.

Im Gefüge der staatlichen Machtausübung wird das Gerichtssystem ausgebaut. Generell wird die *Verwaltungsgerichtsbarkeit* entwickelt. In der DDR ist festzustellen, daß der bisherige Umfang der Verwaltungsentscheidungen, die der gerichtlichen Nachprüfung unterliegen, erweitert werden muß. Es müssen konsequente Rechtsgründe geschaffen werden, die der richterlichen Entscheidung zugrunde gelegt werden können, das Verfahren ist kontradiktionsfrei auszugestalten. Darüber hinaus gewinnen Elemente der gerichtlichen Verfassungskontrolle bzw. ähnliche Formen an Gewicht. Die UdSSR hat ein Komitee zur Verfassungsaufsicht eingeführt, die UVR wird ein Verfassungsgericht schaffen und die CSSR hat angekündigt, daß ihr bereits 1968 geschaffenes Verfassungsgericht nunmehr aktiv werden wird. In der VRP und in Jugoslawien gibt es funktionierende Verfassungsgerichte. Zur Erhöhung der Rolle der Gerichte ist auch der rechtliche Ausbau des Schutzes der Unabhängigkeit der Richter und der Rechtssprechung zu zählen. Die angekündigten Arbeiten am Gerichtsverfassungsgesetz dienen dem. Die DDR kann an einen vergleichsweise hohen Stand der Rechtskultur, wozu auch die Gerichtskultur zählt, anknüpfen. Dringend ist die Erhöhung des sozialen Ansehens der Richter, wozu nicht zuletzt ihre höhere Bezahlung gehört.

Fester Bestandteil der politischen Reformen ist auch weiterhin der *Ausbau der Selbständigkeit der örtlichen Organe* der Staatsmacht mit dem Ziel, eine effektive Wahrnehmung der Verantwortung der Volksvertretung für die Befriedigung der Bedürfnisse und der territorialen Reproduktionserfordernisse zu ermöglichen. Die Kontrolle der örtlichen Volksvertretungen über ihre vollziehend-verfügenden Organe soll u. a. durch die Schaffung von Präsidien der örtlichen Volksvertretungen (UVR, UdSSR) verstärkt werden. Die materiell-finanzielle Basis für ihre Tätigkeit wurde durch eine Reihe von Schritten gestärkt, so durch die Übergabe von Betrieben und Einrichtungen an die örtlichen Volksvertretungen (VRB, VRP, u. a.) bzw. die Schaffung von Betrieben der örtlichen Wirtschaft (u. a. UVR, VRP, CSSR).

Vorgesehen ist in einigen Ländern die Abführung von Mitteln aus dem Gewinn der den Volksvertretungen nicht unterstellten Betriebe an den örtlichen Haushalt. In der VRB, UVR, VRP und der UdSSR wird über das kommunale Eigentum als einer Form des gesellschaftlichen Eigentums diskutiert. Weitere rechtliche Regelungen der Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen sind in der UdSSR beispielsweise für eine dritte Etappe der Reform des politischen Systems angekündigt worden.

In der DDR wird seit langem die Stärkung der örtlichen Ebene avisiert. Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. 7. 1985 hat diesbezüglich noch keinen Durchbruch gebracht. Über eine extensive Interpretation der Verfassungsartikel 41 ff. ist u. E. eine Wende nicht zu erzielen. Die Überlegungen sollten die verfassungsrechtliche Regelung des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung in der Verfassung von 1949 zum Ausgangspunkt nehmen für eine weitere gesetzgebende Lösung. Damit wäre das bisherige Verständnis des Prinzips des demokratischen Zentralismus sehr stark verändert. Es würde auf der Ebene der Kommunen einen autonomen Entscheidungs- und Handlungsspielraum akzeptieren. Daß dies nicht ohne Folgen für die anderen örtlichen Ebenen des Staatsaufbaus (Bezirke, Kreise) bleiben kann, ist wahrscheinlich.

Für die Kommunen ist dazu unbedingt eine materielle Basis, über die sie selbständig verfügen können, zu schaffen. Uns scheint eine Dreiteilung der Finanzquellen sinnvoll zu sein. Zum einen müssen normative Grundlagen für die jährliche Zuführung aus dem Staatshaushalt geschaffen werden. Zum zweiten müssen direkte Abgaben der nichtunterstellten Wirtschaftseinheiten an die Kommunen erfolgen. Die bisherige Praxis des Kommunalvertrages braucht deshalb nicht aufgegeben werden, sondern sollte weiter wie bisher ergänzend gehandhabt werden. Die selbständigen Einnahmen der Kommunen können natürlich nur dann sinnvoll genutzt werden, wenn das bisherige Bilanzierungssystem geändert wird. Kommunales Eigentum und kommunale Wirtschaft scheinen deshalb notwendig zu sein. Zum dritten sollte auf Republiksebene jährlich ein Fond zur Verteilung an die Kommunen gebildet werden. Ein Gremium (vielleicht der Städte- und Gemeindetag) sollte dazu jeweils einen Vorschlag an die Volkskammer unterbreiten, wie mit diesen Mitteln schwachen Regionen zusätzlich geholfen werden kann.

Innerhalb der politischen Reformstrategie der Parteien der europäischen Länder (mit Ausnahme der Rumänischen Kommunisti-

schen Partei) gewinnt die *Rechtsreform* eine selbständige Bedeutung. Im Mittelpunkt steht die praktische Verwirklichung der von den Parteien erarbeiteten Konzeption der Entwicklung eines sozialistischen Rechtsstaates. Dabei geht es nicht um eine Umetikettierung des bisherigen Zustandes, sondern es geht um eine grundsätzliche Aufwertung der Rolle des Rechts im Leben der Gesellschaft. Rechtsstaatlichkeit bedeutet im klassischen Verständnis zuallererst, in den *Grundrechten des Einzelnen* und ihres Schutzes den Sinn staatlicher Machtausübung zu sehen. Für staatliches Handeln bedarf es deshalb generell der rechtlich geregelten Kompetenz. Die DDR-Diskussion hat Übereinstimmung darüber erbracht, daß ein neues qualitatives Verhältnis von Staat und Recht, von Politik und Recht herausgebildet werden muß. Recht soll Instrument und Maß der Politik sein. Im Kern geht es darum, daß keine politische Maßnahme dem Inhalt des von den Volksvertretungen gesetzten Rechts widersprechen darf. Bei der Änderung oder Aufhebung des bestehenden Rechtssystems müssen die dafür vorgesehenen staatlich-rechtlichen Verfahren von allen Rechtssubjekten eingehalten werden. Das hat Rückwirkungen auf die Neuregelung des Gesetzgebungsverfahrens und die Schaffung von Rechtsgrundlagen für den gesellschaftlichen Willebildungsprozeß. Dabei geht es in der internationalen Debatte auch um die juristische Regelung der Verteilung der Machtbefugnisse in Staat und Gesellschaft.

Das klassische *Gewaltenteilungsprinzip*, welches die Rechtsbindung aller drei staatlichen Gewalten (Legislative, Exekutive, Jurisdiktion) an das vom Parlament beschlossene Gesetz verankert und mittels Recht die unterschiedlichen Kompetenzen der einzelnen Gewalten voneinander abgrenzt, soll zum Verfassungsprinzip erklärt werden. In der SU und der VRB wird dies ergänzt um die Diskussion zur Gewaltenteilung von Partei und Staat. Generell werden dabei wie beschrieben die legislative Gewalt (Volksvertretungen) und die Jurisdiktion (Gerichte) zu ungünsten der Exekutive (Räte) aufgewertet.

In besonderem Maße ist die Art und Weise der *Menschenrechtsverwirklichung* in den sozialistischen Ländern mit der Idee und der Realisierung des Rechtsstaats verbunden. Neben der bisher als dominant vertretenen These von den Grundrechten als *Gestaltungsrechte* werden sie nun, in der DDR wie international, immer stärker auch als *Schutzrechte* des Individuums bzw. sogar als *Abwehrrechte* begriffen und ausgestaltet. Von daher wird ein wichtiger Schritt getan, um den Mitwirkungsmöglichkeiten, die

durch das Verständnis als Gestaltungsrechte betont werden, die Selbstbestimmungsmöglichkeiten zur Seite zu stellen. Die für die Demokratieentwicklung notwendige Mitentscheidung setzt Selbstbestimmung voraus.

Das juristische Garantiesystem von Grundrechten ist in fast allen sozialistischen Ländern bei den wirtschaftlichen und sozialen Grundrechten ungleich stärker als bei den politischen und persönlichen Grundrechten. Im Rechtsstaat dürfen Grundrechte nur mit Gesetzen ausgestaltet werden. Auch bei einer gesetzlichen Regelung der Grundrechte darf nur ihre staatliche Gewährleistung, nicht jedoch ihre Beschränkung Regelungsinhalt sein. So wichtige politische Grundrechte unserer Verfassung wie Versammlungs-, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit sind bisher nicht gesetzlich, sondern in Verordnungen ausgestaltet. Das bedeutet, daß ihre Gewährleistung ausschließlich in die Kompetenz von Verwaltungsorganen fällt. Im Rahmen der Verfassungsgebung muß insbesondere in der UVR, VRP und der UdSSR mit der Kodifizierung der dritten Grundrechtsgeneration gerechnet werden. Dies ist auch in der DDR eine ungelöste Aufgabe, bei der eine Grundrechtsgestaltung besonders für den Umwelt- und Informationskomplex gefunden werden muß.

Innerhalb der sozialistischen Rechtsstaatsentwicklung führen die UVR, die VRB, die CSSR, die VRP, die UdSSR und Jugoslawien eine grundsätzliche *Verfassungsreform* durch. Eine Verfassung ist die ranghöchste, juristische Norm. Eine Änderung der Verfassung ist ein Eingriff in das politische Machtgefüge. Die Parteien sehen den Zusammenhang von Rechtsstaats- und Verfassungsentwicklung vor allem darin, daß die Verfassung zum Maßstab für jegliches politisches Handeln wird. In der sozialistischen Verfassungstheorie fehlen bislang die dafür notwendigen juristisch qualifizierten Maßstäbe des verfassungsgemäßen bzw. des verfassungsfeindlichen Handelns. Ebensowenig ist der Verfassungsbruch und seine Ahndung Gegenstand sozialistischer Verfassungstheorie.

Die Verfassungsdiskussionen in der UVR und der VRP sind deutlich vom Bemühen der Parteien gekennzeichnet, die Verfassungsordnung als verbindlichen Rahmen für alle auseinanderstrebenden Kräfte durchzusetzen. Die Logik liegt darin, daß in einem gegebenen institutionellen Rahmen der Konsens über die Veränderungen des institutionellen Gefüges erreicht werden soll. Angesichts der bedeutenden Eingriffe des ungarischen Parlaments in die gültige Verfassung und auch die 1991 in Polen zu

erwartenden Verfassungsänderungen stellt sich sehr scharf die Frage nach den unverzichtbaren sozialistischen Verfassungsinhalten. Grundrechte, Eigentumskonstruktionen, Wirtschaftsverfassung, verfassungsrechtliche Verankerung des politischen Systems, Grundlagen des Staatsaufbaus, all dies ist angesichts des Modellwechsels bisher in den Grundkonturen noch nicht juristisch bestimmbar, sondern nur in den tendenziellen Bewegungen zu erfassen. In der UdSSR bewegt die Verfassungsdiskussion den Erneuerungsprozeß des Sozialismus. Allerdings stößt die angekündigte zweite Etappe der Änderung, die die Beziehungen zwischen der Union und den Unionsrepubliken zum Inhalt hat, auf sehr schwierige Probleme. Der bisherige Verlauf der Verfassungsdiskussion in der VRB und der CSSR läßt es noch nicht zu, zu beurteilen, welche Impulse davon für den politischen Umgestaltungsprozeß ausgehen werden. In Jugoslawien hingegen hat die letzte Novellierung der Verfassung im November 1988 gezeigt, daß die Verfassungsänderungen unvermeidlich zu grundsätzlichen gesellschaftlichen Diskussionen über die Ausformung des gesamten gesellschaftlichen Institutionsgefüges führen, die im Ergebnis immer die politischen Kräfteverhältnisse der gegebenen Gesellschaft widerspiegeln.

Die bisherigen Ankündigungen und die dabei gewonnenen Erfahrungen über den Verlauf der Verfassungsdiskussion lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß sich zu Beginn der neunziger Jahre die gesellschaftstheoretischen Debatten über das neue Sozialismusmodell in besonderer Weise in den Verfassungsdiskussionen bündeln werden. Die DDR wird, wenn sie sich konsequent dem gesellschaftlichen Erneuerungsprozeß, einschließlich der dazu notwendigen politischen Reformen stellt, um eine Verfassungsänderung nicht herumkommen. Die im September 1989 durchgeführte Staats- und Rechtswissenschaftliche Konferenz der DDR, die sich mit den Grundfragen unserer Verfassungsentwicklung beschäftigte, bestätigte in den Arbeitskreisdiskussionen alle skizzierten Grundaussichten der internationalen Verfassungsentwicklung als für die DDR notwendige Entwicklungen. Dies stand noch im Gegensatz zu der im Referat vertretenen Auffassung, daß unsere Verfassung allen Entwicklungsansprüchen genügt. Unseres Erachtens ist es besonders der Mangel an institutionellen Verankerungen von Bewegungsformen des Widerspruchs und der Mangel an Konfliktregulierungsmechanismen, der die Veränderung und konzeptionelle Neugestaltung der Verfassung auf Dauer erforderlich machen wird. Bei der Änderung der Verfassung am 7. 10. 74 wurde zwar das Wort von der

«sozialistischen Menschengemeinschaft» gestrichen, der damit verbundene Geist einer sich harmonisch, gleichsam widerspruchsfrei entwickelnden Gesellschaft blieb jedoch in ihr enthalten. Bei der begonnenen Verfassungsdiskussion spielt die Rückbesinnung auf das Konzept der ersten DDR-Verfassung von 1949, die nach dem Vorbild der Weimarer Reichsverfassung von 1919 geformt war, eine große Rolle. Der rechtsstaatliche Grundsatz, daß dem Menschen alles erlaubt sein soll, was nicht ausdrücklich verboten ist, und dem Staat nur das erlaubt ist, was ihm rechtlich gestattet wurde, ist in ihr schon auf eine moderne Weise umgesetzt gewesen. Eingeordnet in die internationale Strategiedebatte sollte sich die DDR konsequent zu allen aufgeworfenen Fragen konstruktiv verhalten und ihre im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern durchaus reichen Erfahrungen der Rechtstradition und -entwicklung konsequent nutzen.

5. Probleme des Übergangs

Eines der schwierigsten Probleme der Weiterentwicklung unserer Strategie ist der Übergang von den vorhandenen zu antizipierten neuen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen, Tendenzen, Regelungen und Mechanismen. Bei allen dabei zu vollziehenden Schritten müssen erstens die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und die politische Stabilität der Gesellschaft gesichert werden und zweitens müssen Reformen ergebnisorientiert sein, d. h. an den erreichten sozialen, politischen und ökonomischen Resultaten gemessen werden.

Die Reorganisation des politischen Systems und des Systems der Leitung, Planung und Regulation der Wirtschaft ist mit zu bedenkenden Unsicherheiten verbunden:

1. Die Veränderungen der sozialen Ausrichtung und der politischen und ökonomischen Regulation der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung werden Auswirkungen auf die soziale Lage, die Einkommen, die Arbeits- und Lebensbedingungen praktisch aller Werktägigen in der DDR haben. Schon die beabsichtigten Veränderungen, die ja auf Veränderungen im Verhalten der Subjekte zielen, erfordern Umstellungen, für die eine breite Akzeptanz nicht von vornherein gegeben ist.

2. Die erforderlichen Veränderungen sind in einer Situation zu machen, in der fast kein Spielraum besteht. Es ist daher schwer, die soziale Progressivität der Veränderungen für alle relevanten sozialen Gruppen und Individuen sofort und spürbar zu gewährleisten. Es ist nicht möglich, sie mit bedeutenden Zuwendungen akzeptabel zu machen.

3. Soziale Instabilitäten sind unter den außenpolitischen und innenpolitischen Bedingungen der DDR mit der Gefahr der Formierung antisozialistischer Kräfte verbunden. Nur ein Teil der Politiken der BRD und anderer NATO-Staaten geht davon aus, daß eine Destabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Situation in Europa oder in der Welt heute die Lösung der anstehenden globalen Probleme weiter verzögert oder ganz unmöglich macht, nur ein Teil ist daher wirklich an Entspannung, politischer Stabilität und progressiver Erneuerung des Sozialismus interessiert. Ein anderer, starker und temporär dominieren-

der Teil geht nach wie vor davon aus, daß die beste Stärkung der eigenen Position die Schwächung der Position der anderen ist, und betreibt von daher eine Politik der politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung. Sie würden innerhalb von Reformprozessen auftretende Instabilitäten zur Schwächung des Sozialismus nutzen.

Diese Gefahr wird von Befürwortern schneller Reformen oft unterschätzt. Unter diesen Voraussetzungen bergen Reformprozesse die Gefahr des Aufbrechens nicht mehr beherrschbarer Interessenkonflikte in sich, mit denen sich politische Bewegungen gegeneinander formieren, die Lösungen zum eigenen Vorteil auf Kosten anderer durchsetzen wollen und die sozialistischen Prinzipien des Reformprozesses ablehnen oder in Frage stellen. Derartiges ist z. B. in nationalsozialistischen Bewegungen oder in der Ausbreitung von Schattenwirtschaft und Schwarzmarkt in verschiedenen sozialistischen Ländern zu beobachten. Sie stellen ein ernsthaftes Hindernis erfolgreicher Umgestaltung in der UdSSR dar. Solche Tendenzen können polizeilich kaum kontrolliert oder gar verhindert werden.

Eine große Gefahr für den Reformprozeß sind die Nutzung des entstehenden ökonomischen und politischen Spielraums für die egoistische Interessendurchsetzung gegen andere, der Verlust solidarischen Verhaltens und des gesellschaftlichen Konsenses, sowie der damit verbundene mögliche Auftrieb für antisozialistische Bewegungen.

Erfolgreich kann eine Reformstrategie nur sein, wenn ein breites Vertrauen in die Funktionsfähigkeit, die soziale Progressivität und die Perspektive der Umgestaltungsprozesse besteht. Neue Regelungen, Spielräume und Selbständigkeit werden nur zu einer positiven Entwicklung neuer, innovativer Verhaltensweisen führen, wenn die Subjekte, die handelnden Individuen, Kollektive und Wirtschaftseinheiten auf deren Wirksamkeit vertrauen. Ansonsten werden sie diese Spielräume nutzen, um Regelungen zu unterlaufen und aus den gesellschaftlichen Bindungen auszubrechen. Statt innovativer Wirtschaftsentwicklung entstehen dann Schattenwirtschaft und Korruption, der egoistische Mißbrauch von Reformen. Analoges gilt für die Nutzung politischen Spielraums.

Eine Reorganisation des politischen und wirtschaftlichen Systems der sozialistischen Gesellschaft und der sozialen Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung erfordert unter diesen Voraussetzungen ein schrittweises und jeweils gut vorbereitetes Vor-

gehen, die Einheit von Kontinuität und Erneuerung. Dabei darf aber aus den skizzierten Gefahren nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß im Zweifelsfall lieber alles unverändert bleiben soll. Ein Verzicht auf die Umgestaltung würde stagnative Tendenzen in der Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialen Lage und im wirtschaftlichen Wachstum zur Folge haben. Die Konsequenz wäre erstens ein zwar verzögerter, dann aber weit gefährlicherer politischer Destabilisierungsprozeß. Vor allem wäre dann auch der politische Handlungsspielraum grundsätzlich enger als er heute ist, wie die Erfahrungen in der VRP oder der UVR zeigen. In einer politisch instabilen Kräftekonstellation besteht praktisch keine Handlungsfreiheit mehr für die inhaltliche Ausgestaltung, zeitliche Abfolge und die Art und Weise der Realisierung von Reformen. Der Reformprozeß wird von den unmittelbaren politischen Formierungsprozessen getrieben, kann nicht mehr gestaltet werden, die soziale Progressivität, Funktionsfähigkeit und Abgestimmtheit der einzelnen Schritte kann nicht mehr gewährleistet werden. Die Alternative in einer solchen Situation – die gewaltsame Zerschlagung aller auf Reformen drängenden Kräfte – wäre in Mitteleuropa ein nicht tragbarer Rückschlag für Entspannung und sozialen Fortschritt und außerdem moralisch nicht zu verantworten.

Entscheidend ist, in Umgestaltungsprozessen einen Handlungsspielraum für deren bewußte Führung zu behalten und nicht unter Druck zu geraten:

1. Reformprozesse müssen durch eine politische Kraft geführt werden, die *Handlungsspielraum* besitzt. Dies ist unter den Bedingungen des Sozialismus in der DDR heute allein die SED, die auf neue Weise das Integrationszentrum für progressive politische Parteien und Massenorganisationen, Bewegungen und Bürgerinitiativen werden muß. Die SED muß sich selbst an die Spitze des Reformprozesses stellen, sichtbar und offen, dabei deutlich progressives Gedankengut entwickeln, und zugleich bedacht, vorsichtig und im Konsens mit der großen Mehrheit der politischen Kräfte die Realisierung praktischer Maßnahmen einleiten. Auf jeden Fall müssen Situationen vermieden werden, in denen die Partei geschoben wird. Der Beginn einer Aussprache und notwendiger Schritte, die die Führung durch die Partei bei der Ausarbeitung von Strategien der Erneuerung des Sozialismus in den Farben der DDR gewährleisten, muß daher der erste und heute einzuleitende Schritt zum Übergang sein. Erste Bewegung in diese Richtung ist vorhanden.

2. Bei der schrittweisen Reorganisation sind stets die öffentliche Diskussion verschiedener Varianten, ihrer Vor- und Nachteile, und ein wirklich demokratischer Entscheidungsprozeß mit sachorientierten Maßnahmen zu verbinden. Negative Konsequenzen haben Veränderungen, die unvorbereitet und ohne eigene Beteiligung an der Konsensbildung die Lebensbedingungen der Individuen und Kollektive treffen. In der öffentlichen Diskussion muß die Akzeptanz ermittelt und ggf. entwickelt werden. Demokratische Entscheidung muß einschließen, daß im Rahmen der Erhaltung sozialistischer Grundprinzipien wirkliche Gestaltungs- und Entscheidungsrechte geschaffen werden. Der Eindruck von bloß informeller Diskussion, bei der die Entscheidungen doch schon vorbestimmt sind, führt dazu, daß keine wirkliche Bindung der Subjekte an den Konsens bzw. die Entscheidungen erreicht wird. Umgestaltungsprozesse sollten daher mit der öffentlichen Diskussion realer Probleme, Varianten ihrer Lösung und der offenen Darlegung der jeweiligen Folgen beginnen. Nur bedacht und schrittweise sollten Resultate dieser Diskussion in praktische Maßnahmen umgesetzt werden – erst wenn eine hinreichende Akzeptanz erreicht ist, die auch die Teilnahme an der Verantwortung für eventuelle Schwierigkeiten oder sogar das Scheitern einzelner Maßnahmen einschließen muß. Die Strategiebildung muß auch Varianten für den Fall des Mißlingens oder Nichtfunktionierens einzelner Schritte einschließen. Ohne soziale und politische Spannungen werden Reformen nicht verlaufen können. Daher sind auch Vorstellungen darüber erforderlich, wie auf Spannungen so reagiert werden kann, daß sich weder antisozialistische Kräfte durchsetzen noch demokratische Formen wieder eingeschränkt werden müssen.

3. Alle Maßnahmen müssen auf Grund der bestehenden politischen Lage so realisiert werden, daß keine spürbaren Verschlechterungen der sozialen Lage für einzelne Gruppen auftreten, für einen großen Teil der Bevölkerung spürbare Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen mit Reformen verbunden werden können, die sich weniger auf Einkommen und Sozialleistungen traditioneller Art beziehen, aber um so mehr auf das Recht zur verantwortlichen Mitentscheidung und Mitgestaltung der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen.

4. Um Gestaltungsspielraum zu bekommen, ist es wichtig, bei allen Schritten darauf zu achten, daß parallel zu erst langfristig wirksamen Maßnahmen immer solche verwirklicht werden, die bald positive Wirkung auf Effektivität und Handlungsspielraum haben. Quelle dafür können der Abbau von Verschwen-

dungspotentialen im Konsum und in der Produktion, der Abbau von Leistungsrückhaltung in der Produktion und anderer Reserven des ersten Zugriffs sein, soweit noch vorhanden. Zu bedenken ist auch, wieweit Unterstützung von außen zielgerichtet in Anspruch genommen werden kann. Effekte aus technischem Fortschritt und Innovationen sollen durch die Maßnahmen zwar letztlich erreicht werden, mit ihnen kann aber erst langfristig gerechnet werden. Das heißt, Erweiterung des Handlungsspielraums im Verlaufe der Umstellung darf nicht auf diese Effekte setzen.

5. Bei allen Schritten ist sicherzustellen, daß neben großen Maßnahmen ein breiter Spielraum für eine Vielzahl von Einzelinitiativen entsteht, durch die sich Individuen und Kollektive an sachlichen Umgestaltungsprozessen beteiligen können, diese unmittelbar mitbestimmen und gestalten und so die Kompetenz, Verantwortlichkeit und auch die nötige Zurückhaltung und Solidarität bei der Beurteilung der Umgestaltungsprozesse erwerben. Schlimm wäre eine Situation, in der öffentliche Diskussion und Demokratisierung zu einem unkonstruktiven Aufbrechen manigfacher Themen, Probleme und Debatten führt, zu einem eskalierenden Streit. Dies kann vermieden werden, wenn der sich verbreiternde Spielraum sogleich mit praktischer Gestaltung wirklicher sachlicher Probleme ausgefüllt wird. Hier insbesondere hängt es von der Art der Führung dieses Prozesses durch die Partei ab, wirklichen (nicht nur scheinbaren) Spielraum zu schaffen und zugleich keinen Spielraum für das Aufbrechen unsachlicher und unkonstruktiver Bewegungen zu ermöglichen – nicht durch Verbote und Einschränkungen, sondern indem sie bei der konkreten und zügigen Lösung wirklich relevanter Sachprobleme vorangeht, den Prozeß führt.

Das geeignete Feld für den Beginn ergebnisorientierter Umstellungen im politischen System, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit scheint die *ökologische Reorganisation der Wirtschaft und der Lebensprozesse der Individuen unserer Gesellschaft zu sein*. Dieses Feld hat gegenüber anderen merkliche Vorteile, vor allem auch, weil hier die Umgestaltung am ehesten politisch geführt werden kann und die Gefahren antisozialistischer Bewegungen vergleichsweise am geringsten sind:

1. Die ökologische Situation ist zunehmend bedrohlich. Sie ist das Feld, wo heute einzuleitende langfristige Umstellungen global die einzige Chance bieten, die Existenz der Menschheit zu

sichern. Kooperation bei der Bewältigung ökologischer Bedrohungen sind die progressive Alternative zu Konfrontation und Rüstung.

2. Eine ökologische Reorganisation der Wirtschaft und der Lebensweise ist der langfristig international bestimmende Trend, in den Innovationen und Wirtschaftsgestaltung münden müssen und werden, wenn es gelingt, aggressive und konfrontative Kräfte zurückzudrängen. Bei der grundsätzlichen und konsequenteren sozialen Orientierung auf ökologische Reorganisation würde die DDR wenigstens politisch eine mitgestaltende Rolle bei der Formierung dieses internationalen Trends bekommen, daraus international bedeutende ideologische und politische Vorteile ziehen, die auch für die Stabilhaltung des Demokratisierungsprozesses von Bedeutung sein können. Obwohl die DDR technisch und ökonomisch bei der ökologischen Reorganisation keinen Vorsprung realisieren kann, wären hier auch günstige internationale ökonomische Wirkungen zu erreichen, weil zweckgebundene Kredite, Technologietransfer, Kooperation im Innovationsbereich mit kapitalistischen Unternehmen und Staaten am ehesten auf diesem Gebiet erreicht werden können und weil hier auch wirkliche Vorzüge von Planwirtschaft eingebracht werden können. Ökotechnik wird eine der Hochtechnologien der Zukunft sein. Da sie vergleichsweise jung ist, besteht kein so großer Rückstand; hier ist ein Anschluß an den Weltmarkt denkbar. Derartige Vorteile würden weder bei einem Konsumgüterprogramm noch bei einem Infrastrukturprogramm und schon gar nicht bei einem Programm zum Eigenheimbau oder zur Massenproduktion im Autosektor erreicht.

3. Die ökologische Reorganisation ist ein Gebiet, auf dem zwar nicht von vornherein, aber doch im Verlaufe einer breiten Diskussion der tatsächlichen, bedrohlichen Problemlage und durch Aufzeigen einer Perspektive für die schrittweise Lösung am ehesten eine breite Akzeptanz geschaffen werden kann. Diese Akzeptanz läßt sich nicht erreichen, indem man unkritisch einfach versucht, vorhandene Bedürfnisse zu befriedigen – wie dies bei einem Autoprogramm der Fall wäre –, sondern indem man differenzierte Angebote für die *Befriedigung und Veränderung* gegebener Bedürfnisse entwickelt und einen gesellschaftlichen Auseinandersetzungsprozeß um die Entwicklung von Interessen und Bedürfnissen einleitet. Da in der Ökologie elementare Grundbedürfnisse des Menschen angesprochen sind, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den vorhandenen Bedürfnissen durchaus konstruktiv. Bei dem Versuch, dem vorhandenen Be-

dürfnis nach Autos und Eigenheimen so, wie es sich vorfindet, einfach entgegenzukommen, ist die Freisetzung von Entwicklungstriebkräften nicht zu erwarten. Hinzut kommt, daß hier immer der Vergleich mit der BRD angestellt wurde, und eine wirkliche Chance, vergleichbare Qualität und Quantität auf dem Gebiet der Autoproduktion oder des Eigenheimbaus zu bieten, nicht besteht. Der Vergleich fiele zuungunsten des Sozialismus aus. Abgesehen davon, daß für ein wirklich greifendes Auto- oder Eigenheimbauprogramm, das vorrangig Kosten verursacht und nicht zugleich auch Spielraum schafft, die Mittel nicht ausreichen. Es sollte also nicht gefragt werden, wofür ist Akzeptanz vorhanden, sondern für welche sozial progressiven Lösungen ist Akzeptanz zu entwickeln.

4. Wird ein innovationsorientiertes Ökologieprogramm verbunden mit einer sozialprogressiven Entwicklung von Infrastruktur, Arbeitsbedingungen oder Konsumtionsprozessen – und zwar da, wo soweit innovationsbedingte Veränderungen erfolgen – dann kann auch zugleich mit effektivitätserhöhenden Wirkungen gerechnet werden. Die wichtigste Quelle wäre der Abbau von Verschwendungspotentialen bei dem Verbrauch von Lebensmitteln, Energie und Wasser sowie von Wohnraum. Letzteres würde zu einer erheblichen Verbesserung der Wohnungssituation führen, wenn die ökologische Reorganisation der Wohnbereiche, Infrastrukturen und Haushalte mit der Schaffung von Gestaltungsspielräumen für Initiativen zur qualitativen Verbesserung der Wohnbedingungen durch die Hausgemeinschaften und Wohnbezirke selbst verbunden würde.

5. Auf allen Ebenen und in allen Bereichen muß ökologische Reorganisation neben Großprojekten auch für die Individuen greifbare, selbst machbare Spielräume für Initiativen umfassen, die die Veränderung der unmittelbaren und eigenen Lebensbereiche betreffen. Zum Beispiel sollte die Reorganisation der Energieerzeugung und der Technologie energieverbrauchender Geräte und Anlagen verbunden werden mit einer breiten Initiative zur energiesparenden Umgestaltung der Haushalte und des Verhaltens; die innovative Reorganisation der chemischen Industrie mit einer breiten Kampagne zur umweltfreundlichen Haushaltschemie usw. usf.

Ein solches Vorgehen würde erstens *sachlich orientierte Bürgerinitiativen* ermöglichen, also auch eine sachliche Bindung entstehender Freiräume für öffentliche Diskussion und demokratische Entscheidungen, also die Gefahr politisch ausbrechender Bewegungen vermindern. Überhaupt ist die Ökologie das Feld,

auf dem rein marktwirtschaftliche Orientierungen am wenigsten plausibel sind, der sozialistische Anspruch einer gesellschaftlichen Gestaltung und Kontrolle der Wirtschaftsentwicklung am einsichtigsten vorgetragen werden kann und unsolidarische, aggressive, egoistische oder nationalistische Bewegungen sich am wenigsten ausbreiten können.

Ein solches Herangehen würde dazu beitragen, daß bald Verhaltensänderungen und Bewußtseinsänderungen eintreten, sodaß erforderliche gesellschaftliche Maßnahmen akzeptabel und durch die Bürger mitgetragen werden.

Breite Verhaltensänderungen können durch Abbau von Verschwendungspotentialen zu baldigen, wenn auch nur einmaligen Effektivitätssteigerungen führen, also den Spielraum für nachfolgende Schritte erhöhen.

Die ökologische Reorganisation sollte das Feld sein, auf dem ein sachbezogener Prozeß der Publizität, der öffentlichen Diskussion, der Schaffung demokratischer Entscheidungsspielräume und praktischer Programme für gesamtgesellschaftliche, kollektive und individuelle Initiativen eingeleitet wird. Diese Einheit sollte auch bei jedem weiteren Schritt dieses Wegs gewahrt sein: Keine praktische Maßnahme ohne Öffentlichkeit und wirkliche demokratische Entscheidung. Keine Demokratisierung ohne wirkliche inhaltliche Ausfüllung. Beides – Mangel an Demokratie und fehlendes Wahrnehmen relevanter Gestaltungsfelder – könnte zu politischen Instabilitäten führen.

Natürlich hat es nur Sinn, mit der Veröffentlichung und der Diskussion der ökologischen Gefahren und ihrer Abwendung zu beginnen, wenn dies wirklich offen und ehrlich geschieht. Man kann aber nicht auf einem Gebiet offen und ehrlich sein und auf anderen nicht. Der Beginn auf der Strecke der Ökologie muß daher schrittweise alle anderen gesellschaftlichen Probleme nachziehen, aber er kann ein Anfang sein, der Zeitgewinn, Vertrauensgewinn und Akzeptanz der Politik der Partei bringt bzw. zurückbringt, somit Chancen für die Beherrschbarkeit der Folgeprozesse schafft. Zugleich kann auf diesem Feld sachlich konkret öffentliche Diskussion, Demokratie und Konsensbildung erlernt werden, damit chaotischen Tendenzen bei der Diskussion und Entscheidung konfliktreicherer Felder gesellschaftlicher Entwicklung vorgebeugt wird; ökologische Reorganisation kann aber nur der Anfang eines breiten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels sein, ein Anfang, der die anderen Gebiete zwangsläufig früher oder später nach sich zieht. Wenn wir den Beginn

wollen, dann müssen wir auch die sich daran anschließenden Prozesse wollen. Jedenfalls kann die ökologische Reorganisation nicht anstelle des Wandels in anderen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden, sie ist ein Anfang, um die Gesamtheit von Wandlungen besser gestalten und führen zu können.

Anhang I

Tabellen

Tabelle 1
Durchschnittliche Wachstumsraten des produzierten Nationaleinkommens in %

	1960- 1965	1965- 1970	1970- 1975	1975- 1980	1980- 1985	1986	1987	1988
VRB	6,6	8,1	7,9	6,0	3,7	5,0	5,1	6,2
UVR	4,0	6,8	6,2	2,8	1,1	0,0	2,0	0,5
DDR	3,4	5,4	5,4	4,0	4,6	4,0	4,0	3,0
VRP	6,2	5,9	9,7	1,0	-0,8	5,0	2,0	4,5
SRR	9,6	8,7	10,5	7,0	4,4	7,0		
UdSSR	6,5	7,7	5,7	4,2	3,5	4,0	2,3	4,4
CSSR	1,9	7,0	5,4	3,7	1,75	2,0	2,0	3,0

Quelle: Internationales Institut für Planung und Leitung Moskau (IIPL)

Tabelle 2
*Durchschnittliches Wachstumstempo
1970-1986 in % (1970 = 100)*

	NEp	GF (Prod.)	AP	GFA	GFQ
VRB	2,56	3,53	4,0	5,39	-1,23
UVR	3,18	3,04	5,81	5,74	0,06
DDR	2,07	2,19	3,79	3,49	0,47
VRP			12,37(?)	11,12	1,12
UdSSR	2,03	3,11	2,28	3,87	-1,53
CSSR	1,80	2,80	2,24	3,87	-1,57

Quelle: IIPL Moskau

- NEp Nationaleinkommen, produziertes
- GF Grundfonds in der Produktion
- AP Arbeitsproduktivität
- GFA Grundfondsausstattung
- GFQ Grundfondsquote

Tabelle 3

Internationaler Vergleich des Niveaus der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsproduktivität (in % zum Durchschnitt der gesamten entwickelten kapitalistischen Länder)

	1913	1920	1939	1950	1986	1987
Welt	32	30	26	26	18	18
entw. kap. Länder	100	100	100	100	100	100
USA	175	185	185	240	145	145
Westeuropa	95	80	85	75	80	80
BRD	110	65	100	75	80	80
Japan	35	45	50	33	85	85
Italien	55	60	60	45	60	60
Entwicklungsländer	11	11	7	7	5	5
soz. Länder	14	10	13	14	13	13
RGW*	26	17	29	38	36	35
UdSSR	23	9	29	40	41	42

* bzw. Wirtschaftsgebiet der heutigen RGW-Länder

Quelle: Institut für internationale Wirtschaft (IMEMO) Moskau

Tabelle 4

*Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Kennziffern 1970-1987 DDR
(1970 = 100%)*

	1980	1987	jährliche Steigerung %
prod. Nationaleinkommen	159	215	4,6
verwend. Nationaleinkommen	152	174	3,3
Investitionen	150	163	2,9
Nettогельdeinnahmen	152	197	4,1
Einzelhandelsumsatz	156	190	3,8
Geldakkumulation der Bevölkerung	186	263	5,9
Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt (1971 = 100)	201	401	9,1

Tabelle 5

Entwicklung der Grundfondsrentabilität

Jahr	Reineinkommen	Grundfonds	Grundfondsrentabilität
1975	73 732	366 605	0,201
1980	106 528	644 369	0,165
1985	150 347	1 068 103	0,141

Reineinkommen: prod. Nationaleinkommen minus (Anzahl der produktiv Tätigen multipliziert mit 12 mal Durchschnittsmonatseinkommen) in Mark

Grundfonds: in Millionen Mark

Grundfondsrentabilität: Reineinkommen pro Grundfonds

Tabelle 6

Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Kennziffern in % zum Vorjahr 1981-1988

	1981-1985	1986	1987	1988
prod. Nationaleinkommen	4,5	4,3	3,6	3,0
volksw. Arbeitsproduktivität	4,3	4,5	3,8	2,8
Selbstkostensenkung		1,7	1,0	1,0
Sparguthaben der Bevölkerung	4,6	6,2	7,3	

Quelle für die Tabellen 4, 5, 6:

«Neue Anforderungen an die Ausnutzung von Geld und Finanzen in der Planwirtschaft der DDR.» Studie der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (1989).

Anhang II

Fakten zur globalen ökologischen Situation

Das Leben auf der Erde – einschließlich der menschlichen Gesellschaft – beruht auf der Selbstreproduktion ineinander verschrankter Ökosysteme globaler Dimension (z. B. Wärme- und Wasserkreisläufe in der Atmosphäre), regionaler Dimension (z. B. Klimagebiete, Flusslandschaften) und lokaler Größenordnung (z. B. örtliche Wasserkreisläufe, Bodenökosysteme, Kulturlandschaft einer Stadt oder Flur eines ländlichen Siedlungsgebietes, Mikroklima etc.). In diese Ökosysteme sind unsere industriellen, landwirtschaftlichen und kulturellen Reproduktionssysteme durch Energie- und Stoffkreisläufe eingebunden.

Die Erhaltung der Kultur einschließlich der Wirtschaft setzt die Erhaltung der Ökosysteme voraus. Dies kann nur eine solche Entwicklung der menschlichen Technik, Produktion, Konsumtion, Bevölkerung und Kultur gewährleisten, die ihren Zusammenhang zur Natur bewußt und verantwortungsvoll gestaltet, an die Reproduktionskreisläufe der Natur anpaßt, zielgerichtet und koordiniert Bedingungen schafft, die die natürliche Funktionsweise der Ökosysteme erhalten, fördern, unterstützen oder gegebenenfalls wiederherstellen. Nur eine solche Zivilisation erhält auf Dauer ihre eigenen Existenzbedingungen.

Industrialisierung und Entwicklung der Zivilisation insgesamt sind aber bisher nicht in einem menschlich bewußt gestalteten Prozeß verlaufen, sondern spontan, wurzelnd in den kapitalistischen Antrieben ökonomischer Entwicklung, die vor ca. 300 Jahren die industrielle Revolution auslösten. Dies hat die Anpassung der Industrie und Landwirtschaft, der Konsumtion, der Lebensweise und der Bevölkerungsentwicklung an die Möglichkeiten der Ökosysteme verhindert, deren Selbstreproduktion erheblich untergraben und die Tendenz zum Zusammenbruch der globalen, regionalen und lokalen Ökosysteme bewirkt. Man kann davon ausgehen, daß die Erde in etwa 50 Jahren nicht mehr bewohnbar sein wird, wenn die heutigen Tendenzen fortwirken. Es wird geschätzt, daß spätestens in 35 Jahren in wesentlichen Tendenzen eine Wende vollzogen sein muß, wenn es überhaupt noch eine Chance geben soll. Das ist nur erreichbar, wenn *heute und global ein entscheidender Durchbruch zur gesellschaftlichen Kontrolle und bewußten ökologischen Gestaltung der Produktions- und Lebensweise aller Gesellschaftssysteme der Erde* vollzogen wird.

Worin bestehen die wichtigsten ökologischen Probleme?

1. Die Gefahr einer Klimakatastrophe hängt mit der zunehmenden Emis-

sion von Kohlendioxid (Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdöl, Erdgas) und Schadstoffen (z. B. Staub) und der daraus folgenden Störung des Wärmehaushalts der Atmosphäre zusammen (Treibhauseffekt). Daraus ergibt sich eine Steigerung der Temperaturen. (In den letzten 100 Jahren bereits um 2,1 Grad im Winter und 1,4 im Sommer und Herbst.) Veränderung aller Klimazonen, Wachsen der Wüsten in einem Teil, mehr Niederschläge in anderen Teilen der Erde, Abschmelzen des Poleises und Erhöhung des Meeresspiegels sind die zu erwartenden Folgen, die z. T. bereits eintreten. (Hochwasserkatastrophen durch Abschmelzen der Gebirgsgeletscher, z. B. in Bangladesh, durch Klimaveränderungen und Waldvernichtung.)

2. Die Zunahme künstlich in die Biosphäre eingebrachter Stoffe, an die die Ökosysteme nicht angepaßt sind, die sie nicht abbauen können, hat z. T. unvorhersehbare Folgen. Eine Folge ist das Ozonloch, die Beeinträchtigung der die Ozonschicht erhaltenden chemischen Reaktionssketten durch eine Reihe nicht natürlich vorkommender Chemikalien. Weitere Folgen sind wachsende Zahlen bei Allergien und Krebs, steigende Mutationsraten bei Mensch, Tier und Pflanze. Der Eintrag biologisch nicht abbaubarer Stoffe führt zu wachsenden Müllproblemen insbesondere bei Gift- und Sondermüll, zu erheblichen Altlasten bei der Verunreinigung der Böden und Gewässer.

3. Das rasch zunehmende Waldsterben ist eine Folge der komplexen Wirkungen verschiedener Schadstoffe. Entscheidend dürfte die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxyd, Stickoxyd und Ozon sein, die vor allem durch Kraftfahrzeuge, Kraftwerke, Haushalte und Industrie hervorgerufen wird. In Mitteleuropa sind etwa 50% der Bäume bereits geschädigt, sind z. T. bereits abgestorben oder werden in den nächsten Jahren absterben. Ob es noch möglich ist, die Wälder zu erhalten, ist nicht vorherzusehen.²²

4. Die Wasserkreisläufe, die Weltmeere, Flüsse und Seen und das Grundwasser sind geschädigt und sterben. Durch etwa 12 000 verschiedene toxische Stoffe (z. B. Quecksilber, Blei, Cadmium, Nickel u. a.), durch eine zunehmende Belastung mit Nitraten und chlorierten Kohlenwasserstoffen werden Trinkwasserreservoirs zunehmend verdorben. Die Trinkwasserversorgung in verschiedenen Gebieten der Erde, auch in Mitteleuropa, ist langfristig so nicht sicherzustellen.

Die Eutrophierung der Gewässer, der Flüsse und Seen und mittelbar des Grundwassers durch Abfälle und Schadstoffe, das Sterben der Meere, z. B. der Ostsee, der Nordsee, des Schwarzen Meeres durch die Schadstoffe der toten und kranken Flüsse, durch Ölverschmutzung (Tanker), durch Dünnsäure und Müllverbrennung auf dem Meer sind weitere Aspekte der Zerstörung globaler und regionaler Wasserkreisläufe.

5. Die tropischen Regenwälder sind von Vernichtung bedroht. 110 000 Quadratkilometer (etwa die Größe der DDR) werden jährlich zerstört, um Brennholz oder Ackerfläche zu gewinnen, die aber nach extrem kurzer Nutzung erodiert oder zur Wüste wird, oder um Holz exportieren zu können (Schuldendienst). Die Wirkungen sind eine Stö-

rung des Sauerstoffkreislaufes und des Wasserhaushaltes der Erde, eine Veränderung der Klimazonen, die Ausdehnung von Wüsten, Hochwasser und Dürre.

6. Die Bebauung und Versiegelung natürlicher Lebensräume, die Waldvernichtung und die ökologisch nicht beherrschte Nutzung und Chemiesierung der Landwirtschaft führen besonders in den unterentwickelten Regionen, aber auch in Mitteleuropa zur Zerstörung der Böden und der Mikroorganismen des Bodens, eines der wichtigsten Ökosysteme für die Ernährung der Menschen. Bei uns tragen insbesondere der hohe Viehbesatz pro Fläche, der Gülleanfall, die intensive Bodennutzung mittels Mineraldüngern, die chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und ähnliches zu dieser Tendenz bei.

7. Durch die Schwächung der Ökosysteme und die Verwandlung von Naturraum und Kulturlandschaften vollzieht sich ein eskalierender Prozeß des *Aussterbens biologischer Arten* (Mikroorganismen, Pflanzen und Tiere), der die Maßstäbe der biologischen Evolution weit übersteigt und nur als Ausdruck des Sterbens der Biosphäre gewertet werden kann.²³

Die bereits heute auftretenden ökologischen Schäden verursachen enorme Kosten. Allein für die BRD wird angenommen, daß pro Jahr über 103 Milliarden DM Kosten für ökologische Schäden anfallen. Davon entfallen 48 Mrd. DM auf die Luftverschmutzung, 17,6 Mrd. DM auf die Gewässerverschmutzung, 5,2 Mrd. DM auf die Bodenerstörung und 32 Mrd. DM auf die Lärmbelastungen.²⁴

Diese Kosten werden progressiv steigen. Solange nicht an einer Veränderung der Grundrichtung des technischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Entwicklung, der Lebensweise, der Konsumtion und Kultur gearbeitet, sondern nur an bereits eingetretenen Schäden repariert wird, die Ursachen aber bestehen bleiben, muß zwangsläufig der Punkt eintreten, wo die Kosten untragbar werden und das menschliche Leben sich selbst auslöscht.

Die Natur, das Weltall, wird davon unberührt bestehen bleiben, aber das Leben auf der Erde wird sterben und mit ihm die menschliche Zivilisation.

Anhang III

Fakten zum globalen Problem der Unterentwicklung²⁵

In den unterentwickelten Ländern, in denen heute bereits der weitaus überwiegende Teil der Menschheit lebt, entsteht gegenwärtig die Gefahr einer globalen Katastrophe. Diese Gefahr besteht in der virulenten Verquickung *explosionsartigen Bevölkerungswachstums, ökonomischer Rückständigkeit, Unterentwicklung und Ausbeutung und sozialer und ökologischer Degeneration*. Ursache dafür ist ein deformierter Prozeß der Auflösung der traditionellen vorkapitalistischen Agrargesellschaften, der mit der Kolonialisierung begann, zu einer teilweisen Transplantation technischer, ökonomischer und kultureller Momente kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung führte, jedoch ohne Herausbildung eines funktionsfähigen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Die Deformation der Entwicklung äußert sich hauptsächlich

– in einer Störung des traditionellen demographischen Gleichgewichts ohne Entstehung der für moderne Gesellschaften typischen Mittel der Regulation und Gestaltung der demographischen Entwicklung. Dies führt zu dem explosionsartigen Anwachsen der Bevölkerung;

– in der Störung und Überlastung und der schließlich Zerstörung der traditionellen sozialökonomischen und ökologischen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme ohne Entstehung funktionsfähiger Alternativen. Das soziale Milieu ist nicht tragfähig für die immens wachsende Bevölkerung.

Daraus entstehen miteinander verquickte, sich wechselseitig beeinflussende und verschärfende Krisenprozesse, die zu einer sozialen Katastrophe anwachsen, den Weltfrieden und die Funktionsfähigkeit der globalen ökologischen und ökonomischen Systeme in Gefahr bringen und – wenn die Lösung des Unterentwicklungssyndroms nicht wirksam in Angriff genommen wird – ebenso zum Untergang der Menschheit führen können wie ein Atomkrieg.

1. Explosionsartiges Bevölkerungswachstum

Die mit der Aufhebung der vorkapitalistischen agrarischen Gesellschaften verbundene demographische Transition wird in Europa zu einem Wachstum der Bevölkerung auf das zwei- bis vierfache, in den unterentwickelten Ländern dagegen auf das sieben- bis zehnfache führen. Ein Bevölkerungswachstum auf 12 Milliarden, im schlimmsten Fall 15 Milliarden, im letzten Drittel des 21. Jahrhunderts ist durch die heutige Zusammensetzung

der Weltbevölkerung schon vorprogrammiert. Das ist etwa das drei- bis vierfache der heutigen Weltbevölkerung (3,7 Mrd.). Eine Aufgabe ist, sich auf diese unvermeidliche Entwicklung einzustellen, vor allem ökonomische, soziale und ökologische Voraussetzungen zur Bewältigung dieses Wachstums zu schaffen. Die andere besteht darin, das Bevölkerungswachstum heute wirksam abzubremsen, Regulatoren zu installieren, die ein unkontrolliertes, spontanes Wachstum im kommenden Jahrhundert beenden.

Die in die agrarischen Gesellschaften «transplantierte Industrie entwickelte sich in einer vorkapitalistischen, traditionellen Umgebung, ohne jedoch diese Umgebung positiv zu verändern und zu entwickeln... Durch die Konservierung der traditionellen Wirtschaft, vor allem des Agrarsektors, blieben in erster Linie in den ländlichen Gebieten als Hauptkonzentrationsorten der Bevölkerung die vorherrschenden Wertmaßstäbe, Gewohnheiten, Sitten und Gebräuche weitgehend erhalten, die auf eine hohe Geburtenrate orientieren». Dabei wird nicht nur das traditionelle Gleichgewicht zerstört und die Herausbildung moderner demographischer Regulation verzögert. «Es geht vielmehr um die Zerstörung des gleichgewichtigen Verhältnisses zwischen der wachsenden Bevölkerung und der geringen Tragfähigkeit des rückständigen sozialen Milieus.»²⁶

2. Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut

Die rasch wachsende Bevölkerung und das Zurückbleiben oder gar stagnieren der Wirtschaft führt zu einem wachsenden Druck auf die vorhandenen Produktionsbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten. In der Landwirtschaft äußert sich dieser Druck in Überbevölkerung, Unterbeschäftigung, sinkender Fläche pro Bauer bzw. Hauswirtschaft, Abwanderung in die Städte. Die Anbaufläche pro Kopf der Bevölkerung ging von 1960 1,3 Hektar auf 1980 0,23 Hektar zurück. Landlosigkeit oder Landmangel führen zur Abwanderung in die Städte, weder die Industrie noch der Dienstleistungssektor aber können diesen Zuwachs aufnehmen. Eher führt die Zerstörung traditioneller handwerklicher Gewerbe durch moderne Industrie oder Konsumgüterimport dazu, daß mehr Arbeitsplätze zerstört als neu geschaffen werden. Es vollzieht sich eine massenhafte Umwandlung entwurzelter Bauern und anderer traditioneller sozialer Gruppen in beschäftigungsloses Lumpenproletariat. Für die 70er Jahre werden 283 Millionen Arbeitslose (gegenüber 30 Millionen in den entwickelten Ländern) und 421 Millionen Unterbeschäftigte geschätzt.

Wachsende Armut ist die Folge: 1,2 Milliarden Menschen verfügen über ein Einkommen unter 115 US-Dollar, davon 706 Millionen unter 95 Dollar jährlich. Zwischen 25% (erdölexportierende Staaten), 57% (Asien oder China) und 91,2% der Bevölkerung (tropisches Afrika) sind außerstande, Grundbedürfnisse zu befriedigen. Das sind 1 166 000 000 Menschen, 1,16 Milliarden.

3. Unterernährung, Hunger, Krankheit, Tod

In 69 Ländern der Erde sinkt die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf. 2324 kcal pro Tag stehen im Durchschnitt dem einzelnen in unterentwickelten Regionen zur Verfügung, nur 2151 sind es in Südostasien – gegenüber 3 395 in entwickelten Ländern. Noch bedenklicher ist die Unterversorgung mit Proteinen, Vitaminen und Mineralstoffen, die zu Krankheiten, Unterernährung und Hungersnöten führt.

Hungersnöte und Hungertote:

1961	China 9 Millionen
1968/69	Biafra 1 Million
1972	Indien 800 000
1972/74	Äthiopien 200 000
1979	Kambodscha 500 000
1983	Äthiopien 300 000

Zerstörung der Ökosysteme

Die Zerstörung der Wälder – bis zum Jahr 2000 werden rund 12% der tropischen Regenwälder vernichtet sein, jährlich wird eine Fläche von der Größe der DDR zerstört – ist eine der gravierenden ökologischen Folgen der Unterentwicklung. Die Ursache ist einmal der Mangel an fruchtbarem Boden, der zu unsachgemäßer Abholzung der Wälder führt. Nach wenigen Nutzungsjahren erodiert der gewonnene Boden. Der Export von Holz zur Gewährleistung des Schuldendienstes ist eine weitere Ursache. Aber auch die Deckung des Energiebedarfs durch Brennholz trägt erheblich zur Vernichtung der Wälder bei. Rund ein Drittel der Menschheit deckt den Energiebedarf durch Verbrennen von Holz in überwiegend höchst uneffektiven Feuerstellen. In vielen Regionen ist der Holzeinschlag größer als die nachwachsende Menge. Im Jahr 2000 werden drei Milliarden Menschen unter Brennholzmangel leiden, werden frieren und kein Essen kochen können. Von ihnen ist ein schonender Umgang mit den Wäldern nicht zu erwarten – es sei denn, ihnen werden Alternativen geboten.

Mit dem Waldsterben geht ein eskalierendes Aussterben von Pflanzen- und Tierarten einher: Bis zum Jahr 2000 werden es eine Million Arten sein.²⁷

Die Bodenzerstörung ist eine Folge der Überbeanspruchung der Äcker, der Überweidung, unsachgemäßen Behandlung, fehlenden Wiederaufforstung, Verringerung der Brache und ähnlichem. Pro Jahr werden etwa 5 bis 7 Millionen Hektar Boden zerstört und 21 Millionen schwer geschädigt und nahezu unbrauchbar. Jährlich wachsen die Wüsten um 60 000 bis 70 000 Quadratkilometer.

5. Soziale Degradation

Auf der Suche nach Arbeit und Nahrung verlassen die Bauern die ländlichen Gebiete und wandern in die Städte, wo die Hoffnung auf Arbeit, Siedlungsmöglichkeit und Brot nicht oder nur höchst unzureichend erfüllt werden kann. Um nicht verhungern zu müssen, scheuen die Zuwanderer vor nichts zurück: Stundenjobs, Betteln, Prostitution, Kleinkriminalität, Rauschgiftproduktion und -handel. Sie bilden auch ein Reservoir für organisierte Verbrechen, internationalen Terrorismus und Extremismus. Dieser soziale Prozeß ist keine Entwicklung, kein Wandel vom Bauern zum Lohnarbeiter, er ist Zerfall sozialkultureller Systeme ohne Bildung neuer, funktionsfähiger Vergesellschaftungsformen. Die sich hier anbahnende soziale Katastrophe bedroht auch die entwickelten Länder.

Bertrand Russel: «Nichts könnte einen Wasserstoffbombeckrieg bereitwilliger auslösen als die drohende, durch Überbevölkerung ausgelöste Verzweiflung.»

Dieses Wachstum konzentriert sich auf wenige große Städte, Klein- und Mittelstädte fehlen oft oder spielen kaum eine Rolle:

1960 gab es 60 Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern, 1980 waren es schon 177. 1985 wohnten 1,2 Mrd. Menschen in Städten. Die Stadt Mexiko z. B. hatte 1900 1,2 Mill. Einwohner, 1940 1,7 Millionen und 1980 16,7 Millionen Einwohner, 15 000 Industriebetriebe, 2,5 Mill. Kfz. und muß täglich 13 000 t Hausmüll beseitigen.

In 33 unterentwickelten Ländern lebt mehr als ein Drittel der Stadtbevölkerung und in 22 Ländern mehr als die Hälfte in der größten Stadt des Landes. Ein bis zwei Drittel dieser Bevölkerung leben in Elendsvierteln: in verkommnenen Mietskasernen mit weniger als 2 Quadratmetern Wohnfläche pro Kopf, noch häufiger aber in sogenannten ungeordneten Wohngebieten, Slums. Diese Gebiete sind stadttechnisch wenig erschlossen (Verkehr, Wasser, Abwasser, Müll, Elektrizität), es mangelt auch an Toiletten und hygienischen Einrichtungen. Bei diesem Wachstum der Städte, der Slums, der degradierten und z. T. desozialisierten Bevölkerung handelt es sich um unkontrolliertes, nicht gestaltbares Krebswachstum, das unvorstellbar bedrückend auf die sozialen Verhaltensweisen wirkt. Soziale Unruhen, ethnische Spannungen, politische Instabilität und Abenteuerlust, Krisen und regionale Konflikte sind potentielle und reale Gefahren dieser Situation. Wie sollen Menschen friedensfähig sein und auf die Interessen der Menschheit und der nachfolgenden Generationen achten, wenn sie hungrig, frieren, keine Kleidung, keine Wohnung haben und keiner sinnvollen Arbeit nachgehen können?

«Die Symptome der Unterentwicklung können ein unerträgliches Ausmaß erreichen und dadurch sogar als selbständig und unkontrolliert wirkende Faktoren den Frieden gefährden. Denn nichts kann einen Krieg bereitwilliger auslösen, als drohende, durch Armut von Milliarden Menschen ausgelöste Verzweiflung. So wird die Unterentwicklung zu einer

globalen Gefahr für die ganze Welt und stellt sich als ein wesentliches Element der gegenwärtigen Krise der Zivilisation dar. Aus dieser Sicht betrachtet, wird die Überwindung der Unterentwicklung noch dringender und zu einer Aufgabe, die alle Länder, die kapitalistischen, die sozialistischen und die Entwicklungsländer selbst angeht.»²⁸

Die Lösung dieser Aufgabe erfordert bezüglich der Kriterien für den gesellschaftlichen Fortschritt ein Verlassen nationaler Sichtweisen. Das, was bisher für die Entwicklung der eigenen Nation gut war, muß auf seine Richtigkeit, Tauglichkeit und Adäquatheit bezüglich der universellen Interessen der gesamten Menschheit überprüft werden.

Der Erfolg bei der Ausprägung neuer Strukturen der internationalen Arbeitsteilung, bei der Suche nach der prinzipiell neuen Art des industriellen Fortschritts, der Umkehrung des Netto-Ressourcenflusses zwischen entwickelten und Entwicklungsländern und der Überwindung der drohenden Gefahren wird wesentlich davon abhängen, wie schnell sich der Sozialismus und ein zur Friedens- und Reformfähigkeit gezwungener Kapitalismus den globalen Herausforderungen stellen und ihre kreativen Potenzen den lebenspendenden Funktionen der Erde zuwenden.»²⁹

ANDRÉ BRIE / MICHAEL BRIE /
WILFRIED EITL / DIETER SEGERT
Elf Thesen zur Krise der DDR und SED

Vorbemerkung des Herausgebers:

Die folgenden Thesen «Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED», die hier ohne die Anhänge (Gesichtspunkte zur Begründung, Einige kurz- und mittelfristige Maßnahmen) veröffentlicht werden, wurden am 8. Oktober 1989 verfaßt: als Versuch einer «Politikberatung» von Wissenschaftlern auf der Basis der Ergebnisse unseres Forschungsprojekts.

Der Standpunkt, wie er insbesondere in der 10. *These* vertreten wird (Begrenzung des «legalen Raums» für oppositionelle Kräfte), wird heute von den Autoren des «Sozialismusprojekts» nicht mehr vertreten. Vielmehr haben wir bereits am 22. Oktober 1989 in einem Thesenpapier zur Reform des politischen Systems, des Staates und der Rechte die *volle Legalisierung* aller oppositionellen Gruppen, Bürgerinitiativen (wie «Neues Forum») oder Parteien (wie SPD) gefordert: ihre Beteiligung an freien Wahlen – und damit an der Macht im Staat.

Die in diesem Thesenpapier noch geäußerte Einschränkung, die Gottlob von der politischen Entwicklung überrollt worden ist, erklärt sich aus zwei Gründen: Zum einen war dieses Papier als Intervention von Wissenschaftlern an das (alte) Politbüro der SED gerichtet, das dann am 9. Oktober zu seiner Krisensitzung mit den bekannten Folgen (Rücktritt Honeckers usw.) zusammentrat. Zum anderen bestand bei einigen von uns tatsächlich die (im Kontext der «chinesischen Option» nicht völlig unrealistische) Angst vor gewaltsamen Auseinandersetzungen, die jede Selbstreform und Lernfähigkeit des politischen Systems der DDR in Terror hätten ersticken lassen.

Wissenschaftler des «Sozialismusprojekts» haben sich auch in die Auseinandersetzung zum außerordentlichen SED-Parteitag im Dezember 1989 aktiv eingemischt, vor allem mit den Beiträgen «Was wir vom außerordentlichen Parteitag der SED erwarten» (25. November 1989 veröffentlicht in: *HU*, Organ der SED-Kreisleitung der Humboldt-Universität, Nr. 13/1989, bzw. in: *Frankfurter Rundschau*, Dokumentation, 9. Dezember 1989) und «Für eine sozialistische Partei der DDR», (veröffentlicht am 12. Dezember 1989 im *Neuen Deutschland* und einigen Bezirkszeitungen).

Die vorliegenden Thesen haben das Ziel, ausgehend von Ergebnissen, die im Rahmen des Forschungsprojekts «Philosophische Fragen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus» und einer Reihe von Diskussionen gewonnen wurden, Anregungen für die Ausarbeitung einer fundierten und realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage der DDR und daraus zu ziehender, möglicher Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED zu geben. Nur wenn unsere Partei sich an die Spitze der unaufschiebbar gewordenen Erneuerung stellt, kann der sozialistische Charakter unserer gesellschaftlichen Entwicklung gewahrt und ausgebaut sowie das Erreichte gesichert werden. Die Vorlage der Thesen geschieht aus der Verantwortung heraus, die die Gesellschaftswissenschaften im Auftrage der SED auch für die Politikberatung besitzen.

1. These

Die grundlegenden und komplizierten, teilweise offen krisenhaf-ten Reformprozesse in einer Reihe europäischer sozialistischer Länder, die tiefgreifenden Entwicklungsprobleme aller sozialistischen Länder insbesondere bei Tempo, Breite und Qualität des wissenschaftlich-technischen Fortschritt, beim Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion, sowie bei der Sicherung sozialen Fortschritts unter diesen Bedingungen und der Gewährleistung der politischen Stabilität, werden gegenwärtig von den imperialistischen Staaten, insbesondere von der USA und der BRD, für eine aggressive, die internationale Situation destabilisierende Strategie der «Öffnung» der sozialistischen Länder für kapitalistische Orientierungen genutzt. Konfrontative Kräfte gewinnen in der Politik an Boden. Angesichts dieser Strategie kommt der Erneuerung des sozialistischen Entwicklungsweges gerade in der DDR wie aber auch in allen anderen sozialistischen Ländern eine fundamentale Bedeutung zu.

2. These

Diese Erneuerung des sozialistischen Entwicklungsweges schließt erstens die konsequente Durchsetzung und weitere Festigung solcher grundlegenden Entwicklungsbedingungen wie führende Rolle der Partei, sozialistisches ausbeutungsfreies Volkseigen-tum, staatliche Planung und eine auf die Durchsetzung von Ge-

rechtigkeit und Fähigkeitsentwicklung orientierte Sozialpolitik u. a. ein. Zweitens verlangt sie die Bewahrung von Errungen-schaften der ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Entwicklung in der DDR. Drittens fordert sie einen qualitativen Wandel der Formen der Verwirklichung der sozialistischen, sich selbst ändernden Ziele unter den neuen Bedingungen. Das Er-reichte kann nur durch qualitativen Wandel erhalten werden. Ein Land wie die DDR, das viel erreicht hat, muß sich diesen Veränderungen mit souveräner Selbstverständlichkeit zu stellen su-chen.

3. These

Die DDR befindet sich ökonomisch, sozial, politisch und ideolo-gisch in einer latenten Krisensituation. In allen gesellschaftlichen Bereichen haben sich gravierende und tiefgehende Probleme an gehäuft, deren Lösung durch die bisherigen Wege unmöglich ist. Das Tempo der Problemanhäufung und -zuspitzung ist wesent-lich größer geworden als die in den letzten Jahrzehnten nachge-wiesene Potenz, diese Probleme innerhalb der jetzigen ökonomi-schen, sozialen, politischen und geistigen Formen der Verwirkli-chung des sozialistischen Eigentums und der politischen Macht der Werktätigen zu lösen. Trotz beachtlicher wissenschaftlich-technischer, ökonomischer und sozialer Erfolge konnten grundle-gende Zielstellungen des XI. Parteitages der SED nicht realisiert werden. Durch ein Aufzehrnen nahezu aller Reserven und auf Kosten der zukünftigen stabilen Reproduktion konnte die Zuspit-zung von ungelösten Problemen zur Krise in den letzten Jahren noch hinausgezögert werden. Die in diesen Jahren entstandenen Erscheinungen massenhafter Unzufriedenheit und Frustration haben eine gefährliche Eigendynamik gewonnen. Es ist abzuse-hen, daß es in den nächsten zwei bis drei Jahren mit der Ver-schmelzung der ungelösten Probleme in den jeweiligen gesell-schaftlichen Teilbereichen zu einer Krise des gesamten Repro-dukitionsmechanismus kommen wird. Eine Politik der partiellen Reformen, durch die neue Inhalte und Formen in eine grundsätz-lich unveränderte Grundstruktur der ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Reproduktion implementiert wurden, hat sich endgültig erschöpft. Es sind keine bedeutenden Erfolge auf diesem Wege mehr zu erwarten.

4. These

Die tendenziell krisenhafte Zusitzung vieler Probleme und die Gefahr ihrer explosiven Überlagerung, wie aber auch die Schwierigkeiten ihrer progressiven Bewältigung haben in der wachsenden Ohnmacht der Individuen gegenüber den geschaffenen gesellschaftlichen Strukturen den zentralen Punkt. Die Vergesellschaftung hat fast ausschließlich Formen der Verstaatlichung angenommen. Vor- und Fürsorge für bestimmte, staatlich festgelegte Bedürfnisse der Menschen einerseits und andererseits Anwendung repressiver Maßnahmen dort, wo auf Veränderung wesentlicher gesellschaftlicher Strukturen gedrängt wird, bedingen einander. Für ein auf eigener Einsicht gegründetes Handeln, für eigene Verantwortung und Risikobereitschaft als Grundwerte heutiger Generationen bleibt nur wenig Raum. Es dominiert die Erfüllung von administrativ vorgesetzten Inhalten. Indem die Menschen von der Bestimmung der Politik nahezu ausgeschlossen sind, finden sie ihre Interessen dort weder formuliert noch repräsentiert bzw. erfahren sie die eigenen Interessen nur als fremdformulierte und -repräsentierte. Die politische Programmatik, Strategie und Taktik bleibt hinter den sich wandelnden Erwartungen der Massen immer weiter zurück. Dadurch verschaffen sich diese Interessen immer häufiger in kontraproduktiver Weise Geltung, was allzuoft nur einem Reagieren Raum lässt und die Reproduktionsfähigkeit des Systems gefährdet. Erfahrene Bevormundung und Schönfärberei treiben die Menschen in lethargische Passivität, kompensierende private Aktivität, zu zweifeltem Aktionismus oder außer Landes. In der jetzigen Durchsetzungsform verkehren sich durchaus richtige soziale Zielstellungen und politische Absichten gerade in den Augen breiter Massen oftmals in ihr Gegenteil. Selbst auf Gebieten, die noch in den achtziger Jahren das Ansehen der DDR und der Parteiführung wesentlich gestärkt hatten (u. a. Aktivierung der Dialogpolitik trotz sich verschlechternder Beziehung zwischen der UdSSR und der USA und eine langfristig ausgerichtete Kirchenpolitik), konnten erreichte Positionen kaum mehr gehalten werden.

5. These

Globale Probleme, Systemwettstreit und die sich daraus ergebende Notwendigkeit von Kooperation stellen prinzipiell neue

Anforderungen an den Sozialismus gerade in der DDR. Bezogen auf diese Fragen stellen trotz bedeutender historischer Errungenschaften, die mit der antifaschistischen Tradition der DDR, ihrer auf Frieden orientierten Außenpolitik u. a. verbunden sind, die zur Zeit praktizierten gesellschaftlichen Reproduktionsformen in vieler Hinsicht keine gegenüber einem seit 1945 wesentlich veränderten Kapitalismus überlegene Entwicklungsweise von Ökonomie, Ökologie, Politik, Wissenschaft, Lebensweise und Kultur dar. Sie werden heute als solche auch weder von der großen Mehrheit der eigenen Bevölkerung noch von breiteren Schichten in den entwickelten westlichen Ländern angesehen. Die Inhalte und Formen sozialistischer Entwicklung müssen unter diesem Gesichtspunkt grundsätzlich neu bestimmt werden. Die Fähigkeit und Bereitschaft der DDR zur aktiven Teilnahme an Globalisierungs- und Europäisierungsprozessen, insbesondere am KSZE-Prozeß, stellen gleichzeitig einen äußerst wichtigen Bestandteil des innenpolitischen Konsenses in der DDR dar.

6. These

Die DDR ist als DER ANDERE DEUTSCHE STAAT entstanden. Seine Funktion im politischen Kräfteverhältnis in Europa – die Begrenzung der Expansionsfähigkeit des Imperialismus der BRD, die Verhinderung der Herausbildung einer erneuten regionalen Übermacht «Deutschland» im Herzen Europas – war und ist mit dem Zwang und der großen Herausforderung verbunden, einen ANDEREN DEUTSCHEN WEG zu gehen. Für die DDR ist eine glaubhafte, die Massen ergreifende sozialistische Entwicklungsweise buchstäblich die Existenzbedingung. Da absehbar ist, daß die bisherigen militärpolitischen Blöcke aus verschiedenen Gründen ihre Wirkungsfähigkeit einschränken werden, ist das Bestehen der DDR mehr denn je davon abhängig, wie es ihr gelingt, eigenständige und in hohem Maße ausstrahlungsfähige Entwicklungsstrategien in eine Kooperation europäischer Staaten einzubringen, die ausgehend von den besten europäischen Traditionen dem friedlichen Zusammenleben, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, den Freiheits- und Entwicklungsrechten der Individuen verpflichtet sind. Es bedarf souverän praktizierter Offenheit, die in der Souveränität der Bürger gegenüber ihrem eigenen Staat ihre Grundlage hat. Wird ein solcher Weg nicht erfolgreich gegangen, so kann langfristig eine Vereinnahmung der DDR durch die BRD im Rahmen neuer internationaler Regelungen

nicht ausgeschlossen werden. Ohne eine neue und durch die Massen selbst erkämpfte Identität kann keine weltoffene Politik durchgesetzt werden. Umgekehrt kann nur eine Erneuerung und Weiterentwicklung des sozialistischen deutschen Weges zur Schaffung von Bedingungen beitragen, in der BRD und Westeuropa insgesamt demokratische Entwicklungswege dauerhaft durchzusetzen.

7. These

Sicherheit, Handlungsspielraum und Entwicklung der DDR hängen in stärkerem Maße als bei jedem anderen europäischen Land von ihrer internationalen Situation ab. In der ersten Hälfte der 80er Jahre hat die Dialogfähigkeit der DDR ihr internationales Ansehen und ihre Handlungsfähigkeit spürbar erhöht. Diese Möglichkeiten und Erfordernisse werden durch die infolge der inneren Probleme nachlassenden Kooperationsfähigkeit gefährdet. Auf das in Ost- und Westeuropa bestehende starke Interesse an der Existenz eines zweiten deutschen Staates wird nur Verlaß sein, wenn die DDR stabil und dynamisch ist. Gleichzeitig wird die gesamte zu erwartende internationale Entwicklungstendenz gebietsweise wachsende Kooperations- und Dialogfähigkeit sowie Öffnung (weit über bisherige Maßstäbe hinaus) auf den verschiedensten Gebieten verlangen. Das betrifft die bereits sichtbare bzw. zu erwartende Politik der sozialistischen Bündnispartner, die absehbare weitere Ausgestaltung des KSZE-Prozesses (auch im humanitären Bereich), die Erfordernisse internationaler Arbeitsteilung (eine noch wesentlich ausgedehntere und effektivere Teilnahme an der Weltwirtschaft) und die Teilnahme an der Lösung der globalen Probleme. Die Globalisierung der Existenz- und Reproduktionsbedingungen sowie die veränderte internationale Politik der UdSSR werden den Charakter der internationalen Beziehungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Situation der DDR wesentlich ändern (europäisches Haus, Haltung zu den Integrationsprozessen in Westeuropa, einheitlicher europäischer Rechtsraum, radikale Abrüstungsprozesse mit einer veränderten militärischen und politischen Situation in Zentraleuropa, kooperative Sicherheit usw.). Die einzige Alternative zur Öffnung – Abschottung, Autarkie, Isolierung der DDR – ist gleichermaßen existenzbedrohend wie unrealisierbar. Sie würde auch durch die Bevölkerung der DDR massiv abgelehnt werden. Die Probleme umfassender und weitreichender Öffnung sind groß, stellen zum

Teil auch ein Dilemma dar (massenhafte Ausreisen würden bei einem Beginn von Reformen in der DDR nicht unmittelbar aufhören). Es kann jedoch nicht die Frage gestellt werden, ob und wie die Öffnung auf politischem, ökonomischem und humanitärem Gebiet vermieden werden, sondern nur, wie sie die DDR ohne Destabilisierung und einseitige Abhängigkeiten vom Westen bewältigen kann. Diese Frage läßt sich primär nur mit einer demokratischen Erneuerung und prinzipiellen Weiterentwicklung des Sozialismus beantworten.

8. These

Die mittelfristige Gefahr einer gesellschaftlichen Krise war auch schon Mitte der 80er Jahre sichtbar, nachdem trotz anfänglicher Teilerfolge die Ende der 70er Jahre eingeleiteten ökonomischen und sozialen Maßnahmen nicht dauerhaft gemacht werden konnten. Die damals vorhandene Erwartungshaltung nach einer spezifisch sozialistischen Veränderung bei breiteren Teilen der Bevölkerung (gestützt durch die Veränderungen in der UdSSR) wurde enttäuscht und verlor sich seit Ende 1987 gegenüber der Auffassung, daß «nichts mehr zu erwarten sei». Die Kluft zwischen allgemeiner Klarheit der Nöte (siehe weiter unten) und ihrer längeren Außerachtlassung in der offiziellen Parteipolitik und ihren Dokumenten ist immer weiter gewachsen, hat Erwartungen in Enttäuschungen, Enttäuschungen in Ablehnung verwandelt. Es bildet sich Haß. Relativ kleine Anlässe haben in den letzten zwei Jahren zu irreversiblen Prozessen des Vertrauensverlustes gegenüber der Politik der Regierung, der SED, der DDR und dem Sozialismus insgesamt geführt. (Reaktion auf die Störung der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, Versuch der Begrenzung des Geldumtauschs bei Reisen in die CSSR, Sputnik-Verbot, offizielle Politik im Zusammenhang mit der Ausreise von DDR-Bürgern über Ungarn und die CSSR in die BRD u.a.) In immer heftigeren Wellen entsteht massenhaft und beschleunigt ein Dissens, der immer breitere Schichten erfaßt und sie sprunghaft gegen das gesellschaftliche System in der DDR führen kann. Noch gibt es ein beträchtliches Potential von Bürgern, die ehrlich an einer sozialistischen Alternative zur BRD interessiert sind und bereit wären, sich für eine solche aktiv einzusetzen. Die Fortsetzung der jetzigen Politik unserer Partei führt aber zwangsläufig dazu, daß beschleunigt jene politischen und massenpsychologischen Voraussetzungen entstehen, die es den imperialistischen

Kreisen in der BRD ermöglichen, massenhafte Unzufriedenheit, Veränderungswillen, Formen des zivilen Widerstandes zu manipulieren und einer politischen Krise konterrevolutionäre Ausrichtung zu verleihen. Wir stehen unmittelbar vor einer offenen politischen Krise.

9. These

In den letzten Wochen ist in zweierlei Hinsicht real eine grundsätzlich neue Situation entstanden.

Erstens: Erstmals seit 1961 sind die Grenzen der DDR für ihre Bürger faktisch zum Verlassen des Landes offen. Zeitweilige Maßnahmen ändern nichts an diesem Tatbestand. Dies ist politisch unumkehrbar. Eine politische Hauptfunktion der Grenzsicherung nach Westen – Verhinderung des Abwanderns von Menschen – ist beseitigt. Legale Ausreise bzw. jetzt die Öffnung in Ungarn haben gegen den offiziellen Widerstand diese neue Lage geschaffen. Sie ist nicht das Resultat des Agierens der SED, das die Grenzsicherung in dieser Weise überflüssig gemacht hätte. Die «Öffnung» der Grenzen erfolgte gegen den Staat. Seine Ohnmacht in dieser Frage und seine defensive Haltung ist offensichtlich. Von dem persönlichen Leid, das ein solches Auswandern in den Familien erzeugt, muß auch gesprochen werden.

Zweitens: Die mit Hilfe von Westmedien öffentlich gemachte Opposition und die von Kirchenkreisen artikulierten Positionen spiegeln faktisch durchgängig allgemeine Forderungen breiter Kreise in und außerhalb der Partei wider. Sie können auf einem sehr stabilen Konsens aufbauen, der seit langen Jahren bekannt ist. Sie haben Massenbasis, die sich jetzt auch in größeren Demonstrationen zeigt, aber weit über diesen Kreis hinausgeht. Bisherige Verlautbarungen von führenden Vertretern der SED, die zumeist völlig an der massenhaften Erwartung nach Veränderungen vorbeigehen, verstärken eine sowieso schon geschrüte Einstellung, daß mit dieser Führung und dieser Partei die Erwartungen nicht verwirklicht werden können. Ein Sofortprogramm muß konstruktiv Forderungen in eine veränderte Politik, in einen Neuen Kurs aufnehmen, die mit dem Sozialismus prinzipiell zu vereinbaren sind. Das ist für die Existenz und Weiterentwicklung des Sozialismus unabdingbar und erforderlich, um die unverzichtbare führende Rolle unserer Partei konstruktiv zu sichern. Die Nichteinleitung von grundlegenden Veränderungen auf dem XI. Parteitag der SED und auf den nachfolgenden Plenar-

tagungen hat – trotz der richtigen Grundorientierung auf schnelle Entwicklung und breite Einführung der Schlüsseltechnologien und ihre soziale Gestaltung – dazu geführt, daß die Chance zu einer offensiven Einleitung eines von der Bevölkerung als solchen anerkannten Wandlungsprozesses verschenkt wurde. Jede jetzige Einleitung eines Neuen Kurses ist deshalb damit konfrontiert, daß die eingeleiteten Maßnahmen als defensive Anpassung gewertet und politisch wie moralisch entwertet werden. Dieser Zustand muß schnell überwunden werden. Dazu ist eine strategische Radikalität notwendig, die sowohl von einem neuen Verständnis politischer Stabilität ausgeht als auch eruptive Gefährdungen politischer, ökonomischer und sozialer Stabilität nicht zuläßt. Politische Stabilität muß abnehmend auf administrativer Unterordnung und zunehmend auf einem demokratisch gewonnenen Konsens gegründet sein, wie er nur aus der öffentlichen Diskussion widerstreitender Interessen und Ansichten hervorgehen kann. Die Wiedergewinnung einer offensiven und strategisch orientierten Führung des Erneuerungsprozesses durch unsere Partei ist unter den gegenwärtigen Bedingungen sehr kompliziert und langwierig.

10. These

Es ist zu prüfen, wie oppositionellen Kräften in der Öffentlichkeit ein begrenzter legaler Raum eingeräumt wird, da ihre repressive Unterdrückung unmöglich ist und außerdem den Veränderungsprozeß grundlegend diskreditieren könnte. Dabei ist die Sicherung dieser Begrenzung mit größter Verantwortung zu gewährleisten, damit der Inhalt von Opposition auf die Entscheidung für unterschiedliche Varianten des Sozialismus reduziert wird. Opposition gegen den Sozialismus ist nicht zuzulassen. Hier bedarf es verfassungsgemäßer Verfahren, die der gerichtlichen Nachprüfung unterliegen.

11. These

Ausgehend von den obigen Thesen ist es unseres Erachtens unabdingtes und dringendes Erfordernis, möglichst unverzüglich politische Zeichen zu setzen, daß eine konsequente Erneuerung und Weiterentwicklung des Sozialismus auf deutschem Boden unter Führung der SED in Angriff genommen wird. Dies sind entschei-

dende Bedingungen, um den fortschreitenden Vertrauensverlust zur Politik unserer Partei zu stoppen und umzukehren, sowie politische und moralische Bewertungen zu treffen, die im Handeln der Massen durchgesetzt werden können. Nur so kann verhindert werden, daß Reformen sich durchsetzen können, die im Interesse des Imperialismus der BRD liegen. Es bedarf in der DDR einer beispielhaften Erneuerung des sozialistischen Entwicklungsweges.

1. *Strategisch verlangt dies eine radikale Neuorientierung, die auf der Grundlage individueller Freiheit eine dem Westen (der BRD) gegenüber überlegene Demokratie, Solidarität, Ökologie verwirklicht.*

2. *Taktisch verlangt dies eine vorsichtige oder entschieden strategisch ausgerichtete Einleitung eines Umstellungs- und Lernprozesses, der Herausbildung eines neuen Konsenses mit breitesten Schichten der Bevölkerung. Dabei ist zu vermeiden, Illusionen über die schnelle Lösung der Probleme zu verbreiten. Es sind die realen Probleme, Gefahren und auch möglichen Verluste aufzuzeigen, die in dieser Entwicklung auftreten werden.*

Die Hauptprobleme dabei sind die Gewinnung einer entsprechenden Legitimität der SED für die Führung in diesem Prozeß, die Sicherung einer notwendigen Stabilität der tiefgreifenden Umstrukturierung und des Umbruchs, der Ausschluß einer Vereinnahmung durch die BRD. Ausgangspunkt einer einzuleitenden Veränderung muß die öffentliche, realistische und selbstkritische Bestandsaufnahme des Erreichten, die nüchterne Kalkulation der bestehenden Gefahren und die öffentliche Diskussion möglicher und notwendiger Entwicklungsalternativen sein – bei Sicherung der sozialistischen Machtverhältnisse durch die Mobilisierung allen konzeptionellen Vorlaufs innerhalb der Partei selbst und durch die entschlossener Führung der notwendigen Umbauprozesse durch sie. Nur wenn sich die widersprüchlichen Interessen und Sichtweisen *öffentlich* in der SED und auch darüber hinaus artikulieren können, differierende Bewertungen deutlich werden und Alternativen argumentativ aufeinandertreffen, können Entwicklungswege gefunden, der dafür notwendige Konsens gebildet und die Änderungen durchgesetzt werden, ohne daß eine offene politische Krise erfolgt. Dazu sollten die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen genutzt bzw. vorsichtig erweitert werden.

ANDRÉ BRIE / WOLFRAM WALLRAF Überlegungen zur außenpolitischen Interessenlage der DDR

I.

Globale Rahmenbedingungen und die Notwendigkeit umfassender Kooperationsfähigkeit

Ausgangspunkt und Kern der Konzeption und Politik des «neuen Denkens» ist die objektive Tendenz der Globalisierung menschheitlicher Reproduktionsbedingungen, die dazu geführt hat, daß «eine widerspruchsvolle, aber wechselseitig abhängige und in vielfacher Hinsicht in sich geschlossene Welt» entsteht (Entschließung des XXVII. Parteitags der KPdSU 1986). Ein tiefes theoretisches Verständnis dieser Erscheinung ist erforderlich, um ihren objektiven Charakter und ihre unausweichlichen, weitreichenden Konsequenzen für die Innen- und Außenpolitik der DDR erfassen zu können. Das ist bisher nicht der Fall. Es besteht trotz aller verbalen Beteuerungen im Gegenteil ein akutes Theoriedefizit auf diesem Gebiet. Vor allem aber sind weder die praktisch-politischen Konsequenzen für die DDR, noch die eigene Interessenlage in dieser Hinsicht definiert oder gar die Gesellschaft umfassend darauf eingestellt worden, diese Prozesse aktiv mitmachen zu können.

Die Globalisierung menschheitlicher Reproduktionsbedingungen verlangt Gesellschaften, die zur allseitigen Kooperation und Öffnung in der Lage sind. In Europa haben diese Herausforderungen ihren in jeder Hinsicht und bei weitem höchsten Entwicklungsstand erreicht. Michail Gorbatschow vor dem Europarat 1989: «Das trifft auf die gesamte Menschheit zu, aber auf Europa dreifach.» Die DDR, die sich im geographischen Zentrum dieses Prozesses befindet, ist von diesen prinzipiellen und tiefgreifenden Veränderungen unausweichlich und entscheidend hinsichtlich ihrer gesamten Existenzbedingungen betroffen. Die Auswirkungen auf ihre gesellschaftspolitische und internationale Situation werden wesentlich dadurch verschärft (aber nicht ur-

sächlich bestimmt) daß die Politik des neuen Denkens zum Aufbrechen zahlreicher innerer und äußerer Widersprüche in und zwischen den sozialistischen Staaten beigetragen hat. Sie wären angesichts ihrer tiefen Ursachen in der stalinistisch-administrativen Entstellung des Sozialismus, einschließlich seiner Außenpolitik, sowie der grundsätzlichen Veränderungen in den gesamt-menschheitlichen Existenzbedingungen früher oder später ohnehin zutage getreten.

Die Globalisierungsprozesse beeinflussen die Lage der DDR stärker als die jedes anderen Landes, da sie sich mit der geopolitischen Situation der DDR und spezifischen Problemen verbinden. Im Zusammenwirken mit der Nichtfreisetzung der demokratischen und humanistischen Potenzen des Sozialismus im Innern haben sie zur Krise ihrer Existenz als Staat geführt. Anforderungen an die Innen- und Außenpolitik der DDR müssen von dieser Schärfe der Einschätzung ausgehen. Es steht nicht für den Sozialismus auf der Erde, wohl aber für die DDR alles auf dem Spiel. Kein Staat der Welt ist so sehr von (sicherheits)politischer, ökonomischer und anderer Zusammenarbeit sowie eigener Kooperationsfähigkeit abhängig wie die DDR. Die sozialistische Erneuerung muß den Weg zu dieser intensiven und umfassenden internationalen politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, ökologischen, kulturellen und humanitären Kooperationsfähigkeit gehen, oder aber sie wird scheitern. Diese Aspekte sind untrennbar, natürliche Bestandteile der inneren Umgestaltung auf allen Gebieten.

Der Einfluß der veränderten Menschheitssituation auf die DDR erfolgt aus zwei miteinander verbundenen Richtungen:

Erstens wirken die veränderten objektiven sicherheitspolitischen, ökonomischen und geistigen Reproduktionsbedingungen auf die DDR ein. Dort, wo sie bewußt der Politik zugrundegelegt wurden (Friedenspolitik), haben sich neben Problemen auch neue Chancen für die Stabilität und die Perspektiven der DDR ergeben. Dort, wo sie nicht zur Kenntnis genommen wurden und wo keine Anpassungsfähigkeit der DDR bestand, haben sie sich spontan und krisenhaft Geltung verschafft und – vornehmlich – in einer Verschlechterung der politischen, ökonomischen, sozialen, ökologischen und geistigen Existenzbedingungen der DDR niedergeschlagen:

- Untergrabung des innenpolitischen Konsenses;
- nachlassende internationale Kooperations- und Handlungsfähigkeit auf Gebieten der internationalen Politik, die ob-

jektiv an Bedeutung für Sicherheit und Zusammenarbeit gewinnt und damit Schwächung der Dialogfähigkeit insgesamt; diese Gebiete sind insbesondere: allseitige Öffnung der Gesellschaften (bei Bewahrung ihrer sozialökonomischen und nationalen Identität), Menschenrechte, humanitäre Beziehungen, Umweltpolitik ...

– Verringerung der Weltmarktfähigkeit der DDR-Wirtschaft und infolgedessen Ausverkauf und komplexe negative Wirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft der DDR sowie ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik;

- ökologische Krise;
- eine beginnende Isolierung der DDR in wesentlichen Fragen internationaler Politik.

Zweitens hat sich die veränderte internationale Situation in Gestalt ihrer politischen und ideologischen Widerspiegelung vor allem in der sowjetischen Konzeption und Politik des «neuen Denkens» und seiner internationalen Durchsetzung auf die Lage der DDR ausgewirkt.

In der Reaktion auf diese prinzipiellen Veränderungen überwog die Ablehnung (außer in der Friedenspolitik, die jedoch eine neue Friedensfähigkeit in Gestalt von *umfassender* Kooperationsfähigkeit voraussetzte, an der es der DDR letztlich bisher gebracht). Der Realismusgehalt der Außen- und Gesellschaftspolitik der DDR ließ sowohl hinsichtlich der objektiven Existenzveränderungen als auch der Konsequenzen der sowjetischen Konzeption und Politik nach. Es ist Existenzbedingung der DDR, die Fähigkeit zur Anpassung an die veränderte Situation und die neue Strategie der UdSSR zu entwickeln. Ansonsten wird sie zu einer Belastung für die notwendige internationale Erneuerung und Veränderung des Sozialismus; sie wird sich damit in ihrer staatlichen Existenz *selbst* gefährden. Die bisherige Distanz der DDR zur sowjetischen innen- und außenpolitischen Strategie hat zusammen mit den objektiven Prozessen der Internationalisierung unter anderem zu folgenden Problemen geführt:

– Die Möglichkeiten einer Abschottung der DDR brachen zusammen, die Bestrebungen, sie aufrechtzuerhalten gerieten in einen gefährlichen Konflikt mit den sich verändernden Hauptrichtungen internationaler Politik.

– Die Bedeutung der DDR für die Sowjetunion und andere Staaten, darunter die westeuropäischen Partner der BRD, verringerte sich. Angesichts der bis in die 80er Jahre nicht überwundenen stalinistischen Deformierung des Sozialismus, der vielfälti-

gen Krisenerscheinungen in den sozialistischen Staaten, sowie der ungenügenden Fähigkeit der DDR, durch eine Erneuerung und durch die Ausprägung ihres sozialistischen, demokratischen und humanistischen Alternativcharakters offensiv auf die Herausforderungen reagieren zu können, hat die «Wiedervereinigungsstrategie» der BRD neue Wirksamkeit erlangt.

– Subjektivismus und mangelnder Realitätssinn begannen, die DDR-Politik in immer mehr Bereichen zu prägen, in den letzten Monaten zwangsläufig und immer stärker auch die Außenpolitik (geringe Innovationsfähigkeit; außenpolitische Stereotypie; faktisches Abgehen vom SED/SPD-Streitpapier, das den bisher wertvollsten Beitrag der DDR zum «neuen Denken» darstellt; praktischer Abbruch des Dialogs mit der SPD; usw.).

– Der Mangel an innenpolitischer und demokratischer Legitimation und Offenheit der DDR-(Außen)Politik wirkt sich heute in jeder Hinsicht negativ aus.

Die Existenz der DDR, auch im buchstäblichen Sinne, wird von der Fähigkeit abhängen, die Internationalisierungsprozesse ihrer Reproduktionsbedingungen bewußt und offensiv mitzumachen und entsprechend ihrer konkreten Interessenslage zu beeinflussen. Die sozialistische Erneuerung, das heißt die Ausprägung und Herstellung ihres sozialistischen Charakters in Gestalt wahrhaft alternativer, kühner und realistischer Gesellschaftsstrategien, effektiver und weitreichender Demokratie, von Menschenrechtsrealisierung, Humanismus, Ökologie, Individualitätsentfaltung... ist dafür das A und O. Die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die staatliche Existenz der DDR bleiben ohne die schnelle, aber realistische Einleitung dieses Prozesses aussichtslos. Die Sicherheit der DDR hat endgültig einen neuen Charakter gewonnen und ist hinsichtlich der Prioritäten zu einer Frage ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit, ihres demokratischen und humanistischen Charakters, sowie ihrer darauf beruhenden innenpolitischen Legitimation und Stabilität geworden.

II.

Interessen außenpolitischer Hauptpartner an der Existenz der DDR

Die Interessen der UdSSR

Unter der gegenwärtigen Führung: Aufrechterhaltung eines Verbündeten an der Trennlinie zur NATO, innenpolitische Stabilität in der DDR, Unterstützung der Perestroika durch die DDR (material und ideell), Stabilität in Mitteleuropa als Bedingung für fortgesetzte Ost-West-Entspannung.

Variante 1: Reformen im Rahmen des Sozialismus finden in der DDR statt. Unterstützung durch UdSSR bei gleichzeitig hohem Stabilitätsinteresse (bisherige Erfahrung: Stabilität war für SU wichtiger als Reform in der DDR, deutliche Befürwortung der Reform erst nach drastischen Stabilitätsverlusten). Reform in der DDR stärkt Reform in der UdSSR, kann dem Sozialismus eine neue Perspektive eröffnen. Das Gewicht der DDR als Verbündeter der UdSSR steigt, damit wächst das Interesse und der Einsatz der UdSSR für die Aufrechterhaltung der staatlichen Existenz der DDR, für Sicherheit und Entwicklung der DDR.

Variante 2: Grundsätzliche Reformen finden nicht statt; damit keine Unterstützung für Perestroika, aus heutiger Sicht auch keine tragfähige Basis für Stabilität, es entsteht ein neuer Brennpunkt der Ost-West-Beziehungen in der Mitte Europas. Die DDR wird zur sicherheits- und außenpolitischen Belastung für die UdSSR. Um die Stabilität in Mitteleuropa und die Ost-West-Entspannung zu retten, könnte sich die UdSSR in Richtung einer Akzeptanz eines wiedervereinigten (kapitalistischen) Deutschlands – eingebunden in westeuropäische Integration und gesamteuropäische Strukturen – bewegen.

Bei Veränderungen in der sowjetischen Führung:

Variante 1: Gemäßigt konservative Kräfte. Das Stabilitätsinteresse wird mit dem Interesse an einem engeren Schulter-schluß mit adäquaten Kräften in der DDR verbunden. Die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Bündnis- und Kooperationsstrukturen werden steigen. Auch für gemäßigt konservative Kräfte wird jedoch die Ressourcenfrage stehen, wes-

wegen Variante 2 der gegenwärtigen Führung nicht ausgeschlossen werden kann.

Variante 2: Stalinistische Kräfte. Hier sind zwei deutlich unterschiedliche Wege möglich. Erster Weg ist der Versuch, die alten Verhältnisse im Bündnis und in den Staatenbeziehungen mit allen Mitteln wiederherzustellen, die Staatengemeinschaft in der Form von vor 1985 neu herzustellen, auch mit militärischen Mitteln und um den Preis einer erneuten verschärften Ost-West-Konfrontation, die zudem Bedingung für den innenpolitischen Kurs jener Kräfte in der UdSSR wäre. Zweiter Weg kann aus einer Kräfteverhältniseinschätzung resultieren, aus deren Sicht das Potential der UdSSR nicht mehr ausreicht, um die Staatengemeinschaft in alter Form um sich herum aufrechtzuerhalten. Ein «Eiserner Vorhang» wird nur noch um die UdSSR heruntergelassen, verbunden mit dem außenpolitischen Streben nach Sicherheits- und Pufferzonen um die UdSSR. Bezuglich Mitteleuropa wird eine Politik in Anknüpfung an das «Stalin-Telegramm» möglich.

Variante 3: Russisch-fundamentalistische/nationalistische Kräfte. Versuch einer traditionellen Machtpolitik, damit auch ein Interesse an traditionellen Machtstrukturen in Europa. Ein völlig unrealistisches Konzept, aber nicht auszuschließen. Die Existenz der DDR und die Beziehungen zu ihr werden diesen mächtapolitischen Erwägungen untergeordnet. Der Faktor der Irrationalität steigt.

Rolle der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR: Von der politischen Führung der UdSSR wird nicht auf eine Einmischung orientiert. Die militärischen Führungskreise haben jedoch Eigenständigkeit gewahrt. Die hohe Konzentration militärischer Präsenz der UdSSR in der DDR erhöht die Möglichkeiten militärischen Handelns. Eine eigenständige Aktion, verkoppelt mit dem Versuch eines Umsturzes in der UdSSR, ist nicht völlig auszuschließen.

Die Interessen der VR Polen

Polen geht den Weg zu einer kapitalistischen Entwicklung. Von der PVAP wird abhängen, wieviele sozialistische Inhalte aufrechterhalten und möglicherweise weiterentwickelt werden. Wahrscheinlich ist eine rapide und brutale Kapitalisierung mit Erscheinungsformen, wie sie für die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals typisch waren. Innere soziale und politische

Spannungen werden anhalten und sich periodisch verschärfen. Mit veränderten sozialökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen ist eine Positionsänderung oder Spaltung der «Solidarität» nicht auszuschließen, was das gegenwärtige Maß an Stabilität erschüttern würde und zu neuen innenpolitischen Kräfteverhältnissen führen könnte. Das Dilemma der Außenpolitik liegt im Streben nach äußerer Stabilität und Aufrechterhaltung der territorialen Integrität einerseits und den aus der gegenwärtigen Entwicklung erwachsenden Zwängen zu Merkantilismus und Pragmatismus andererseits. Aus den historischen Erfahrungen erwächst das Interesse an stabilen und versichernden Beziehungen zu den Nachbarn im Osten und Westen. Das schließt das Interesse an der Aufrechterhaltung des Bündnisses ein, wenn auch nicht in der Form eines Zusammenschlusses *sozialistischer* Staaten. Aus dieser Sicht und angesichts anhaltender revanchistischer Tendenzen in der BRD bleibt eine verbündete und stabile DDR die optimale Variante. Wachsende Instabilität und Auseinandersetzungen in und um die DDR würden dagegen zu einer beträchtlichen Verunsicherung in Polen führen. Befürchtet wird vor allem ein eruptiver und nicht mehr steuerbarer Ausbruch nationalistischer Wiedervereinigungsbewegungen, die zugleich in aggressiver Form Forderungen nach den ehemaligen deutschen Ostgebieten erheben. Um einer derartigen Entwicklung vorzubeugen, könnte polnischerseits die Bereitschaft bestehen, einer von der BRD ausgehenden Wiedervereinigung zuzustimmen, wenn sie kontrolliert verläuft und in eine völkerrechtliche Regelung eingebunden ist, die den Bestand der polnischen Westgrenze endgültig und unwiderruflich sichert. Das polnische Interesse an Wirtschaftshilfe könnte als zusätzlicher und angesichts der wahrscheinlich auf lange Sicht äußerst komplizierten ökonomischen Situation als zusätzlicher Stimulus mit beträchtlichem Eigengewicht dienen. Im Extremfall könnten wirtschaftliche Zwänge gegenüber den historischen Erfahrungen die Oberhand gewinnen.

Die Interessen der CSSR

Unter der gegenwärtigen Führung besteht offensichtlich ein Interesse daran, daß sich in der DDR parallel zur CSSR eine vorsichtige und die Stabilität nicht gefährdete Anpassung des Sozialismus an die veränderten Entwicklungsbedingungen vollzieht. Die Aufrechterhaltung des Bündnisses und die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden als vitale In-

teressen der CSSR angesehen. Wie die jüngsten Erfahrungen gezeigt haben, belasten mangelnde Anpassungsfähigkeit der DDR und daraus resultierende Instabilitäten sofort auch die außenpolitischen Interessen der CSSR. Die CSSR wird auch unter der gegenwärtigen Führung kein Verbündeter für eine Absage an grundsätzliche Reformen in der DDR sein.

Kurzfristig nicht auszuschließen und mittelfristig wahrscheinlich ist eine Beschleunigung des Reformtempo in der CSSR, verbunden mit entsprechenden politischen Veränderungen. Unter diesen Bedingungen wird der Druck auf die DDR, Reformen zur Erneuerung des Sozialismus vorzunehmen, wachsen. Die unter diesen Umständen zu erwartende weitere Öffnung der CSSR für Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten Europas wird zudem zu einer Verminderung besonderer Rücksichtnahmen auf spezifische Interessen der DDR führen, insbesondere, wenn Zustände und Politik in der DDR als Belastung für die eigene Außenpolitik empfunden werden.

Die Interessen westeuropäischer Verbündeter der BRD

In Westeuropa bleiben politikwirksame Interessen an einer fort-dauernden deutschen Zweistaatlichkeit, d. h. auch an einer sich stabil entwickelnden DDR, bestehen. Ein deutsches Übergewicht in Westeuropa, verbunden mit einer Neustrukturierung der europäischen Staatenbeziehungen, gefährdet aus dieser Sicht sowohl die westeuropäische Integration als auch die europäische Friedensordnung insgesamt. Das Interesse an der Existenz und Unterstützung der DDR ist jedoch nicht bedingungslos. Es ist geknüpft an die Aufrechterhaltung eines hohen Maßes an Stabilität in der Mitte Europas. Auseinandersetzungen in und um die DDR, die Gefahr eines Konflikts an der sensiblen Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag heraufbeschwören und die Ost-West-Beziehungen in einem Grade verschärfen, daß die westeuropäischen Ziele in bezug auf gesellschaftliche Veränderungen in Osteuropa in Frage gestellt werden, können zu drastischen Veränderungen der Interessenlagen gegenüber der DDR führen.

Von dieser Ausgangsposition aus ließen sich bisher zwei Grundvarianten ausmachen:

Erste Variante: Sozialistische Ordnung und staatliche Existenz der DDR bedingen einander. Dieses Herangehen hat die westliche Politik bis Sommer 1989 offensichtlich dominiert. So-

lange die Stabilität der DDR unter den bestehenden Verhältnissen gesichert erschien, war der westliche Druck nach Veränderungen innerhalb der DDR geringer, als gegenüber anderen ost-europäischen sozialistischen Staaten. Im Unterschied zu anderen Staaten des Warschauer Pakts kam bezüglich der DDR Stabilität vor Veränderung. Daher wird angesichts der entstandenen latenten Krisensituation gegenwärtig stärker auf Veränderungen gedrungen, um die Stabilität wieder herzustellen, möglicherweise im Rahmen eines – aus westlicher Sicht – reformierten, *sozialen* Systems. Daher kann im Falle tiefgreifender sozialistischer Reformen in der DDR mit einer begrenzten Unterstützung, zumindestens aber mit einer nicht feindlichen Haltung einflußreicher Kräfte in Westeuropa gerechnet werden.

Zweite Variante: Staatliche Existenz der DDR ist nicht an die Aufrechterhaltung der sozialistischen Ordnung gebunden. Diese Variante hat seit Mitte 1989 an Boden gewonnen, speziell in Frankreich und Großbritannien. Da die innenpolitische Stabilität in der DDR sowieso nicht mehr gewährleistet erscheint, wächst der Druck nach gesellschaftlichen Veränderungen in bürgерlich-kapitalistische Richtung, werden besondere Rücksichten, die bis dahin im Unterschied zum Vorgehen gegenüber anderen europäischen sozialistischen Ländern bestanden, abgebaut. Der DDR wird versichert, daß sie auch als kapitalistischer Staat eine Existenzberechtigung im europäischen Staatengefüge hat, durch eine derartige Entwicklung eine neue Stabilität und Legitimität erhält und westlicherseits dafür Unterstützung erhält.

Beträchtlich gewachsen sind in den letzten Jahren Faktoren, die westliche Interessen an der staatlichen Existenz der DDR vermindern und das bisherige Lippenbekenntnis zu den BRD-Vorstellungen einer deutschen Einheit größerer Zwängen tatsächlicher politischer Unterstützung aussetzen: Befürchtungen eines Ausbrechens der BRD aus dem westlichen Bündnis wegen mangelnder Solidarität der Westmächte mit ihren «deutschlandpolitischen» Ansprüchen; Angst vor unkontrollierbaren nationalistischen Ausbrüchen, wenn das «legitime» nationale Interesse der Deutschen nicht befriedigt wird; Bevorzugung eines vereinigten (kapitalistischen) Deutschlands gegenüber der Variante einer instabilen DDR als Brenn- und Konfliktspunkt in Mitteleuropa; Auftreten einer neuen politischen Elite im Westen (Generationswechsel), die aus tieferem Verständnis für das Wesen der ökonomischen und politischen Integrationsprozesse in Westeuropa nicht mehr einem herkömmlichen machtpolitischen Denken verhaftet ist und nicht mehr von einem aggressiven Hegemonialan-

spruch eines wiedervereinigten (kapitalistischen) Deutschland ausgeht.

Die Interessen der BRD

Unter der gegenwärtigen Regierungskoalition: Zunehmender Druck nach systemverändernden Reformen als erster Schritt in Richtung auf eine Annäherung und spätere Anpassung der gesellschaftlichen Verhältnisse, um die Bedingungen für Einvernahme der DDR zu schaffen. Deutliche Verkürzung des zeitlichen Rahmens für dieses Vorhaben. Bereitschaft zu hohem Stabilitätsrisiko, wenn Veränderungen in der gewünschten Richtung vorangetrieben werden können. Dominierend sind noch gemäßigte Kräfte, die Annäherung bei vorerst andauernder Zweistaatlichkeit anstreben und in ihren Wiedervereinigungsvorstellungen von einer Übereinkunft mit den wichtigsten westlichen und östlichen Partnern ausgehen. Nicht in Frage gestellt wird die Einbindung in die westeuropäische Integration bzw. eine angestrebte (klein)europäische Einigung unter kapitalistischem Vorzeichen.

Die BRD-Sozialdemokratie orientiert auf eine Erneuerung des Sozialismus in der DDR nach sozialdemokratischen Vorstellungen, damit auch als Alternative zu konservativen Gesellschaftskonzeptionen in der BRD. Es besteht ein beträchtliches Potential an Ideen und Vorstellungen, das aus fortschrittlich-sozialdemokratischer Sicht eingebracht werden soll. Eine unmittelbare politische Verknüpfung der gewünschten Reformen in der DDR mit der Wiedervereinigungsfrage wird als kontraproduktiv abgelehnt. Perspektivisch wird jedoch eine gesellschaftliche Annäherung in beiden deutschen Staaten als Bedingung einer Annäherung der Staaten selbst im Rahmen einer europäischen Friedensordnung, die die besonderen nationalen Interessen der Deutschen respektiert und beiden deutschen Staaten eine Vorrerolle in der europäischen Einigung ermöglicht, für unumgänglich angesehen.

National-neutralistische Vorstellungen einer deutschen Einheit in der äußersten Rechten und teilweise bei alternativen Kräften werden angesichts der west- und gesamteuropäischen Integrations- und Internationalisierungsprozesse, sowie der Einbindung der Nationalstaaten in Interdependenzstrukturen zunehmend wirklichkeitsfremd, können jedoch für ein «worstcase»-Szenarium, falls Instabilität in und um die DDR zu unkontrol-

lierbaren und zunehmend irrationalen Entwicklungen führen sollte, nicht völlig ausgeschlossen werden.

Militärbündnisse, europäische Integration, «europäisches Haus»

Die DDR ist in ihrem natürlichen Umfeld Europa mit Prozessen konfrontiert, die ihre Existenzbedingungen grundlegend verändern.

Die in der Zeit des Kalten Krieges entstandenen Militärpakte verlieren ihre ursprüngliche Bedeutung und wandeln sich zu sicherheitspolitischen Organisationen, die für die gesamteuropäische Stabilität noch für eine bestimmte Zeit von Bedeutung sein werden. Die NATO steht vor der Notwendigkeit einer Anpassung an drastisch veränderte Ost-West-Beziehungen. Schwerpunkte sind der friedliche Wandel in Osteuropa und der Zusammenhalt des Bündnisses unter veränderten Rahmenbedingungen. Die NATO besitzt jedoch das Potential, diese Anpassung ohne Verlust an internationaler Stärke zu vollziehen. Die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) ist in ihrer bisherigen Ausformung in eine Krise geraten. In der UdSSR vollzieht sich eine Neubewertung der tatsächlichen Sicherheitsinteressen in Osteuropa, der vorhandenen Ressourcen und davon ausgehend der verbliebenen Mittel und Wege zur Sicherung dieser Interessen. In Ungarn wird die Zugehörigkeit zur WVO immer offener in Frage gestellt. Das politische Interesse an der WVO ergibt sich aus der Staatsräson (Sicherung der territorialen Integrität durch Verbündete in Ost und West), nicht aus der Gesellschaftsordnung. Erschwerend wirken der Kurs Rumäniens, der aufbrechende Konflikt zwischen Ungarn und Rumänien, nicht bewältigte nationale und territoriale Probleme, undemokratische militärische Entscheidungsstrukturen, ein geringes Niveau militärischer Integration und sinkende außenpolitische Abstimmung. Wenn eine demokratische Erneuerung der WVO nicht gelingt, wird es zu einer völligen Neustrukturierung der sicherheitspolitischen Beziehungen in Osteuropa kommen. In jedem Fall wird sich das europäische Kräfteverhältnis verschieben und eine neue Balance zwischen den Hauptkräften entstehen.

Die westeuropäische Integration wird mehr und mehr zum Gravitationszentrum europäischer Staatenbeziehungen vom Atlantik bis zum Bug. Die gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa und deren Abhängigkeit von westeuropäischer wirtschaftlicher Unterstützung werden diesen Prozeß beschleunigen.

Die Integration im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist in ihrer bisherigen Form gescheitert. Das Niveau wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verflechtung zwischen den RGW-Staaten sinkt. Die überkommenen sozialistischen nationalen Wirtschaftsstrukturen lassen eine tatsächliche Integration mit eigener innerer Dynamik nicht zu; die in einigen Staaten eingeleiteten Wirtschaftsreformen zielen auf eine vertiefte Arbeitsteilung mit dem Westen ab. Die zunehmenden Differenzen zwischen den nationalen Wirtschaftsstrukturen und -politiken machen eine kurz- und mittelfristige Wende zum Besseren auf der Ebene des gesamten RGW unwahrscheinlich.

Über den KSZE-Prozeß wird es zu einer weiteren Stabilisierung und Entwicklung der gesamteuropäischen Staatenbeziehungen kommen. Die laufenden Abrüstungsverhandlungen werden nicht zur Absage an militärische Macht als Hauptmittel der Sicherheitspolitik (für Frankreich und Großbritannien auch als Großmachtsymbol) führen, aber zu einer deutlichen Verbesserung der strategischen Stabilität. Die Kriegsführungsfähigkeit der WVO und damit ihre potentielle Bedrohlichkeit für den Westen wird angesichts defensiv orientierter doktrinärer Vorstellungen in der UdSSR, der einseitigen Abrüstung und der ökonomischen Rüstungsgrenzen, sowie des inneren Zustands der WVO glaubwürdig sinken. Die Abschreckungsstrategie beginnt, sich langsam für Vorstellungen minimaler Stärke, Abrüstung und Elemente gemeinsamer Sicherheit zu öffnen. Der gesamteuropäische freie Verkehr von Informationen, Ideen und Menschen wird drastisch steigen. Der Zusammenhang zwischen innerem und äußerem Frieden, zwischen Demokratie, Menschenrechten und Sicherheit wird deutlicher hervortreten.

III.

Außenpolitische Interessen der DDR Schlußfolgerungen für die Politik

Die DDR durchlebt eine gesellschaftliche Krise, die gleichzeitig eine Existenz- und Legitimationskrise der DDR als Staat ist. Daraus muß die Außenpolitik ausgehen. Ansatz kann nicht mehr sein, durch Stärkung des inneren Potentials eine wirkungsvolle Außenpolitik zu führen. Aus realistischer Sicht besteht die Hauptaufgabe darin, unter den Bedingungen tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen, damit verbundener innerer Instabilität und einem Anwachsen irrationaler Elemente in und um die DDR die Existenz der Republik als souveränen Staat zu gewährleisten. Dem sind alle anderen außenpolitischen Prioritäten unterzuordnen. Es ist notwendig, ein Netz von Kopplungsmechanismen und Interessenbindungen für die außenpolitischen Hauptpartner zu schaffen, um die Existenzbedingungen der DDR zu stabilisieren. Gleichzeitig muß die Außenpolitik auf die Anforderungen der inneren gesellschaftlichen Erneuerungsprozesse ausgerichtet werden und dafür die notwendigen äußeren Bedingungen schaffen. Die unumgängliche Öffnung und Schaffung internationaler Kooperations- und Integrationsfähigkeit der DDR werden ebenso wie die außenwirtschaftlichen Auswirkungen bzw. Dimensionen der Wirtschaftsreform qualitativ neue Herausforderungen an die Außenpolitik stellen. Das verlangt theoretischen und konzeptionellen Vorlauf, Innovationsfähigkeit, Flexibilität, Kompromißbereitschaft und Realismus. Der Zeitpunkt für eine qualitativ neue Einbindung der DDR in die internationale Gemeinschaft ist nicht günstig und wird mit beträchtlichen zusätzlichen innen- und wirtschaftspolitischen Belastungen verbunden sein. Es gibt jedoch keine Alternative dazu und jeglicher Zeitverzug wird die Ausgangspositionen noch weiter verschlechtern.

Die veränderte Schwerpunktsetzung stellt mit Nachdruck die Frage, in welchen Bereichen der Weltpolitik die DDR tatsächlich vitale Interessen und ein entsprechendes Potential für eine wirklich wirksame Politik hat, wo ein Beitrag zur weltweiten demokratischen Diskussion zur Lösung globaler Probleme und regionaler Konflikte geleistet werden kann und wo lediglich ein

außenpolitisches Informationsbedürfnis besteht. Danach muß das außenpolitisch verfügbare Potential konzentriert und die regionalen und ländermäßigen Prioritäten festgelegt werden. Das Zentrum unserer Außenpolitik liegt in Europa, noch genauer – in Mitteleuropa. Hier werden unsere Existenzfragen entschieden, hier befinden sich unsere außenpolitischen Hauptpartner.

Demokratisierung und Offenheit müssen auch auf dem Gebiet der Außenpolitik durchgesetzt werden. Neu geklärt werden muß das Verhältnis zwischen demokratischen Institutionen, Staatsorganen, Öffentlichkeit und Wissenschaft im außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozeß. Außenpolitik steht bislang nicht im Zentrum der innenpolitischen Auseinandersetzungen, wird jedoch bald zu einem wesentlichen Streitpunkt werden. Einige Kernfragen (Verhältnis zur UdSSR, zur BRD) sind es bereits. In der innenpolitischen Auseinandersetzung um die politische Initiative und gesellschaftliche Führung wird auch die Frage nach dem besseren außenpolitischen Konzept gestellt werden. Im folgenden sollen die *außen- und sicherheitspolitischen Hauptrichtungen* skizziert werden, in denen eine vorurteilslose Umorientierung der DDR-Außenpolitik öffentlicher Diskussion und realistischer Entscheidungen bedarf.

Sicherheits- und militärische Dimensionen

Die Sicherheit der DDR ist in absehbarer Zeit nicht unmittelbar militärisch gefährdet. Das militärische Kräfteverhältnis und die politische Situation in den europäischen Staatenbeziehungen bieten einen beträchtlichen Spielraum für einseitige Abrüstung seitens der WVO-Staaten, einschließlich der DDR. Seine Nutzung ist von grundsätzlicher Bedeutung und nicht nur unter dem Gesichtspunkt innerer Krisenbewältigung zu sehen. Er sollte genutzt werden, um die Friedensfähigkeit der DDR und Beispieldhaftigkeit des Sozialismus auf diesem Gebiet zu demonstrieren. Gleichzeitig würden sich damit bedeutende kurzfristig erschließbare Möglichkeiten eröffnen, die innenpolitische Unterstützung für die SED zu verstärken, Konfliktpotential zu verringern (sozialer Friedensdienst, Herabsetzung der Wehrdienstzeit) sowie ökonomische Potenzen (Arbeitskräfte) zu erschließen.

Ziel der Abrüstungspolitik muß eine *Nichtangriffsfähigkeit* zwischen beiden Blöcken und speziell an ihrer Trennlinie sein, eingebunden in ein Netz *politischer Sicherheitsbildung*, gemeinsamer europäischer Sicherheit. Die Abrüstungspolitik der DDR

muß gewährleisten, daß die Risiken und Belastungen für die Republik in ihrer spezifischen strategischen Situation zu keinem Zeitpunkt des Abrüstungsprozesses *unproportional* anwachsen, die Bindungen zu Verbündeten und Partnern untergraben und den *außenpolitischen Spielraum* vermindern. Das bedeutet eine inhaltliche Verknüpfung der einzelnen Stufen nuklearer und konventioneller Abrüstung, volle Berücksichtigung der Interessen der verbündeten Nachbarländer (UdSSR, Polen, CSSR), keine Tendenz einer militärisch-politischen Neutralisierung beider deutscher Staaten durch enge Zonenlösungen, Beachtung der Abrüstungsinteressen wichtiger westeuropäischer Partner, einschließlich der Nuklear- (und Sieger-)mächte Großbritannien und Frankreich.

Internationale Kooperations- und Integrationsfähigkeit

Es kann bei allen Problemen nicht die Frage gestellt werden, ob sich die DDR auf praktisch allen Gebieten weit öffnen muß, sondern wie die Öffnung bewerkstelligt werden kann. Hier sind baldmöglichst Handlungskonzepte unter Berücksichtigung ausländischer Erfahrungen nötig. Die Gefahren sind unvermeidlich (Ausreisewelle, größere Einwirkungsmöglichkeiten von außen, gravierende ökonomische und finanzpolitische Probleme). Dennoch muß in der Außenpolitik, vor allem im KSZE-Rahmen und in den Beziehungen zur BRD, sowie in der innen- und rechtspolitischen Umsetzung diese Öffnung vollzogen werden. Praktisch wird die «Mauer» beseitigt werden müssen. Im Interesse einer demokratischen Legitimation müssen diese Entwicklungen mit einer offenen und schonungslosen Information der Bevölkerung über den Preis dieser Politik und die damit verbundenen ernsthaften Probleme verbunden werden. Eine breitestmögliche demokratische Entscheidungsfindung zur Legitimierung dieser Politik ist notwendig.

Nötig ist ein Konzept für den konkreten Beitrag der DDR zur Lösung der globalen Probleme. Es muß radikal sein, in die Zukunft weisen und die Fähigkeit des Sozialismus zu einer entmilitarisierten, demokratischen, humanistischen und ökologisch gestalteten Welt demonstrieren. Es muß realistische Wege weisen und sich auf die Fragen konzentrieren, wo die DDR tatsächlich eine hohe Verantwortung und ein ausreichendes Potential besitzt (z. B. Umweltschutz). Programme für nationale Beiträge der DDR könnten für folgende Felder diskutiert werden:

- Inhalt einer europäischen Friedensordnung, einer gesamt-europäischen ökonomischen und politischen Integration;
- ein umfassendes europäisches Abrüstungsprogramm;
- europäischer Rechtsraum;
- gesamteuropäisches Programm zur Überwindung der Unterentwicklung.

Die auswärtige Dimension der Wirtschaftsreform

Die anstehende grundlegende Wirtschaftsreform wird beträchtliche Auswirkungen auf die Außenpolitik haben. Ein neues Verhältnis zwischen Plan und Markt, ein völliger Umbau der Planungsmethoden und -mechanismen, ein Durchbruch auf wissenschaftlich-technischem Gebiet und eine veränderte Strukturpolitik können unter den Bedingungen der DDR nur erfolgreich sein, wenn sie von Anfang an mit einer konsequenten Internationalisierung der DDR-Wirtschaft, einer Öffnung für Integration und Kooperation auf allen Ebenen verknüpft sind. Die Öffnung wird in ökonomisch und sozial schmerzhafter Weise den tatsächlichen Stand der internationalen Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit der DDR-Wirtschaft deutlich machen. Eine Alternative dazu gibt es nicht. Der Ansatz, zuerst höhere Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und sich dann zu öffnen, ist unter den Bedingungen der DDR völlig unrealistisch und hat nachweisbar nur zu entgegengesetzten Resultaten geführt.

Außen- und außenwirtschaftspolitisch ständen folgende Probleme im Vordergrund:

- Öffnung für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Kooperation, einschließlich des Imports und Exports von Kapital, außenpolitische und rechtliche Absicherung übergreifender gesellschaftlicher und staatlicher Interessen;
- Konvertierbarkeit für die Mark der DDR als Voraussetzung für eine echte wirtschaftliche Öffnung der DDR, damit auch Abschaffung der doppelten Währung, Schaffung eines realen Maßstabs für volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Effektivität, Stimulus auch für die RGW-Integration, einziger Ausweg aus Desintegration, Zollkrieg und politischen Zerwürfnissen im RGW-Rahmen, wenn Individualreisen aus Polen, der CSSR und speziell der UdSSR in die DDR aufgrund neuer Reisefestlegungen in diesen Ländern drastisch zunehmen;
- Beteiligung an internationalen Wirtschaftsorganisationen (GATT, IMF);

- Profilierung der DDR zu einer Drehscheibe des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West, Nutzung günstiger Ausgangsbedingungen für Kooperation mit der EG, einschließlich der Teilnahme an einzelnen Integrationsschritten, Teilnahme an den Anstrengungen zur Revitalisierung des RGW und/oder Entwicklung anderer Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Integration mit osteuropäischen Staaten auf bi- oder multilateraler Grundlage.

Das Verhältnis der DDR zur Sowjetunion

In jeder Hinsicht ist die Orientierung auf die UdSSR für die DDR die außenpolitische Existenzfrage. In einer Zeit, wo in der UdSSR das Verhältnis zwischen den außenpolitischen Prioritäten und den vorhandenen Ressourcen neu und scharf diskutiert wird und diese Diskussion auch das Verhältnis zu den europäischen Verbündeten erfaßt, muß ein erstrangiges Interesse der DDR darin bestehen, den Wert der Republik als sicherheitspolitischer Verbündeter und Wirtschaftspartner für die Sowjetunion anzuheben. Das strategische Verhältnis zur UdSSR muß auf allen Gebieten weiterentwickelt werden. Weichenstellungen auf eine weitreichende Institutionalisierung in zukunftsweisenden Formen der politischen, ökonomischen, militärischen und geistig-kulturellen Zusammenarbeit müssen bald erfolgen und können sich in bestimmtem Maße am Beispiel BRD/Frankreich orientieren. Gemeinsame Betriebe im Spitzentechnologiebereich, ökonomisch stimulierte Industriekooperation zwischen selbständigen Wirtschaftseinheiten, Jugendwerk, starker Ausbau des Tourismus, gemeinsame Wissenschaftseinrichtungen wären weitere Möglichkeiten, die das Interesse der UdSSR an der DDR, den Zukunftscharakter ihrer Beziehungen und ihres Beitrags für Gesamteuropa, sowie Sicherheit und westpolitischen Spielraum der DDR erhöhen würden.

Das Verhältnis DDR/UdSSR muß als politisches Bündnis im Rahmen der europäischen Sicherheit und der europäischen Staatenbeziehungen profiliert werden. Das setzt ein höheres Niveau politischer Koordinierung auf gleichberechtigter Grundlage voraus. Die sowjetischen Streitkräfte in der DDR müssen auf das tatsächlich militärisch notwendige Niveau (drastisch) reduziert und ihrem Charakter nach eindeutig als verbündete Streitkräfte definiert werden. Gleichzeitig sollte die DDR einen Teil der Stationierungsaufwendungen tragen. Es sollte Kurs auf eine echte

militärische Integration zwischen den verbleibenden sowjetischen Streitkräften und den Streitkräften der DDR (nach Möglichkeit auch mit Verpflichtungen in Richtung Polen und CSSR) genommen werden. Damit könnten Verteidigungsfunktionen effektiver und mit weit geringeren Aufwendungen sowie größeren Abrüstungsspielräumen wahrgenommen werden. Gleichzeitig würden damit die gegenseitigen militärischen und politischen Verpflichtungen und Verlässlichkeiten sowie das gegenseitige Vertrauen gestärkt, auch als Vorbedingung für eine Aktivierung der deutsch-deutschen Beziehungen.

Angesichts der natürlicherweise bestehenden Interessenunterschiede zwischen der UdSSR und der DDR, die geostrategisch, ökonomisch und politisch begründet sind, ist es wegen der existenziellen Bedeutung dieses Verhältnisses für die DDR unbedingt erforderlich, einen effektiven permanenten Mechanismus zur Bewältigung dieser Differenzen zu schaffen.

Das Verhältnis der DDR zur BRD

Die zweite Hauptachse der DDR-Außenpolitik bildet die BRD. Gestützt auf das Bündnis mit der UdSSR und eine aktive Außenpolitik gegenüber allen anderen europäischen Staaten sowie den USA und eingebettet in einen wirklich weitreichenden Prozeß allseitiger gesamteuropäischer Zusammenarbeit mit der Perspektive einer gesamteuropäischen politischen und ökonomischen Integration wird es aus drei miteinander verflochtenen Gründen unausweichlich sein, ein deutsch-deutsches Sonderverhältnis in Europa zu gestalten bzw. auszubauen:

Erstens ist das internationale Kräfteverhältnis wie das in der DDR dergestalt, daß es ohne deutsch-deutsche Annäherung realistischerweise nicht abgehen wird (auch wenn man sie negativ bewertet), zumal sich die gemeinsamen nationalen Wurzeln als außerordentlich stark erweisen.

Zweitens kann die BRD eine beträchtliche ökonomische und finanzielle Quelle für die Erneuerung der DDR darstellen; die DDR kann dabei an Interessen und eine gewisse Bereitschaft einflußreicher BRD-Kreise anknüpfen.

Drittens entspricht es der historischen Verantwortung und den Möglichkeiten der DDR, zur Einbindung der BRD in eine entmilitarisierte und kooperative Entwicklung Europas beizutragen.

Die Nachkriegszeit in Europa ist zu Ende. Das muß seinen

rechtlichen Niederschlag finden. Es ist zu prüfen, ob die Sonderbeziehungen zwischen DDR und BRD im Rahmen eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten angeboten und ausgestaltet, ob und wie die «Viermächterechte» genutzt und erhalten werden können, ob der Konföderationsgedanke revitalisiert werden kann. Zu letzterer Variante gehört ein möglichst frühzeitiges, theoretisch fundiertes und realistisches Nachdenken darüber, welche sozialistischen Inhalte in eine Konföderation eingebracht, verteidigt und im Bündnis mit westdeutschen fortschrittlichen (einschließlich sozialdemokratischen) Kräften sogar verstärkt werden können.

Das Problem und Dilemma besteht darin, daß die DDR diese notwendige Politik aus der innenpolitischen Legitimationskrise heraus beginnen muß. Sie wird nur bei Wiederherstellung dieser innenpolitischen Legitimation Erfolg haben, ansonsten in die irgendwie geartete Angliederung an die BRD geraten. Der wirklich sozialistische, der demokratische, humanistische, antifaschistische, ökologische Alternativcharakter der DDR als DER ANDERE DEUTSCHE STAAT muß dabei nicht nur gewahrt, sondern eigentlich erst wahrhaft hergestellt werden. Nur unter dieser Bedingung wird auch das Interesse der europäischen Staaten an der Existenz von zwei deutschen Staaten erhalten bleiben und genutzt werden können. Die Erhaltung der, wenn auch verringerten und politisch sowie rechtlich veränderten Präsenz sowjetischer Streitkräfte in der DDR ist für absehbare Zeit vor allem als Stabilisierungsfaktor unentbehrlich.

Eine enge, weitreichende Wirtschaftskooperation, einschließlich gemeinsamer Betriebe, die Beteiligung der BRD durch Experten und ökonomische Unterstützung bei der relativ schnellen Schaffung einer konvertierbaren DDR-Währung, ein gemeinsames Ökologiekonzept sowie intensiver Austausch auf wissenschaftlichem, kulturellem und humanitärem Gebiet können zu den weiteren anzustrebenden Formen gehören.

Internationaler Status und mögliche Rolle Westberlins

Weitreichende, möglicherweise auch unkonventionelle Schritte sind in bezug auf Westberlin erforderlich und möglich. Neben der Beseitigung der Mauer (bei Aufrechterhaltung einer Grenzkontrolle) und allseitigem Ausbau der Beziehungen könnten dazu auch solche Schritte wie das vorgeschlagene Luftkreuz Berlin, die gemeinsame Bewerbung um die Olympiade 2004, Gesamtberli-

ner Ökologiekonzepte etc. gehören. Dabei würden auch ökonomische Potenzen zur Lösung von Infrastrukturproblemen der DDR erschlossen werden können. Es muß grundsätzliches Interesse der DDR sein, den Status Westberlins nach dem Viermächteabkommen zu erhalten, aber zu prüfen, wie er auch substantiell weiterentwickelt und maximal für eine enge Zusammenarbeit genutzt werden kann.

Westeuropäische Integration und innersozialistische Zusammenarbeit

Die DDR muß sich offensiv in einen gesamteuropäischen Prozeß einordnen, der sein – fernes – Ziel in einer gesamteuropäischen politischen und ökonomischen Integration hat. Dieses Ziel sollte durch die DDR-Außenpolitik jetzt benannt, diskutiert und schrittweise realistisch angestrebt werden. In einer ganzheitlich werdenden Welt gehört ein gemeinsamer Standard der Demokratie, des Humanismus, der Menschenrechte und humanitären Beziehungen zu dem, was sozialistische und kapitalistische Staaten im KSZE-Prozeß gemeinsam entwickeln und durchsetzen müssen. Qualitativ neue Anstrengungen sind auf ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, währungspolitischen, ökologischen und anderen Gebieten mit dem Ziel der Integration zu unternehmen.

Negativ aus sozialistischer Sicht, aber angesichts der Krise sozialistischer Integrations- und multilateraler Bündnismechanismen wohl kaum vermeidbar: Offensichtlich werden sich die sozialistischen Staaten darauf einstellen müssen, daß die gesamteuropäische Integrationsform in starkem Maße (aber nicht allein) von den westeuropäischen Integrationsformen beeinflußt werden wird. Ihre Sogwirkung wird offensichtlich weiter zunehmen.

Für die sozialistischen Staaten, darunter besonders für die DDR, wird es zu einer Frage ihrer internationalen Rolle, ob sie in diesem Prozeß ihre Interessen einbringen und ihr sozialistisches Wesen ausprägen, sowie spezifische Formen innersozialistischer Zusammenarbeit erhalten und beleben können.

Verstärkte Zusammenarbeit in Zentraleuropa

Die Situation in Zentraleuropa besitzt für die DDR entscheidende Bedeutung. Eine in gesamteuropäische Entwicklungen eingebettete flexible Zentraleuropakonzeption der DDR scheint anstrebenswert zu sein. Neben der Strategie gegenüber der BRD und Westberlin, sowie ihrer gesamt- und zentraleuropäischen Einbettung kommt dabei vor allem dem Verhältnis zu Polen und der CSSR strategische Bedeutung zu. Die Beziehungen zu beiden Staaten müssen unter Nutzung aller Möglichkeiten und auf allen Gebieten intensiviert, materialisiert und institutionalisiert werden. Ein spezifischer bilateraler Integrationsraum mit der CSSR (bei polnischer Bereitschaft auch ein trilateraler) sollte sehr ernsthaft erwogen werden.

Aktive Rolle in der UNO

Hinsichtlich der DDR-Politik im globalen Maßstab müssen weiterhin die entscheidende Stärkung und Ausgestaltung der Rolle der UNO und des gesamten UNO-Systems unterstützt und konkrete Beiträge zur Lösung der globalen Probleme geleistet werden. Die Teilnahme an den globalen weltwirtschaftlichen Prozessen muß verstärkt, die Teilnahme an den globalen ökonomischen Organisationen sehr ernsthaft überprüft werden. Die Beziehungen zu den Entwicklungsländern verlangen eine größere Konzentration unter zwei Gesichtspunkten: a) Erhaltung des internationalistischen und solidarischen Charakters der DDR-Außenpolitik; b) Orientierung an den ökonomischen Interessen und realen Möglichkeiten der DDR.

November 1989

RAINER LAND
Vertane Chance?

Die demokratische Volksbewegung der DDR hat von September bis November in einer gewaltlosen, aber zielklaren Art die alten, monopolistischen Machtstrukturen unserer Gesellschaft weitgehend beseitigt, die die Menschen über Jahre bedrückt und ihnen die Freiheit genommen hatten. Diese Bewegung kommt da ins Stocken, wo sie die neuen Strukturen und Organisationsformen des Staates, des Rechts und der Wirtschaft aufzubauen hätte, die diesen demokratischen Ansprüchen und Vorstellungen entsprechen.

Wie soll eine demokratische Verfassung aussehen, die tatsächlich die Rechte des einzelnen in den Mittelpunkt stellt? Wie soll ein politisches System und seine Rechtsordnung aussehen, in der Politik nicht nur durch formale Wahlen bestimmt wird, sondern über basisdemokratische Formen auch die lebensweltlichen Interessen und Bedürfnisse der Individuen eingebracht werden können? Wie soll eine Wirtschaft aussehen, die weder durch die Bürokratie beherrscht, noch durch eine andere soziale Gruppe dominiert wird, deren Entwicklung vielmehr durch demokratische Mitbestimmungsformen an alle Subjekte gebunden bleibt? Wie soll die internationale Integration der DDR-Wirtschaft in die europäische und Weltwirtschaft erfolgen, sodaß dabei Raum für unsere eigene Entwicklung bleibt? Wie überhaupt können Politik, Wirtschaft, Gesellschaft so umgebaut werden, daß die gesellschaftlichen Prozesse nicht den einzelnen unterordnen, beherrschen und fremdbestimmen, sondern Räume für die autonome Selbstgestaltung der Arbeit und die Selbstbestimmung der Lebensprozesse entstehen?

Auf all diese Fragen gab es keine Antwort! Wer hätte sie auch geben sollen? Wer hätte eine Strategie des Aufbaus einer demokratischen, ökologisch und sozial progressiven Gesellschaft vorlegen können?

Antworten hätte es gegeben, wenn es einer der Volksbewegung selbst angehörenden, organisierten und mit wissenschaftlichem Potential verbundenen Kraft gelungen wäre, eine weitrei-

chende, hoffnungsträchtige, große und zugleich realistische, nicht utopische Strategie für eine neue Gesellschaft und ein Programm zu ihrem Aufbau zu erarbeiten – zu erarbeiten in einem Diskurs zwischen Volksbewegung, politisch sich organisierenden Kräften und dem kulturellen und intellektuellen Potential unserer Gesellschaft, den Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern.

Nötig wäre eine echte Perspektive, die bald, nicht erst in einer ominösen Zukunft, Chance für ein selbstbestimmtes, freies Leben zeigt. Dies hätte kein Konsumgüterprogramm sein sollen, und auch ein Westgeld-Beschaffungsprogramm reicht dazu nicht aus. Es hätte ein Programm für eine andere Lebensweise in einer weltoffenen und multikulturellen Gesellschaft sein können. Ein solches, im Diskussionsprozeß Stück für Stück wachsendes und sich qualifizierendes Programm hätte die Entwicklung der demokratischen Volksbewegung hin zu einer, für die Gestaltung einer neuen Gesellschaft progressiven Kraft bewirken können.

Aber diese gestaltende politische Kraft, die selbst Teil der Volksbewegung und ihr organisierter intellektueller Partner hätte sein müssen, gab es nicht.

Die SED und die anderen Parteien des Ancien Régime sind durch ihre Verstrickung in die bürokratische Usurpation der Macht diskreditiert. Sie müssen sich entweder selbst erst durch die Volksbewegung erneuern, oder sie werden vergehen.

Die neu entstehenden Parteien besitzen zwar moralische Integrität und politischen Einfluß auf die Bewegung, aber sie sind organisatorisch noch im Formierungsprozeß und konzeptionell noch nicht ausreichend qualifiziert. Teilweise dominieren auch in diesen Parteien machtpolitische Interessen, verengen den geistigen Horizont und nehmen den Mut zu grundlegenden Konzeptionen.

Die Regierung Modrow hatte wohl bei ihrer Bildung einen Moment lang die Chance, die integrierende Kraft der Volksbewegung zu werden, wenn sie sich und der Volksbewegung ein arbeitendes Parlament geschaffen hätte. Für den Fall einer unwilligen Volkskammer war der «runde Tisch» als eine Art Notparlament schon erfunden. Aber diese Chance ist sogleich verspielt worden: Altbürokraten in neuen Ministeresseln, die neuen Parteien und Organisationen vor den Ministerien auf der Straße; der Versuch, ohne öffentlichen Diskurs Konzepte und Entscheidungen vorzubereiten; keine von der praktischen Regierungstätigkeit geschiedenen Kommissionen mit Vertretern der Volksbewegung zur Verfassungsreform, zur Wirtschafts- und zur Verwaltungsre-

form. Stattdessen: Sich gegenseitig durchkreuzende Einzelscheidungen ohne mehrheitsfähiges Gesamtkonzept, ohne institutionalisierte Formen des Diskurses mit der Volksbewegung, Rückzugsgefechte vor dem Auslandskapital, statt offensiver Politik zur Erhaltung unseres Handlungs- und Gestaltungsraumes für die Zukunft.

Ein demokratischer Diskurs um die Richtung der Umgestaltung unserer Gesellschaft ist nicht eröffnet. Die Regierung hatte nicht den Mut, der Volksbewegung mit *Fragen* gegenüberzutreten. Sie hatte nicht den Mut, die Offenheit der Lage, mögliche und unmögliche Gestaltungsvarianten aufzuzeigen. Statt Antworten von oben hätte der Diskurs zwischen Volk und Regierung angeschoben werden sollen. Stattdessen führte die Regierung Verhandlungen – über den Devisenfonds, über die Aufhebung des Mindestumtauschs, über Wirtschaftskooperation und -hilfe – ohne demokratische Debatte mit der Volksbewegung, die dadurch an einer konstruktiven Entwicklung ihrer Möglichkeiten gehindert wurde. So polarisiert sie sich für oder gegen Wiedervereinigung und degeneriert zu einer destruktiven Kraft. Die Regierung versucht, pragmatisch begründbare Entscheidungen durchzusetzen, statt sich auf die Suche nach einem Konsens mit der Volksbewegung und auf das Offenhalten der Handlungsräume zu konzentrieren.

Und statt die Suche nach einem qualifizierten Konsens zur Frage der Wiedervereinigung in der eigenen Bevölkerung zu befördern, versucht man sich von Regierung zu Regierung mit Herrn Kohl zu einigen über die nächsten Schritte. Da diese weder schnelle Wiedervereinigung noch Nicht-Wiedervereinigung sein werden, wird die Regierung unweigerlich zwei Gegner haben: den Teil der Volksbewegung, der für die Wiedervereinigung ist und den Teil, der gegen die Wiedervereinigung ist. So polarisiert die Regierung selbst die Volksbewegung und riskiert das unkontrollierte Aufeinanderprallen beider Teile.

An der Regierung vorbei läuft die praktische Verwandlung der DDR-Wirtschaft in ein Anhängsel der BRD-Wirtschaft. Ohne Kontrolle, ohne Demokratie, ohne Mitbestimmung der Arbeiter, ohne Gesetze, ohne Rechtsstaatlichkeit. Erst die Praxis, dann, später mal, soll diese Praxis durch eine nicht legitimierte Volkskammer zu Gesetzen gemacht werden. Der bürokratischen Usurpation durch die Parteiideologen folgte die Usurpation durch die Technokraten. Die «Macher» können sich, wie eh und je, Reformen nur am Volk vorbei denken; schließlich muß ihre Rolle als Macher ja gesichert werden.

Damit ist die Regierung Modrow am Ende – die Rücktrittsforderungen häufen sich. Persönliche Integrität und moralischer Rigorismus – beides lobenswerte Eigenschaften Hans Modrows – reichen allein nicht, um als Regierung einer revolutionären Bewegung zu bestehen. Aber nicht allein die Regierung, sondern das Prinzip des Regierens muß sich ändern. Es kann nicht darum gehen, bloß Personen auszutauschen oder neue Parteien in die Koalition zu katapultieren. Die «Macher» denken Regierungsarbeit nur vom Standpunkt des *Verwaltens* und nicht als *politisches Gestalten* einer vom Volk getragenen Entwicklung. Mit dem Verweis auf Sachkompetenz und Handlungszwänge wird die Volksbewegung in Entscheidungen gar nicht erst einbezogen. Ohne überhaupt ein Bewußtsein darüber zu erlangen, organisiert die Technokratie die Macht der vereinten Wirtschaftsbosse in Ost und West über ein Volk, dessen demokratische Hoffnungen und Ansprüche in einem der großen Momente deutscher Geschichte entstanden – und verfliegen. Weil es keine politische Kraft gibt, die ihre Erwartungen konstruktiv zu geschichtlichen Gestalten formen kann. Keiner der Akteure des Dramas hatte die Größe, über sich und die Opponenten hinauszublicken und die *gemeinsamen* Möglichkeiten zu erkennen. Alle verfingen sich im macht- und parteipolitischen Hickhack.

Wenn alles in der sich abzeichnenden Richtung läuft, dann wird die DDR wirtschaftlich zum Teil der BRD, bei Wahrung der staatsrechtlichen Souveränität, bis der Umbau der DDR-Gesellschaft entsprechend dem «Modell Bundesdeutschland» vollzogen ist. Die mit diesem Umbau verbundenen sozialen Kosten würden so nicht unmittelbar auf die BRD durchschlagen und die in der DDR zu erwartenden Krisenprozesse die BRD nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Die staatliche Vereinigung muß warten, bis die wirtschaftlichen Umbaukrisen durchgestanden sind.

Es stellt sich die Frage nach dem Ausweg – und die Antwort wird immer schwieriger: Kann der «runde Tisch» sich über sich selbst erheben und zum Integrationspunkt der Volksbewegung werden? Kann er diesem Volk ein Notparlament sein, ihm eine neue Regierung schaffen und ein anderes Regieren erzwingen? Kann er die Initiative des Tages an sich ziehen, nicht um machtpolitischer Enge, sondern geschichtlicher Größe zur Verwirklichung zu verhelfen? Kann der Vorschlag von Wirtschaftswissenschaftlern der Humboldt-Universität dort debattiert werden: Direkte EG-Assoziation der DDR und europäische Integration als Grundlage für eine breite Kooperation der Deutschen – Schwestern, Sachsen, Mecklenburger, Rheinländer... – in einem verein-

ten Europa? Nur so kann die DDR die Formen und Bedingungen der Internationalisierung ihrer Wirtschaft nach eigenständigen – sozial und ökologisch progressiven – Kriterien mitgestalten, ihre eigene Stimme in die Herausbildung einer multikulturellen europäischen Gesellschaft einbringen, anstatt die Formen der BRD zu übernehmen. Die Bildung eines neudeutschen Nationalstaates aus DDR und BRD wäre schon bei der Geburt überlebt. Kann diese große europäische Vision am «runden Tisch» der kleinen DDR einen Platz finden?

Ich weiß es nicht.

13. Dezember 1989

ANMERKUNGEN

Offene Grenze – offene Lage

- ¹ Vgl. dazu Hans-Peter Krüger, «Der Kapitalismus als erste moderne Gesellschaft», in: Forschungsprojekt *Grundlagen einer Theorie des modernen Sozialismus*, Humboldt-Universität zu Berlin, November 1988 (erscheint demnächst im Verlag Neues Leben).
- ² Wir – d. h. die Forschergruppe «Sozialismustheorie» an der Humboldt-Universität. Siehe unsere «Studie zur Gesellschaftsstrategie» in diesem Band.
- ³ Vgl. den Abschnitt 4.2.2. (Überlegungen zur Gestaltung der Leitung, Planung und Regulierung der Wirtschaftsentwicklung) unserer «Studie zur Gesellschaftsstrategie».

Das Umbaupapier. Studie zur Gesellschaftsstrategie

- ¹ Die erste Fassung dieser Studie des Forschungsprojekts Sozialismustheorie, Sektion Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin, wurde im Juli 1989 fertiggestellt unter dem vollständigen Titel: «Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels des Sozialismus und der Weiterentwicklung gesellschaftsstrategischer Konzeptionen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten des RGW».

Die vorliegende zweite Fassung der Studie ist um einen Abschnitt «Überlegungen zur Um- bzw. Neugestaltung des politischen Systems» von Rosi Will erweitert. Der jetzige Abschnitt 2. war in der ersten Fassung an dritter Stelle.

- ² Die Autoren der einzelnen Abschnitte sind: Rainer Land (Gesamtreaktion, 1., 3., 4.1., 4.2., 5.); Hannelore Petsch (2.); Michael Brie (1., 4.1); Dieter Segert (1., 2.); Rosi Will (4.3.).

- ³ Vgl. Dürr, «Kooperation statt Konfrontation», in: *Wissenschaftliche Welt* 32 (1988), 1, S. 13 ff.

- ⁴ *Unsere gemeinsame Zukunft*. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Berlin 1988, S. 25.

- ⁵ «Die eigentlichen Antriebskräfte hinter den enormen technischen Entwicklungen und Neuerungen... werden genährt durch die Sucht einer wirtschaftlichen oder politischen Elite nach höheren Profiten und einer Ausweitung ihrer Macht. Unsere tägliche Erfahrung deutet darauf hin, daß unsere fundamentalen Lebensbedürfnisse immer mehr der Technik und den materiellen Bedingungen untergeordnet werden,

anstatt daß man umgekehrt die Technik und die materiellen Voraussetzungen so benutzt und entwickelt, daß die schwierigen und wirklich drängenden Probleme unserer Zeit einer Lösung zugeführt werden. Das Schlimme scheint mir dabei zu sein, daß einige – oder vielleicht schon viele – das Absurde unserer Situation wohl erkannt haben, daß sie aber wegen der starken internationalen Verflechtung keine Möglichkeit sehen, aus diesem Irrenhaus ohne katastrophale Verflechtung für sich aussteigen zu können. Eine bloße Einsicht in das Geschehen reicht aber nicht aus.» Dürre, a.a.O.

⁶ Aus *Nepszabag*, 28. 2. 1989 (nach der sowjetischen Publikation «Argumente und Fakten», übersetzt von T. Maraz).

⁷ Vgl. die sowjetische IIPL-Studie von 1988, S. 23 ff. (russ.)

⁸ Vgl. *Prawda*, 16. 3. 1989.

⁹ Erich Honecker, *Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED*, Berlin 1971, S. 45.

¹⁰ H. Wagner, «Intensiv erweiterte Reproduktion und entwickelte sozialistische Gesellschaft», in: *Beiträge zur wissenschaftlichen Weltanschauung*. Sektion Marxismus-Leninismus der Humboldt-Universität Berlin, Heft 5, S. 43.

¹¹ Die soziale Lage umfaßt das gesamte Ensemble von Lebenstätigkeiten der Subjekte, die Lage in Arbeits- und Lebensprozessen als auch im gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß und schließt die sachlichen und ideellen Bedingungen dieser Tätigkeiten ein. Sie erfaßt die durch diese Bedingungen vermittelte Bindung der Individuen an die Gesellschaft und die davon abhängige Möglichkeit, die sachlichen und ideellen gesellschaftlichen Bedingungen des Lebens als Mittel für die Entwicklung der Individuen anzueignen. Vgl. dazu auch Rainer Land, «Die sozialökonomische Seite der Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und ihre Weiterentwicklung», in: *Philosophische Grundlagen einer Konzeption des modernen Sozialismus*, Humboldt-Universität zu Berlin, 1988.

¹² *Programm der SED*, Berlin 1976, S. 41.

¹³ Kurt Hager, *Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus*, Berlin 1983, S. 37 ff.

¹⁴ *Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag*. Berichterstatter: Erich Honecker, Berlin 1986, S. 49.

¹⁵ Die folgenden Zitate stammen aus der Studie der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin: *Neue Anforderungen an die Ausnutzung von Geld und Finanzen in der Planwirtschaft der DDR* (1989), S. 8-15. Daraus auch die im Anhang aufgeführten Tabellen 4-6.

¹⁶ Dieser Zusammenhang gilt zunächst, wenn man die stofflichen Aufwendungen und Effekte im Rahmen der Volkswirtschaft betrachtet. Durch die Bewegungen der Preise ist eine davon abweichende Verteilung der finanziellen Aufwendungen und Ergebnisse möglich. Das ändert aber nichts am materiellen Grundzusammenhang und dem dadurch bestimmten Effekt für die Volkswirtschaft insgesamt. Er besteht

unabhängig davon, wie Kosten und Gewinne mittels Preisen verteilt bzw. umverteilt werden.

¹⁷ Vgl. dazu die interessante Debatte innerhalb des BRD-Kapitals (H. Duerr – AEG, Necker – BDI, Riesenhuber – CDU u. a.), der ein Streit innerhalb der SPD um den Wirtschaftsteil des neuen SPD-Programmentwurfs entspricht (Siehe *Deutsche Volkszeitung/die tat*, Nr. 12/1989).

¹⁸ Interessant ist in dieser Hinsicht auch die Anlage von Planspielen zum Managertraining, die u. a. von Denis Meadows (USA) auf einer Weimarer Tagung (im Juli 1989) demonstriert wurden: Alle Spielteilnehmer verarmen oder gehen bankrott, wenn sie ab einem bestimmten Punkt ihres Handelns nicht eine Strategie aufbauen, die den Konsens – z. B. über den rationalen Umgang mit Naturressourcen – einschließt.

¹⁹ Erich Honecker, *Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen*. Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED, Berlin 1988, S. 12.

²⁰ Ebenda, S. 48 ff., S. 51 ff.

²¹ Diese besonderen Interessen umfassen u. a. die Interessen verschiedener sozialer Gruppen wie Angestellte, Genossenschaftsbauern, Handwerker, Intellektuelle und deren verschiedene Teilgruppen; solcher sozialer Gruppen wie Männer, Frauen, Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Rentner; die Interessen von Minderheiten wie Kranke, Behinderte, u. ä.; weiterhin die Interessen der kollektiven Subjekte, wie Wirtschaftseinheiten, Arbeitskollektive, Hausgemeinschaften u. ä.; dann Interessen, die keine verschiedenen sozialen Gruppen, sondern unterschiedliche Lebensbereiche zum Ausdruck bringen – Interessen an und in der Arbeit, Konsumenteninteressen, Interessen der Wohnungsmieter, der Verkehrsmittelbenutzer, ökologische, kulturelle, gesundheitliche Interessen u. ä. Auch diese Interessen befinden sich in Gegensätzen, obwohl sie Interessen ein und desselben Subjekts sein können, müssen daher durch organisierte Artikulation und Auseinandersetzung progressiv gelöst und reproduziert werden. Schließlich die allgemeinen gesellschaftlichen Interessen an der Erhaltung der gesellschaftlichen Produktionsfonds und Ressourcen, Sicherheits- und Schutzzinteressen, regionale oder kommunale Interessen usw.

²² H. Schwenk, *Die Erde ist unser Haus*, Berlin 1988, S. 176 ff.

²³ Schwenk, a.a.O., S. 175.

²⁴ Ebenda, S. 140.

²⁵ Die im Material verwandten Fakten stützen sich auf: *Zerstörtes Gleichgewicht. Bevölkerungsentwicklung als globales Problem*, hrsg. von Praviz Khalatbari (erscheint voraussichtlich 1990 im Akademie-Verlag, Berlin).

²⁶ *Zerstörtes Gleichgewicht*, a.a.O., S. 112 f.

²⁷ Hillary, *Zeithomme Umwelt. Ökologie 2000*, München 1986.

²⁸ *Zerstörtes Gleichgewicht*, a.a.O., S. 319 f.

²⁹ Ebenda, S. 339.

ZU DEN AUTOREN

André Brie, Politikwissenschaftler, Dr.sc.rer.pol., Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staat und Recht, Potsdam-Babelsberg.

Michael Brie, Philosoph, Dr.sc.phil., Sektion Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Winfried Ettl, Politökonom, Dr.oec., Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Rainer Land, Philosoph, Dr.sc.oec., Sektion Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Hannelore Petsch, Volkswirtin, Prof. Dr.sc.oec., Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dieter Segert, Politikwissenschaftler, Prof. Dr.sc.phil., Sektion Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Wolfram Wallraf, Politikwissenschaftler, Dr.sc.rer.pol., Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staat und Recht, Potsdam-Babelsberg.

Rosi Will, Staatsrechtlerin, Prof. Dr.sc.jur., Sektion Rechtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Autoren arbeiten im Forschungsprojekt «Grundlagen einer Theorie des modernen Sozialismus» an der Humboldt-Universität zu Berlin.

ROTBUCH RATIONEN

NORBERTO BOBBIO

Die Zukunft der Demokratie

«Norberto Bobbio gehört zu dem hierzulande raren Typus engagierter Intellektueller, der das Votum für die «bürgerlichen» Freiheitsrechte verbindet mit dem Bekenntnis zu den Zielen der sozialistischen Bewegung.» (Klaus Naumann, Kölner Stadt-Anzeiger)

184 Seiten, DM 29

MICHAEL WALZER

Exodus und Revolution

«Geschichtenerzählen, so ein geläufiger Einwand, habe etwas Vormodernes; es gebe der Wiederholung den Vorrang vor dem Neuen und stehe damit dem Fortschritt und der Emanzipation eher im Wege. Daß das überhaupt nicht stimmt, hat Michael Walzer gezeigt.» (Thomas Schmid, PflasterStrand)

176 Seiten, DM 29

MICHAEL WALZER

Kritik und Gemeinsinn

Drei Wege der Gesellschaftskritik

Kritik, so Walzer, entsteht aus gemeinem Unbehagen: das Neue Forum sucht kein abstraktes Weltniveau, sondern entsteht mitten unter den Leuten, die sich auf dem Marktplatz, in der Kneipe, in der Warteschlange beklagen. Der Kritiker formuliert eine neue Interpretation des Gemeinsinns: «Gesellschaftskritik ist weniger ein praktischer Abkömmling wissenschaftlichen Wissens als der gebildete Vetter der gemeinen Be- schwerde.»

Ca. 140 Seiten, ca. DM 24

ROTBUCH RATIONEN

KRÄMER / LEGGEWIE (Hg.)

Wege ins Reich der Freiheit

André Gorz ist einer der Klassiker der europäischen Neuen Linken. Seine Diskussionsanstöße zur Zukunft der Arbeit, zur ökosozialen Frage, zur linken Strategie und zur Ethik der Freiheit werden in diesem Band aufgegriffen und weitergeführt. Mit Beiträgen von Detlev Claussen, Peter Glotz, Axel Honneth, Oskar Negt, Claus Offe u. a.

320 Seiten, DM 38

TERRY WINOGRAD / FERNANDO FLORES

Erkenntnis Maschinen Verstehen

Zur Neugestaltung von Computersystemen

«Enthusiastische Anhänger von Computersystemen und der Möglichkeiten künstlicher Intelligenz» könnten eine heilsame Enttäuschung erleben.

Wer hingegen Personal Computer eher als Ergänzung statt als Ersatz für menschliche Intelligenz einsetzen will, wird im Reichtum der Fragen, die das Buch aufwirft, fruchtbare Anhaltspunkte finden.» (THE WASHINGTON POST)

352 Seiten, DM 42

ANDRÉ GORZ

Kritik der ökonomischen Vernunft

Eine Zukunftsgesellschaft von Dienstleistungssklaven und Rationalisierungsgewinnern? André Gorz unterzieht die Fortschrittsutopie der linken wie der rechten Modernisierer einer schonungslosen Kritik: Die Arbeitsutopie ist am Ende. Wir müssen eine andere Utopie erfinden – eine moralische Ökologie der Freiheit.

390 Seiten, DM 38

ROTBUCH TASCHENBUCH

HEINER MÜLLER

«Zur Lage der Nation»

Heiner Müller im Interview mit Frank Raddatz

Wider deutsch-deutsche Parlamentsrhetorik versammeln wir quertreibende Anmerkungen Heiner Müllers als Antitext zum «Neuen Deutschland». Seine Provokationen zur inneren Verfaßtheit der Deutschen und ihrer Beziehungen zum Rest der Welt vermitteln eine eigene historische Tiefenschärfe, wie sie nur wenigen Intellektuellen «hüben und drüben» zu Gebote steht.

Ca. 104 Seiten, ca. DM 10

CLAUS LEGGEWIE

Die Republikaner

Ein Phantom nimmt Gestalt an

Erweiterte und völlig überarbeitete Neuausgabe

In Berlin fällt die Mauer, Schönhuber bläst zum Einzug in die Bayerische und Bonner Regierungsmehrheit – die deutsche Linke bleibt ratlos. Leggewie und seine Mitautoren haben das Phantombild der neuen Rechten vervollständigt zum Steckbrief des nationalen «newcomers» der Bundestagswahl. «Die spannendste und informativste Publikation über die REPs: Ursachenforschung im politischen Kontext.» (taz)

Ca. 160 Seiten, ca. DM 14

Über das gesamte Verlagsprogramm informiert unser kostenloser Almanach: «Das kleine Rotbuch» Postkarte genügt: Rotbuch Verlag Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30.

Rotbuch Taschenbuch

Rainer Land: »Kann die DDR die Internationalisierung ihrer Wirtschaft nach eigenen Kriterien mitgestalten, ihre eigene Stimme in die Herausbildung einer multikulturellen europäischen Gesellschaft einbringen, anstatt die Formen der BRD zu übernehmen?«

Die Philosophen, Ökonomen, Staatsrechtler des Forschungsprojekts »Sozialismustheorie«, deren Arbeiten lange »in den Katakomben des Wissenschaftsbetriebes« (FR) gären mußten, wurden in der bundesdeutschen Presse bisher nur als intellektuelle Einsatzreserve der abgewrackten Ex-Staatspartei SED gehandelt: als »Modrows Vordenker« (taz) oder »Gysis Vordenker-Crew von der Berliner Humboldt-Universität« (Spiegel). Doch ihre theoretischen Analysen müssen hierzulande noch zur Kenntnis genommen werden: eine schonungslose Diagnose des administrativen Sozialismus, eine Suche nach einem Ausweg aus seiner Stagnation, der nicht in die Sackgasse eines neudeutschen Nationalismus führt. Verliert die DDR ohne Parteidiktatur ihre Existenzberechtigung als Gemeinwesen?